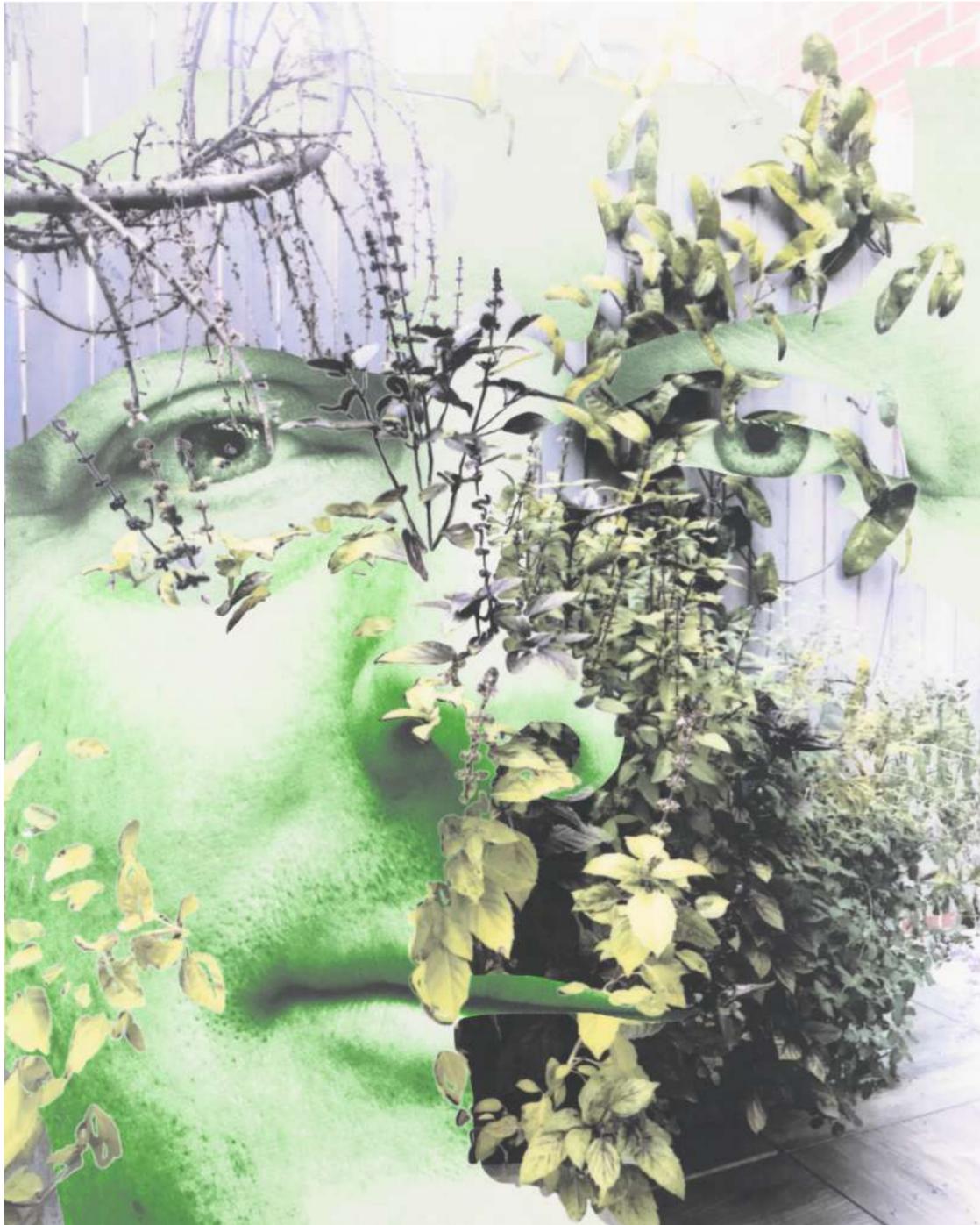


# Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Dienstag, 1. Juni 2021 · Nr. 123 · 242. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · €4.90



«Green Solace», 2017.

© URS FISCHER. COURTESY OF THE ARTIST, GAGOSIAN; AND JEFFREY DEITCH, INC., NEW YORK. PHOTO BY MATS NORDMAN

## Ein Künstler krepelt die Zeitung um

Urs Fischer gestaltet diese Ausgabe der NZZ

rs./phi. · Ein Ei steht kopf. Und dies geschieht gerade auch mit dieser Zeitung. Wenn man Urs Fischer, einen der erfolgreichsten Künstler seiner Generation, einlädt, eine ganze Ausgabe zu gestalten, dann muss man mit allem rechnen. Seine Einfälle überraschen zuverlässig. Und man kann, man darf, ja man soll sich über seine Kunst schon einmal den Kopf zerbrechen.

So steht also (s)ein goldenes Ei in der von der NZZ exklusiv herausgegebenen Edition auf dem Kopf eines Vogels (siehe Seite 4). Denn einen Vogel muss haben, wer für goldene Einfälle empfänglich sein will. Und diese «schlüpfen» auch nur, wenn die Eierschale aufbricht. Das gilt übrigens nicht nur für Kunstschaffende, sondern auch für Journalisten.

Der Schweizer Künstler Urs Fischer regt dazu an, das weite Feld dessen zu betreten, was wir vielleicht unter der Freiheit

von Kunst verstehen. Wer aber für Freiheit einsteht wie diese Zeitung, der muss auch das eigene Terrain für die Kunst öffnen können. Und so hat Urs Fischer für die heutige Nummer die Carte blanche erhalten. Die Zeitung ist damit selber zu einem Kunstwerk geworden, das Sie, liebe Leserin, lieber Leser, gerade in Ihren Händen halten. Sie können darüber staunen, wie Urs Fischer es tut. Im Interview sagt er: «Die Zeitung ist ein wunderbares Objekt. Und es ist ja unglaublich, wie viele solcher Objekte jeden Tag an so viele tausend Leute geschickt werden. Und sie kommen an.»

Urs Fischer lebt und arbeitet in New York und Los Angeles. Es gehört schon fast zum Werdegang eines Schweizer Künstlers, die relative Enge der kleinen Heimat zu verlassen, um gross denken zu lernen. Das passt zur NZZ, die täglich in die weite Welt hinausblickt und ihre

Frontseite regelmässig einem Auslandsthema widmet. Heute gilt sie zu einem Teil einem Auslandschweizer, der zu den bedeutendsten Kunstschaftern der Gegenwart zählt.

Und auch Urs Fischers Edition «Lorem Ipsum» (siehe Seite 4) passt zur NZZ. Der Titel spielt auf den bedeutungslosen Blindtext an, der oft in unseren Spalten gesetzt wird, bevor die Denkarbeit einsetzt und Texte mit Sinn entstehen. Fischers Edition steht also für das kreative Denken jener, welchen ein Licht aufgeht, weil sie befähigt sind, mit ihren Gedanken wie ein Vogel zu fliegen. Die handgefertigte Skulptur (Masse: 22,9×10,2×8,6 cm) aus Polymergips wird in einer Hunderterauflage herausgegeben und kann bis und mit 15. Juni zum Vorzugspreis von 1900 Franken, danach zum regulären Preis von 2400 Franken bestellt werden (nzz.ch/fischer).

Feuilleton, Seite 42–48

## Spionage-Vorwurf gegen Dänemark

Zusammenarbeit mit US-Auslandgeheimdienst

Der dänische Geheimdienst hat den USA offenbar das Abhören hochrangiger Politiker in Europa ermöglicht. Die Regierung in Kopenhagen könnte seit 2015 davon gewusst haben.

ELENA PANAGIOTIDIS, RUDOLF HERMANN

«Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.» Mit diesem Satz hatte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel 2013 auf die Enthüllungen reagiert, dass ihr Handy vom amerikanischen Auslandgeheimdienst NSA (National Security Agency) abgehört worden war. Das Ausmass der NSA-Spionage gegen europäische Politikerinnen und Politiker ist indes weitaus grösser, als bisher bekannt war. Und grösser war auch die Hilfestellung, die die Amerikaner für ihre Lauschangriffe durch Dänemark erhielten. Dies zeigen Recherchen der Dänischen Sendeanstalt (DR) in Zusammenarbeit mit anderen Medien, darunter die «Süddeutsche Zeitung».

Demnach hat die NSA eine Partnerschaft mit Dänemarks militärischem Nachrichtendienst Forsvarets Efterretningstjeneste (FE) dazu genutzt, hochrangige Politiker und Beamte Deutschlands, Frankreichs, Schwedens und Norwegens auszuspionieren. Der dänische Rundfunk beruft sich dabei auf Angaben dänischer Geheimdienstquellen, den sogenannten Dunhammer-Report. Auf deutscher Seite sollen unter den Abgehörten neben Merkel etwa der ehemalige Aussenminister Frank-Walter Steinmeier und der damalige SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück gewesen sein.

### Stockholm verlangt Antworten

Die Zusammenarbeit des dänischen Nachrichtendienstes mit der NSA war der Regierung in Kopenhagen seit 2015 bekannt; an die Öffentlichkeit gelangten Informationen darüber Ende 2020. Ein Geheimdienst-Insider hatte der dänischen Sendeanstalt Informationen zugespielt. Es sei ein Computerprogramm namens XKeyscore zur Anwendung gekommen, das es ermögliche, Datenleitungen anzuzapfen und den Verkehr auf Schlüsselbegriffe zu untersuchen. Dabei habe es sich um eine Art Tauschhandel zwischen dem FE und der NSA gehandelt: Letztere habe den FE mit Technologie unterstützt und dafür Zugang zu Leitungen bekommen.

Während die ursprünglichen Enthüllungen zu den Abhöraktivitäten mit der Beschaffung von Kampfflugzeugen in Verbindung gebracht wurden, zeigt sich nun, dass die Spionage sich auch gegen eine Reihe hoher Politiker und Beamter richtete. Niels Fasttrup, ein Journalist von DR, der sich seit Monaten mit

der Affäre befasst, erklärte, die NSA habe sich eigentlich für fast alles interessiert, von Handelsfragen über Klimapolitik bis hin zur Verteidigung. Ob Dänemarks Nachrichtendienst das Abhören nur ermöglicht oder aktiv unterstützt habe, lasse sich vorläufig nicht sagen. Ebenso sei unklar, seit wann die dänische Regierung wirklich gewusst habe, was genau ablaufe.

Die dänische Verteidigungsministerin Trine Bramsen erklärte, «systematisches Abhören» von Vertretern enger Bündnispartner sei inakzeptabel. Offensichtlich hatte sie jedoch im August, als sie nachweislich selber Kenntnis davon erhielt, darauf verzichtet, die betroffenen Länder darüber zu informieren. Der schwedische Verteidigungsminister Peter Hultqvist erfuhr laut eigenen Angaben erst letzte Woche davon. Hultqvist verlangt von Dänemark, dass die Karten «offen auf den Tisch gelegt» würden. Man habe ein Recht zu wissen, was passiert sei. Das

### Wer sich darüber aufregt, ist naiv

Kommentar auf Seite 27

habe man sehr deutlich kommuniziert, sagte Hultqvist in einem Interview für das schwedische Fernsehen am Sonntag.

### Und Schweden selber?

Hingegen wich er der Frage aus, ob auch Schweden im Rahmen seiner Kooperation mit den USA solche Spionage zulasse. Denn das schwedische nachrichtendienstliche Pendant zum dänischen FE pflegt ebenfalls eine Zusammenarbeit mit der NSA, in deren Rahmen die Amerikaner Zugang zu Daten aus schwedischen Glasfaserkabeln haben. Die nachrichtendienstlichen Kontakte zu den USA folgten einer sicherheitspolitischen Logik, sagte Hultqvist. Wie genau sie funktionierten, unterliege aber der Geheimhaltung. Er könne nur sagen, dass Schweden selbst keine Aktivitäten verfolge, die sich gegen Verbündete richteten, und dass man die ethischen Fragen der nachrichtendienstlichen Arbeit «sehr ernst» nehme.

Aus Norwegen, das ebenfalls Zielscheibe gezielter amerikanischer Suchabfragen aus dänischen Datenkabeln war, herrscht in dieser Sache vorläufig auffallende Ruhe. Verteidigungsminister Frank Bakke-Jensen will offenbar die Ergebnisse offizieller dänischer Untersuchungen abwarten, bevor er ausführlicher Stellung nimmt. Dies zum Missfallen der Opposition, die durch die Person des sozialistischen Parteichefs Audun Lysbakken von der Regierung verlangt, direkt von den USA Erklärungen einzufordern. Lysbakken will auch, dass der Verteidigungsminister sich den Fragen des Parlaments stellt.



# Sie lieben die Freiheit. Er gibt Ihnen den nötigen Raum.

Der neue Taycan Cross Turismo. Soul, electrified.

Starten Sie in Ihr nächstes Abenteuer.  
[www.porsche.ch/taycan](http://www.porsche.ch/taycan)



100% ELECTRIC  
100% PORSCHE



PORSCHE

# Folgt bald eine zweite Eruption?

Nach dem Vulkanausbruch in Ostkongo sind über 400 000 Menschen auf der Flucht

FABIAN URECH

War's das? Oder steht das Schlimmste noch bevor? In der ostkongolesischen Millionenstadt Goma ist auch zehn Tage nach dem Ausbruch des nahen Nyiragongo-Vulkans keine Ruhe eingeleitet. Zwar haben Zahl und Intensität der Erdbeben, die in Goma nach der Eruption am 22. Mai teilweise im Viertelstundentakt aufgetreten waren, abgenommen. Doch Vulkanologen halten einen zweiten Ausbruch weiterhin für möglich; seismologische Daten deuten auf ein Magmafeld unter der Stadt oder dem See hin.

Zudem sind von den 400 000 Menschen, welche die Stadt vergangene Woche wegen der Warnung vor einer zweiten Eruption verlassen mussten, erst wenige zurückgekehrt. Die Evakuierung vieler Quartiere Gomas war chaotisch verlaufen. Bilder von der Strasse nach Sake, einer nahe gelegenen Kleinstadt, zeigen unzählige Kleinbusse, Motorräder und Fussgänger, die dicht an dicht aus der Stadt drängen. Viele der Flüchtenden haben zumindest die erste Nacht am Strassenrand unter freiem Himmel verbringen müssen. Auf Hilfe oder weitere Anweisungen warteten sie vergebens. Die Lokalregierung hatte offenbar Hunderttausende aus der Stadt geschickt, ohne den geringsten Plan zu haben, wo diese schlafen, essen oder zur Toilette gehen sollten.

## Die Katastrophe danach

Eine erste Zwischenbilanz der Katastrophe zeigt gleichwohl, dass Goma vergleichsweise glimpflich davonkam – immer vorausgesetzt, die Lage am Nyiragongo beruhigt sich nun tatsächlich. Satellitenaufnahmen zeigen, dass die beiden Lavaströme, die sich an der Ost-



Ein Einwohner von Goma hilft bei der Evakuierung der Stadt. Unter seinen Füssen ein abgekühlter Lavaström. MICHEL LUNANGA / EPA

flanke des Vulkans ihren Weg bahnten, in den Aussenquartieren der Millionenstadt zu stehen kamen. Zwar sind laut der kongolesischen Regierung rund 5000 Häuser von der Lava begraben worden und über dreissig Menschen ums Leben gekommen. Doch Experten hatten mit teilweise weit schlimmeren Konsequenzen gerechnet.

«Dass nicht mehr Lava aus dem Krater gelaufen ist, würde ich als veritables Wunder bezeichnen», sagt der in Goma wohnhafte italienische Vulkanologe Dario Tedesco. Beim letzten Ausbruch des Nyiragongo 2002 hatte sich die Lava bis ins Stadtzentrum Gomas gefressen, damals starben 250 Menschen. Beim Ausbruch im Jahr 1977 hatten sogar 600 Menschen ihr Leben verloren.

Verheerender als der Vulkanausbruch selbst könnten diesmal freilich dessen nachgelagerte Folgen sein. Das zeigt etwa ein Blick nach Sake: In der Kleinstadt mit rund 70 000 Einwohnern haben in den letzten Tagen über 100 000 Menschen aus Goma Zuflucht gesucht. Laut der Hilfsorganisation Médecins sans Frontières (MSF) fehlt es in dem Ort nicht nur an Tausenden von Schlafplätzen, sondern auch an Wasser, Essen und Toiletten. Am

Wochenende meldete die Regierung bereits die ersten Cholera-Fälle in der Stadt. MSF befürchtet, dass sich die Krankheit rasch ausbreiten werde, wenn sich die Bedingungen für die Schutzsuchenden nicht bald verbessern würden.

Sollte eine Rückkehr nach Goma länger nicht möglich sein, dürfte sich auch der Nahrungsmittelengpass in den überfüllten Orten weiter zuspitzen. In der betroffenen Provinz Nordkivu waren bereits vor dem Vulkanausbruch rund 350 000 Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

## Staatsversagen angeprangert

Angesichts dieser Missstände ist in den letzten Tagen deutliche Kritik am Katastrophendispositiv der Regierung laut geworden. Von einem kompletten Staatsversagen war in den sozialen Netzwerken die Rede. «Die Bevölkerung hatte den Eindruck, ihrem traurigen Schicksal preisgegeben zu sein», schrieb eine Lokalzeitung.

Die Regierung in Kinshasa kam nicht umhin zuzugeben, dass ihre Vorbereitung für den Ausbruch des Vulkans ungenügend war. «Ich muss eingestehen,

dass unser Dispositiv zur Aufnahme der Evakuierten nicht genügte», sagte ein Minister in Kinshasa gegenüber Radio France International. Der kongolesische Präsident Felix Tshisekedi bat die internationale Gemeinschaft derweil übers Wochenende um Hilfe und gab zu bedenken, dass keine Beobachtungsstelle der Welt den Ausbruch vorausgesehen hatte.

Eines erwähnte Tshisekedi dabei indes nicht: dass das Observatoire Volcanologique de Goma (OVG), dessen primäre Aufgabe es wäre, vor einer ebensolchen Eruption des Nyiragongo zu warnen, seine Tätigkeit wegen fehlender finanzieller Mittel zuletzt praktisch einstellen musste. Kasereka Mahinda, der Direktor des Observatoriums, wies nach dem jüngsten Ausbruch darauf hin, dass zwischen Oktober 2020 und April 2021 keine Überwachung des Vulkans stattgefunden habe. «Sieben Monate lang wurde der Nyiragongo nicht überwacht, weil die Unterstützung von der Zentralregierung oder von externen Geldgebern fehlte.»

Nachdem sich die Weltbank vor einem Jahr als Geldgeberin des OVG mit Verweis auf Korruptionsanschluldigungen zurückgezogen hatte, eröffneten die



kongolesischen Behörden zwar eine Untersuchung. Die entstandene Finanzierungslücke wollte sie aber nicht

überbrücken – trotz Warnungen vor verheerenden Konsequenzen.

Ohnehin scheint es seit Jahren so, als habe die Katastrophenprävention in Goma weder bei der nationalen Regierung im fernen Kinshasa noch bei der Lokalregierung eine hohe Priorität. Natürlich gilt es zu berücksichtigen, dass etwa die Überwachung hier schwieriger ist als bei anderen Vulkanen. Einige der seismischen Messstationen stehen in Gebieten, die von Rebellen Gruppen kontrolliert werden und nur in Begleitung von militärischen Eskorten zu erreichen sind. Und natürlich ist ein Vulkanausbruch aus der Perspektive der Bewohner Gomas nur ein Problem unter vielen: Die Region um die Stadt gilt als eine der unsichersten des gesamten Kontinents, die wirtschaftliche Misere ist frappant, in der Provinz kam es im Frühjahr zum zweiten Ebola-Ausbruch innert zwei Jahren.

## Einwohnerzahl stark angestiegen

Dennoch: Zu entschuldigen ist die fatale Passivität der Behörden dadurch keinesfalls. Das Chaos während der Evakuierung, das nun erhebliche Folgekosten nach sich ziehen dürfte, wäre genauso vermeidbar gewesen wie das völlig unvernünftige, weil planlose Wachstum Gomas, das Zehntausende von Menschen direkt gefährdet.

Zählte die Stadt 2002 noch rund 400 000 Einwohner, sind es heute bereits rund 1,5 Millionen. Viele der Zuzüger aus dem Umland, die in der Stadt Schutz und ein wirtschaftliches Auskommen suchen, bauten ihre Häuser und Hütten just in Gebieten, die als wahrscheinlichste Abflussrinnen neuer Lavaströme gelten.

Angesichts dessen scheint die jüngste Aussage von Tshisekedi fast schon zynisch. «Die Lage ist sicherlich ernst», sagte der Präsident am Samstag, «aber sie ist unter Kontrolle.»

## Der Vulkan Nyiragongo kommt nicht zur Ruhe



# China erlaubt künftig drei Kinder

Mit einer gelockerten Geburtenpolitik möchte Peking die demografische Krise hinauszögern

FABIAN KRETSCHMER, PEKING

Am Montag hat Pekings Staatsführung die Geburtenpolitik im bevölkerungsreichsten Land der Welt weiter gelockert. Nachdem die rigide Ein-Kind-Politik bereits im Oktober 2015 abgeschafft wurde, ist mittlerweile auch die Zwei-Kind-Politik nichtig. Fortan dürfen chinesische Familien drei Kinder grossziehen. Der Entschluss wurde bei einem Treffen des Politbüros unter der Führung des Staatschefs Xi Jinping gefasst, «um aktiv auf die Alterung der Bevölkerung zu reagieren» und «die Bevölkerungsstruktur zu verbessern», wie die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua verkündet.

## Der Wohlstand ist gefährdet

China leidet unter einer demografischen Krise, die sich zwar derzeit bloss am Horizont abzeichnet, jedoch schon bald zur grössten Bedrohung für den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes wird. Nur 12 Millionen Kinder wur-

den im letzten Jahr im Reich der Mitte geboren; das ist nicht nur ein Rückgang im Jahresvergleich von fast 20 Prozent, sondern auch der niedrigste Wert seit den Hungersnöten vor sechs Dekaden. Alle statistischen Indikatoren deuten darauf hin, dass die chinesische Bevölkerung bald zu schrumpfen beginnt. 1,4 Milliarden Menschen dürften der Zenit gewesen sein.

Global gesehen wäre dies angesichts eines überbevölkerten Planeten durchaus eine begrüssenswerte Entwicklung – nicht zuletzt aufgrund der sich verschärfenden Klimakrise. Doch für die jeweilige Volkswirtschaft bedeutet Überalterung immer auch ökonomische Stagnation: Die Produktivität flacht ab, während die Kosten für die Sozialkassen steigen. Wenn zudem der demografische Wandel zu früh in der Entwicklung einsetzt, rückt breiter Wohlstand für die Bevölkerung in unerreichbare Ferne.

Die Volksrepublik China ist zwar mittlerweile die zweitgrösste Volkswirtschaft nach den USA, hat jedoch

ihre Vision einer «moderat wohlhabenden Gesellschaft» noch lange nicht erreicht: Allein um das Niveau von Spanien zu erreichen, muss sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf mehr als das Zweieinhalbfache steigern. Vor genau einem Jahr mahnte Ministerpräsident Li Keqiang in einer vielbeachteten Rede an, dass nach wie vor 600 Millionen Chinesen mit weniger als 1000 Yuan pro Monat zurechtkommen müssten – das sind umgerechnet gerade einmal 140 Franken.

## Komplexität erkannt

Dass nun im Zeichen des Wirtschaftswachstums die Geburtenpolitik gelockert wird, war durchaus erwartbar. Denn bereits vor der offiziellen Bekanntgabe haben viele Lokalregierungen ein drittes Kind stillschweigend geduldet. Doch die Top-down-Methoden allein werden wenig Erfolg haben: Die Ein-Kind-Familie ist nämlich längst aufgrund der immensen Kosten für Wohnung und Bildung zur Norm ge-

worden. Wichtiger als die reine erlaubte Anzahl an Kindern sind daher die «unterstützenden Massnahmen», die mit der neuen Politik laut Xinhua einhergehen: Man wolle die Bildungskosten für Familien senken, den Mutterschaftsschutz ausbauen, die Wohnpolitik verbessern und das Pensionsalter graduell anheben. All dies macht deutlich, dass die Zentralplaner in Peking die Vielschichtigkeit des Problems durchdrungen haben. Doch offen bleibt, wie bereit die Staatsführung ist, die kostspieligen Reformpakete konsequent umzusetzen.

Es ist zudem eine historische verpasste Chance, dass Pekings Zensurapparat nach wie vor eine öffentliche Aufarbeitung der Ein-Kind-Politik unterdrückt, geschweige denn die Regierung eine moralische Schuld eingesteht. Die 1980 eingeführte Geburtenpolitik gilt als eines der traurigsten Kapitel in der jüngeren Geschichte des Landes und hat unendliches Leid in viele Familien gebracht. Wer sich unter älteren Chinesen um-

hört, bekommt nicht selten schreckliche Erzählungen von Zwangssterilierungen und -abtreibungen zu hören. Vor allem aber hat die Ein-Kind-Politik zu einem Männerüberschuss von mindestens 30 Millionen geführt. Rückblickend muss man konstatieren, dass die Massnahme nicht nur unmenschlich, sondern auch unnötig war: Die Geburten sind damals bereits aufgrund des neuen Wohlstands organisch zurückgegangen.

## Eine Umfrage spricht Bände

Auch mit der jetzigen Drei-Kind-Politik wird sich erst einmal wenig ändern. Die Nachrichtenagentur Xinhua hat auf ihrem Weibo-Account am Montag eine Umfrage gepostet. Darin konnten die Nutzer der Twitter-ähnlichen Plattform angeben, wie viele Kinder sie haben wollen. Fast 90 Prozent von ihnen gaben an, dass drei Kinder gar nicht infrage kämen. Nur wenige Minuten später wurde die Umfrage wieder gelöscht.



# Ägypten ist der Gewinner des Gaza-Kriegs

Das autoritäre Regime in Kairo versucht sich als unentbehrlicher Vermittler zu profilieren – vor allem gegenüber Washington

CHRISTIAN WEISFLOG

Eigentlich ist Ägypten ein wichtiger Verbündeter der USA im Nahen Osten. Jedes Jahr überweist Washington Militärhilfen von rund 1,3 Milliarden Dollar nach Kairo. Und dennoch telefonierte der neue amerikanische Präsident Joe Biden in den Monaten nach seiner Inauguration im Januar kein einziges Mal mit seinem ägyptischen Amtskollegen Abdel Fattah el-Sisi. Bereits im Wahlkampf hatte Biden den autoritären Herrscher am Nil gewarnt: «keine Blankochecks mehr für Trumps Lieblingsdiktator».

Seither wird Biden von Menschenrechtsorganisationen und Kongressmitgliedern aus seiner eigenen Partei an diesem Versprechen gemessen. Immer lauter werden die amerikanischen Milliardenhilfen für das repressive Regime in Kairo infrage gestellt: «Welche entscheidende Rolle spielt Ägypten momentan, und was rechtfertigt all unsere Hilfe?», fragte etwa der demokratische Abgeordnete Andy Levin im April. Wenige Wochen später eskalierte die Gewalt im Nahostkonflikt, und Präsident Sisi erhielt die goldene Gelegenheit, sich als nützlich zu erweisen.

## Das Eis gebrochen

Biden kam der Schlagabtausch zwischen Israel und der islamistischen Hamas im Gazastreifen völlig ungenügend. Der neue Mann im Weissen Haus möchte sich aussenpolitisch auf das Kräftemessen mit China, das Atomabkommen mit Iran oder den Kampf gegen den Klimawandel konzentrieren, anstatt Energie mit dem schier unlösbaren Palästinakonflikt zu verschwenden, der obendrein seine eigene Partei spaltet. In dieser Situation konnte kein anderes Land so schnell eine Waffenruhe vermitteln wie Ägypten. Kairo kontrolliert seine Grenze zum Gazastreifen in enger Abstimmung mit Israel, unterhält aber auch pragmatische Kontakte zur Hamas.

Am 20. Mai, kurz vor Inkrafttreten des Waffenstillstands, erhielt Sisi einen



Der Chef des ägyptischen Geheimdienstes, Abbas Kamel (l.), umarmt in Gaza den Hamas-Führer Yahya Sinwar. MOHAMMED SABER / EPA

ersten Anruf von Biden. Die beiden Staatschefs beschlossen dabei, auch weiterhin in Kontakt zu bleiben und sich auszutauschen. Biden sagte bei einer Pressekonferenz am gleichen Tag: «Mein aufrichtiger Dank gilt Präsident Sisi und den hohen ägyptischen Funktionären, die in dieser Diplomatie eine entscheidende Rolle spielten.»

Die Entwicklung im Nahostkonflikt habe geholfen, das Eis zwischen dem amerikanischen und dem ägyptischen Präsidenten zu brechen, erklärte der Politologe Mustafa Kamel al-Sayed von der Amerikanischen Universität in Kairo gegenüber «al-Monitor». Tatsächlich telefonierte Biden und Sisi nur vier Tage später erneut miteinander.

Diesmal besprachen sie auch die Situation in Libyen und das für Ägypten wichtigste aussenpolitische Thema: den Bau des grossen äthiopischen Nil-Staudamms. Kairo befürchtet durch die Auffüllung des Stausees eine Katastrophe für die eigene Landwirtschaft, die weitgehend vom Nilwasser abhängt. Doch Äthiopien ignoriert bisher die ägyptischen Sorgen, und Kairo könnte in der Sache diplomatische Unterstützung aus Washington gut gebrauchen.

Entsprechend arbeitet die ägyptische Diplomatie derzeit intensiv daran, den vorübergehenden Burgfrieden im Nahostkonflikt in eine dauerhafte Waffenruhe umzuwandeln. Mit Gabi Ashkenazi

weilte am Sonntag erstmals seit 13 Jahren ein israelischer Aussenminister zu einem offiziellen Besuch in Ägypten. Gleichzeitig traf sich der ägyptische Geheimdienstchef Abbas Kamel in Israel mit Ministerpräsident Benjamin Netanyahu und im Westjordanland mit Palästinenserführer Mahmud Abbas. Am Montag besuchte er zudem den Gazastreifen, wobei er den Hamas-Führer Yahya Sinwar vor den Kameras in die Arme schloss. Es war dies eine erstaunliche Geste für den Vertreter eines Regimes, das die islamistischen Muslimbrüder zu Hause als Terroristen einstuft und mit aller Härte bekämpft.

Die Geste deutet darauf hin, dass es Ägypten nicht bloss darum geht, mit der Vermittlung einer Waffenruhe in

Washington zu punkten. Waffenruhen zwischen der Hamas und Israel hat Kairo auch schon früher eingefädelt. Doch diesmal will sich das Sisi-Regime offensichtlich als überzeugter Anwalt der palästinensischen Sache inszenieren. Hatte Ägypten Donald Trumps proisraelischen Friedensplan – das sogenannte Jahrhundertabkommen – noch achselzuckend hingenommen, ertönten nun schärfere Töne aus Kairo. Als der Konflikt zu Ende des Ramadans eskalierte, erklärte der ägyptische Aussenminister: «Unsere Brüder in Jerusalem konnten die Heiligkeit dieses Monats nicht erleben, weil sie einen existenziellen Kampf führen.»

## Finanzspritze für Gazastreifen

Diese Aussage ist umso bemerkenswerter, als selbst propalästinensische Demonstrationen in Ägypten von den Behörden nicht toleriert werden. Doch der Sturm der israelischen Sicherheitskräfte auf die Al-Aksa-Moschee am 7. Mai liess den Volkszorn auch in Ägypten derart hochkochen, dass das Regime reagieren musste. Unter anderem will Kairo nun 500 Millionen Dollar in den Wiederaufbau im Gazastreifen investieren, wo mittlerweile mancherorts grosse Plakate mit Sisi-Porträts hängen. Die palästinensische Sache bleibe zuoberst auf der ägyptischen Prioritätenliste, steht darauf etwa.

In den nächsten Tagen wird auch der in Katar lebende Hamas-Führer Ismail Haniyeh in Kairo erwartet. Ob Ägypten allerdings in der Lage ist, eine dauerhafte Waffenruhe zu vermitteln, ist fraglich. Diskutiert werden zurzeit ein Gefangenenaustausch, eine Ausweitung der Fischereizone vor der Küste des Gazastreifens sowie ein Mechanismus, der das Abzweigen von Hilfsgeldern durch die Hamas verhindern soll. Entscheidend für eine Waffenruhe ist jedoch nicht allein die Eindämmung und Besänftigung der Islamisten im Gazastreifen. Auslöser der jüngsten Eskalation war letztlich die israelische Siedlungspolitik in Ostjerusalem. Und darauf hat Ägypten kaum Einfluss.

## EU-Staatsanwälte machen Jagd auf Korruption und Betrug

Zum Start der neuen Behörde gibt es Streit mit Slowenien

DANIEL STEINVORTH, BRÜSSEL

Es ist viel Geld, das den Haushalten der EU und ihrer Mitgliedstaaten Jahr für Jahr durch krumme Geschäfte verloren geht. Auf satte 50 Milliarden Euro schätzt die Antikorruptionsbehörde Olaf den Schaden allein durch grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrug. Auf weitere 500 Millionen Euro werden die Verluste durch Bestechung, Veruntreuung oder Geldwäsche beziffert.

Bejubelt wurde deswegen von vielen Regierungen und Abgeordneten diese Woche der Startschuss für die Europäische Staatsanwaltschaft (Eppo). Die neue EU-Behörde mit Sitz in Luxemburg, die korrupten Politikern und kriminellen Geschäftsleuten europaweit das Handwerk legen soll, hat an diesem Dienstag nach fast vierjähriger Vorbereitungszeit ihre Tätigkeit aufgenommen. Unter der Leitung von Generalstaatsanwältin Laura Kövesi soll sie gegen Straftaten zulasten des EU-Haushalts vorgehen, sobald diese einen Schaden von mindestens 100 000 Euro beziehungsweise von 10 Millionen Euro bei Mehrwertsteuerbetrug verursachen.

## Furchtlose Ermittlerin

Kövesi, die früher die Antikorruptionsbehörde in Rumänien leitete, gilt als furchtlose Ermittlerin, die etlichen Politikern in ihrer Heimat das Leben

schwermachtete. Lange Zeit versuchte die Regierung in Bukarest deswegen, sie auf dem einflussreichen EU-Posten zu verhindern. Dass sich die Mitgliedstaaten und das Europaparlament dennoch für Kövesi einsetzten, galt als Zeichen, dass man es in Brüssel ernst meint mit der Betrugsbekämpfung.

Allerdings beteiligen sich nur 22 von 27 Mitgliedstaaten an der Eppo. Polen, Ungarn, Schweden, Dänemark und Irland sind bei der «ersten supranationalen Staatsanwaltschaft», die durch das Format der sogenannten «verstärkten Zusammenarbeit» zustande kam, nicht dabei. Mit ihr kann sich eine Gruppe von EU-Staaten für einen Integrationsschritt entschliessen, ohne dass andere Staaten automatisch folgen müssen.

Angewiesen ist die Eppo auf Unterstützung aus den Mitgliedstaaten: Neben den 22 nach Luxemburg entsandten Staatsanwälten gehen in den Ländern 88 «delegierte» Staatsanwälte Verdachtsfällen an Ort und Stelle nach. Diese Juristen gehören zwar weiter ihrer nationalen Justiz an. Sie sind aber gegenüber der EU-Behörde weisungsgebunden, wenn sie in deren Auftrag ermitteln. Ob ihre Arbeit zur Festnahme von Verdächtigen oder richterlichen Verurteilungen führt, müssen die nationalen Behörden entscheiden.

Langfristig rechnet die Eppo mit rund 3000 Fällen pro Jahr. Beim Start

am 1. Juni fange man aber nicht bei null an, sagte am Montag der deutsche Vertreter Andrés Ritter. Die Mitgliedstaaten seien verpflichtet, sämtliche Altfälle seit November 2017 zur Prüfung vorzulegen, als die Richtlinie zur Eppo in Kraft trat. Laut Ritter dürften die Ressourcen an Geld und Personal bald schon nicht mehr ausreichen. Dies gelte besonders mit Blick auf die Corona-Wiederaufbauhilfen in Höhe von 750 Milliarden Euro, wo besonders sorgfältig dafür gesorgt werden müsse, dass kein Euro durch Korruption oder Betrug verloren gehe.

## «Vertrauen wird untergraben»

Konflikt mit einigen Mitgliedstaaten ist da programmiert, wie am vergangenen Donnerstag der slowenische Ministerpräsident Janez Jansa bereits klarmachte. Der rechtspopulistische Politiker blockierte kurzerhand die Nominierungen für zwei delegierte Staatsanwälte, die in frühere Ermittlungen gegen Jansa eingebunden waren. Kövesi reagierte wenig amüsiert.

Man könne zwar auch ohne Slowenien starten, liess die Generalstaatsanwältin die Regierung in Ljubljana wissen. Dass das Land aber offenkundig die Zusammenarbeit mit der Eppo verweigere, werde das Vertrauen in Sloweniens Verwaltung und Kontrolle von EU-Geldern «ernsthaft untergraben».

## IN KÜRZE

### Grossbritannien erleichtert Einwanderung für Afghanen

(dpa) · Mehrere tausend Afghanen, die in ihrem Heimatland für britische Truppen gearbeitet haben, können sich unter einem neuen Programm leichter in Grossbritannien ansiedeln. Es sei richtig, dieses zu beschleunigen, da sich die Sicherheitslage in Afghanistan verändert habe, sagte der britische Verteidigungsminister Ben Wallace. Laut Schätzungen könnten sich mehr als 3000 afghanische Ortskräfte – Familienmitglieder eingerechnet – unter den neuen Regelungen im Vereinigten Königreich ansiedeln. Rund 1300 haben dies bereits getan. Viele davon haben in Afghanistan etwa als Übersetzer für das britische Militär gearbeitet.

### Polizei empfiehlt Anklage gegen Babis

(dpa) · Die Polizei in Tschechien hat ihre Ermittlungen gegen den Regierungschef Andrej Babis abgeschlossen und eine Anklage empfohlen. Ob es dazu kommt, müsse nun die Staatsanwaltschaft entscheiden, teilte ein Sprecher der Ermittlungsbehörde am Montag in Prag mit. Babis wird vorgeworfen, sich im Jahr 2008 Fördergelder für den Bau des Wellnessresorts Storchennest in Höhe von umgerechnet knapp 2 Millionen Euro erschlichen zu haben. Die Mittel waren für kleine und mittelständische Unternehmen bestimmt.

### Slowakischer Minister tritt zurück

(dpa) · Der slowakische Landwirtschaftsminister Jan Micoevsky ist zurückgetreten, nachdem eine seiner höchsten Beamtinnen unter Korruptionsverdacht festgenommen wurde. Er fühle sich verantwortlich für das Fehlverhalten der Chefin des staatlichen Bodenfonds SPF, da er sie ernannt habe, sagte er. Gerade weil es im SPF immer wieder Fälle von Korruptionsverdacht gegeben hatte, hatte Micoevsky bei seinem Amtsantritt vor einem Jahr den damaligen SPF-Chef abgesetzt.

### Mehr als 70 Tote bei Angriffen in Ostkongo

(dpa) · Im Osten der Demokratischen Republik Kongo sind bei einem Rebellenangriff mindestens 70 Menschen ums Leben gekommen. Bewaffnete Kämpfer hätten in der Ituri-Region die Dörfer Boga und Tchabi überfallen und dort ein Blutbad angerichtet, berichtete der zuständige Militärsprecher der Deutschen Presse-Agentur. Die Bewaffneten plünderten nach der Ermordung der Bewohner die Behausungen und nahmen auch mehrere Bewohner mit. Bei den Männern soll es sich laut den Angaben um Extremisten der islamistischen ADF-Gruppierung handeln.



## Betrug mit Corona-Tests in Deutschland

Die Regierung verschärft die Regeln für Testcenter

JONAS HERMANN, BERLIN

Der Berliner Stripklub «Angels» ist seit kurzem ein Corona-Testcenter. Wegen der Pandemie darf dort kein Normalbetrieb stattfinden, weshalb sich Betreiber und Stammpersonal auf Corona-Tests verlegt haben. Man kann darin unternehmerische Flexibilität sehen oder den Beweis, dass hier weniger vertrauenswürdige Anbieter ein lukratives Geschäftsfeld entdeckt haben. Wer in Deutschland auf der Terrasse eines Cafés sitzen will, zum Coiffeur möchte oder einen Einkaufsbummel plant, braucht einen aktuellen negativen Schnelltest. Die Kosten dafür übernimmt der deutsche Staat, und er kontrolliert die Anbieter praktisch nicht.

Ein möglicher Abrechnungsbetrug bei Bürgertests zieht seit dem Wochenende Kreise, die Justiz ermittelt. Es gibt Verdachtsfälle in mehreren Bundesländern. In Nordrhein-Westfalen soll ein Betreiber von Dutzenden Teststationen viel mehr Tests abgerechnet haben, als tatsächlich durchgeführt wurden. Da die deutsche Regierung die Tests finanziert, ist der Gesundheitsminister Jens Spahn unter Druck. Oppositionspolitiker kritisierten, er habe es Betrügern leichtgemacht.

Besonders für deutsche Verhältnisse räume der Staat den Corona-Testzentren viel Spielraum ein. Wer an einer kurzen Schulung teilnimmt und eine Genehmigung der kommunalen Behörden erhält, darf ein Testzentrum eröffnen. Für jeden Test erhalten die Betreiber 18 Euro aus Steuermitteln. Ob der Test tatsächlich durchgeführt wurde, prüft niemand. Das soll sich nun ändern. Am Montagmorgen hatte Spahn die Gesundheitsminister der Bundesländer zur Krisensitzung eingeladen. Sie beschlossen, die Regeln für Testzentren zu verschärfen und künftig deutlich weniger an sie zu zahlen.

### Büros durchsucht

Bei der Überwachung der Testzentren gibt es zwei grundlegende Probleme: Bisher fühlte sich keine Behörde dafür verantwortlich. Zudem hat das Gesundheitsministerium den Betreibern unter sagt, die Namen und Adressen der Getesteten weiterzugeben. Somit lässt sich nur schwer kontrollieren, ob und wie viel tatsächlich getestet wurde. Die Abrechnungsdaten der Zentren sollen nun überprüft werden, möglicherweise auch mithilfe der Finanzämter.

Aufgedeckt haben den Betrug Reporter von NDR, WDR und «Süddeutsche Zeitung». Sie postierten sich vor Teststationen in den Städten Köln, Münster und Essen und zählten die Menschen, die sich dort testen liessen.

Am Abend verglichen sie ihre Notizen mit den Angaben des Betreibers. Die Reporter zählten an einem Testbus vor einem Kölner Möbelhaus an einem Tag rund 80 Testwillige. Am Abend meldete der Betreiber den Behörden aber fast tausend Tests für diesen Standort. Die Staatsanwaltschaft Bochum hat nun Ermittlungen aufgenommen. Sie liess Geschäftsräume des Unternehmens durchsuchen und beschlagnahmte Unterlagen.

Allein im Mai und April hat die Bundesregierung rund 659 Millionen Euro für die privaten Testeinrichtungen ausgegeben, welche die staatlichen Testzentren unterstützen. Auf diesem Markt gibt es zahlreiche seriöse Anbieter mit medizinisch ausgebildetem Personal. Offenbar zieht das Geschäft aber nicht nur Betrüger, sondern auch Schwerkriminelle an. Laut einem Bericht der «Welt am Sonntag» soll ein Mitglied des Miri-Clans Mitarbeiter für Testzentren angeworben haben. Der Clan zählt zu den bekanntesten kriminellen Grossfamilien in Deutschland.

### Kein Einziger war positiv

Der FDP-Gesundheitsexperte Andrew Ullmann sagte, «dass Schnelltests kommen würden, war keine Überraschung». Es sei «erschreckend», dass sich die Bundesregierung offenbar keine Gedanken über die Abrechnungen gemacht habe. Der Grünen-Gesundheitspolitiker Janosch Dahmen sagte: «Es war und ist richtig, dass wir sehr zügig und flächendeckend kostenlose Schnelltests verfügbar gemacht haben.» Sicherheit und Seriosität habe man dabei aber vernachlässigt.

Fraglich ist auch, ob alle privaten Testzentren korrekt arbeiten. Die Zentren, die NDR, WDR und «Süddeutsche Zeitung» unter die Lupe nahmen, meldeten in einer Woche rund 25 000 Tests. Kein Einziger der Getesteten soll dabei positiv gewesen sein. Schnelltests müssen akkurat durchgeführt werden, weil sie weniger sensibel sind als PCR-Tests. Wird das Teststäbchen zu kurz oder nicht tief genug in Rachen oder Nase gesteckt, ist der Test wertlos.

Auch in Berlin drängt sich der Verdacht auf, dass es in manchen privaten Einrichtungen nicht mit rechten Dingen zugeht. Private Testzentren übernehmen einen Grossteil der Tests in Berlin. Sie weisen eine Positivrate von nur 0,8 Prozent auf, während die Positivrate in den städtischen Testzentren laut dem «Tagesspiegel» bei 1,4 Prozent liegt. Berichte über schlampige Abstriche in privaten Zentren lassen vermuten, dass es dafür keine harmlose Erklärung gibt.

## Deportierte Ausländer verklagen Norwegen

EU-Bürger vermuten eine Verletzung der Personenfreizügigkeit in der Corona-Krise



Endstation Flughafen (im Bild: Trondheim). Ausländische Arbeitskräfte liess die norwegische Regierung im Frühjahr 2021 nicht mehr ins Land. GORM KALLESTAD / NTB / AFP

RUDOLF HERMANN

Die 23-jährige Polin, traute ihren Augen und Ohren nicht, als sie von der norwegischen Polizei den Bescheid erhielt. Kinga Agata Mulawka war im April für ein paar Tage zum Begräbnis ihrer Mutter, die unerwartet verstorben war, nach Polen gereist. Zurück in Norwegen, wo sie wohnt und arbeitet, wurde ihr am Flughafen eröffnet, dass man ihr die Einreise verweigere.

Die junge Frau wurde umgehend in ein Flugzeug gesetzt und nach Polen deportiert. Denn die Regierung hatte im Februar im Zug der Corona-Krise und neuer, beunruhigender Virusmutationen die Bestimmungen dahingehend verschärft, dass nur noch einreisen dürfe, wer Staatsbürger sei oder über eine Niederlassungsbewilligung verfüge. So wollte man das Risiko minimieren, dass Infektionen eingeschleppt würden. Dass Mulawka einen Job und eine Wohnung hatte und in Norwegen Steuern bezahlt, interessierte da nicht. Mit diesen Vorschriften, die erst unlängst wieder aufgehoben wurden, hat Norwegen allerdings nach Ansicht diverser Juristen möglicherweise

gleich mehrere nationale und internationale Regelwerke verletzt, vom norwegischen Grundgesetz über das Abkommen zum freien Personenverkehr in der EU und im EWR bis hin zur Europäischen Menschenrechtskonvention.

### Hunderte von Fällen

Betroffen sind laut Angaben des norwegischen Fernsehens über 3000 Personen, die in Quarantänehotels gesteckt oder an der Grenze abgewiesen wurden und denen damit zusätzliche Auslagen entstanden. Ganz zu schweigen davon, dass sie ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen konnten, deshalb Lohnverlusten erlitten und Miete für eine Wohnung bezahlen mussten, in der sie nicht wohnen durften.

Die Regierung argumentiert, es sei eine Situation gewesen, mit der man wenig Erfahrung gehabt habe. Man werde sehen müssen, ob und allenfalls wie man in Konflikt mit den Regeln des freien Personenverkehrs im Rahmen des Europäischen Wirtschaftsraums stehe, heisst es aus dem Justizministerium.

Eine solche Beurteilung wird auch die Efta Surveillance Authority vorneh-

men, die darüber wacht, dass die Teilnehmerstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation den eingegangenen Verpflichtungen nachkommen. Norwegen hat hier möglicherweise die Grenzen überschritten.

Und es wäre nicht das erste Mal. Denn Oslo hatte auch jahrelang die Regeln der Personenfreizügigkeit zuungunsten eigener Bürger im Ausland ausgelegt und ihnen Sozialleistungen vorzuenthalten, wenn sie sich vorübergehend im EU/EWR-Ausland aufhielten. 2019 mündete dies in einen riesigen Skandal.

### Es droht eine Sammelklage

Hunderte von EU-Bürgern, viele von ihnen aus Polen und Litauen, wollen nun auf gerichtlichem Weg vom norwegischen Staat Entschädigungen für Auslagen und entgangenen Verdienst erwirken. Die Anwältin Lina Smorr von der Kanzlei Andersen & Bache-Wiig, die eine bedeutende Anzahl von ihnen vertritt, sagte, es gebe einen grossen Bedarf an juristischer Klärung im Zusammenhang mit dem staatlich verordneten Aufenthalt in Quarantänehotels auf Rechnung der Betroffenen.

Die Wirtschaftszeitung «Dagens Næringsliv» sprach dabei unumwunden von «unrechtmässiger Internierung». Die Juristin Smorr vermutet, Norwegen habe seine internationalen Verpflichtungen missachtet. Seitens der Regierung ist ein Eingeständnis eines Fehlers bisher ausgeblieben, von einer Entschuldigung gegenüber den Betroffenen ganz zu schweigen.

Polnische Expats haben sich mittlerweile zu einer Interessengruppe zusammengeschlossen und umgerechnet rund 40 000 Franken gesammelt, um zusammen mit der Kanzlei Andersen & Bache-Wiig eine kollektive Klage anzustrengen, wenn kein Vergleich erzielt werden kann. So soll laut Smorr verhindert werden, dass einzelne Personen sich allzu sehr exponieren müssen. Die Anwältin sagte, es gehe darum, dass Massnahmen zum Infektionsschutz gut begründet, zielgerichtet und verhältnismässig zu sein hätten. Dann würden sie in der Bevölkerung auch Akzeptanz finden.

## Vietnam ruft die USA zu Hilfe

Die Zahl der Infektionen steigt, und es gibt nicht genügend Impfstoff im Land

MANFRED RIST, PHNOM PENH

Es ist ein aussergewöhnlicher Schritt: Vietnam hat die Vereinigten Staaten um Hilfe bei der Bekämpfung der neuen Corona-Welle gebeten. Lange galt das südostasiatische Land als Vorbild bei der Eindämmung der Seuche. Doch jetzt fehlt es Hanoi an Impfstoff. Präsident Nguyen Xuan Phuc hat sich am Sonntag in einem persönlichen Brief direkt ans Weisse Haus gewandt. Gemäss den staatlichen vietnamesischen Medien dankt Nguyen Xuan dabei Präsident Joe Biden für die amerikanische Unterstützung der globalen Impfinitiative Covax.

Das Schreiben bringt aber auch zum Ausdruck, dass Vietnam dringend zusätzlichen Impfstoff benötigt. Und die Bitte enthält eine dezidiert politische Note: Vietnam lege grossen Wert auf die Partnerschaft mit den USA und den weiteren Ausbau der bilateralen Beziehungen.

### Lockdown in Ho-Chi-Minh-Stadt

Hintergrund des Schreibens ist ein neuer Corona-Ausbruch. Seit Ende April verzeichnet das Land 4000 neue Fälle. Die Entwicklung kontrastiert mit den bisherigen Daten: Vietnam galt wegen seiner umsichtigen Strategie und seines guten Gesundheitssystems bis vor kurzem praktisch als Corona-frei. Jetzt

tauchen neue Probleme auf. Vietnam ist zum einen mit dem Impfen weit im Rückstand. Per Ende Mai ist erst eine Million Dosen verabreicht worden. Das Land zählt 97 Millionen Einwohner. Erst 28000 von ihnen haben die zweite Impfung erhalten. Zum anderen gibt es Hinweise auf eine neue Virusvariante. Laut dem vietnamesischen Gesundheitsminister handelt es sich um eine Version, die Merkmale der indischen und der britischen Mutation in sich trägt und besonders ansteckend sein soll.

Sorge bereitet den Behörden vor allem die Lage im Süden des Landes. Dort sind im Umkreis der Millionenmetropole Ho-Chi-Minh-Stadt verschiedene Cluster aufgetaucht, die nur unvollständig nachverfolgt werden konnten, unter anderem in Industrieparks und im Zusammenhang mit religiösen Veranstaltungen. Bei dem betreffenden Pathogen handelte es sich – wie bei den meisten neuen Fällen in Südostasien – zunächst um die ansteckende indische Virusvariante. Dazu kommt nun die (angeblich) neue, hybride Mutation. Die Behörden haben denn auch umgehend reagiert: Für die grösste Stadt des Landes gilt ab Montag ein Lockdown.

Die Beschränkungen sollen zwei Wochen dauern. Sie sehen vor, dass nur lebensnotwendige Geschäfte – etwa Lebensmittelläden, Tankstellen und Apotheken – offen bleiben. Zudem gel-

ten reduzierte Schichtbetriebe in den Fabriken, Versammlungsverbote und Abstandsregeln.

### Notbremse in Malaysia

Vietnam ist kein Einzelfall in Ostasien. Von Thailand bis Taiwan grassiert die dritte Welle. Die Regierung in Bangkok gab am Montag mit 5485 Fällen einen neuen Spitzenwert bekannt. Pläne für eine Öffnung der Grenzen werden denn auch in ganz Südostasien laufend revidiert.

Ein krasses Beispiel liefert Malaysia. Dort hat die Regierung erneut einen landesweiten «totalen» Lockdown verordnet. Er gilt ab Dienstag und soll ebenfalls zwei Wochen dauern. Auch Malaysia ist mit dem Impfprogramm im Rückstand und verzeichnet seit Tagen immer neue Spitzen bei den Infektionen. In der vergangenen Woche überstiegen die Fälle jeden Tag die Marke von 6000 Neuansteckungen.

Die Entwicklung sorgt auch für Unruhe im benachbarten Singapur, das engste wirtschaftliche Kontakte mit Malaysia pflegt. Grosses Unbehagen löst zudem die verworrene Lage in Burma aus, einem Nachbarstaat Indiens. Von dort gibt es derzeit nicht nur keine verlässlichen Zahlen. Auch die Bekämpfung der Pandemie ist wegen der politischen Lage ganz in den Hintergrund getreten.

ANZEIGE

**Fust**

**Infos und Adressen:**  
0848 559 111  
oder [www.fust.ch](http://www.fust.ch)

**Und es funktioniert.**

**Rundum-Vollservice mit Zufriedenheitsgarantie**

- 5-Tage-Tiefpreisgarantie
- 30-Tage-Umtauschrecht
- Schneller Liefer- und Installationsservice
- Garantieerweiterungen
- Mieten statt kaufen

**Schneller Reparaturservice**

- Testen vor dem Kauf
- Haben wir nicht, gibts nicht
- Kompetente Bedarfsanalyse und Top-Beratung
- Alle Geräte im direkten Vergleich

**119.<sup>90</sup>**

Tiefpreisgarantie

H/B/T: 51 x 44 x 47 cm

**349.-**

Tiefpreisgarantie

7 kg Fassungsvermögen

**899.-\***

statt 1799.-

-50%

\*Einführungspreis

**NOVAMATIG TF 033 Gefrierbox**  
• 33 Liter Nutzinhalt  
Art. Nr. 10663946

**NOVAMATIG WA 707.1 E Waschmaschine**  
• Spezialprogramme wie: Wolle, Feinwäsche, usw.  
Art. Nr. 10003305

**BOSCH WNA 13400 EU Waschtrockner-Kombi**  
• Waschen in nur 15 Min. für die schnelle Wäsche  
Art. Nr. 10724251

# Grausiger Fund erschüttert Kanada

An einer früheren Schule für Indigene wurde ein Massengrab mit den sterblichen Überresten von 215 Kindern entdeckt

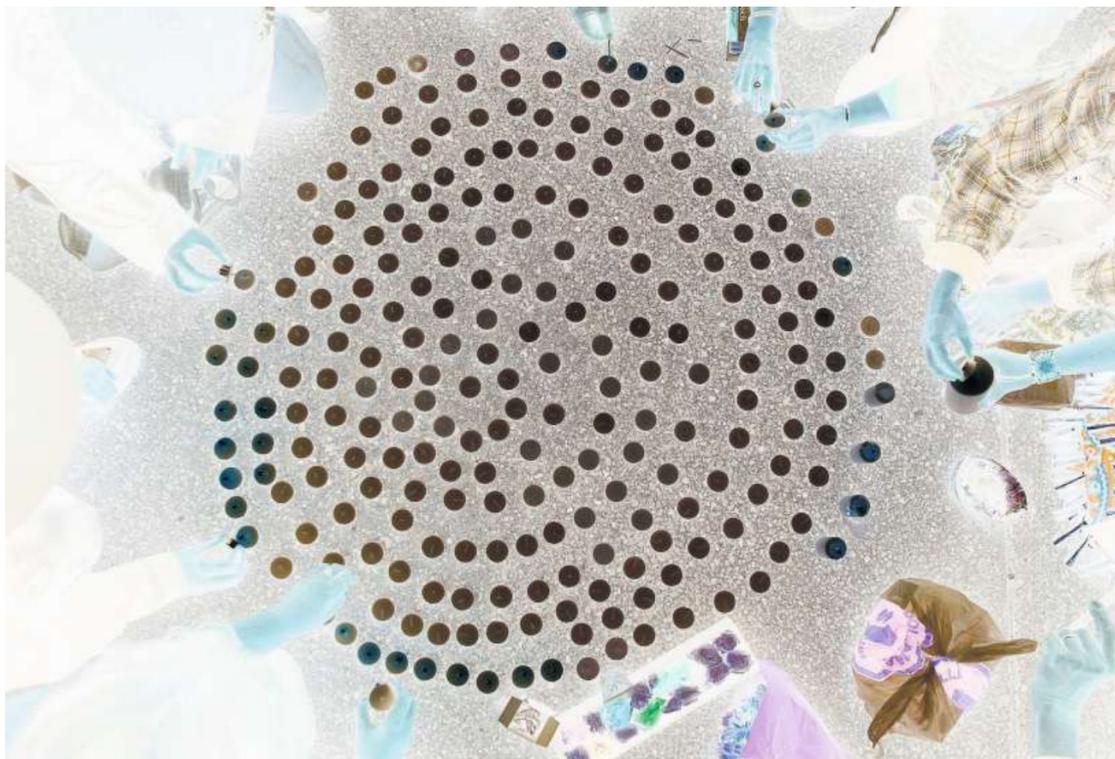
DAVID SIGNER, CHICAGO

Während mehr als hundert Jahren wurden in Kanada indigene Kinder von ihren Eltern getrennt und in Internate gesteckt, wo man sie systematisch ihrer Herkunftskultur entfremdete. Die Schulen waren berüchtigt. Ein Report aus dem Jahr 2015 dokumentierte unzählige Fälle von Unterernährung, körperlichen Strafen, medizinischer und genereller Vernachlässigung, sexuellem Missbrauch sowie psychischer Traumatisierung unter den 150 000 Kindern, die die Schulen von 1840 bis zur Schliessung der letzten Einrichtung im Jahr 1996 besucht hatten. 4100 Todesfälle wurden gezählt.

Nun entdeckte man auf dem Gelände des ehemaligen Internats in der Nähe der Kleinstadt Kamloops in einem Massengrab die sterblichen Überreste von weiteren 215 Kindern. Es handelte sich bei der Kamloops Indian Residential School, die 1890 gegründet und 1969 vom Staat übernommen wurde, um das grösste Indigenen-Internat des Landes. In den fünfziger Jahren hatte die Einrichtung über 500 Schüler. Wie die meisten dieser Schulen wurde es im Auftrag der kanadischen Regierung von der katholischen Kirche betrieben.

## Schon länger vermutet

Die Sprecherin der indigenen Gemeinschaft Tk'emlups te Secwepemc sagte, die Knochen seien mittels Radar entdeckt worden. Einige der verstorbenen Kinder seien erst drei Jahre alt gewesen. Offenbar hatten Mitglieder der Gemeinde das Verschwinden der Kinder seinerzeit gemeldet, aber die damalige Schulleitung hatte die Todesfälle nie dokumentiert beziehungsweise hatte sie vertuscht. Unter welchen Umständen die Schüler ums Leben kamen, ist noch Gegenstand von Untersuchungen. Gerichtsmediziner und Museen wollen gemeinsam die Umstände abklären und die Resultate Mitte Juni publizieren.



Zum Gedenken an die ums Leben gekommenen Kinder zünden Teilnehmer einer Mahnwache in Toronto Kerzen an.

IMAGO

Es gab immer wieder Gerüchte über die Existenz solcher verborgenen Gräber; die jetzt erfolgte Entdeckung ist der erste Beweis, dass offenbar tatsächlich zahlreiche Kinder heimlich verscharrt wurden. Experten gehen davon aus, dass noch mehr solche Massengräber entdeckt werden. Allerdings wird die Suche erschwert, da viele der früheren Gebäude nicht mehr existieren und inzwischen dort andere Bauten errichtet wurden. Im Moment diskutieren die indigenen Führer der Provinz Britisch-Kolumbien darüber, wie man

mit dem Fund verfahren soll. In einem nächsten Schritt wird man die Gebeine wohl exhumieren und mit forensischen Methoden untersuchen, um die Identität der verstorbenen Kinder festzustellen; dann könnte man die sterblichen Überreste zu ihren Familien überführen.

Kanadas Premierminister Justin Trudeau twitterte anlässlich des grausigen Fundes: «Es bricht mir das Herz. Es erinnert uns schmerzhaft an ein dunkles und beschämendes Kapitel in der Geschichte unseres Landes.» Im Jahr 2008 hatte sich die Regierung offiziell für das System der

Internate für Ureinwohner entschuldigt und zahlte den Überlebenden und Hinterbliebenen Milliarden an Wiedergutmachung. Trudeau appellierte 2018 an Papst Franziskus, sich ebenfalls für das unmenschliche System zu entschuldigen; die Anfrage wurde abgewiesen. Durch die Entdeckung des Massengrabs gerät auch der Vatikan erneut ins Fadenkreuz.

Der Report der kanadischen Wahrheits- und Versöhnungskommission von 2015 sprach von einem «kulturellen Genozid» im Zusammenhang mit den «Umerziehungslagern». In den Interna-

ten war es den Schülern – Inuit, Indianern und Mestizen – unter Androhung von Gewalt verboten, ihre eigene Sprache anstelle von Englisch zu sprechen. Wenn die Schüler nach ein paar Jahren zu ihren Familien zurückkehrten, konnten sie sich oft nicht einmal mehr mit ihren Verwandten verständigen. Viele kehrten überhaupt nie zurück; über ihren Verbleib gab es nur vage Informationen oder überhaupt keine.

Die Kultur der Indigenen wurde in den Internaten systematisch herabgesetzt und lächerlich gemacht; damit sollten die Kinder an die weisse Mehrheitsgesellschaft assimiliert werden. Das Konzept erinnert an das schweizerische Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse, das zwischen 1926 und 1972 das Ziel verfolgte, den Fahrenden die Kinder wegzunehmen, um sie zu «brauchbaren» Mitgliedern der Gesellschaft zu machen.

## Noch immer viele Fremdbetreute

In den kanadischen Internaten wurden die Zöglinge auch ökonomisch ausgebeutet: Kinderarbeit war an der Tagesordnung. Vertreter der Ureinwohner hatten die erhöhten Selbstmordraten, den verbreiteten Alkoholismus und die häufige häusliche Gewalt unter den Indigenen oft mit diesen Internaten in Verbindung gebracht, wo das Selbstbewusstsein und die Identität der Heranwachsenden planmässig gebrochen wurde.

Trudeau hatte die Probleme der Indigenen von Beginn seiner Amtszeit an zu einem Schwerpunkt seiner Politik erklärt, erntete aber immer wieder Kritik, dass seinen Ankündigungen wenig Taten gefolgt seien. So betonten Indigene-Vertreter zum Beispiel, dass die Internate inzwischen zwar geschlossen worden seien, aber immer noch überproportional viele indigene Kinder fremdbetreut, beziehungsweise den Eltern weggenommen würden. Laut einer Volkszählung waren 2016 mehr als die Hälfte der Kinder in Pflegefamilien oder Heimen Indigene.

# Kosovo zapft das Know-how seiner Expats an

Die neue Regierung will die Diaspora besser ins politische Leben einbinden – exemplarisch dafür steht die Aussenministerin Donika Gervalla-Schwarz

ANDREAS REICH, PRISTINA

Als die achtjährige Donika Gervalla-Schwarz 1980 mit ihrer Familie aus Pristina floh, gab es das Land noch nicht, dessen Aussenministerin sie heute ist. Kosovo war Teil Jugoslawiens, das ein Jahrzehnt später unterging. Seit Ende März gehört Gervalla-Schwarz der neuen Regierung von Albin Kurti an. Bis dahin hatte sich ihr Lebensmittelpunkt in Deutschland befunden. Jetzt blickt sie aus ihrem Büro im Aussenministerium im Stadtzentrum Pristinas direkt auf das «Newborn»-Monument, ein beliebtes Fotosubjekt und Symbol für die kosovarische Unabhängigkeit.

«Es ist sehr viel normaler, wieder hier zu sein, als ich mir das anfangs vorgestellt habe», sagt Gervalla-Schwarz. Ungewöhnlich sind dagegen ihre Lebensgeschichte und ihr Weg in dieses Büro: Ihr Vater, Jusuf Gervalla, ein prominenter Journalist, Schriftsteller und Musiker, setzte sich im sozialistischen Jugoslawien für mehr Rechte der Albaner ein. Das brachte ihn ins Visier der Staatsmacht. 1980 ging er mit seiner Familie nach Deutschland ins Exil.

Doch nur zwei Jahre später wurde er dort erschossen – wahrscheinlich vom jugoslawischen Geheimdienst.

Das Schicksal ihres Vaters habe sie früh politisiert, sagt Gervalla-Schwarz. Nach seinem Tod zog die Mutter mit Donika und ihren Geschwistern ins kommunistische Albanien. Der Umzug der Familie wurde vom Diktator Enver Hoxha, der sich als Beschützer der Kosovo-Albaner inszenierte, auch propagandistisch ausgenutzt. Dennoch setzte sich Donika Gervalla-Schwarz Anfang der 1990er Jahre als Mitglied der Studentenbewegung für das Ende des Kommunismus ein. Nach dem Fall des Regimes führte sie ihr Weg erneut nach Deutschland, wo die Flötistin zunächst Musik und dann Jura studierte. Mit dem CDU-Politiker Stefan Schwarz gründete sie eine Familie und liess sich in Bonn nieder.

Kaum in Deutschland, begann sie sich politisch für ihre kosovarische Heimat zu engagieren und trat dem deutschen Ableger der LDK von Ibrahim Rugova bei, der auf gewaltlosem Weg die Unabhängigkeit Kosovos anstrebte. An zahlreichen Veranstaltungen und in

Talkshows im deutschen Fernsehen engagierte sie sich eloquent gegen die Unterdrückung der Albaner durch das serbische Milosevic-Regime. Als sich die Repression immer stärker zuspitzte, warb sie in Deutschland für einen Militäreinsatz gegen Serbien.

«Ich war immer Teil der politischen Landschaft dieses Landes», sagt sie heute. Bei den Wahlen im vergangenen Februar kandidierte sie für die Initiative Guxo (Trau dich) der heutigen Staatspräsidentin Vjosa Osmani. Die gemeinsame Wahlliste mit Albin Kurtis Partei Vetevendosje (Selbstbestimmung) erlang in einem Erdrutschsieg mehr als 50 Prozent der Stimmen. Auch deshalb, weil sie die grosse Mehrheit der Diaspora-Stimmen auf sich vereinte.

Jetzt ist die Aussenministerin, die das Leben in der Diaspora aus eigener Erfahrung kennt, auch für die Pflege der Beziehungen zu den Kosovarinnen und Kosovaren im Ausland zuständig. Sie sollen ihrem Beispiel folgen und sich in Zukunft auch politisch stärker im Land einbringen. «Wir wollen die Diaspora motivieren, ein wichtiger Teil der Veränderung im Land zu sein», sagt Gervalla-Schwarz.

In Zukunft soll Kosovo nicht nur von Geldüberweisungen, sondern auch vom Know-how der gut ausgebildeten Auslandkosovaren profitieren, etwa indem sie Funktionen in den staatlichen Institutionen übernehmen oder als Investoren ins Land kommen. Auch die Teilnahme an Wahlen soll für die Diaspora leichtergemacht und in den Botschaften und Konsulaten des Landes ermöglicht werden. «Es wird noch in diesem Jahr ein neues Wahlgesetz geben», sagt Gervalla-Schwarz.

## Genozid-Klage gegen Serbien

Weniger schnell dürfte es beim Normalisierungsprozess mit Serbien vorangehen, das Kosovo nach wie vor als Teil seines Staatsgebiets betrachtet. Wichtiger sei zurzeit die Beschaffung von Covid-

19-Impfstoffen, sagt die Aussenministerin. Auch die Anerkennung Kosovos durch die fünf noch abseitsstehenden EU-Staaten habe höchste Priorität. Man werde sich aber auch mit Serbien wieder an einen Tisch setzen.

Bereits hat die neue Regierung in Pristina angekündigt, dass sie Serbien wegen Genozid in Kosovo vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) verklagen will. Allerdings ist das Land kein Vertragsstaat des IGH. Damit kann es eine Klage doch gar nicht einreichen? Ger-



Donika Gervalla-Schwarz  
Aussenministerin  
von Kosovo

valla-Schwarz weicht aus. Man habe sich auf das Prozedere noch nicht festgelegt. Es werde einige Zeit dauern, bis man so weit sei. «Aber wir werden die Klage so vorbereiten, dass wir nicht scheitern, sondern dass die Verantwortlichen für den Genozid klar benannt werden.»

Gervalla-Schwarz fordert aber auch, dass die vielen Nachkriegsmorde im Land aufgeklärt werden. Sie wurden nach dem Abzug der serbischen Truppen meist von Angehörigen der kosovo-albanischen Befreiungsarmee UCK verübt. Die Opfer waren Serben, Roma und albanische Gegner der UCK. Mehrere ehemalige Kommandanten sitzen deshalb im Kosovo-Sondergericht in Den Haag in Untersuchungshaft.

Den Gerichtshof empfinden viele Kosovo-Albaner als ungerecht. Auch der heutige Ministerpräsident Kurti hatte die Etablierung des Gerichts bekämpft. Gervalla-Schwarz sagt hingegen: «Ich habe zusammen mit anderen immer wieder verlangt, dass auch die politischen Morde nach dem Ende des Krieges restlos aufgeklärt werden.» Es müsse Gerechtigkeit für alle geben. «Wir brauchen das für den inneren Heilungsprozess unserer Gesellschaft.» Leider habe es die kosovarische Justiz nicht geschafft, die Morde aufzuklären. Vorgängerregierungen hätten dies verhindert.

## Regierung der letzten Hoffnung

Die Regierung, der Gervalla-Schwarz seit wenigen Wochen angehört, ist für viele Menschen in Kosovo eine letzte Hoffnung. In den zwei Jahrzehnten seit dem Krieg haben sich Korruption und Vetternwirtschaft breitgemacht – auch weil die internationalen Akteure im Land aktiv wegschauten.

Gervalla-Schwarz sagt, sie könne nicht mehr nachzählen, wie viele Bürger ihr gesagt hätten: «Wenn ihr mit euren Reformen scheitert, dann gehen wir.» Ein erstes Zeichen hat die Aussenministerin bereits gesetzt. Sie hat die Entlassung von einem Dutzend kosovarischer Botschafter beantragt, die ihre Posten aus politischer Gefälligkeit erhalten haben sollen. Sie versucht aber auch die Erwartungen an die neue Regierung zu dämpfen: «Wir können in vier Jahren nicht jedes Wunder bewirken.» Aber, sagt die Aussenministerin, sie würde die Zeit nutzen, um die richtigen Wege vorzuspüren. «Damit keine Regierung das später wieder umkehren kann.»



# Dubiose Experten für die Drecksarbeit

In Afrika floriert das Söldnerwesen – die Uno warnt vor dessen Gefahren, Militärberater verweisen auf Erfolge im Kampf gegen den Terror

CHRISTIAN PUTSCH, KAPSTADT

Der ehemalige britische Offizier Simon Mann antwortet innerhalb einer Viertelstunde auf die Anfrage für ein Gespräch. Er unterhalte sich gerne über die Rolle von Söldnern im Kampf gegen den islamistischen Terror, der sich in einigen afrikanischen Ländern ausbreite. Er sei sich aber nicht sicher, ob es eine gute Idee sei, das ausgerechnet mit einem Journalisten namens Putsch zu tun: «Ich habe schliesslich mal einen Putsch versucht», schreibt er, «hat nicht so gut geklappt.»

Im März 2004 war Mann mit 69 Leuten bei einer Zwischenlandung in Simbabwe verhaftet worden, als man Waffen für einen Staatsstreich in Äquatorialguinea einladen wollte. Schon in den 1990er Jahren hatte er als führender Mitarbeiter von Söldnerfirmen in Angola und Sierra Leone gekämpft. Seit der Verhaftung ist der Berater, der fünf Jahre in Simbabwe und Äquatorialguineischen Gefängnissen verbrachte, endgültig einer der bekanntesten Söldner auf dem Kontinent.

## Hoffen auf Geschäfte

Mann wittert in diesen Tagen die Chance auf neue Geschäfte. Der 67-Jährige ist Repräsentant der internationalen Militärfirma STTEP (Specialised Tasks, Training, Equipment and Protection), die auf einen Auftrag in Moçambique hofft. Die dortige Regierung engagierte im Kampf gegen die lokalen Terrorgruppen im Norden des Landes bereits verschiedene Söldnertruppen, doch auch diese konnten den brutalen Anschlag auf die Gasförderstadt Palma Ende März nicht verhindern.

Die Verträge mit den beteiligten Firmen liefen Anfang April aus und wurden nicht verlängert – auf Druck der USA, die im März ein Ausbildungsprogramm für die lokale Armee gestartet haben. Parallel dazu sucht die Regierung in Maputo nach neuen Strategien. Sie hat um eine Ausbildungsmission der EU gebeten, lehnt eine von der SADC-Staatengemeinschaft des südlichen Afrikas angebotene Eingreiftruppe aber ab. Zu gross wäre das Eingeständnis des Scheiterns. Doch an den Gesprächen nimmt, so ist zu hören, wieder so mancher private Sicherheitsexperte teil.

Es ist hochgradig umstritten, welche Rolle sogenannte «private Sicherheits- und Militärunternehmen» (PMC), als die sich Söldnerfirmen bezeichnen, beim Kampf gegen den Terrorismus in Afrika spielen sollen. Und ob es sich bei ihnen um Söldner im rechtlichen Sinne handelt. Laut den Genfer Konventionen ist das Handwerk seit Jahrzehnten illegal. Doch die Definition ist äusserst eng und praxisfern. Söldner ist demnach, wer im In- und Ausland zum besonderen Zweck des Kämpfens in einem bewaffneten Konflikt angeworben wird, aktiv an Kämpfen teilnimmt und das «vor allem aus Streben nach persönlichem Gewinn». Zudem soll der Betroffene keine Staatsbürgerschaft der beteiligten Länder besitzen und nicht der Armee oder den Streitkräften einer am Konflikt beteiligten Partei angehören.

Die Rekrutierung einzelner ausländischer Kämpfer oder Gruppen ist also illegal. Länder dürfen aber durchaus PMC beauftragen, und hier gibt es grosse Grauzonen. Regierungen halten derartige Verträge in der Regel geheim. Wird das Engagement dennoch öffentlich, ist in der Regel davon die Rede, dass es lediglich um den Schutz von Personen oder strategischer Infrastruktur gehe, nicht um eine Beteiligung an aktiven Kampfhandlungen. Nachprüfbar ist das längst nicht immer.

Die Uno-Arbeitsgruppe zum «Söldnertum» sieht den Einsatz dieser privaten Militär- und Sicherheitsunternehmen kritisch. «Der vielfältige, undurchsichtige und profitable Markt für private Kämpfe und Kampfunterstützungsdienste bedroht die Menschenrechte, den Schutz der Zivilbevölkerung sowie Frieden und Stabilität im Allgemeinen», heisst es in ihrem neuen Bericht. Zudem



Soldaten der mosambikanischen Armee bei einer Patrouille in Palma, wo im März ein brutaler Anschlag verübt wurde. JOAO RELVAS / EPA

habe die Beteiligung derartiger Akteure «häufig zu einer Verschärfung und Verlängerung von Konflikten» geführt.

«Wir fordern die Staaten zu mehr Transparenz und Zugang zu Informationen auf», sagt Jelena Aparac, die Vorsitzende der Arbeitsgruppe. Es gebe zahlreiche kritische Bereiche, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Migration oder der Sicherung von Bergwerken, wo derartige Firmen eingesetzt würden. «Oft entsteht so Verwirrung über Kommandostrukturen und darüber, wer Menschenrechtsverletzungen zu verantworten hat», sagt Aparac, «es gibt zu viele Fälle von Straflosigkeit und mangelnder Rechenschaftspflicht.» Hinzu komme, dass die derzeitige Rechtsprechung neue Einsatzbereiche nicht ausreichend berücksichtige. Die Frage etwa, wie man mit «Cyber-Söldnertum» umgehe, also mit Hackern, die sich Zugang zu konfliktrelevanten Daten verschaffen würden. «Es gibt ein rechtliches Vakuum, dank dem viele private Militär- und Sicherheitsfirmen in den vergangenen Jahren ihren Einsatzbereich ausgeweitet haben», sagt Aparac.

## Mitkämpfen, nicht nur ausbilden

Simon Mann hält sich derzeit in Sierra Leone auf. Für Geschäfte in der Landwirtschaft, wie er sagt, «nichts Militärisches». Mit Blick auf ein mögliches Engagement in Moçambique zeigt er sich überzeugt, dass private Sicherheitsfirmen weiterhin eine wichtige Rolle bei der Verteidigung der Regierung spielen werden. «Ich schlage ein Konzept vor, bei dem abgeordnete Offiziere und Unteroffiziere einer befreundeten regulären Armee oder auch externe Auftragnehmer in örtliche Armeen fest integriert werden», sagt Mann. Die ausländischen Kämpfer würden sich dabei nicht auf die Ausbildung beschränken, sondern aktiv mitkämpfen. Ein ähnliches Modell habe es in den 1970er Jahren in Oman gegeben, als es der Armee mit der Hilfe britischer Söldner gelang, einen Aufstand niederzuschlagen.

Der tatsächliche Einfluss der Terrornetzwerke auf die vermeintlich verbündeten Milizen in Afrika ist umstritten. Viele Behauptungen sind nach Ansicht mancher Analysten vor allem Propaganda.

Zwar sei die Praxis der neunziger Jahre, als das private Sicherheitsunternehmen Executive Outcomes in Angola ganze Armeen stellte, überholt, sagt Mann. Deshalb aber seinen ganzen Berufsstand zu verteideln, hält er für unangebracht und verlogen. «Natürlich können Ausländer in Armeen integriert werden», sagt er, «die Franzosen haben doch auch die Fremdenlegion und die Briten holen massenhaft Soldaten aus den Commonwealth-Staaten in ihre Truppen. Damit hat ja auch niemand ein Problem.»

Länder wie Moçambique geben den Einsatz von Söldnerfirmen nur sehr vage zu, schliesslich signalisiert er auch die Schwäche der eigenen Armee. In Nigeria dementiert die Regierung das Engagement von Söldnern stur, obwohl geleakte Regierungsdokumente 2015 die Rekrutierung von ebensolchen im Kampf gegen Boko Haram bewiesen. Die eingesetzten Leute stammten überwiegend aus Südafrika, wo sich viele ehemalige Soldaten, die zu Zeiten der Apartheid in Buschkriegen des südlichen Afrikas Erfahrungen sammelten, freiberuflich verdingen.

In dem Land gibt es wohlgermerkt besonders strenge Gesetze, die langjährige Gefängnisstrafen für Söldner vorsehen – einige von britischen PMC angeheuerte Südafrikaner konnten deshalb nicht in Afghanistan kämpfen. Doch das schreckt nicht wirklich ab. Ermittlungen sind selten, und wenn es sie gibt, dann kommen Militärunternehmen mit überschaubaren Geldstrafen davon.

## Russische Kämpfer

Offiziell ist das dreckige Handwerk auch in Russland verboten. Von dort aus aber setzt die sogenannte Gruppe Wagner unter der Führung des Putin-nahen Oligarchen Jewgeni Prigoschin zunehmend Kreml-Interessen in Afrika durch. Nach Angaben eines Uno-Berichts half das russische Militär Wagner-Kämpfern in Libyen mit Logistikkieferungen. In der Republik Zentralafrika stellte die

Wagner-Gruppe die Präsidentengarde und bewachte Diamantenminen. Und in Moçambique ging nicht lange nach Beginn des Aufstands im Norden des Landes vor drei Jahren ein erster Vertrag an die russischen Söldner. Nach erheblichen Verlusten zog sich das Unternehmen aber zurück.

Willem Els von der südafrikanischen Denkfabrik Institute for Security Studies (ISS) plädiert für eine differenzierte Bewertung des Einsatzes von Söldnertruppen. Schliesslich handle es sich um einen weit gefassten Begriff. Er sei kein Fürsprecher privater Militärunternehmen, aber in Moçambique habe sich die zuletzt eingesetzte Söldnergruppe Dyck Advisory Group (DAG) als effektiver erwiesen als die Soldaten des Landes. «Der Anschlag von Palma wäre ohne DAG noch weit schlimmer gewesen – und er hätte bei einer angemessenen Ausstattung der Gruppe vielleicht sogar verhindert werden können», glaubt Els.

DAG hatte jüngst die Vorwürfe der Menschenrechtsorganisation Amnesty International zurückgewiesen, dass man wahllos auf Zivilisten gefeuert habe. Ohne den Einsatz seiner Leute hätte es deutlich mehr Tote gegeben, sagte der DAG-Chef Lionel Dyck: «Wir haben mit der Evakuierung Hunderter von Zivilisten gezeigt, dass wir hier nicht die Bösen sind.»

Sowohl in Moçambique wie auch in Nigeria haben die USA auf ein Ende der Zusammenarbeit mit den Söldnerfirmen gedrängt. Der ISS-Analyst Els kann das nur bedingt nachvollziehen, schliesslich hätten die beteiligten Firmen in beiden Fällen bemerkenswerte Fortschritte erzielt. Natürlich sei es entscheidend, dass auch Söldner bei Fehlverhalten gemäss der Genfer Konventionen zu Kriegsverbrechen zur Verantwortung gezogen würden. Doch die Haltung der USA in Afrika komme einem «Doppelstandard» gleich. Briten und Amerikaner hätten schliesslich im Irak mit privaten Militärunternehmen gearbeitet. Und dort seien zahlreiche Südafrikaner zum Einsatz gekommen, sagt Els.

## «Erfahrung ist gefragt»

Will Endley war einer von ihnen. Der 58-Jährige sorgte vor einigen Jahren für Schlagzeilen, als er im Südsudan wegen der vermeintlichen Unterstützung der Rebellen nur knapp der Todesstrafe entkam. Inzwischen bietet er als Berater wieder seine Dienste an. «Die Aufstände, gegen die sich Moçambique, Nigeria und Länder in der Sahelzone wehren müssen, sind nicht einfach klassische afrikanische Buschkriege», sagt er. «Der radikale Islam von IS und al-Kaida hat Afrika erreicht, daher brauchen diese Länder Berater mit Erfahrung im Nahen Osten.» Der tatsächliche Einfluss der Terrornetzwerke auf die vermeintlich verbündeten Milizen in Afrika ist umstritten. Viele Behauptungen sind nach Ansicht mancher Analysten vor allem Propaganda.

Endley ist sich da nicht so sicher: «Die Anschläge in Moçambique waren sehr gut koordiniert, da waren Experten am Werk.» Entsprechend verlange die Bekämpfung der Terroristen Kenntnisse über die Denkweise und die Methoden der asymmetrischen Kriegsführung. Diese aber fehlten in vielen afrikanischen Armeen. Die Bedeutung ausländischer Sicherheitsexperten für Schulungen, Ausrüstung und Beratung werde aus seiner Sicht zweifellos zunehmen.

Davon geht auch Simon Mann aus und hofft wenig überraschend, dass auch die besonders strukturschwachen Länder der Sahelzone seinem Vorschlag zum streng strukturierten Aufbau von Fremdenlegionen folgen werden. Angesichts der begrenzten Ressourcen der betroffenen Länder fordert er verstärkt Militärhilfe für diesen Zweck. «Das ist teuer. Aber wenn die Entwicklung in diesen Ländern ignoriert wird, steuern wir auf ein absolutes Chaos und Staatsverfall zu.» Und dann seien die Kosten für den Westen ungleich höher.

# IWC PILOT. ENGINEERED FOR ORIGINALS.



**Big Pilot's Watch 43. Ref. 3293:**  
Das funktionale Design mit dem einfach ablesbaren Zifferblatt und der markanten Kegelkrone hat die Big Pilot's Watch zu einer Ikone gemacht. Jetzt gibt es sie zum ersten Mal in einem 43-Millimeter-Gehäuse, das eine grossartige Präsenz am

Handgelenk mit höchstem Tragekomfort verbindet. IWC-Manufakturkaliber 82100, Sichtboden aus Saphirglas und EasX-CHANGE System für das einfache Wechseln des Armbands sind weitere Merkmale dieser äusserst vielseitigen Sportuhr. **IWC. ENGINEERING DREAMS. SINCE 1868.**

**ENTDECKEN SIE DIE NEUE IWC-APP FÜR EIN VIRTUELLES TRAGEERLEBNIS DER UHR**

IWC-Manufakturkaliber 82100 · Automatischer Pellaton-Aufzug · Gangreserve nach Vollaufzug 60 Stunden · Zentrumsekunde mit Stoppvorrichtung · Sichtboden mit Saphirglas · Wasserdicht bis 10 bar · Durchmesser 43mm · Edelstahl

IWC BOUTIQUE · BAHNHOFSTRASSE 61 · 8001 ZÜRICH

**IWC**  
SCHAFFHAUSEN





# Kunst & Nachhaltigkeit Vol. 13 Beat Streuli



Der rasante Wandel der Gesellschaft fordert uns alle heraus. Wir glauben: Nur wer sich jetzt bewegt, kann die Zukunft bewegen. Gemeinsam mit Forschern, Kulturschaffenden und Praktikerinnen suchen wir Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Mit Mut, Ideen und Engagement. Und mit Begeisterung, die ansteckt.

**Mehr dazu: [mobilier.ch/engagement](https://mobilier.ch/engagement)**

Besuchen Sie unsere Ausstellung «Matrix»  
Bis 9. Juli 2021, Bundegasse 35, Bern

Infos zu den aktuellen Öffnungszeiten  
unter [mobilier.ch/kunst-vol13](https://mobilier.ch/kunst-vol13)

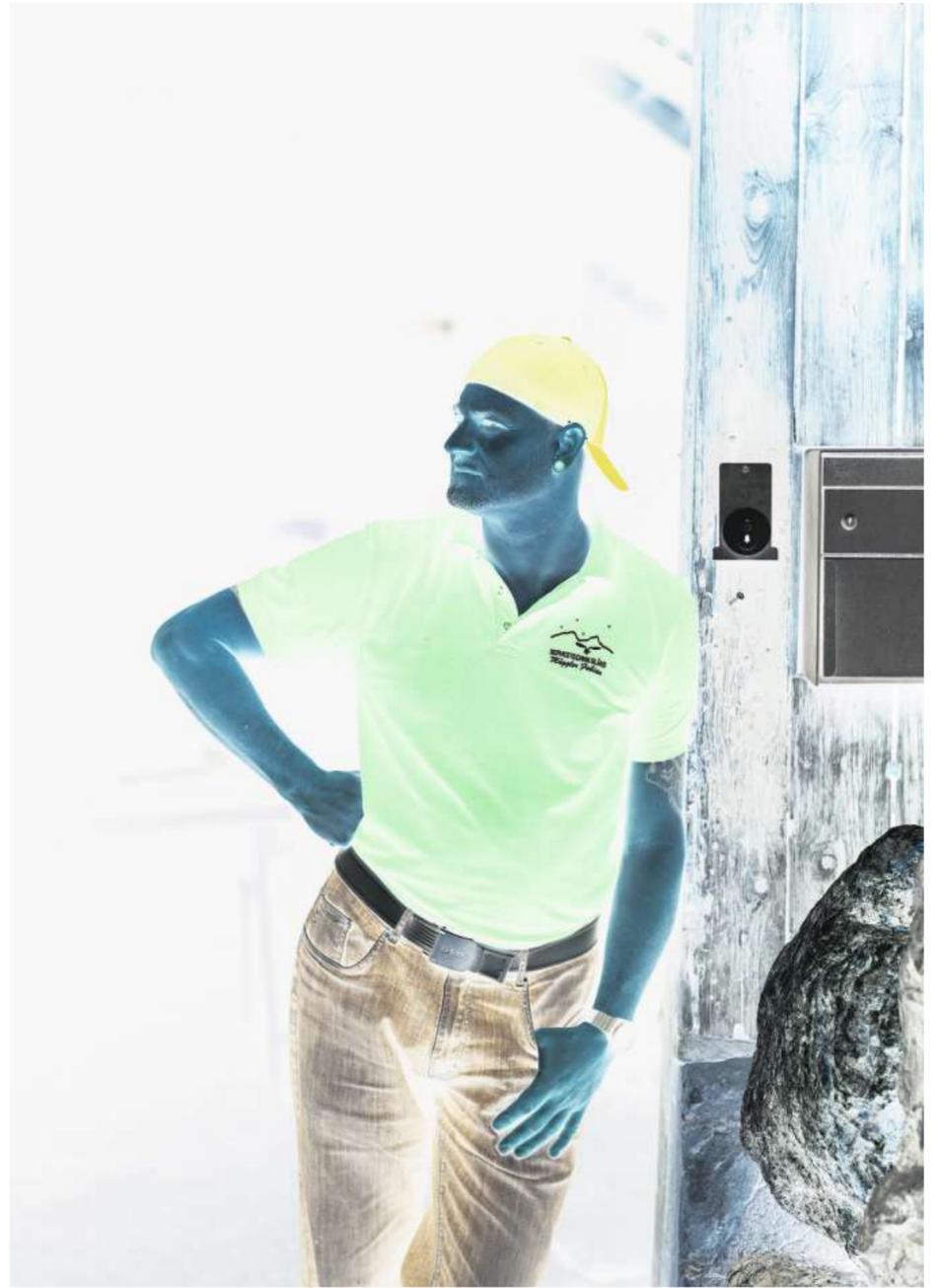
**die Mobiliar**

# Bereit für das Blackout

Fabian Müggler ist ein Unabhängigkeitskämpfer der besonderen Art. Mit modernster Technologie macht er sein altes Bauernhaus zur Insel für den Katastrophenfall



Fabian Mügglers Bauernhof in Walkringen liegt abgelegen. Hier kann es immer wieder zu Stromausfällen kommen.



ERICH ASCHWANDEN (TEXT),  
ANNICK RAMP (BILDER)

Am 8. Januar dieses Jahres wäre es beinahe so weit gewesen. Nur ganz knapp schrammte Europa an einem Blackout vorbei. Kaum jemand in der Schweiz bekam damals den drohenden grossflächigen Stromausfall mit. Quasi live dabei war hingegen Fabian Müggler, der die Entwicklung der europäischen Stromversorgung auf den einschlägigen Websites mitverfolgte. Was er dabei gesehen hat, bestärkte ihn in seiner Überzeugung, alles richtig zu machen. Müggler ist nämlich auf dem besten Weg, sich und seine Familie unabhängig vom schweizerischen Stromnetz zu machen.

## Zurück in die Steinzeit

Die Folgen eines Stromausfalls kennt der 39-Jährige nicht bloss aus der Theorie. «Den letzten längeren Unterbruch hatten wir im vergangenen Winter. Damals wäre hier oben drei Stunden nichts gelaufen, wenn ich nicht vorgesorgt hätte», erklärt Müggler. «Hier oben», das ist in seinem Fall der Bauernhof Gländ in der Gemeinde Walkringen (Bern) auf 850 Metern über Meer. Wer es einsam mag, findet hier im malerischen Hügel-land zwischen dem Emmental und dem Aaretal sein Paradies. Doch die Abgeschiedenheit hat ihren Preis: Immer wieder kommt es vor, dass grössere Schneemengen zu Schäden an den Freileitungen führen.

Es ist jedoch nicht in erster Linie die exponierte Wohn-

lage, die den Servicetechniker zum Prepper hat werden lassen. Das aus dem Englischen stammende Wort, abgeleitet von «to be prepared», bringt es auf den Punkt: Müggler will vorbereitet sein. «Wenn wir so weitermachen wie bisher, ist ein Strom-Blackout die wahrscheinlichste Krise, die uns droht», betont er. Dieses Szenario werde immer wahrscheinlicher, da verschiedene Länder ihre Atomkraftwerke abschalten würden, ohne dass die Stromproduktion ersetzt werde. Sorgen bereiten ihm vor allem die immer stärkeren Schwankungen, zu denen der Ausbau von erneuerbaren Energien geführt hat.

Das Schlüsselerlebnis im Leben von Fabian Müggler war der Hurrikan «Katrina». Der Wirbelsturm richtete im August 2005 in den südöstlichen Teilen der USA riesige Schäden an und kostete über 1800 Menschen das Leben. Aufgrund dieser und anderer Katastrophen kann er sich lebhaft vorstellen, wie sich ein totaler Stromausfall auswirken würde. «In der ersten Woche herrscht Hysterie, nach zwei Wochen Panik, nach der dritten Woche sind wir im Mittelalter angelangt und nach der vierten in der Steinzeit.»

Der gebürtige Ostschweizer will jedoch nicht nur für den Notfall gerüstet sein. Sein Ziel ist es, vollständig unabhängig vom lokalen Stromanbieter zu werden. Das ist alles andere als einfach, gilt es doch, ein Bauernhaus aus dem Jahr 1749 zur autarken Strominsel umzugestalten. Eine wichtige Hilfe ist ihm dabei sein Vater, der als Elektriker viel Fachwissen einbringt. «Ich und meine Familie geniessen das Leben auf dem Land. Wir brauchen nicht viele Leute um uns», sagt Müggler. Deshalb habe er vor sechs Jahren zugeschlagen, als das Anwesen in der «Tierwelt» zur Vermietung ausgeschrieben war. Vor drei Jahren hat er das Bauernhaus gekauft.

Müggler ist auf dem besten Weg dazu, seinen Traum zu verwirklichen. Während die Gebäulichkeiten teilweise einen etwas verlotterten Eindruck machen, ist die Energieversorgung auf dem neusten Stand. Solarzellen auf dem Dach sind eine Selbstverständlichkeit, ein Holzpellet-Ofen sorgt für angenehme Wärme, und von dem geplanten Windrädchen, das drei Meter hoch werden soll, steht immerhin ein Stahlpfosten. Schon jetzt produziert Müggler so viel Strom, dass er am Wochenende seinen Renault Zoe laden kann.

Nicht fehlen darf im Arsenal des Preppers natürlich ein Notstromaggregat mit einem 2000-Liter-Dieseltank, das bei einem Stromausfall zuverlässig für die notwendige Energie sorgt. Doch der bisher erreichte Versorgungsgrad genügt ihm noch nicht. «Ich will der Gefangenschaft des Staates komplett entkommen. Mein Ziel ist der autarke Inselbetrieb, damit ich der BKW keinen Rappen mehr abliefern muss», bekräftigt Müggler. Zurzeit liegen seine externen Stromkosten bei 150 bis 200 Franken im Jahr. Das sei immer noch zu viel Geld für die «Strombarone», die immer weniger für seinen Solarstrom zahlen würden.

Obwohl Katastrophenszenarien in seinen Überlegungen eine wichtige Rolle spielten, zählt sich Fabian Müggler nicht zu den extremen Vertretern der Prepper-Gemeinde. So hat er nicht ständig einen Notfallrucksack bei sich, der mit lebensnotwendigen Dingen gefüllt ist. Einen Bunker, in den er sich zusammen mit seiner Familie zurückziehen könnte, gibt es auf seinem Grundstück auch nicht. Ein gewisses Faible für Waffen ist bei ihm vorhanden. Doch nach der Geburt seiner Tochter hat er die meisten Pistolen und Revolver verkauft. Heute ist er nur noch ab und zu mit seiner Hightech-Armbrust unterwegs und jagt damit in ausländischen Revieren Wildschweine.

Über Leute, die keine Notvorräte anlegen, kann der Spezialist für Wärmepumpen nur den Kopf schütteln. «Wir mussten lachen, als viele Leute nach dem Ausbruch von Corona WC-Papier

gehamstert haben. Davon hatten und haben wir genug», erinnert er sich. Auch sonst sind die Vorratslager im Haus gut bestückt. Die Pandemie hat ihn in seiner Überzeugung bestärkt, dass er sich in der Krise nur auf sich selbst verlassen kann. «Die teuerste Hightech-Anlage nützt dir nichts, wenn du sie nicht selber flicken kannst. Im Ernstfall kommt kein Handwerker zu dir», lautet das Credo des gelernten Schlossers. Zu den strategischen Anschaffungen gehört deshalb ein 3-D-Drucker in seiner bestens ausgerüsteten Werkstatt. Damit kann er wichtige Bauteile selber anfertigen und ist nicht von Zulieferern abhängig.

## Die nächste Stufe zünden

Ohnehin ist der im Innern düster wirkende Bauernhof, den Müggler zurzeit umbaut und isoliert, vollgestopft mit moderner Technologie. So sorgt eine imposante unterbrechungsfreie Stromversorgung (kurz USV) dafür, dass wichtige Geräte vor Stromausfällen oder anderen Störungen im Netz geschützt sind. Solche lebenserhaltenden Geräte findet man normalerweise in Spitälern oder bei Servern, die wichtige Daten verarbeiten und speichern.

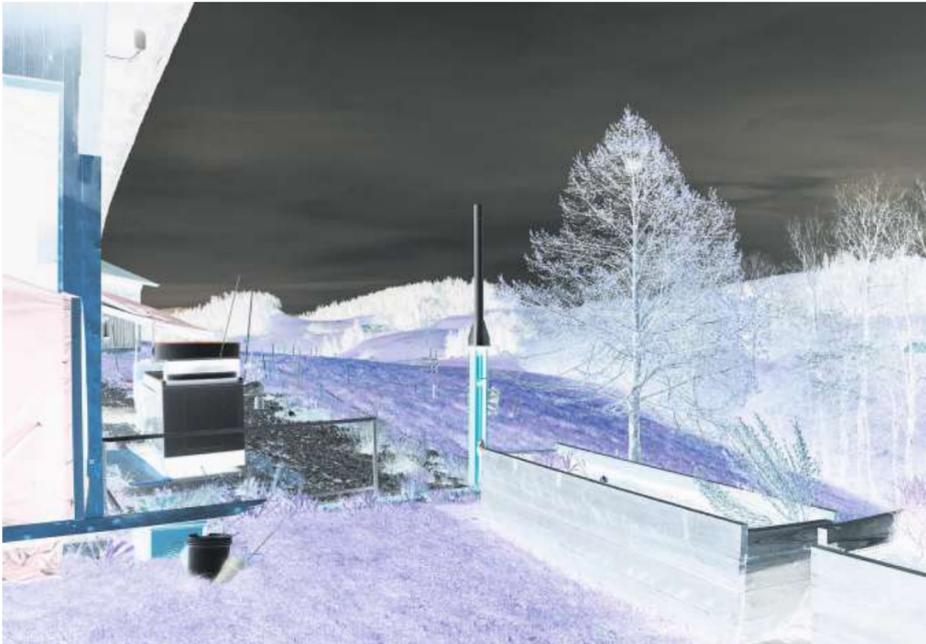
Noch funktioniert auf Mügglers Strominsel nicht alles wie gewünscht. Zu seinem Ärger ist vor kurzem sein Batteriespeicher ausgestiegen, und der Hersteller weigert sich zu zahlen, obwohl die Garantiefrist noch längst nicht abgelaufen ist. Doch solche Rückschläge sind kein Grund, aufzugeben. Vielmehr will er nun die nächste Stufe zünden. Sobald Reisen nach Deutschland wieder problemlos möglich sind, will er einen energieautarken

Wasserstoff-Stromspeicher kaufen, den eine Firma in Berlin seit kurzem serienmässig herstellt. «Wasserstoff ist die Zukunft», schwärmt Müggler. «Diese Technik optimiert die Nutzung meiner Photovoltaikanlage so, dass wir ein halbes Jahr autark sind, auch wenn die Sonne nie scheint.» Ganz billig ist die innovative Technologie allerdings nicht, kostet die Speicheranlage doch rund 90 000 Franken. Ein hoher Preis, zumal Müggler sich vor kurzem beruflich selbstständig gemacht hat und sein Einkommen dadurch schwankt. Dafür spart die Familie in anderen Bereichen, wo man ebenfalls auf Unabhängigkeit setzt. Rund um das Bauernhaus gedeihen zahlreiche Gemüse- und Obstsorten. Ausserdem züchtet Müggler Bienen und produziert Honig.

Zur Entlastung des Haushaltsbudgets trägt auch Tauschhandel bei. So hat Fabian Müggler eine Vereinbarung mit einem benachbarten Bauern abgeschlossen. Er erledigt für den Landwirt handwerkliche Aufträge und wird dafür mit Poulets und Eiern entschädigt. «Gerade wenn man in einer abgelegenen Gegend wohnt, ist es wichtig, eine gute Beziehung zu den Nachbarn aufzubauen», sagt Müggler. «Denn Vertrauen ist im Krisenfall lebenswichtig.»

Doch was passiert, wenn es tatsächlich zum Blackout kommt und rund um seinen Hof alle Lichter und Computer ausgehen? «Dann muss ich hier verdunkeln. Sonst kommen alle zu dir; daran musst du als Prepper denken», sagt Müggler.





Ein Notstromaggregat, Lebensmittelvorräte und genügend Holz zum Heizen sollen für längere Zeit ein Überleben im Katastrophenfall auch ohne äussere Hilfe ermöglichen.

## Ein längerer Stromausfall hätte katastrophale Folgen

Eine Welt ohne Elektrizität können wir uns kaum vorstellen – doch das Szenario einer anhaltenden Strommangellage ist keineswegs abwegig

DAVID VONPLON

Es ist eine kalte Winternacht. Von einer Sekunde auf die andere wird es in Europa dunkel. Züge bleiben stehen, Radios und Fernseher verstummen, Ampeln funktionieren nicht mehr. In den Häusern versagen die Kühlschränke und die Heizungen. Wenig später kommt kein Wasser mehr aus den Leitungen. In den Tagen darauf werden Benzin und Lebensmittel knapp, Spitäler müssen den Betrieb einstellen, das Mobiltelefonnetz funktioniert nicht mehr. Die Städte versinken in Müll und Gestank und schliesslich in Kriminalität. Der Autor Marc Elsberg hat diesen Albtraum in seinem Bestseller «Blackout» bis ins Detail beschrieben. Eine Welt ohne Strom, das ist ein Szenario, das weitaus schlimmere Folgen haben könnte als eine Pandemie. Doch dass aus dieser Fiktion dereinst Realität werden könnte, ist nicht ausgeschlossen.

### Strommangel ist grösstes Risiko

Eine schwere «Strommangellage» ist laut den Risikoanalysen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (Babs) das grösste Risiko für die Schweiz, noch vor einer Influenzapandemie oder dem Ausfall des Mobilfunks. Gemeint ist damit eine längere Unterversorgung mit Strom im Winter. In diesem Szenario würde der Verbrauch durch die Organisation für Stromversorgung in ausserordentlichen Lagen (Ostral) gelenkt. Es käme während Wochen oder Monaten mehrfach zu grossflächigen Abschaltungen, Stromrationierungen und lokalen Blackouts. Die wirtschaftlichen Einbußen wären in einem solchen Szenario immens, die Landesversorgung und die innere Sicherheit würden beeinträchtigt, es gäbe Verletzte, Kranke und Tote. Der

Schaden betrüge mehr als 100 Milliarden Franken, wie das Babs errechnet hat. Werner Meier ist Delegierter für wirtschaftliche Landesversorgung. Die Organisation schaltet sich ein, wenn die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen im Krisenfall nicht mehr durch die Wirtschaft sichergestellt werden kann. Er sagt: «Bei zu wenig oder gar keinem Strom würde nicht nur die Kommunikation beeinträchtigt, sondern auch weite Teile von Wirtschaft und Handel.» Zwar verfügen die Betreiber kritischer Infrastrukturen – etwa Spitäler, Banken und Telekomunternehmen – über Notstromaggregate. Von den 300 000 KMU des Landes wären nur wenige auf eine Mangellage vorbereitet. «Weil auch das Internet und die Mobiltelefonie ausfallen würden, wäre es nicht möglich, dass die Menschen wie in der Pandemie ständig daheim im Home-Office arbeiten würden», sagt Meier.

Da die meisten Filialen der Detailhändler über keine Notstromaggregate verfügen, käme die Versorgung mit Lebensmitteln innert kurzer Zeit an den Anschlag. Benzin und Diesel würden innert weniger Tage knapp. Zwar verfügt der Bund über ein Pflichtlager für Treibstoffe, das für neunzig Tage ausreicht. Doch funktionieren auch die Tankstellen nur mit Strom. Es gebe Überlegungen, in Zusammenarbeit mit der Mineralölbranche für mehr Tankstellen mit Notstromaggregaten zu sorgen, sagt Meier. Trotzdem würde der Zugang zu Treibstoffen wohl stark eingeschränkt. Das würde die Verteilung und Zustellung von Gütern beeinträchtigen. Zumal der Bahnverkehr trotz eigenem Stromnetz ebenfalls tangiert wäre, weil Bahnhöfe sowie wichtige Einrichtungen in den Leitsystemen und Stellwerken vom öffentlichen Netz abhängig sind. Ebenso würden elektronische Zahlungsmittel nicht mehr funktionieren.

Die Strategie des Bundes zielt darauf ab, dass ein Stromunterbruch mit Notvorräten einige Tage überbrückt werden kann. Entscheidende Bedeutung kommt der privaten Vorsorge der Bevölkerung zu. «Jeder Haushalt sollte daheim über einen Notvorrat mit Wasser, Lebensmitteln und Bargeld verfügen, der für mindestens eine Woche reicht», sagt Meier. Eine Studie von Agroscope zeigte vor kurzem, dass nur die Hälfte der Bevölkerung über einen solchen Vorrat verfügt. «Da braucht es einen Effort», sagt Meier. Die Pandemie habe gezeigt, dass es sinnvoll sei, eigene Vorkehrungen für den Krisenfall zu treffen.

### Knapp am Ausfall vorbei

Einem Blackout gefährlich nahe kam die Schweiz – und mit ihr ganz Europa – am 8. Januar. Um 14.04 Uhr sackte die Netzfrequenz in Nordwesteuropa innert Sekunden um 250 Millihertz ab. Ursache war eine Störung in einem Unterwerk in Kroatien. In der Folge musste das südeuropäische Netz von Resteuropa abgekoppelt werden. Diese Stromleistung aus dem Balkan, etwa 6300 Megawatt, fehlte daraufhin im nordwesteuropäischen Netz – und führte auch in der Schweiz zu einem drastischen Abfall der Frequenz. «Um einen Ausfall zu verhindern, musste im europäischen Verbund innert Sekunden die Stromproduktion erhöht werden», sagt Yves Zumwald, Chef der nationalen Netzgesellschaft Swissgrid. «Um wieder die Balance zu finden, mussten in Frankreich und Italien industrielle Grossverbraucher vorübergehend von der Stromlieferung entkoppelt werden.»

Das Risiko für ein Blackout an diesem 8. Januar schätzte Zumwald als «eher klein» ein. Und er ist überzeugt, dass auch im aussergewöhnlichen Fall eines schweizweiten Stromausfalls die Ver-

sorgung innert 24 bis 36 Stunden wieder hochgefahren werden könnte. Das legt Erfahrungen aus anderen Ländern nahe. Allerdings zeige der Vorfall, dass das Netz nur stabil gehalten werden kann, wenn die Kooperation unter den europäischen Übertragungsnetzbetreibern funktioniert. Zumwald sagt: «Wenn wir draussen die Stromleitungen sehen, glauben wir, die Versorgung mit Elektrizität laufe von selbst. Aber das Stromsystem ist eine enorm komplexe Maschine. Jederzeit zu gewährleisten, dass sie weiterläuft und die Spannung stabil bleibt, ist eine grosse Herausforderung.»

Just hier liegt die grösste Gefahr für die Schweiz. Denn die wichtigste Voraussetzung für einen reibungslosen Stromtausch mit der EU. Doch dieses ist bis auf weiteres blockiert, da die EU es vom Rahmenabkommen abhängig macht. Für die Schweiz wird es damit schwieriger, die Netzstabilität zu garantieren. Zugleich wird ihr der Zugang zu den Handelsplattformen in Europa erschwert, wo die Netzkapazitäten für den grenzüberschreitenden Stromhandel und der Wettbewerb laufend erhöht werden. Das wirkt sich auf die Versorgungssicherheit aus: «Es besteht die Gefahr, dass die Schweiz in Zukunft weniger Strom importieren kann», sagt der Swissgrid-Chef Zumwald. Bereits heute gebe es einen Graben zwischen der EU und der Schweiz. So sei die Schweizer Gesetzgebung nicht mehr auf einer Linie mit den EU-Vorgaben – und die Schere öffne sich immer mehr. Koppelt sich die Schweiz vom europäischen Netz ab, begibt sie sich laut Zumwald auf «einen gefährlichen Blindflug».

Der Frage, wie rasch die Stromversorgung in eine kritische Lage kommen kann, ist die Eidgenössische Elektrizitätskommission Elcom nachgegangen. Sie kam letztes Jahr in einer Studie zu

einem alarmierenden Befund: Schon 2025 könnte die Schweiz im Winter Probleme bekommen. Sich darauf verlassen, dass die Nachbarstaaten in die Breche springen, wenn der Strom daheim fehlt, kann die Schweiz nicht. Die künftige Exportfähigkeit Frankreichs ist unsicher. Und in Deutschland fehlen die Leitungen, die den Windstrom aus dem Norden in den Süden bringen. Dabei hat sich auch in der Pandemie bei den Masken gezeigt, dass im Krisenfall jedes Land zuerst für sich selber schaut.

### Fehlende Investitionsanreize

Erst recht vor grosse Herausforderungen gestellt wird die Schweiz, wenn auch die verbliebenen Kernkraftwerke altersbedingt abgestellt werden. Die Photovoltaik ist zwar in den letzten Jahren stark ausgebaut worden. Ebenfalls steigern neue Pumpspeicherkraftwerke die Kapazität merklich. Den Wegfall der Atomenergie kompensieren können sie aber nicht. Um die Stromlücke zu füllen, müssten der Ausbau der Wasserkraft forciert und grössere Solaranlagen im Gebirge installiert werden. Doch strenge Vorschriften beim Landschaftsschutz behindern dieses Vorhaben ebenso wie fehlende Investitionsanreize für Grossanlagen. Schweizer Energieunternehmen investieren ihr Geld deshalb lieber in lukrativere Anlagen im Ausland. Doch gerade bei einem Alleingang kommt die Schweiz laut Zumwald nicht umhin, ihre Produktionskapazitäten auszubauen. «Es braucht Energiequellen, die konstant Energie liefern. Und es braucht entsprechende Marktmechanismen, damit es sich beispielsweise für die Pumpspeicherkraftwerke lohnt, auch in der Nacht zu produzieren», sagt er. Bleibt die Politik weiterhin tatenlos, geht sie sehenden Auges auf die nächste grosse Krise zu.

# Herzliche Gratulation

Die Swiss Financial Association SFAA und das Ausbildungszentrum AZEK gratulieren den neuen Absolventinnen und Absolventen zur bestandenen Prüfung und laden sie herzlich ein zur Diplomfeier am 3. September 2021 in Genf.

## Eidgenössisches Diplom des Finanzanalytikers und Vermögensverwalters – Certified International Investment Analyst CIIA®

Abdumalikov Abdufarrukh • Anschütz Raphael • Arn Raphael • Bättig Roman • Brügger Emeric • Carletti Marco • D'Ambrosio Timo • Delija Merlinda • Diethelm Renato • Edler Stephanos • Ferruggia Valerio • Friedli Corina • Gil Oscar • Gstöhl Valentin • Gysel Kevin • Häfliger Markus • Handschin Stefan Achilles • Hirschi Adrian • Hönger Roger • Hyseni Arbnor • Jakob Patric • Jermann Yannik Sandro • Krummenacher Patricia • Kumarasamy Aarani • Lengwiler Luca • Nobles Joyce Marie • Nobs Nerino • Pandurov Tatjana • Revaz Stéphane • Rubeli Thomas • Schädler Julia • Schmid Klemens Gerard • Schmid Patrick • Schraner Lukas • Siegenthaler Roger • Sigg Dominik • Sprenger Philipp • Sprunger Sven • Thanjan Bobby-Joseph • Tuna Alexandre • Uehlinger Viktor Avraham • Vidakovic Biljana

## Associate Wealth Manager AWM

Baron Daniel • Bigler Christoph • Boschung Eric • Crowe Russell • Engesser Vera • Fathallah Alamir • Grepper Martin • Kalkschmid-Paape Cornelia • Osorio Juan • Osti Frédéric • Schneider Natalie • Shabani Ylli • Viggor Nicholas

## Eidgenössisches Diplom des Finanz- und Anlageexperten – Certified International Wealth Manager CIWM®

Andrejewski Romain • Arquier Arthur-Henri • Barmettler Bruno • Batista Michael • Campelo Jonathan • D'Addona Maika • Federer Luis Johann • Gatti Michael • Gloor Nicolas • Gomez Pascal • Gubarev Svyatoslav • Hoxha Brahim • Hürlimann Markus • Jäger Fadri • Jouffroy Vincent • Kirchner Alexia • Klic Brian • Klinger Sebastian • Müller Martin • Odermatt Patrick • Oesch Dominik • Pernoud Natasha • Rouland Jeremy • Schibli Lucas • Schulze Fabian Matthias • Strub Rafael • Szabó Marianna • Wüthrich Vincent • Yükseldi Evren

## Eidgenössisches Diplom des Experten in Finanzmarktoperationen FMO

Courteille Thomas • Gomes Gabriel • Jeanneret Ismaël • König Dominic • Mansour Nebil • Truffer Damien • von Siebenthal Olivier

## Eidgenössischer Fachausweis für Techniker in Finanzmarktoperationen FMT

Zürcher Timothée



SFAA Feldstrasse 80, 8180 Bülach  
T 044 872 35 40, info@sfaa.ch  
www.sfaa.ch



AZEK AG Feldstrasse 80, 8180 Bülach  
T 044 872 35 35, info@azek.ch  
www.azek.ch



**Ein Visual Poem von Alexander Giesche und Team**  
**Ab 3. Juni 2021, Schiffbau**  
**Schauspielhaus Zürich**

Stadt Zürich Kultur • Swiss Re • MIGROS Kulturprozent • Zürcher Kantonalbank

## Veranstaltungen

**VPBANK RALLY BY RAID**

Eleganz, Inspiration und Stil.  
Die sehr exklusive Oldtimer-Rally.

27. bis 29. August 2021

Infos und Anmeldung unter [raid.ch](http://raid.ch)

## Marktplatz

Motorboote neu/Occasion, Service,  
Winterlager, Liegeplätze ZH/SZ:

[www.faul.ch](http://www.faul.ch)

Yachtwert Faul AG, Seestrasse 5, 8810 Horgen  
Tel. 044 727 90 00, Fax 044 727 90 09, E-Mail: [office@faul.ch](mailto:office@faul.ch)  
Zweigbetrieb Seedamm-Marina, 8808 Pfäffikon SZ

## Kunsthandel

Patek Philippe, Rolex + Audemars  
Piguet Uhren sowie Altgold.  
Bar-Ankauf beim Testsieger in Zürich!

Auch defekt.  
Luxusbörse Zürich, Lindenplatz 5/  
Spargartenstrasse 2 in Zürich.  
Tel. 043 333 22 11

DE SEDE DS-707

**SKULPTUREN  
ZUM  
SITZEN**



WOHNHILFE  
CLARIDENSTRASSE 25, ZÜRICH  
044 201 04 77  
WOHNHILFE.CH



**GALERIE KORNFELD • BERN**  
KENNERSCHAFT UND TRADITION SEIT 1864

© Nolde Stiftung Seebüll



**EMIL NOLDE**  
Mohn und Rosen. 1917  
Öl auf Leinwand  
73,3 x 88,3 cm  
Urban 760  
Auktion September 2021

**Gerne nehmen wir Ihre  
Einlieferungen bis Mitte  
Juni entgegen**

Galerie Kornfeld  
Auktionen AG  
Laupenstrasse 41  
Postfach  
CH-3001 Bern

Tel. +41 (0)31 381 46 73  
[galerie@kornfeld.ch](mailto:galerie@kornfeld.ch)  
[www.kornfeld.ch](http://www.kornfeld.ch)

**AUKTIONEN 16. UND 17. SEPTEMBER 2021**

**KUNST DES 19. BIS 21. JAHRHUNDERTS  
GRAPHIK ALTER MEISTER**

## Finanzmarkt

**Mailand:** Residential Real Estate Projekte mit Club-Deals, auch als Finanzprodukt mit Schweizer ISIN möglich. Dauer max. 2 J., hohe Nachfrage, attraktive Kursgewinne. Management durch Spezialisten vor Ort, Leistungsausweis verfügbar.

Weitere Informationen unter Chiffre Nr. 100170, NZZOne, Falkenstrasse 11, 8021 Zürich oder an [chiffre@nzz.ch](mailto:chiffre@nzz.ch)

Wir kaufen Ihre lastenfreie  
**Aktiengesellschaft (Mantel)**  
zu Höchstpreisen. Sie ersparen sich  
weitere Kosten. Tel. 044 488 40 60  
[www.blum-treuhand.ch](http://www.blum-treuhand.ch)

«Das vorliegende CO<sub>2</sub>-Gesetz basiert nicht auf Kostenwahrheit, sondern beinhaltet verdeckte Steuern. Deshalb spreche ich mich gegen dieses aus.»

**Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz!**

liberale-klimapolitik.ch

**Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz!**  
Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz führt zu mehr Staat und weniger Freiheit – ohne das Problem zu lösen. Wir setzen uns deshalb für ein Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz ein. Es gibt bessere Alternativen.  
[liberale-klimapolitik.ch/alternative/](http://liberale-klimapolitik.ch/alternative/)

# Chinesische Touristen zahlen für Schweizer Rentner

Die Flugticketabgabe enthält eine Umverteilung zulasten ausländischer Passagiere

DAVID VONPLON

Die Schweiz ist ein Land der Vielflieger. Schweizerinnen und Schweizer fliegen doppelt so häufig ins Ausland wie die Bewohner der Nachbarstaaten. Und sie fliegen im Durchschnitt sogar mehr als die Amerikaner. Mit der neuen Flugticketabgabe soll diese Reiselust gedämpft werden. Je nach Distanz zahlt künftig 30 bis 120 Franken pro Abflug, wer von einem Schweizer Flughafen ins Ausland verweist. So will es das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz, über das wir am 13. Juni abstimmen.

Das Erstaunliche am neuen Abgaben-Mechanismus ist: Obwohl nur die Hälfte der Erträge zurückverteilt wird, profitiert das Gros der Schweizer Bevölkerung – immerhin 90 Prozent – laut dem Bund von der Flugticketabgabe. Wer einmal pro Jahr mit dem Flugzeug Ferien in Europa macht, bezahlt 30 Franken Flugticketabgabe für einen Kurzstreckenflug und erhält in Form von verbilligten Krankenkassenprämien wieder 60 Franken zurück. Und selbst Personen mit zwei Europaflügen im Jahr zahlen netto nichts drauf.

Man fragt sich unweigerlich: Wie kann diese Rechnung aufgehen?

## Nur eine Minderheit zahlt drauf

Dass nur eine kleine Minderheit unter dem Strich drauflegt, führte das Forschungsinstitut Sotomo darauf zurück, dass der Grossteil der CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Schweiz auf das Konto von ganz wenigen geht: So sind die obersten 5 Prozent der Vielflieger mit ihren privaten Flügen allein für rund ein Drittel der Emissionen des Luftverkehrs verantwortlich. Die ungleiche Verteilung des Flugverhaltens habe zur Folge, dass die meisten Schweizerinnen und Schweizer durch die Abgabe finanziell besser gestellt würden, heisst es in einer Studie.

Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Was bisher unterschlagen wurde: Zur Kasse gebeten werden vor allem ausländische Passagiere, die Schweizer Flughäfen benutzen. Denn sie müssen die Flugticketabgabe aus der Schweiz genauso bezahlen wie in der Schweiz wohnhafte Personen. Von der Rückverteilung der Gelder aber bleiben sie ausgeschlossen.

Wie viel die ausländischen Fluggäste zu den Einnahmen aus der Flugticketabgabe beisteuern, zeigt ein Blick in die Statistiken der internationalen

Flughäfen in diesem Lande. Der Flughafen Zürich verzeichnete im Corona-Jahr 2020 8,3 Millionen Passagiere. Nur gerade 41 Prozent der Passagiere, die in Kloten abhoben, stammten aus der Schweiz. Der Rest kommt aus Deutschland (11 Prozent), einem anderen europäischen Land (29 Prozent), aus Nordamerika (10 Prozent) oder dem Fernen Osten (4 Prozent). Zieht man die ausländischen Transitpassagiere ab, die keine Flugticketabgabe bezahlen, machen die ausländischen Passagiere, die von Zürich aus abheben, immer noch einen Anteil von 46 Prozent aus.

Vor der Pandemie zeigte sich bei der Herkunft der Passagiere ein ähnliches Bild: 2019 hatten ebenfalls nur 44 Prozent der abfliegenden Passagiere ihren Wohnsitz in der Schweiz, wie aus Befragungen des Flughafens Zürich bei abfliegenden Personen hervorgeht. Abzüglich der Transitpassagiere machten die ausländischen Fluggäste rund 40 Prozent aus. Im grenznahen Flughafen Basel-Mülhausen halten sich die Anteile der ausländischen und der Schweizer Passagiere, welche die Flugticketabgabe bezahlen, etwa die Waage.

Der Flughafen Genf erklärt auf Anfrage, keine Statistik über die Nationalität seiner Passagiere zu führen. Es gibt allerdings kaum Gründe, davon auszugehen, dass sich die Anteile von Schweizer und ausländischen Passagieren massgeblich von denjenigen bei den anderen grösseren Flughäfen in der Schweiz unterscheiden.

Unter dem Strich dürften ausländische Fluggäste damit für 40 bis 50 Prozent der Erträge aus der Flugticketabgabe aufkommen. Sie werden damit mehrere hundert Millionen für die Flugticketabgaben bezahlen, ohne von diesem Geld auch nur einen Rappen zu sehen. Dies vor dem Hintergrund, dass die geplante Flugticketabgabe vor der Pandemie laut Schätzungen des Bundes jährlich Erträge von etwa 1,3 Milliarden Franken eingebracht hätte.

Damit findet eine Umverteilung von ausländischen Passagieren zu Schweizer Haushalten statt: Der Tourist aus China zahlt für den Rentner aus Birmensdorf, der süddeutsche Geschäftsmann für die Familie aus Mettendorf. Müssen nur in der Schweiz wohnhafte Personen die Abgabe bezahlen, sähe die Rechnung denn auch für die Schweizer Bevölkerung deutlich schlechter aus: 40 Prozent würden dann bei der Flugticketabgabe weniger Geld zurückerhalten, als sie

bezahlt haben, wie Berechnungen von Sotomo zeigen.

Hinzu kommt: Nicht nur die Schweizer Haushalte profitieren indirekt von den Abgaben, die ausländische Fluggäste entrichten, sondern auch Schweizer Unternehmen. Denn die Hälfte der Einnahmen aus der Flugticketabgabe fliesst in den Klimafonds und wird zur Förderung von Technologien verwendet, welche die Treibhausgasemissionen vermindern. Darunter fallen etwa Bürgschaften und Darlehen an innovative Unternehmen. Ebenso wird mit diesen Mitteln die Forschung an synthetischem Kerosin finanziell unterstützt.

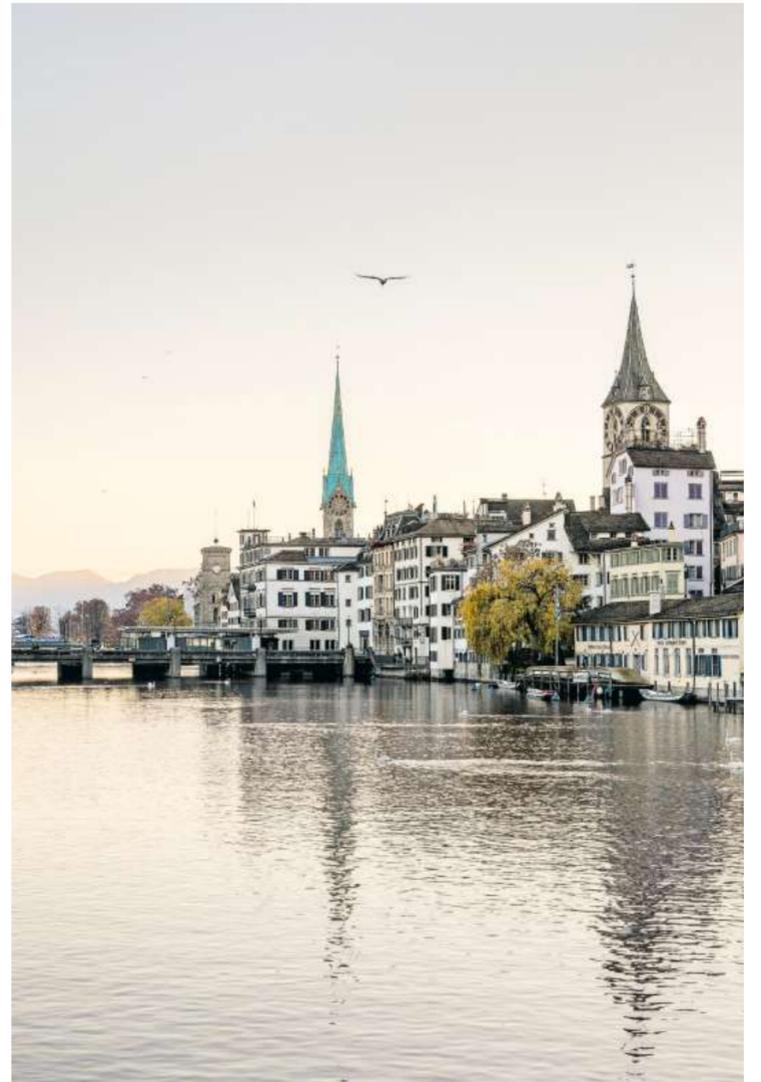
## Unerwünschte Nebenwirkungen

Führt die Schweiz die Flugticketabgabe ein, schafft sie allerdings einen Anreiz, die Schweizer Airports zu meiden. Es bestehe die Gefahr, dass ein Teil der ausländischen Fluggäste, etwa diejenigen aus dem benachbarten süddeutschen Raum, auf andere Flughäfen ausweichen werde, sagt Bettina Kunz, Sprecherin der Flughafen Zürich AG. Sie äussert die Befürchtung, dass in Zukunft ein ansehnlicher Teil seiner Passagiere den französischen Sektor des Flughafens Basel-Mülhausen nutzen könnte, um die Schweizer Flugticketabgabe zu umgehen.

Der Flughafen Basel-Mülhausen liegt auf französischem Gebiet, hat aber einen schweizerischen und einen französischen Sektor. Über 90 Prozent der Flüge werden heute unter Schweizer Verkehrsrechten durchgeführt. Weil die französische Umweltabgabe mit 2 Euro 63 für einen Europaflug (Economyklasse) etwa einen Zehntel des Schweizer CO<sub>2</sub>-Zuschlags beträgt, könnte sich dies jedoch bald ändern.

«Fluggesellschaften, die heute unter schweizerischen Verkehrsrechten operieren, könnten künftig ohne weiteres unter französischen Verkehrsrechten operieren und damit die Schweizer Flugticketabgabe vermeiden», sagt Claire Freudenberger, Sprecherin des Flughafens Basel-Mülhausen. Wolle man unerwünschte Nebenwirkungen verhindern, müssten die Umweltabgaben der beiden Länder harmonisiert werden.

Tatsächlich erklärt die Billig-Airline Easy Jet auf Anfrage, man werde bei der Einführung einer Flugticketabgabe einen Wechsel in den französischen Sektor prüfen. Alle Fluggesellschaften, die dort starten würden, hätten dann einen klaren Preisvorteil.



## Als unabhängige Zürcher Privatbank denken wir zukunftsorientiert.

Wir sind nicht dem Druck von Aktionären ausgesetzt. Wir beraten Sie unabhängig und individuell. Heute und in Zukunft.

## Rahn+Bodmer

BANQUIERS SEIT 1750

Rahn+Bodmer Co.  
Talstrasse 15  
8022 Zürich  
Telefon +41 44 639 11 11  
www.rahnbodmer.ch

ANLAGEBERATUNG UND  
VERMÖGENSVERWALTUNG

# Wer berappt die Wahlkampagne?

Parteien und Komitees müssen die Herkunft grosser Spenden in Zukunft offenlegen

FABIAN SCHÄFER

Das Kalkül des Initiativkomitees ist aufgegangen: Die Transparenzregeln für die Finanzierung nationaler Wahl- und Abstimmungskampagnen sollen markant verschärft werden, ohne dass dazu eine Volksabstimmung stattfindet. Am Montag hat der Ständerat in der Debatte über den indirekten Gegenvorschlag zur «Transparenz-Initiative» bei den wesentlichen Eckwerten nachgegeben.

## Rückzug der Initiative

Damit sind die Bedingungen erfüllt, welche das Komitee im Vorfeld für einen bedingten Rückzug genannt hatte. Sobald klar ist, dass der Gegenvorschlag in Kraft tritt, wird die Volksinitiative zurückgezogen. Dies dürfte nicht allzu lange dauern, weil kaum mit einem Referendum gegen den Gegenvorschlag zu rechnen ist.

Das Parlament ist den Initianten weit entgegengekommen. Gemäss Initiativtext müssten Parteien, Kandi-

dierende und Komitees Einzelspenden ab einer Höhe von 10 000 Franken offenlegen. Der ursprüngliche Entwurf des Gegenvorschlags sah einen Grenzwert von 25 000 Franken vor. Nach dem Hin und Her zwischen den beiden Kammern ist man mittlerweile bei 15 000 Franken angekommen. Dieser Entscheid ist seit Montag definitiv, es gibt hier keine Differenz mehr. Die Initianten sind damit zufrieden.

Der zweite Knackpunkt betraf die Frage der Kontrollen. Anfänglich war bloss vorgesehen, die Vollständigkeit der Unterlagen zu überprüfen. Erst im März hat der Nationalrat einen Passus eingefügt, der vorsieht, dass auch die Korrektheit der Angaben und der Dokumente kontrolliert werden soll, zumindest stichprobenweise. Auch hier hat der Ständerat am Montag eingelenkt.

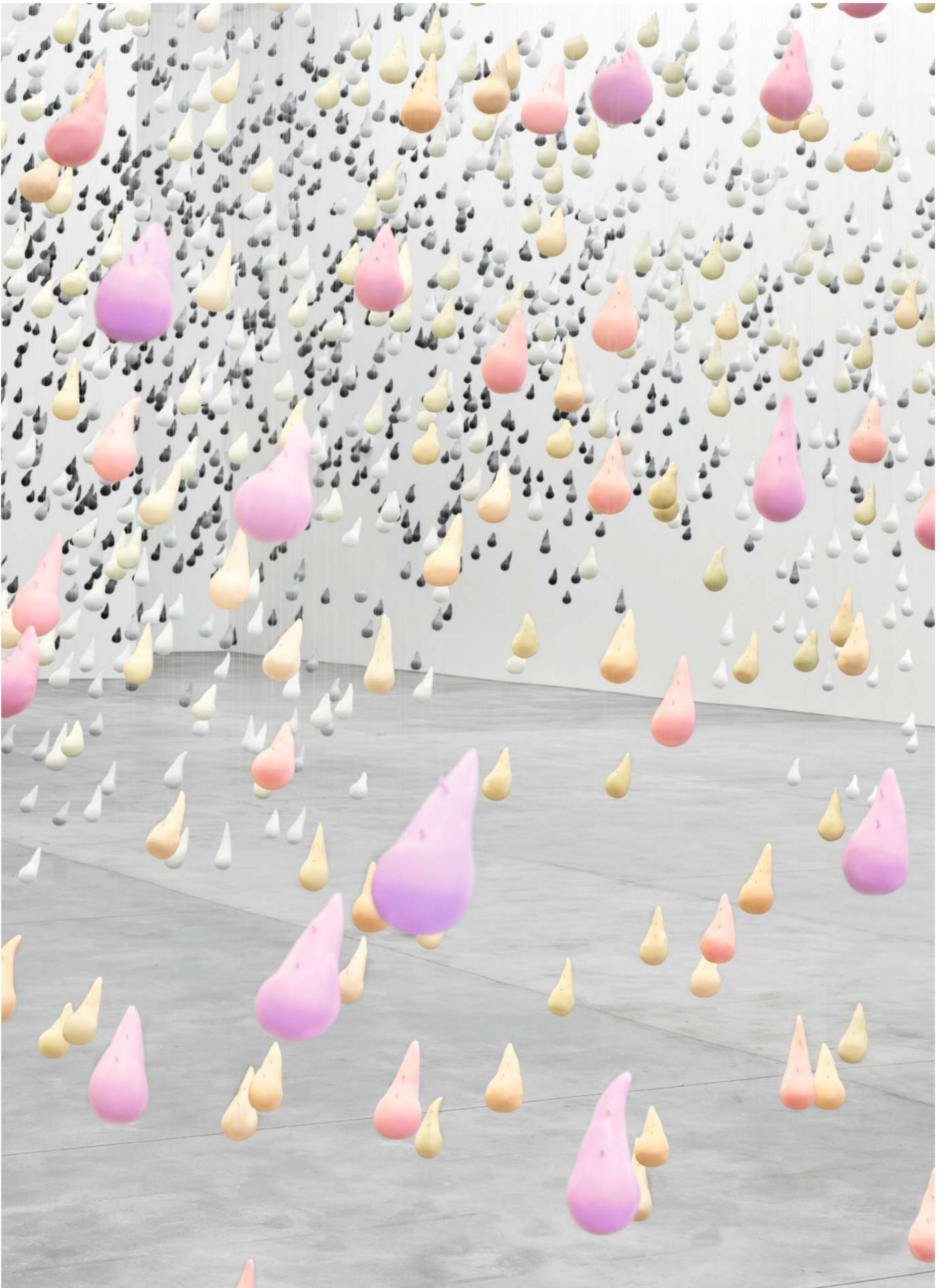
Eine andere Frage hingegen ist noch offen, diese ist für den Rückzug der Initiative aber nicht entscheidend. Sollen die schärferen Transparenzregeln auch für die Ständeratswahlen gelten? Das ist weniger klar, als man auf An-

trieb meinen könnte, weil für die Wahlen in die kleine Kammer generell kantonales Recht gilt.

## Auch für Ständeratswahlen?

Eine bürgerliche Mehrheit im Ständerat beharrte deshalb am Montag darauf, dass der Bund den Kantonen hier keine Vorschriften machen dürfe. Bundesrätin Karin Keller-Sutter (fdp.) wies in der Debatte zudem darauf hin, dass die geplante Reform auf Bundesebene die Kantone ohnehin dazu bewegen könnte, ebenfalls aktiv zu werden.

Sicher ist, dass die neuen Vorschriften für die Wahlen in den Nationalrat sowie bei nationalen Abstimmungen gelten werden. Die im Bundeshaus vertretenen Parteien müssen jährlich ihre Einnahmen offenlegen und dabei die Herkunft von Spenden und anderen Zuwendungen im Wert von über 10 000 Franken deklarieren. Eine analoge Regelung gilt für Abstimmungs-, Wahl-, Initiativ- und Referendumskomitees, wenn ihr Budget mehr als 250 000 Franken beträgt.





In der «Kronenhalle» schmücken kleine Krönchen den Kronleuchter.



Stammgäste prosten sich in der wiedereröffneten Bar zu.



Philippe Schoch bereitet das Mittagessen für die ersten Gäste vor.



Die Gemüse-Consommé ist aufgesetzt.

# In die «Kronenhalle» kehrt Leben zurück

Das Zürcher Geschnetzelte schmeckt wie immer – und doch ist Zürichs wohl bekanntestes Restaurant nicht mehr ganz dasselbe

LENA SCHENKEL (TEXT),  
ANNICK RAMP (BILDER)

Ein Selfie mit Staubwedel und grosser Kunst im Hintergrund: «Picasso und Miró sind abgestaubt, jetzt kann es losgehen», schrieb Marianne Kulmer kürzlich ihren Facebook-Freunden. Kulmer ist Kellnerin in der «Kronenhalle», seit 20 Jahren schon. Doch an diesem Montagmorgen, als es endlich losgeht, fühlt sich das für sie überhaupt nicht so an. «Können wir das überhaupt noch?», hätten sie und ihre Kolleginnen und Kollegen sich kurz gefragt. Seit Ende Dezember haben sie keine Menükarten mehr memoriert und keine Teller zwischen den Tischreihen balanciert. Aus einer vermeintlichen Weihnachtspause wurde eine fünfmonatige Zwangsschliessung. So lange hatte das renommierte Restaurant, das täglich von Mittag bis Mitternacht geöffnet ist und nur an Heiligabend schliesst, noch nie zu. Von einer Zäsur spricht der Direktor Dominique Godat. Es fühle sich an wie ein Neubeginn, sagt die Kellnerin Kulmer, die Vorfreude sei gross. Ihre Bedenken wischt sie gleich selbst beiseite: «Eigentlich ist es wie nach den Ferien, einfach wieder den Kopf einschalten.»

Es ist 10 Uhr, knapp zwei Stunden, bevor die ersten Gäste eintreffen werden. Tische aufdecken, Salz- und Pfefferstreuer platzieren, Gläser und Servietten geraderücken: Die Angestellten arbeiten entspannt, aber konzentriert. Die Abläufe sind eingespielt, ihre Bewegungen sind selbst dann elegant, wenn sie noch keine Uniform, sondern Jeans und T-Shirt tragen. Sie können es noch. Auch die Hygienemassnahmen sind schon Teil der Routine: «Bitte hier noch die Leihen desinfizieren!», ruft einer.

Wir haben am Wochenende schon generalgeputzt, sagt der Kellner Achilles Tsepis. Ein Mann, dessen Gastfreundlichkeit trotz der Maske spürbar

wird. Er freue sich auf die Gäste – als Kellner möge man Menschen nun mal –, aber nervös sei er nicht. Er habe bereits im Seerestaurant L'O in Horgen üben können, sagt er. Während sie auf den wiedereröffneten Terrassen Ende April alle Hände voll zu tun hatten, waren die «Kronenhalle»-Kellner froh, ihre wieder einsetzen zu dürfen. So entstand die spontane Zusammenarbeit. Davor habe er vor allem zu Hause «Ordnung gemacht», sagt Tsepis.

Ein- bis zweimal in der Woche trafen sich die Angestellten zum Austausch, für Weiterbildungen oder Vorbereitungen für die Wiedereröffnung. Manche von ihnen trafen sich auch privat oder telefonierten miteinander, um den Kontakt weiterhin zu pflegen. Das Team sei trotz der Distanz enger zusammengerückt, sagt die Kellnerin Natascha Djukic. Sie wisse jetzt sogar, wo und wie ihre Kollegen und Kolleginnen wohnten. «Mir ist bewusst geworden, wie sehr wir auch eine Familie sind», sagt sie – «untereinander, aber auch mit den Gästen». Auch zu diesen hielt man Kontakt, versandte Weihnachts- und Ostergrüsse. Sie selbst habe zwar auf vieles, was ihr Vergnügen bereite – Yoga und Sport im Fitnesscenter oder Museumsbesuche – verzichten müssen, aber zugleich das Leben eines «Bohémien» gelebt: «Ich wurde bezahlt, aber musste nicht arbeiten, sondern durfte lesen und viel Velo fahren.»

## Keine Kapriolen in der Küche

Am Tag der Wiedereröffnung ist die «Kronenhalle» mittags und abends ausgebucht. Als der Bundesrat vor drei Wochen weitere Lockerungen für die Gastronomie ankündigte, gingen die ersten Reservationen ein. Als er diese letzten Mittwoch definitiv beschloss, habe das Telefon nicht mehr aufgehört zu klingeln, berichtet der erste Chef de Service, Viktor Nokaj. Er fühle sich wie

«Picasso und Miró sind abgestaubt, jetzt kann es losgehen.»

Marianne Kulmer  
Kellnerin



an seinem allerersten Arbeitstag, sagt er. Ob er alle Stammgäste trotz Maske noch erkennen wird?

11 Uhr. Während die Kellnerinnen und Kellner oben Spaghetti zu Mittag essen, rührt ein Stockwerk tiefer Sous-Chef Philippe Schoch in einem grossen Topf mit hellbrauner Flüssigkeit. «Zürisauce» für das Geschnetzelte, sagt er. Die Küche habe in den vergangenen Monaten auch über neuen Rezepten gebrütet, aber heute stünden die Klassiker im Zentrum. «Unsere Stammkunden sehnen sich jetzt vor allem danach», sagt Schoch. Am Wochenende begannen er und seine Kollegen mit der Vorbereitung, setzten Bouillon und braunen Kalbsfuss für die Saucen an. «Sensationell» sei es, wieder zu arbeiten, sagt der Koch. Er habe es aber auch genossen, sich körperlich zu erholen und mehr Zeit mit der Familie zu verbringen, zum Beispiel über die Weihnachtsfeiertage. Die beiden Kinder hätten sich gefreut, dass er sie auch mal ins Bett gebracht habe, und seine Frau darüber, dass er sie bekocht habe und abends daheim gewesen sei. «Tagsüber vermisst sie mich vielleicht jetzt weniger», sagt er und lacht; den Tiefkühler habe er ihr jedenfalls mit Gerichten gefüllt.

11 Uhr 30. Während sich die Servicefachkräfte im Restaurant zum Briefing versammeln und die überarbeiteten Service-Richtlinien wiederholen, öffnet nebenan die Kronenhalle-Bar. Pünktlich auf die Minute betritt der erste Gast den Raum. «Guten Tag, wie geht es?», begrüsst ihn der Barkeeper. «Hervorragend», antwortet dieser. «Wir waren uns einig, dass Sie der Erste sind», sagt der Barkeeper mit lächelnden Augen. «Ja, ich wurde schon nervös, als ich im Taxi in den Stau kam», erwidert dieser. Keine zwei Minuten später tritt ein weiterer Gast ein. «He Sali», sagt der erste, «die Haare sind ja schön gewachsen seit dem letzten Mal – aber die Runzeln auch.» Beide lachen.

Nebenan, im Restaurant, übertrifft die Zahl der Gäste inzwischen jene der anwesenden Journalisten, die heute offenbar alle dieselbe Idee hatten. Die Kellner begrüßen sie in weissen Stoffmasken mit aufgesticktem Goldkrönchen und einer Geste, die den warmen Händedruck ersetzen soll: einer zum Herzen geführten Hand. Auch hier sind es überwiegend Stammgäste und überwiegend ältere Herren, die Kellnerin wird auch mal «Schätzchen» genannt.

## Ein kultureller Wert

«Wir kennen die ganze Reihe», heisst es an einem Tisch, an dem passend zum Namen des Lokals «die Königin und der König des Bridge» sitzen, wie sie ihre beiden Begleiter vorstellen. Schon wird Wiener Schnitzel serviert. «Das Leben hat wieder begonnen», sagt einer der vier, «und wo lässt sich das besser feiern als in der «Kronenhalle»?». Die einzige Dame am Tisch erklärt derweil die Menüwahl: «Weil man es so zu Hause nicht selbst hinkommt.»

Ob den Stammgästen aufgefallen ist, dass sich «ihre» Kronenhalle in der Zwangspause einer Verjüngungskur unterzogen hat? Dass sie neu auch online einen Tisch reservieren können, die Luftwappen an den Wänden restauriert wurden, der Offenwein nun am Tisch serviert wird und die Kellnerinnen eine neue, einheitliche Uniform tragen? Auch die «Kronenhalle» müsse mit der Zeit gehen und sich ab und an etwas verändern, sagt die Kellnerin Marianne Kulmer. Aber die Kunst, die Kultur und die «Kronenhalle» könnten nicht einfach digitalisiert werden. Die Seele des Hauses sei online nicht erhältlich, die müsse man spüren. Sie und ihre Kolleginnen und Kollegen tragen nun die Verantwortung dafür, dass diese Kultur, diese Tradition und Lebensqualität erhalten bleibe. Das sei ihre Mission, sagt Kulmer.



## Luzi Wytttenbach

5. Mai 1948 bis 26. Mai 2021

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied:

Ben und Lisa Wytttenbach  
Serena und Carlo Floersheim  
Mimi Floersheim  
Barbara Vuille  
Linda Stanfield  
Freundinnen und Freunde

Die Trauerfeier findet am Freitag, den 4. Juni 2021, um 10.30 Uhr in der Halle II, Krematorium Nordheim, Käferholzstrasse 101, 8046 Zürich, statt.

*Traurig Dich zu verlieren,  
erleichtert, Dich erlöst zu wissen,  
dankbar mit Dir gelebt zu haben.*

Bergdietikon, 24. Mai 2021

Mit Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer Mutter, Schwiegermutter, Nonna, Schwester, Gotte und Tante

## Helen Marthaler-Hofstetter

26. Oktober 1926 bis 24. Mai 2021

Nach einem erfüllten Leben durfte sie heute im Altersheim Lenzburg friedlich einschlafen.

In liebevoller Erinnerung  
Irene Watt-Marthaler und Reto Lerf  
mit Dominic, Andreas und Catherine und Familien  
Rosella und Christoph Marthaler-Zuccaro  
mit Sarah und Tobias und Familien  
Lutz Marthaler und Heidi Arnet  
mit Marina, Michaela, Philine und Rangi  
Corinne und Bruno Willi-Marthaler  
mit Cyrill, Mirjam und David  
Sybille Marthaler  
mit Xaver und Sophie  
Verwandte und Freunde

Die Trauerfeier mit anschliessender Urnenbeisetzung findet am Montag, 14. Juni 2021, um 14.00 Uhr im katholischen Pfarreizentrum in Bergdietikon statt.

Anstelle von Blumenspenden gedenke man dem Kinderheim SELAM in Äthiopien, PC 84-9325-2, IBAN: CH88 0900 0000 8400 9325 2, Vermerk: Helen Marthaler.

Traueradresse: Christoph Marthaler-Zuccaro, Troxlerweg 13, 5000 Aarau

Kantonsschule Zürich  
Literargymnasium Rämibühl

Zürich, 25. Mai 2021

In grosser Trauer nehmen wir Abschied von

## Prof. Dr. Bernhard Stettler

Titularprofessor  
9. September 1929 – 24. Mai 2021

Herr Prof. Dr. Bernhard Stettler war von 1966 bis 1995 als Hauptlehrer für Geschichte am Literargymnasium Rämibühl gewählt. Neben der Unterrichtstätigkeit war er für die kritische Ausgabe der Werke des bedeutenden Schweizer Geschichtsschreibers Aegidius Tschudi verantwortlich – das eigentliche Lebenswerk von Prof. Dr. Stettler. Als Privatdozent war er auch an der Universität Zürich tätig.

Die wissenschaftliche Qualifikation war bei Prof. Dr. Stettler verbunden mit pädagogischem Engagement. Er war überzeugt von der Bedeutung historischer Bildung; dafür setzte er sich mit vollem Herzen in seinem Unterricht ein.

Prof. Dr. Stettler zeigte besonderen Einsatz als eigentlicher spiritus rector für die im Turnus von zwei Jahren durchgeführten Studienwochen für die 5. und 6. Klassen über aktuelle politisch-historische Fragen.

Wir werden Bernhard Stettler als eindruckliche Persönlichkeit in Erinnerung behalten, die Freundlichkeit mit einer klaren Haltung zu verbinden verstand.

Für die Schulsehrenden des  
Literargymnasiums Rämibühl  
Markus Lüdin, Rektor

Die Beisetzung hat stattgefunden.

«Warum reisen wir? Auch dies, damit wir Menschen begegnen, die nicht meinen, dass sie uns kennen ein für allemal; damit wir noch einmal erfahren, was uns in diesem Leben möglich sei.»  
Max Frisch

Unsere Freundin, Tante und Grosstante ist am Montag, den 24. Mai in der Tertianum Parkresidenz Meilen verstorben. Am Ende eines Lebens voller Reisen und Abenteuer ist

## Ruth Peter

8. November 1935 – 24. Mai 2021

zum letzten Mal in die Ferne aufgebrochen. An ihre Erzählungen werden wir uns gerne erinnern.

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis in Herrliberg statt. Eine Gedenkfeier soll nach dem Wunsch der Verstorbenen stattfinden, wenn die epidemiologische Lage es zulässt.

Traueradressen:

– Elisabeth Peter, Nesslerenholzweg 4, 3084 Wabern  
– Paul Zingg, Klosbachstrasse 45, 8032 Zürich

Anstelle von Blumenspenden gedenke man bitte der Martin Stiftung Herrliberg/Erlenbach  
IBAN CH43 0900 0000 8000 2598 1  
PK 80-2598-1

Uns ist kein Einzelnes bestimmt.

Ein jeder ist die Menschheit

Geht mit ihr unter

Oder wendet sie zum Guten hin.

Konstantin Wecker

Wir trauern um

## Hanspeter Guggenbühl

2. Februar 1949 – 26. Mai 2021

Du hattest noch Lust auf viel sattes Leben, wolltest weiter als Journalist wirken und sportliche Velotouren unternehmen. Jetzt hat Dich ein Motorradfahrer vom Rennvelo und aus unserem gemeinsamen Leben gerissen.

In Liebe

Beatrix Mühlethaler  
Irene und Peter Rüeegg-Mühlethaler  
Liselotte Mühlethaler  
Freundinnen und Freunde

Die Beerdigung findet in engem Kreis statt. An einer Gedenkfeier werden wir später das Wirken von hpg würdigen.

Traueradresse: Beatrix Mühlethaler, Wingertstrasse 30, 8308 Illnau

Unsere liebe Tochter, Schwester, Nichte, Cousine und Grosscousine

## Smadar Tausky

13. August 1992 bis 20. Mai 2021

ist verstorben. Die Bestattung hat letzte Woche stattgefunden.

Sarah und Michael Tausky  
Yaron Tausky, Osnat Tausky  
Evy Tausky und Christian Livet  
Daniela und Roger-David Hersch-Tausky  
Vera Tausky und Arie Sadeh  
Nora Livet und Léonard Béran mit Zoya  
Pierrick Livet  
Nadia und Robert Danon-Hersch mit Jacques, Amira  
Micha und Deborah Hersch-Bitter mit Jonas, Samuel,  
Noam, Solal  
Iris und Ran Seri-Hersch mit Yoav, Alon  
Gabriel Hersch und Roman Weber

Traueradresse: Sarah und Michael Tausky, Dan 1/10, Ness Ziona 7412101, Israel  
michael.tausky@gmail.com

## In der Fremde

Ich hör die Bächlein rauschen  
Im Walde her und hin,  
Im Walde in dem Rauschen  
Ich weiss nicht, wo ich bin.

Die Nachtigallen schlagen  
Hier in der Einsamkeit,  
Als wollten sie was sagen  
Von der alten, schönen Zeit.

Die Mondschimmer fliegen,  
Als sah ich unter mir  
Das Schloss im Tale liegen,  
Und ist doch so weit von hier!

Als müsste in dem Garten  
Voll Rosen weiss und rot,  
Meine Liebste auf mich warten,  
Und ist doch lange tot.

Joseph von Eichendorff

### BESTATTUNGEN UND BEISETZUNGEN



Stadthaus, Stadthausquai 17, 8001 Zürich  
Telefon 044 412 31 78  
www.stadt-zuerich.ch/bestattungsamt

#### Bestattungen und Beisetzungen vom Dienstag, dem 1. Juni 2021

**Tiziani** geb. Schwarz, Ursula Alma, Jg. 1961, von Fislisbach AG, 8048 Zürich, Badenerstrasse 807. – 14.00 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Altstetten, anschliessend Abdankung in der Friedhofkapelle Eichbühl.

**Weber** geb. Queffelec, Madeleine Marie Andrée, Jg. 1920, von Zürich und Brüttelen BE, verwitwet von Weber-Queffelec, Karl, 8038 Zürich,

Mööslistrasse 12. – 11.15 Uhr Urnenbeisetzung im Friedhof Manegg.

#### Bestattungen und Beisetzungen vom Mittwoch, dem 2. Juni 2021

**Lüchinger** geb. Suppan, Frida, Jg. 1936, von Zürich und Oberriet SG, verwitwet von Lüchinger-Suppan, Ernst Benno, 8049 Zürich, Riedhofweg 4. – 15.00 Uhr Trauerfeier in der röm.-kath. Kirche Heilig Geist.

# Zürich krepelt die Kinderbetreuung um

Betreuungsgutscheine, höhere Steuerabzüge und Geld vom Kanton – die «Kita-Allianz» setzt sich im Kantonsrat durch

NILS PFÄNDLER

Als es um die Kleinsten ging, wurden grosse Töne angeschlagen. Von der «Chance, ein Zeichen zu setzen», war vor der Debatte über externe Kinderbetreuung die Rede, von «Quantensprung» und einer «kleinen Revolution» gar. Das mag übertrieben wirken. Aber tatsächlich dürften die Entscheide, welche der Kantonsrat am Montagmorgen fällte, Einfluss auf das Leben vieler Zürcherinnen und Zürcher haben. Eltern werden künftig nämlich weniger für die familienergänzende Betreuung ihrer Kinder zahlen. Auf den Kanton kommen dafür jährliche Kosten von mehreren hundert Millionen Franken zu.

Das Parlament behandelte gleich fünf Vorstösse, welche die externe Kinderbetreuung im Kanton nachhaltig verändern werden. Es ging um viel: je nach Betrachtungsweise um Kindeswohl, Chancengerechtigkeit, Gleichstellung, Steuereinnahmen, Fachkräftemangel oder Standortvorteile – und um viel Geld sowieso. Es war also für Vertreterinnen und Vertreter jeglicher politischer Couleur etwas dabei.

Die Fronten waren rasch geklärt. Auf der einen Seite eines teilweise gehässigen «ideologischen Grabenkriegs» (Thomas Forrer, gp., Erlenbach) standen die Bürgerlichen, die weitgehend die Haltung des Regierungsrates vertraten. Auf der anderen Seite die fünf Fraktionen von SP, GLP, Grünen, EVP und AL. In Anlehnung an die Klima-Allianz taufte sie sich kurzerhand «Kita-Allianz» – und durften einige Erfolge feiern. Über diese Vorstösse wurde diskutiert:

■ **Betreuungsgutscheine für die Eltern:** Die Motion aus der Feder von Vertreterinnen der GLP, der SP und der AL sieht vor, dass Familien künftig sogenannte «subjektorientierte Betreuungsgutscheine» erhalten. Die kantonale Unterstützung fliesst also direkt zu den Eltern. Die Höhe der Gutscheine ist abhängig vom Einkommen, vom Vermögen und von der Grösse der Familie, die Eltern dürfen sie in der Kita ihrer Wahl im ganzen Kanton einlösen. Der Wettbewerb zwischen den Kitas bleibt also bestehen. Die Grünliberale Andrea Gisler (Gossau) nannte den Vorstoss denn auch ein «liberales Anliegen», das Fehlansätze im System beheben könne. Die Gegner argumentierten, dass nicht der Kanton, sondern die Gemeinden für die Kinderbetreuung zuständig seien. Die Warnung verhallte genauso wie jene der Bildungsdirektorin Silvia Steiner, dass sich das Modell nicht mit kom-



Der Kanton Zürich übernimmt in Zukunft einen Teil der Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung. GAËTAN BALLY / KEYSTONE

munalen Systemen kombinieren lasse. Die Motion wurde mit 88 zu 81 Stimmen überwiesen, womit der Regierungsrat nun zwei Jahre Zeit hat, eine Vorlage auszuarbeiten.

■ **Mitfinanzierung durch den Kanton:** Der Kanton wird künftig zur Kasse gehen. Ein Dreigespann aus den Reihen der Grünen, der EVP und der SP hatte vorgeschlagen, dass die Betreuungskosten von den Gemeinden und vom Kanton mit je 20 Prozent mitfinanziert werden. Die Investition von rund 100 Millionen Franken pro Jahr zahle sich aus, weil dadurch weniger Fachkräfte – insbesondere junge Mütter – aus der Arbeitswelt aussteigen würden, argumentierte die Erstunterzeichnerin Karin Fehr (gp., Uster). Ausserdem würden die teilweise grossen Unterschiede zwischen den Gemeinden ausgeglichen. Die bürgerliche Ratsseite versuchte, die Gemeindeautonomie hochzuhalten, und warnte vor einer Kostenexplosion. Vergeblich: Der Vorschlag wurde von der «Kita-Allianz» geschlossen gestützt und mit 96 zu 77 Stimmen überwiesen.

■ **Höhere Steuerabzüge:** Bereits mehrfach wurde der Vorschlag im Kantonsrat diskutiert, nun wurde er mehrheitsfähig. Eltern können in Zukunft höhere Steuerabzüge für die familienergänzende Kinderbetreuung geltend machen. Geht es nach den Motionären, soll der gegenwärtige Höchstbetrag von 10 000 Franken auf 20 000 Franken pro Jahr und Kind erhöht werden. Das entspreche viel eher den tatsächlichen Kosten. Laut der Mitunterzeichnerin Sylvie Matter (sp., Zürich) werden dadurch auf lange Sicht sogar mehr Steuereinnahmen generiert, weil weniger Zweitverdiener aus dem Beruf aussteigen. Das fand auch auf bürgerlicher Seite Anklang. Der FDP-Kantonsrat Beat Habegger (Zürich) konnte sich die Bemerkung nicht verkneifen, dass er 2016 einen fast gleichlautenden Vorstoss eingereicht habe. Dieser fand jedoch unter anderem deshalb keine Mehrheit, weil EVP und AL ihn nicht unterstützten. Anders an diesem Montag: Die Motion wurde auch dank der Unterstützung der beiden Parteien mit 101 zu 70 Stimmen überwiesen.

■ **Gratis-Kitas für alle:** Am weitesten von allen Vorstössen ging eine Motion der Sozialdemokraten. Sie forderten, dass der Staat gleich alle Kosten für die Kinderbetreuung deckt. Markus Späth (sp., Feuerthalen) verglich die Idee mit der Einführung der obligatorischen Volksschule in der Schweiz und erinnerte daran, dass damals die Liberalen federführend waren. «Kinderbetreuung muss zum Service public werden», sagte Späth und erntete dafür teilweise harsche Kritik. Ausser von der AL und einzelnen Grünen erhielten die Sozialdemokraten denn auch wenig Zuspruch. Die Motion fand nur 45 Unterstützer und wurde mit 129 Gegenstimmen abgeschmettert.

■ **Bürgerlicher Kostendeckel:** Der einzige bürgerliche Vorstoss zum Thema, eine parlamentarische Initiative, welche vorsieht, dass Familien künftig nicht mehr als 20 Prozent der Einnahmen für die Kinderbetreuung ausgeben müssen, wurde zwar vorläufig unterstützt. Mit Ausnahme der GLP erhielt sie von der «Kita-Allianz» aber keine einzige Stimme.

Die Resultate zeigen, wie tief der Graben ist, welcher zwischen den Fronten verläuft. Während der knapp vierstündigen Debatte flogen denn auch zahlreiche Kampfbegriffe und masslose Übertreibungen durch den Saal. Stefan Schmid (svp., Niederglatt) sprach von «sozialistischem Gedankengut» der Linken und sah aufgrund der «planwirtschaftlichen Keule» schon eine Zukunft mit «Staatskindern» auf sich zukommen. Der Grüne Thomas Forrer warf der SVP vor, einen Streit anzuzetteln, und bezeichnete seinerseits die bürgerlichen Ansichten als «gesellschaftspolitisches Mittelalter».

«Wir können uns das alles gar nicht mehr leisten!», rief ein aufgebracht Hans-Peter Amrein (svp., Küsnacht) seinen Ratskollegen zu und verglich die linke Politik mit derjenigen der DDR. Karin Fehr von den Grünen malte schwarz und bezeichnete die heutige Qualität der Kinderbetreuung als «im

«Sie haben heute mehrfach gezeigt, dass Sie offensichtlich willens sind, sehr viel Geld auszugeben. Geld, das wir nicht haben.»

Silvia Steiner  
Bildungsdirektorin

besten Falle mittelmässig», womit sie weder der Realität in den meisten Kitas noch der Arbeit der Betreuerinnen und Betreuer gerecht wurde.

Sachliche Argumente gingen ob der Polemik beinahe unter. Dabei gäbe es genug Punkte, die es noch zu diskutieren gilt, seien dies die teilweise unklaren Zuständigkeiten von Gemeinden und Kantonen, Widersprüche zwischen den verschiedenen Vorstössen oder die derzeitige wirtschaftliche Lage nach der Pandemie. Silvia Steiner hob in ihrem letzten Votum den Mahnfinger und sprach den Kantonsrätinnen und Kantonsräten ins Gewissen: «Sie haben heute mehrfach gezeigt, dass Sie offensichtlich willens sind, sehr viel Geld auszugeben. Geld, das wir nicht haben.» Die Corona-Krise, so die Bildungsdirektorin, habe offensichtlich die Relationen zu Millionen und Milliarden aufgeweicht.

## Bürgerliche wollen keine Polizeiaspiranten ohne Schweizer Pass

Der Zürcher Stadtrat möchte ab 2022 auch Ausländer in die Polizeischule aufnehmen – eine Initiative aus dem Kantonsrat soll das verhindern

STEFAN HOTZ

Am Montag eilte es plötzlich. Der Zürcher Stadtrat hatte am 19. Mai bekanntgegeben, dass in Zukunft auch Ausländerinnen und Ausländer mit der Niederlassungsbewilligung C die Polizeischule absolvieren können. Deshalb hat der Kantonsrat am Montag auf Antrag des Mitunterzeichners Markus Schaaf (evp., Zell) die Behandlung eines Vorstosses vorgezogen.

Die parlamentarische Initiative von Nina Fehr Düsel (svp., Küsnacht) steht seit letztem Herbst auf der Geschäftsliste des Kantonsrats. Mit Unterstützung von FDP und EVP verlangt sie die Ergänzung des kantonalen Polizeiorganisationsgesetzes um eine neue Bestimmung. Laut dem Vorstoss müssten Angehörige der Polizei über das Schweizer Bürgerrecht verfügen. Dieser Punkt fehlt dort nämlich. Der Zürcher Stadtrat wolle Tatsachen schaffen, die der Absicht der Initiative entgegenstünden,

schrrieb Schaaf, der auch Präsident des Verbandes der Kantonspolizei Zürich ist. Deshalb sei möglichst rasch Klarheit nötig, welche Zulassungsbedingungen für Ausbildung und Anstellung bei den Zürcher Polizeikorps gälten.

Allerdings sieht auch die städtische Neuerung keine bewaffneten Polizisten ohne Schweizer Pass vor. Eine feste Anstellung bei der Stadtpolizei soll nach der zweijährigen Ausbildung nur erhalten, wer sich in dieser Zeit einbürgern lässt.

### Vielfalt besser abbilden

Die Stadt will mit der Neuerung erreichen, dass die Zusammensetzung des Polizeikorps die Vielfalt der Bevölkerung besser widerspiegelt. Ein weiteres Argument besteht darin, das Reservoir von Bewerberinnen und Bewerbern für den Polizeidienst zu vergrössern. Im Kanton Basel-Stadt ist seit über zwanzig Jahren die Schweizer

Staatsbürgerschaft nicht mehr Voraussetzung für den Polizeidienst. Weitere Kantone folgten, Genf kennt eine Regelung analog zu jener, die der Zürcher Stadtrat beschloss.

Die FDP wolle solchen Bestrebungen eine Abfuhr erteilen, sagte Angie Romero (fdp., Zürich). Die Erstunterzeichnerin Fehr Düsel erklärte im Rat, bei unterschiedlichen Zulassungsregeln wären in Zukunft Verschiebungen innerhalb verschiedener Polizeikorps nicht mehr immer möglich. Im Übrigen gebe es genug Bewerberinnen und Bewerber für den Polizeidienst, auch solche mit Migrationshintergrund, die den Schweizer Pass besässen.

Fehr Düsel kündigte an, dass die Kommission im Falle einer Unterstützung die Initiative noch anpassen werde. Diese betrifft die Polizeiausbildung nämlich nicht. Der Entscheid des Zürcher Stadtrats steht also höchstens dem Sinn nach mit dem Begehren in Widerspruch, nicht dem Buchstaben nach.

Auch die Stadt fordert bis zu einer offiziellen Aufnahme ins Korps weiter die Schweizer Staatsbürgerschaft.

### Bereits im Praktikum bewaffnet

Markus Schaaf bemerkte dazu, dass bereits während der Polizeiausbildung eine Zwischenvereidigung stattfindet. Im darauffolgenden Praktikum würden die Polizeischüler normalen Dienst leisten, seien uniformiert, bewaffnet und von den übrigen Polizisten nicht zu unterscheiden. Das staatliche Gewaltmonopol solle nicht von Personen ausgeübt werden, die nicht über die Schweizer Staatsbürgerschaft verfügten, so Schaaf. Bis anhin sei das selbstverständlich gewesen, nun gelte es, die Zulassungsbestimmungen zu vereinheitlichen.

Die Gegner der Initiative betonten, auch die Polizei müsse die Gesellschaft abbilden. Gemischte, auch interkulturelle Teams funktionierten besser, sagte Beatrix Stüssi (sp., Niederhasli).

Menschen trotz Eignung vom Polizeidienst auszuschliessen, nur weil sie keinen Schweizer Pass hätten, sei nicht zeitgemäss, sagte Andrea Gisler (glp., Gossau). Es gehe ein weiteres Mal nur darum, die Städte Zürich und Winterthur an die Kandare zu nehmen.

Die Initiative erreichte das nötige Quorum mit 91 Stimmen problemlos. Unklar ist indes, inwieweit der Entscheid vom Montag die Absicht der Stadt Zürich, Ausländerinnen und Ausländer in die Polizeischule aufzunehmen, tangiert. Die vorläufige Unterstützung ist erst ein Prüfauftrag und noch keine Entscheidung in der Sache. Zunächst muss eine Kommission des Kantonsrats, die in der Regel auch eine Stellungnahme der Regierung einholt, einen Antrag stellen. Erst dann folgt der definitive Entscheid. Im Fall einer Zustimmung wäre noch ein Referendum möglich. Bis dahin dürfte die Anmeldefrist für den nächsten Lehrgang der Polizeischule abgelaufen sein.

# Die Verlängerung der Maskentragpflicht irritiert

Die Vorschrift für Kinder ab der vierten Klasse bleibt bestehen, obwohl im Kanton Zürich sonst nur noch die Regeln des Bundes gelten

RAFFAELA ANGSTMANN

Die Maskentragpflicht für Kinder ab der vierten Primarklasse erhitzt weiterhin die Gemüter. Vor elf Tagen kündigte die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner an einer Medienkonferenz an, dass diese Massnahme für Innenräume bis mindestens zu den Sommerferien verlängert werde. Die SVP kritisierte diesen Schritt umgehend als «Kinderquälerei».

Für weiteren Unmut sorgte in diesem Zusammenhang das Schreiben des Regierungsrats, das am 26. Mai folgte: Darin kommunizierte er, dass die kantonale Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie nicht verlängert werde. «Damit gelten im Kanton Zürich ab Juni ausschliesslich die Bundesregeln.» Die Maskentragpflicht ist eine Ausnahme, die aber nicht explizit erwähnt wurde.

## Rund 30 Rekurse eingegangen

«Die Medienmitteilung war leider etwas missverständlich», erklärt Regierungssprecher Andreas Melchior. Das Wort «Bundesregeln» sei in diesem Zusammenhang nicht ganz korrekt gewesen, weil gerade im Schulbereich kantonal noch Massnahmen gelten würden. Man habe danach auch das «eine oder andere Telefonat» von Personen erhalten, die irritiert gewesen seien.

Einen Tag nach Veröffentlichung der Medienmitteilung forderte die SVP des Kantons Zürich, dass die Maskentragpflicht an den Schulen aufgehoben werde, wie es in den meisten Kantonen der Fall ist. Dies müsse «unverzüglich kommuniziert» werden. «Viele Eltern sind verunsichert, welche Regeln ab Juni an den Zürcher Schulen gelten», schrieb die SVP in einem Communiqué.

Beim Regierungsrat wurden seit Einführung der Massnahme rund 30 Rekurschriften gegen die Maskentragpflicht an Schulen eingereicht. Ein Drittel davon wurden laut Melchior erledigt.



Bis zu den Sommerferien gehören Masken in Zürcher Schulzimmern ab der vierten Klasse zum Alltag.

ENNIO LEANZA / KEYSTONE

Kantonsrätin Nina Fehr Düsel (svp, Küsnacht) kennt nach eigener Aussage mehrere Eltern, die solche Rekurse unterzeichnet haben und darauf keine zufriedenstellende Antwort erhalten hätten. «Man hat das Gefühl, das Anliegen wird auf die lange Bank geschoben, damit die Massnahme einfach immer wieder verlängert werden kann», sagt Fehr Düsel. Sie hatte Anfang Februar unter anderem mit anderen Politikerinnen eine Petition zum selben Thema aufgesetzt. Diese wurde laut Fehr Düsel innert neun Tagen von 6000 Personen unterschrieben. Danach habe man die

Petition bei der Bildungsdirektion eingereicht und ein Schreiben an die Regierung aufgesetzt, als Antwort habe man nur eine Eingangsbestätigung erhalten.

Laut der Bildungsdirektion ist die Verlängerung der Maskentragpflicht in den Innenräumen bis zum Beginn der Sommerferien notwendig, «um weiterhin einen möglichst uneingeschränkten Schulbetrieb zu ermöglichen». Das oberste Ziel sei, einen möglichst regulären Unterricht zu gewährleisten, dafür müsse die Anzahl Quarantäneverordnungen an den Schulen auf tiefem Niveau gehalten werden. Die Bildungs-

direktion bezieht sich in ihrer Argumentation auf die «Ciao Corona»-Studie. Diese hat gezeigt, dass auf der Kindergarten- und Unterstufe mehr Klassen in Quarantäne geschickt wurden als auf der Mittel- und Oberstufe. Somit, schreibt die Bildungsdirektion, könne davon ausgegangen werden, dass Masken auf der Mittelstufe und oberen Schulstufen ein effektives Mittel gegen Infektionen seien. «Sie bieten sowohl für Lehrpersonen wie für Schüler und Schülerinnen einen guten Schutz.»

Als Begründung für die neuerliche Verlängerung der Massnahme

gab Regierungsrätin Silvia Steiner an der Medienkonferenz im Mai mitunter an, dass noch nicht alle Lehrpersonen gegen Sars-CoV-2 geimpft und damit geschützt sind. Die Bildungsdirektion will bis zu den Sommerferien alle Lehrpersonen impfen lassen. Bis 26. Mai konnten sich impfwillige Lehrerinnen und Lehrer beim Volksschulamt melden. Haben Impfzentren überzählige Impfdosen, suchen sie Lehrpersonen nach Wohnort aus und bieten ihnen einen Termin an.

## Der richtige Zeitpunkt?

Fehr Düsel sagt dazu, dass mittlerweile alle die Möglichkeit hätten, sich registrieren und impfen zu lassen, und dass Lehrer, welche zu den Risikogruppen gehören, ohnehin bereits geimpft seien. Zudem würden Lehrer weiterhin eine Maske tragen und Kinder zum Glück ohnehin meistens kaum Symptome zeigen. «Gerade jetzt, wo in allen Bereichen gelockert wird und die Fallzahlen sinken, wäre der Zeitpunkt gewesen, diese Massnahme abzuschaffen», sagt Fehr Düsel. Die Kinder hätten bereits stark gelitten, man müsse nicht alles auf ihre Rücken abwälzen.

Andreas Daurü (sp., Winterthur) hält den Entscheid der Bildungsdirektion für vertretbar und sinnvoll. «Man weiss bis jetzt immer noch nicht genau, inwiefern Kinder das Virus übertragen, zudem können sie auch selber erkranken», sagt Daurü. Besonders weil die Lehrerschaft nicht priorisiert geimpft worden sei, halte er die Verlängerung der Maskentragpflicht für keine schlechte Lösung. Bis zu den Sommerferien seien es ja nur noch eineinhalb Monate. Zudem gebe es nach wie vor Personen, die noch nicht geimpft worden seien. Er gibt zu bedenken, dass man sich im Klassenzimmer auf kleinem Raum befinde. «Ich denke, es braucht einfach Momente, an denen die Kinder die Maske abziehen und draussen durchatmen können.»

## Zoo verliert Löwen Radja

16-jährige Raubkatze wegen Darmvorfalls eingeschläfert

tsf. · Der Asiatische Löwe Radja lebt nicht mehr. Wie der Zürcher Zoo am Montag mitteilte, hat er das Löwenmännchen am Donnerstag wegen eines Darmvorfalls narkotisieren und untersuchen müssen. Der Eingriff sei zwar erfolgreich verlaufen, am Tag darauf sei es aber erneut zu einem Darmvorfall gekommen. Weitere Untersuchungen und Behandlungen hätten Radjas Lebensqualität stark beeinträchtigt und wären angesichts seines hohen Alters auch mit sehr grossen Risiken verbunden gewe-

sen. Der Zoo Zürich habe sich deshalb entschieden, Radja einzuschläfern.

Radja war 2005 im Zoo von Besançon in Frankreich zur Welt gekommen. Nach Zürich kam er 2007. Während seiner Zeit im Zoo Zürich zeugte Radja mit seiner Partnerin Joy in zwei Würfen sieben Jungtiere. Der Zoo Zürich will in Absprache mit der Koordinatorin des Europäischen Erhaltungszuchtprogramms für die Asiatischen Löwen zu gegebener Zeit ein neues Löwenmännchen nach Zürich holen.

BEZIRKSGERICHT ZÜRICH

## Vater wird wegen Missbrauchs seiner Töchter erneut verurteilt

Weil Protokolle zu Befragungen fehlten, verzögerte sich der Prozess um zweieinhalb Jahre

TOM FELBER

In einer Firma wäre die Sache nach kurzer Zeit erledigt: Es wird festgestellt, dass noch schriftliche Protokolle von Videoaufnahmen benötigt werden, in denen Personen befragt wurden. In der Firma würden dann einfach schriftliche Protokolle dieser Befragungen angefertigt. Die Justiz aber funktioniert anders.

Als die erste Strafkammer des Zürcher Obergerichts im Mai 2019 über die Berufung in einem Fall wegen sexuellen Missbrauchs von zwei Mädchen durch den eigenen Vater befinden musste, wurde festgestellt, dass die Videobefragungen der Mädchen zwar als Beweismittel vorlagen, aber keine Transkriptionen davon existierten. Der Fall wurde deshalb an die Vorinstanz zurückgewiesen. Die Staatsanwaltschaft wurde angewiesen, schriftliche Protokolle der Opferbefragungen anfertigen zu lassen.

### Unschuld beteuert

Der Vater war im Dezember 2018 vom Bezirksgericht Zürich wegen mehrfacher, teilweise versuchter sexueller Handlungen mit Kindern, mehrfacher einfacher Körperverletzung und mehrfacher Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflichten zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt worden. Seinen beiden Töchtern wurden Genugtuungen von 12 000 und 15 000 Franken zugesprochen. Zweieinhalb Jahre später muss nun der gesamte erstinstanzliche

Prozess aufgrund des Fauxpas wiederholt werden. Gemäss Anklage soll der beschuldigte 54-jährige Schweizer beide Mädchen rund sieben Jahre lang sexuell missbraucht haben, das eine Mädchen ab dessen 9. Lebensjahr, das andere ab dem 11. Lebensjahr. Zudem schlug er die beiden regelmässig mit den Fäusten, mit Staubsaugerkabeln, einem Gürtel oder mit extra zuvor genässen Seilen. Der Mann sass im Jahr 2017 zwei Monate in Untersuchungshaft. Beide Töchter sind inzwischen erwachsen. Er habe seit vier Jahren keinen Kontakt mehr zu ihnen, sagt der Beschuldigte vor Gericht.

Er sei unschuldig, seine Töchter würden lügen, beteuert der Vater, der aufgrund seiner Herkunft einen Dolmetscher im Gerichtssaal benötigt. Er habe sogar auf den Koran geschworen und ein Video davon erstellt. «Ich kann nicht etwas gestehen, was ich nicht gemacht habe.» Der Mann bestätigt zwar, ein strenger Vater gewesen zu sein und die Töchter geschlagen zu haben. Damit erklärt er aber auch gleichzeitig, weshalb ihn die Töchter zu Unrecht beschuldigen sollen. Er habe ihnen nie erlaubt, Alkohol und Drogen zu konsumieren, die der Grund für die Lügen seien.

Die Staatsanwältin reduziert ihren Antrag auf eine Freiheitsstrafe von 3 Jahren und 9 Monaten. Einerseits weil einige Tathandlungen mittlerweile verjährt seien, andererseits wegen der langen Verfahrensdauer. Die Anwältinnen der Opfer beantragen Genugtuungen von 55 000 und 45 000 Franken.

Durch die Handlungen ihres Vaters sei die Psyche der beiden Frauen nachhaltig gestört. Beide seien wohl noch mehrere Jahre in Therapie. Zudem sind sie zu 100 Prozent arbeitsunfähig. Die eine bezieht eine IV-Rente aus psychischen Gründen, bei der zweiten ist der entsprechende Antrag in Bearbeitung. Die Verteidigerin plädiert auf Freispruch.

### Höhere Genugtuung

Das Bezirksgericht Zürich bestätigt sein Urteil vom Dezember 2018, senkt die Freiheitsstrafe wegen Verletzung des Beschleunigungsgebots aber auf dreieinhalb Jahre, vollziehbar. «Verjährungstechnisch» bleibe hingegen das Datum des ersten Prozesses relevant. Es stehe Aussage gegen Aussage, begründet der Gerichtsvorsitzende und stellt fest: «Jemand lügt.» Die Schwestern hätten im Wesentlichen übereinstimmend ausgesagt und sich noch vor der Strafanzeige Freundinnen, Sozialarbeiterinnen und Psychologinnen anvertraut.

Die Genugtuungssummen für die Opfer werden auf 23 000 und 20 000 Franken erhöht. Zweieinhalb Jahre nach dem ersten Urteil sei das Gericht klüger, erklärt der Richter. Es sei nun klarer, dass keine Besserung der Zustände der Töchter in Aussicht stehe. Der Beschuldigte kündigt an, die Verurteilung weiterzuziehen. Er bleibt auf freiem Fuss.

Urteil DG200 143 vom 31. 5. 2021, noch nicht rechtskräftig.

ANZEIGE

## Weiterbildung für Finanzfachleute

Informationsabend am  
15. Juni 2021, 17.30 - 18.45 / online  
Weitere Daten: 21.9. / 18.11.

### Unsere Lehrgänge

- Finanzanalyst/Portfoliomanager CIIA
- Wealth Manager AWM / CIWM
- Financial Operations FMT / FMO
- Financial Data Scientist CFDS
- ESG: CESGA, ESG-CA
- AZEK FIDLEG Zertifikat

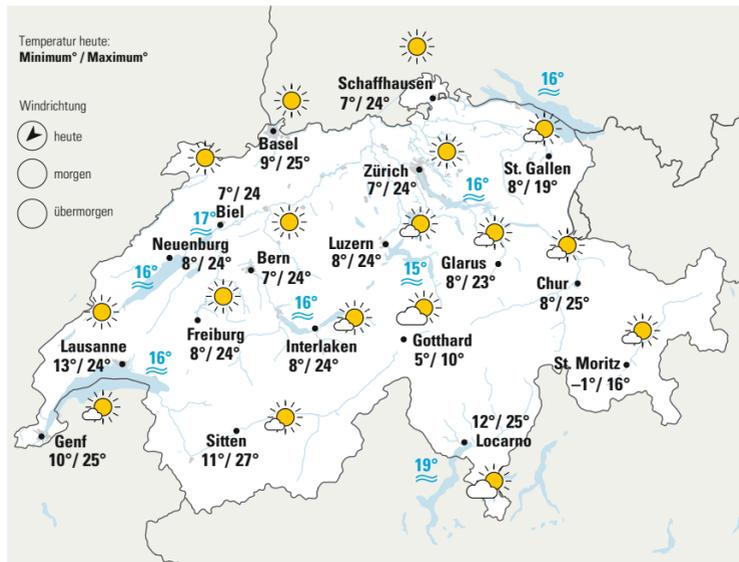
Für mehr  
Informationen  
und Anmeldung:  
[www.azek.ch](http://www.azek.ch)

**AZEK**  
SWISS TRAINING CENTRE FOR  
INVESTMENT PROFESSIONALS

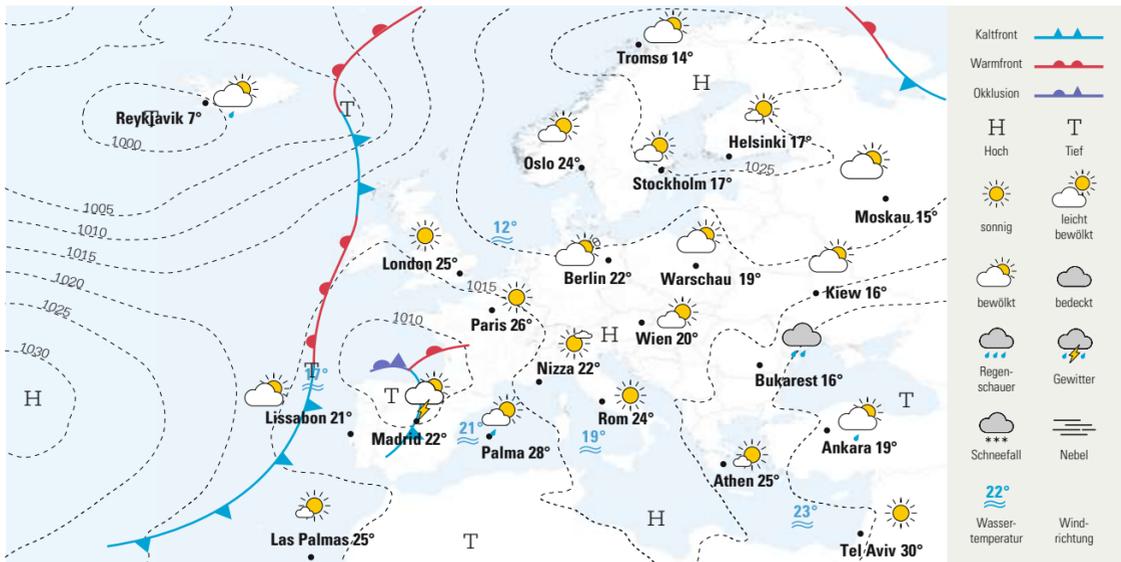




SCHWEIZ



EUROPA



DIE NÄCHSTEN VIER TAGE

	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
Ostschweiz	10° / 25°	12° / 25°	14° / 26°	14° / 26°
Westschweiz	14° / 24°	14° / 25°	14° / 26°	15° / 26°
Südschweiz	16° / 24°	14° / 26°	15° / 27°	17° / 27°

**Allgemeine Lage:** Am Dienstag beeinflusst nach wie vor eine Hochdruckzone mit Kern über Nordeuropa unser Wetter. Morgen Mittwoch baut sich über der Schweiz ein Hochdruckrücken auf, es erreicht uns aber von Südwesten her etwas feuchtere Luft. Am Boden ist die Druckverteilung flach, bis zum Wochenende steigt dadurch das Gewitterrisiko.

**Heute:** Der Dienstag präsentiert sich strahlend schön. Im Laufe des Tages bilden sich über den Bergen wenige Quellwolken, das Risiko für einzelne Schauer ist dabei minim. Mit etwas Bise erreichen die Temperaturen rund 23 bis 25 Grad.

Im Süden startet der Tag mit Restwolken, tagsüber kommen ein paar Quellwolken dazu.

**Aussichten:** Morgen Mittwoch und am Donnerstag sind die Wolken etwas zahlreicher, es ist aber dennoch teilweise – im Osten sogar recht – sonnig. Dabei besteht vor allem entlang der Berge ein erhöhtes Schauer- und Gewitterrisiko. Die Temperaturen erreichen rund 25 Grad.

BERGWETTER

Wind	km/h	°C
4000 m	SW	15-35
3000 m	SW	15-35
2000 m	SW	10-30
1000 m	var	10-25

SCHADSTOFFE

in µg/m³	Zürich	Bern	Lausanne	Tänikon	Basel	Lugano
Feinstaub (PM10)	9	14	12	10	13	8
Stickstoffdioxid	9	22	15	7	8	8
Ozon	106	99	86	110	109	112

Die entsprechenden Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung lauten: 50, 80, 120, EU-Ozon-Alarmwert 240 µg/m³. Messwerte gestern, 14 Uhr.

SONNE UND MOND

	Aufgang heute	Untergang heute
Sonne	05:33   05:32	21:15   21:15
Mond	abnehmend 02:06   02:31	11:48   12:59

WINDRICHTUNGEN/-STÄRKEN

	heute	morgen	Umrserie	heute	morgen
Zürichsee	NO 1-4	var 1-4	N 2-5	N 2-5	N 2-5
Obersee	N 1-4	var 1-4	Thunersee	NW 2-4	NW 2-4
Greifensee	N 1-4	var 1-4	Bielsee	N 1-4	SW 1-4
Walensee	W 2-5	W 2-5	Neuenbsee	NO 1-4	SW 1-4
Bodensee	NO 1-4	W 1-4	Genfersee	var 1-4	SW 1-4
Untersee	NO 1-4	var 1-4	Langensee	var 1-4	SW 2-4
Zugersee	NO 1-4	var 1-4	Luganersee	S 1-4	S 1-4
Viervsee	NO 1-4	var 1-4	Silvaplsee	SW 3-6	SW 3-5

Windstärke in Beaufort, var = variabel

MORGEN INTERNATIONAL

Europa	Istanbul	18 w
Amsterdam	25	f
Athen	26	s
Barcelona	24	f
Berlin	23	f
Brüssel	27	f
Budapest	20	f
Dublin	19	fR
Frankf./M.	27	f
Hamburg	21	G
Helsinki	20	w
Kopenhagen	18	w
Las Palmas	25	f
Lissabon	23	w
London	27	f
Madrid	28	f
Moskau	18	w
München	23	f
Oslo	21	w
Paris	26	G
Prag	21	f

Rom	24 w	Afrika	Dakar	27 s	
Stockholm	20	f	Johannesb.	14	f
Warschau	18	w	Kairo	33	s
Wien	23	s	Kapstadt	19	f
Chicago	18	R	Lagos	30	G
Denver	25	f	Marrakesch	32	s
L. Angeles	18	f	Nairobi	25	f
Miami	29	G	Tunis	30	f
New York	23	w	Naher Osten		
San Franc.	16	w	Dubai	39	s
Toronto	20	w	Teheran	38	s
Vancouver	23	f	Tel Aviv	28	f
Washington	27	w	Asien		
Bogotá	18	fR	Bangkok	36	f
B. Aires	16	f	Delhi	38	f
Caracas	24	R	Hongkong	32	G
Mexiko-St.	23	G	Manila	32	G
Santiago	22	s	Peking	31	f
São Paulo	24	f	Seoul	28	s
Mexiko-St.	23	G	Singapur	27	fR
Australien, Neuseeland			Singapur	30	G
Auckland	16	w	Tokio	24	w
Melbourne	16	w			
Perth	20	f			
Sydney	20	f			

b = bedeckt; N = Nebel; s = sonnig; f = freundlich; R = Regen; S = Schneefall; G = Gewitter; Rs = Regenschauer; SR = Schneeregen; w = bewölkt

SRF 1

10.35 nano. 11.10 ECO. (W). 11.40 Puls. (W). 12.15 Mini Schweiz, dini Schweiz. (W). 12.45 Tagess. 12.55 Meteo. 13.10 G&G. (W). 13.30 In aller Freundschaft. 14.15 In aller Freundschaft. 15.05 G&G Flash. 15.10 Blickpunkt. (W). 15.55 Praxis mit Meerblück: Der einsame Schwimmer. Der einsame Schwimmer. Familienfilm (D 2018). 17.30 Guetnachtsschichtli. 17.40 Telesguard. 18.00 Tagesschau. 18.10 Meteo. 18.15 Mini Schweiz, dini Schweiz. 18.40 G&G – Gesichter und Geschichten. 19.00 Schweiz aktuell. 19.25 Börse. 19.30 Tagess. 19.55 Meteo.

20.05 Der Kriminalist. Krimi-Serie. Der letzte Flug. Mit C. Berkel. 21.05 Kassensturz. Magazin. U.a.: Giftiger Import-Sesam: Probleme im Schweizer Kontrollsystem. 21.50 10vor10. 22.15 Meteo. 22.25 Club. Diskussion. Schweiz und EU – Scherbenhaufen oder neue Chance? Mit Barbara Lüthi. 23.45 Newsflash. 23.50 Outlander. Drama-Serie. 00.50 Kassensturz. Magazin. (W). 01.25 Club. Diskussion. (W). 02.40 Mini Schweiz, dini Schweiz. (W). 03.00 Blickpunkt. Magazin. (W). 03.30 «Potzmusig» unterwegs. (W).

SAT 1

5.30 Live: Sat.1-Frühstücksfernsehen. 10.00 Shop24. 11.00 Mein dunkles Geheimnis. 11.30 Mein dunkles Geheimnis. 12.00 Anwälte im Einsatz. 13.00 Auf Streife – Berlin. 14.00 Auf Streife. 15.00 Auf Streife. Die Spezialisten. 16.00 Klinik am Südring. 17.00 Die Ruhrpottwache – Vermisstenfahnder im Einsatz. 17.30 Die Ruhrpottwache – Vermisstenfahnder im Einsatz. 18.00 Rolling – Das Quiz mit der Münze. 19.00 Buchstaben Battle. 19.55 Sat.1 Nachrichten. 20.15 112 Notruf Deutschland. Reportage. Retten rund um die Uhr. 22.20 Live: akte. 23.20 Spiegel TV – Reportage. 02.20 SAT.1 Reportage.

SRF 2

5.40 Drei auf zwei. 8.55 Steiner & Tingler. 9.05 Live: Live nach Neun. 9.55 Verrückt nach Meer. 10.45 Meister des Alltags. 11.15 Wer weiss denn sowas? (W). 12.00 Tagesschau. 12.15 ARD-Buffer. 13.00 Mittagmagazin. 14.00 Tagesschau. 14.10 Rote Rosen. 15.00 Tagesschau. 15.10 Sturm der Liebe. Telenovela. 16.00 Tagesschau. 16.10 Verrückt nach Meer. 17.00 Tagesschau. 17.15 Brisant. 18.00 Wer weiss denn sowas? Show. Mit Kai Pflaume. 18.50 WaPo Bodensee. Krimi-Serie. 19.45 Sportschau vor acht. 19.50 Wetter vor acht. 19.55 Börse vor acht.

21.50 Eishockey – WM-Magazin. Alle Spiele, alle Tore. Mit Daniela Milanese. 22.25 sportflash. 22.30 Newsflash. 22.40 Clubland. Komödie (AUS 2007). 00.25 G&G Flash. Magazin. (W). 00.30 Das Glück liegt auf dem Teller. Koch-Serie. 00.55 Royal Pains. Comedy-Serie. Vaterlinie. 01.40 Royal Pains. Comedy-Serie. Der Mann, den sie Grandpa nannten. 02.20 Clubland. Komödie (AUS 2007). Mit Brenda Blethyn. (W). 04.00 Crazy Ex-Girlfriend. 04.40 Alisa – Folge deinem Herzen.

ARD

5.30 Live: Morgenmagazin. 9.00 Tagesschau. 9.05 Live: Live nach Neun. 9.55 Verrückt nach Meer. 10.45 Meister des Alltags. 11.15 Wer weiss denn sowas? (W). 12.00 Tagesschau. 12.15 ARD-Buffer. 13.00 Mittagmagazin. 14.00 Tagesschau. 14.10 Rote Rosen. 15.00 Tagesschau. 15.10 Sturm der Liebe. Telenovela. 16.00 Tagesschau. 16.10 Verrückt nach Meer. 17.00 Tagesschau. 17.15 Brisant. 18.00 Wer weiss denn sowas? Show. Mit Kai Pflaume. 18.50 WaPo Bodensee. Krimi-Serie. 19.45 Sportschau vor acht. 19.50 Wetter vor acht. 19.55 Börse vor acht.

20.00 Tagesschau. Mit Wetter. 20.15 Um Himmels Willen. Serie. Doppelleben. Mit J. Hartwig. 21.00 In aller Freundschaft. Arzt-Serie. Feste Bande. Mit Philipp Oliver Baumgarten. 21.45 Report Mainz. Magazin. Corona-Impfungen – Fehlende Daten werden zum Risiko; CO2-Betaubung – Schweine leiden vor der Schlachtung; Antisemitismus – wie die Politik mehr tun könnte. 22.15 Tagesthemen. Mit Wetter. 22.50 Limbo. Drama (D 2019). Mit Matthias Herrmann. 00.15 Nachtmagazin. 00.35 Prélude. Drama (D 2019).

ZDF

5.10 hallo deutschland. (W). 5.30 Live: ZDF-MoMa. 9.00 heute Xpress. 9.05 Volle Kanne – Service täglich. 10.30 Notruf Hafenkante. 11.15 SOKO Wismar. Krimi-Serie. Feuerstühle. 12.00 heute. 12.10 drehscheibe. 13.00 Mittagmagazin. 14.00 heute – in Deutschland. 14.15 Die Küchenschlacht. 15.00 heute Xpress. 15.05 Bares für Rares. 16.00 heute – in Europa. 16.10 Die Rosenheim-Cops. 17.00 heute. 17.10 hallo deutschland. 17.45 Leute heute. 18.00 SOKO Köln. Krimi-Serie. 19.00 heute. 19.20 Wetter. 19.25 Die Rosenheim-Cops. Krimi-Serie.

20.15 Deutschlands Sportstars – Gold, Fans und Tränen. Dokumentation. Franziska van Almsick, Fabian Hambüchen, Matthias Steiner. 21.00 Frontal 21. Magazin. 21.45 heute-journal. 22.15 37°: Spieglein, Spieglein an der Wand. Dokumentation. Von Botox und anderen Versprechungen. 22.45 Leschs Kosmos. Magazin. Im Netz der Diagnostik. 23.15 Markus Lanz. Talkshow. 00.30 heute journal update. 00.45 Sebastian Pufpaff. Noch nicht Schicht! Show.

3 sat

6.15 Morgenprogramm. 9.05 Kulturzeit. (W). 9.45 nano. (W). 10.20 Traumorte. (W). 11.05 Trauorte. (W). 11.50 Hessen à la carte. 12.20 Servicezeit. 12.50 Natur im Garten. (W). 13.15 Über den Inseln Afrikas. Dokumentationsreihe. Madagaskar. 14.00 Über den Inseln Afrikas. 14.45 Über den Inseln Afrikas. 15.30 Insel der Frauen – Palau in der Südsee. 16.15 Tropenparadies Bali – Eine Perle Indonesiens. Dokumentation. 17.00 Länder – Menschen – Abenteuer. Dokumentationsreihe. 17.45 mareTV. Reportage. 18.30 nano. 19.00 heute. 19.20 Kulturzeit.

20.00 Tagesschau. Die Nachrichten. 20.15 Hattinger und die kalte Hand – Ein Chiemseckrimi. Kriminalfilm (D 2013). 21.45 kinokino. Magazin. Das Filmmagazin. U.a.: Heimatkrimi «Weissbier im Blut». 22.00 ZIB 2. 22.25 Sebastian Pufpaff! Show. 22.30 makro. Magazin. 23.00 Singles auf der Suche nach Liebe. Dokumentation. 23.55 Reporter. Reportage. 00.25 10vor10. 00.55 mareTV. Reportage. (W). 01.40 Länder – Menschen – Abenteuer. Dokumentationsreihe. (W).

arte

7.05 Mit dem Postschiff durch die Südsee. (W). 7.50 Städte am Meer. (W). 8.35 Stadt Land Kunst. (W). 9.30 Wasserlöcher – Oasen für Afrikas Fauna. (1/3). (W). 11.40 Tierische Überlebenskünstler. (W). 12.15 Re. (W). 12.50 Arte Journal. 13.00 Stadt Land Kunst. 13.50 Die Letzten beissen die Hunde. Actionfilm (USA 1974). (W). 15.55 Butteri – Italiens letzte Cowboys. 16.50 Xenius. Mag. 17.20 Rituale der Welt. 17.50 Wildes Thailand. 18.30 Kanadas Küstenwölfe. Dokumentarfilm (CDN 2020). Regie: H. Mayers. M. Hoshino. (W). 19.20 Arte Journal. 19.40 Re.

20.15 Alkohol – Der globale Rausch. Dokumentarfilm (D/2019). Regie: Andreas Pichler. 21.45 Jersey. Insel mit dunkler Vergangenheit. Dokumentarfilm (GB 2020). Regie: Camilla Hall. 23.15 Kindesmissbrauch im Spitzensport. Dokumentarfilm (F 2020). Regie: Pierre-Emmanuel Luneau-Daurignac. 00.45 Mit offenen Karten. (W). 01.00 Afrikas wilder Westen – Namibias Wüstenpferde. (W). 01.50 Arguments. Dokumentarfilm (F 2019). Regie: Olivier Zabat. 03.40 28 Minuten. Magazin. Der Club (28.05.2021).

RTL

5.15 Anwälte der Toten – Rechtsmediziner decken auf. Dokumentationsreihe. 6.00 Guten Morgen Deutschland. 8.30 GZSZ. (W). 9.00 Unter uns. (W). 9.30 Alles was zählt. Soap. (W). 10.00 Der Blaublicht-Report. 11.00 Die Versicherungsdetektive. (W). 12.00 Punkt 12. 14.00 Die Superhändler – 4 Räume, 1 Deal. 16.30 Die Versicherungsdetektive. 17.30 Unter uns. Soap. 18.00 Explosiv – Das Magazin. 18.30 Exklusiv – Das Star-Magazin. 18.45 RTL aktuell. 19.05 Alles was zählt. Soap. 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten. Soap. Mit Wolfgang Bahro.

20.15 Murrel Mania. Show. Kandidaten: F. Ludwig, Jorge González, Lola Weippert. Mit Chris Tall. 22.15 Die 25 unvorstellbarsten Urlaubsgeschichten – von heiter bis wolkig. Show mit Sonja Zietlow. 00.00 RTL Nachtjournal. 00.30 CSI: Miami. Krimi-Serie. Schönheit hat ihren Preis. 01.20 CSI: Miami. Krimi-Serie. Einmal ist jede dran. Mit David Caruso. 02.15 CSI: Vegas. Krimi-Serie. General gegen Hippie. Mit Ted Danson. 03.00 CSI: Vegas. Krimi-Serie. 03.50 CSI: Vegas. Krimi-Serie. 04.40 CSI: Miami. (W).

TV-TIPPS

Arte, 20.15 Alkohol – der globale Rausch Kein Stoff der Welt ist uns so vertraut und in seiner Wirkung so vielfältig. Das Molekül ist in der Lage, sämtliche 200 Milliarden Neuronen des menschlichen Gehirns völlig unterschiedlich zu beeinflussen. Doch kaum jemand bezeichnet Alkohol trotz seiner psychotischen und Zellen zerstörenden Wirkung als Droge.

SRF 1, 21.05 Kassensturz Probleme im Schweizer Kontrollsystem. Tausende Tonnen kontaminierte Sesamsamen mussten in Europa und in der Schweiz zurückgerufen werden. Der Grund: In indischem Sesam fand man die giftige Chemikalie Ethylenoxid. «Kassensturz» zeigt Lücken im Schweizer Kontrollsystem auf. Und: BTS: «besonders tierfreundliche Stallhaltung» – von wegen!; 100 Prozent Solarstrom auch ohne eigene Solaranlage.

SRF 1, 22.25 Club: Schweiz und EU – Scherbenhaufen oder neue Chance? Das Rahmenabkommen ist tot. Sieben Jahre Verhandlungen sind Geschichte. Was bedeutet das für unser Land? Was sind die Chancen und die Risiken? Wie sieht der Plan B im Verhältnis Schweiz - EU konkret aus? Mit Barbara Lüthi diskutiert unter anderem Alfred Gantner, Mitgründer und Verwaltungsrat Partners Group und Initiant der Gruppe Kompass/Europa.

Arte, 23.15 Kindesmissbrauch im Spitzensport Der Filmemacher Pierre-Emmanuel Luneau-Daurignac recherchierte zwei Jahre lang und deckte Fälle von Kindesmissbrauch im Spitzensport auf, die nicht als Ausnahmeerscheinung betrachtet werden können. In Frankreich erzählte die ehemalige Eiskunstläuferin Sarah Abitbol kürzlich, wie sie als Minderjährige von ihrem Trainer missbraucht wurde. In der Folge meldete sich eine Reihe weiterer Spitzensportler zu Wort.

# Beste Konkurrenten

Die Eishockey-Nationaltorhüter Leonardo Genoni und Reto Berra duellieren sich seit 20 Jahren

NICOLA BERGER, RIGA

Nachdem die Schweiz vor einigen Tagen die Slowakei deklassiert hatte, 8:1, sagte der Trainer Patrick Fischer nicht ohne Stolz, er habe nun die richtige Teamzusammensetzung gefunden. Was die Feldspieler angeht, ist das fraglos richtig. Aber gilt das auch für die Torhüterposition?

Es streiten sich zwei Männer um den Nummer-1-Status, deren Schicksale seit Jahren untrennbar miteinander verwoben sind: Leonardo Genoni, 32, und Reto Berra, 33. «Jetzt beginnt alles wieder bei null», sagte Genoni. «Berra und ich haben dieselbe Chance.» Es könnten Sätze aus diesem Frühsommer 2021 sein, aber Genoni verwendete sie vor dreizehn Jahren, als sich das Duo im HC Davos konkurrenzierte, zu Beginn der Karriere, als beide Torhüter aus der Organisation der ZSC Lions zum HCD wechselten, um den Weggang der Nummer 1 Jonas Hiller vergessen zu machen.

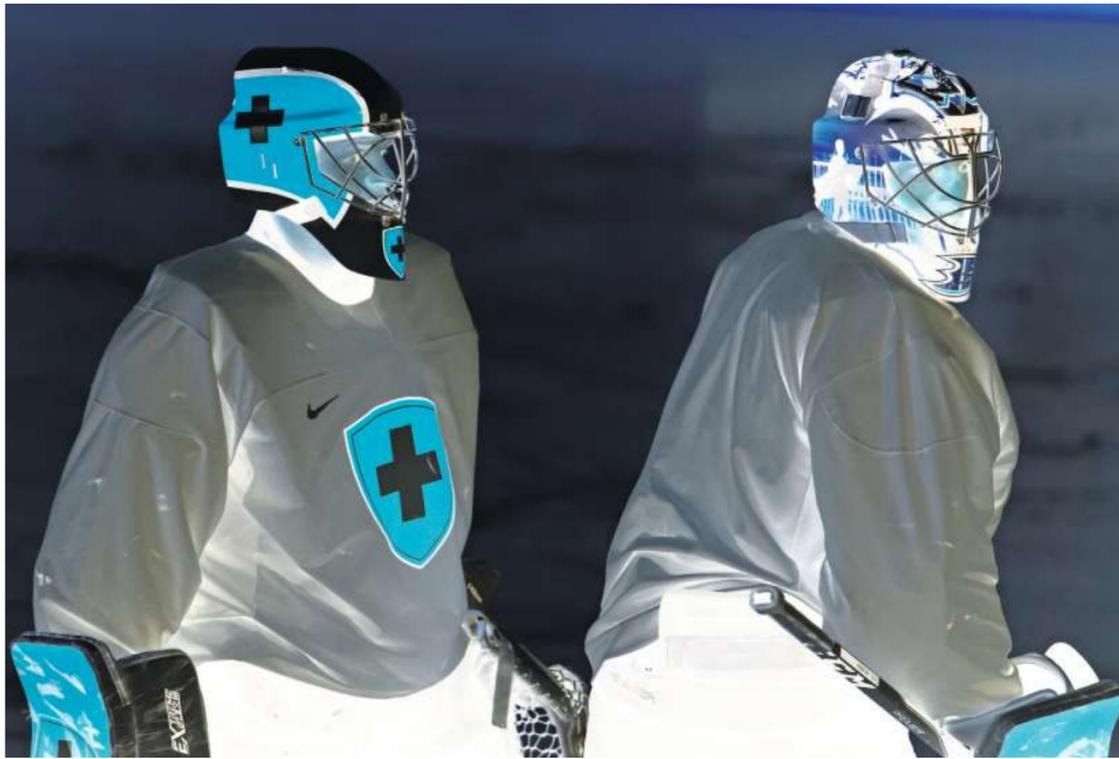
Doch sie trafen sich schon viel früher, mit zehn Jahren, an einem Piccolo-Turnier in der Valais. «Genoni hat da alles gehalten», sagt Berra. Er hat das bei seinem Weggefährten später immer wieder erlebt, oft auch zu den eigenen Ungunsten. Ab der Novizenstufe standen sie sich in einer Konkurrenzsituation gegenüber – und kurzzeitig auch beim EHC Dübendorf, in der 1. Liga.

Vielleicht ist das Duo das Paradebeispiel dafür, was eine Konkurrenzsituation auslösen kann. «Wir hatten immer ein gutes Verhältnis, haben uns aber gegenseitig auch stets angestachelt», sagt Genoni. Das hat eindrücklich funktioniert, denn aus den beiden sind die besten Torhüter ihrer Generation erwachsen. Hier der mit 1,82 Meter eher kleingewachsene Genoni, ein Perfektionist, mit seinen sechs Meistertiteln mit drei verschiedenen Klubs, Zug, Bern und Davos. Da der zwölf Zentimeter grössere Berra, ein Nonkonformist, der es in die NHL schaffte, 76 Spiele für Calgary, Colorado, Florida und Anaheim.

## Hohe Saläre in den Klubs

Berras grosses Manko sind die Erfolge, er ist bis jetzt kein Goalie für die entscheidende Phase der Saison gewesen. Noch nie hat er als unumstrittene Nummer 1 eine Play-off-Serie gewonnen. Und im Nationalteam stand ihm oft Genoni vor der Nase. Es spricht für ihn, dass er sich davon nie kränken liess.

Beide haben es weit gebracht – und sind heute die mit Abstand teuersten Torhüter der National League, Genoni in Zug, Berra bei Gottéron. Und sie duellieren sich noch immer, in der National-



Der Perfektionist Genoni (links) und der Nonkonformist Berra an der WM 2018.

SALVATORE DI NOLFI / KEYSTONE

mannschaft. Genoni bestreitet in Riga seine siebente WM, für Berra ist es das achte Turnier. Es ist nicht abzuschätzen, wen der Trainer Patrick Fischer im Viertelfinal vom Donnerstag aufstellen wird.

Der in der Meisterschaft einmal mehr überragende Genoni stieg mit Vorteilen in diese WM, doch Berra hat sie mit starken Leistungen in Lettland zumindest ausgeglichen. Genoni tat sich beim 0:7 gegen Schweden schwer und musste ausgewechselt werden. Aber er gilt als die zuverlässigere Wahl und vermochte sich beim 6:0 gegen Weissrussland mit einem Shutout zu rehabilitieren.

Für Fischer ist das grundsätzlich eine angenehme Ausgangslage, ein Luxusproblem. An der WM 2019 entschied er sich für das Viertelfinalspiel in Kosice gegen Kanada für Genoni; es fehlten 0,4 Sekunden zur Halbfinalqualifikation. Fischers PR-Sprech ist inzwischen so geschliffen, dass er nicht müde wird, von «drei hervorragenden Torhütern» zu reden. Die Nummer 3 an diesem Turnier heisst Melvin Nyffeler, der Goalie der Rapperswil-Jona Lakers, er erreicht das Rendement seiner Kollegen nicht.

Das ist ein grundsätzliches Problem, welches die Nationalmannschaft in den kommenden Jahren noch vor gravierende Schwierigkeiten stellen dürfte. Die Schweiz hat eine stolze Torhütertradition, von René Kiener über Gérard Rigolet, Olivier Anken, Renato Tosio und Martin Gerber bis zu Jonas Hiller. Doch Erben sind kaum noch in Sicht, von Gauthier Descloux bei Genf/Servette oder Luca Hollenstein im EV Zug einmal abgesehen. In der NHL stellt die Schweiz, die jahrelang fast nur Torhüter und kaum Feldspieler nach Übersee exportiert hatte, keinen einzigen Goalie mehr. Gerade hat der HC Davos Gilles Senn nach Hause geholt, der 2019/20 zu zwei Einsätzen für die New Jersey Devils gekommen war.

## Rücktritt ist kein Thema

Ohne NHL-Torhüter und ohne Kronfavoriten für die Nachfolge lastet die Verantwortung weiter auf den Schultern von Berra und Genoni; die Schweiz kann sich glücklich schätzen, dass beide sich offenbar noch nicht mit einem Rücktritt aus dem Nationalteam beschäf-

tigen. Der Familienvater Genoni, der neben dem Sammeln von Titeln auch die Kunst des Understatements perfektioniert hat, sagt: «Wenn die Nationalmannschaft ruft, komme ich, das ist für mich keine Frage. Ich freue mich immer über die Aufgebote, sie sind für mich nicht selbstverständlich. Wenn sie irgendwann nicht mehr eintreffen, wird es Zeit sein, zu gehen.»

So schnell dürfte das bei beiden nicht geschehen; ihr gemeinsamer Weg scheint noch nicht zu Ende zu sein. In Riga bietet sich dem Duo die Gelegenheit, weiter am reichen Vermächtnis zu werkeln. Im Jobsharing, so, wie sie das schon immer getan haben. Und wer weiss, womöglich lässt sich der Coach Fischer hier von einem seiner Mentoren inspirieren: Arno Del Curto hatte einst keine Skrupel, Reto Berra und Leonardo Genoni sogar in den Play-offs rotieren zu lassen. Sollte die Schweiz den Viertelfinal überstehen, könnte das eine Option sein. Die beiden Weltklasse-Torhüter sind die Abwechslung gewohnt.

## Gut und teuer

Der Zürcher Fussballgoalie Kobel mit Fünfjahresvertrag zu Dortmund

STEFAN OSTERHAUS, BENJAMIN STEFFEN

Borussia Dortmund bleibt einer noch jungen Gewohnheit treu. Im Tor wird der Cup-Sieger weiterhin auf Schweizer Profis setzen. Gregor Kobel wechselt vom VfB Stuttgart nach Dortmund, die Ablösesumme soll dem Vernehmen nach bei stattlichen 15 Millionen Euro liegen. Ebenso eindrücklich ist die fünfjährige Laufzeit des Vertrages.

In Dortmund trifft Gregor Kobel auf ein ambitioniertes Umfeld, erst recht, wenn es um die Position des Goalies geht. Offenkundig ist, dass die Verantwortlichen das Potenzial Kobels als gross erachten. Es wird davon ausgegangen, dass er Roman Bürki deutlich übertreffen wird. Dabei war Bürki 2015 mit ähnlichen Erwartungen verpflichtet worden wie nun Kobel. Auch war Bürkis Weg nicht unähnlich demjenigen des 23-jährigen Zürchers. Zum BVB fand Bürki über einen Klub, bei dem er viele Gelegenheiten bekommen hatte, sich auszuzeichnen: den SC Freiburg. Trotz spektakulären Auftritten Bürkis stieg Freiburg allerdings ab.

Was Bürki aber in dieser Zeit nie gelang: eine Ausstrahlung zu entwickeln, die nicht nur dem Gegner Respekt vermittelt, sondern den Mitspielern auch ein Gefühl der Sicherheit. So dürfte sein Auftritt beim Cup-Sieg gegen Leipzig womöglich der letzte für Dortmund gewesen sein. Halten wird es Bürki wohl nicht im BVB. Marwin Hitz, der erst durch eine Verletzung Bürkis ins Tor gerückt war und diesen in der Folge verdrängte, dürfte wiederum in die Rolle des Ersatzmannes zurückkehren, wenn



Gregor Kobel  
Fussballgoalie

der neue Coach Marco Rose Kobel direkt zur Nummer eins befördert.

Kobels noch junge Karriere schreitet imposant voran. Für manchen Schweizer Fussballinteressierten tauchte er in den vergangenen Jahren gleichsam aus dem Nichts auf, etwa als

er Anfang 2019 leihweise für ein halbes Jahr von Hoffenheim nach Augsburg wechselte. Kobel war eben erst 21 Jahre alt geworden, half als Stammgoalie aber mit, Augsburg in der ersten Bundesliga zu halten.

Kobel war nicht der erste Schweizer Goalie, der in jungen Jahren nach Deutschland gezogen war, aber Kobel ging den Weg in besonders jungen Jahren und

konsequenter. Diego Benaglio war einst mit 18 nach Deutschland gegangen, Hitz mit 20, wie Kobel noch ohne Aussicht auf einen Stammplatz in der obersten Liga.

Yann Sommer ging mit 25 nach Mönchengladbach, Bürki mit 23 nach Freiburg. Kobel hingegen brach mit 16 das Gymnasium ab und ging von GC in die Akademie der TSG Hoffenheim. Es sei nicht so, dass er bei GC «nicht geschätzt» worden wäre, sagte Kobel einst der NZZ – «aber sie sagten auch nicht: Gregor Kobel ist dieser Goalie, der es schaffen wird und von uns aufgebaut wird.»

Und so ist es eine vorwiegend deutsche Fussball-Sozialisation. Danach war Kobel auch in der Schweiz kaum mehr zu übersehen, ebenso sein klarer Karriereplan. Obwohl er Augsburg 2019 vor dem Abstieg bewahrt hatte, wechselte er selber anschliessend zum VfB Stuttgart in die 2. Bundesliga; der Klub stieg auf, Kobel zeichnete sich aus.

Die Nominierung ins 29er-EM-Kader von Vladimir Petkovic war die logische Folge – und obwohl er am Montag den Cut nicht überstanden hat, dürften ihn die Schweizer in den nächsten Jahren nicht so schnell aus den Augen verlieren.

# Ein Federer-Start wie zur besten Zeit

Der Schweizer gewinnt das Startspiel in Paris problemlos – doch Denis Istomin ist kein Massstab

DANIEL GERMANN

Es war ein wenig wie in der guten alten Zeit, als vor jedem Erstrundenmatch an den Grand-Slam-Turnieren nicht die Frage war, ob, sondern wie schnell Roger Federer gewinnen wird. 79-mal ist er bis zum diesjährigen French Open an einem Major angetreten, 63-mal gab er im ersten Match keinen Satz ab.

Am Montag folgte der 64. perfekte Start in ein Major. In nur 93 Minuten schlug Federer den Usbeken Denis Istomin 6:2, 6:4, 6:3. Er mag am Ende selber ein wenig überrascht gewesen sein, wie glatt und problemlos er in sein möglicherweise letztes French Open startete. Die eigenen Erwartungen sind gering. Wiederholt hat er darauf hingewiesen, für ihn gehe es in erster Linie darum, für Wimbledon Matchpraxis zu sammeln.

Bei allem Respekt für Federers Leistung: Istomin war kein Massstab. Der 34-jährige Usbeken war einst die Nummer 33 im Ranking, heute liegt er noch auf Platz 204. In diesem Jahr hat er noch keinen Match auf der ATP-Tour gespielt. Anfang Jahr verlor er an einem Challen-

ger in Istanbul gegen Marc-Andrea Hülner, die Nummer 4 der Schweiz. Ins Pariser Hauptfeld kam er als Qualifikant.

Istomin lässt seine Karriere an kleineren Turnieren ausklingen und war der perfekte Startgegner für Federer. Der Sieg gegen ihn war für den 39-jährigen Baselbieter ein erster Schritt auf seinem beschwerlichen Weg zurück Richtung Weltspitze. Wahrscheinlich am Donnerstag wird Federer im zweiten Match eine weitere Gelegenheit erhalten, an seinem Rhythmus zu arbeiten. Sein Gegner wird dann Marin Cilic sein.

Der 32-jährige Kroatie hat ein anderes Profil als Istomin. 2014 hat er unter anderem nach einem Sieg gegen Federer das US Open gewonnen. Dreieinhalb Jahre später war er 2018 in Melbourne der Finalgegner Federers bei dessen 20. und bisher letztem Major-Sieg. Doch auch der ehemalige Welt-ranglistenvierte hat seinen Zenit offensichtlich überschritten. In dieser Saison ist die Viertelfinalqualifikation am Masters-1000-Turnier in Miami sein bisher bestes Resultat. Vor zwei Wochen verlor er in Genf in der ersten Runde gegen

den Schweizer Nachwuchsspieler Dominic Stricker.

Am Rande des Genfer Turniers hatte Federer mit Cilic trainiert. Wie Istomin wird auch er Federer kaum mit etwas Unerwartetem überraschen können. Der erste Topspieler wäre im Achtelfinal nach Papierform Matteo Berrettini (ATP 9). Doch sowohl für den Italiener wie auch für Federer ist der Weg dorthin noch weit.

Federer deutete am Montag an, dass er noch immer nicht 100 Prozent fit ist: «Es hätte mir sicher nicht geschadet, noch den einen oder anderen Trainingsblock einzuschleppen. Doch dafür fehlt mir die Zeit. Deshalb muss ich mit gelegentlichen Niederlagen rechnen. Sie werfen mich nicht aus der Bahn.»

Das ist eine erstaunliche Aussage. Denn Federers zweiter Eingriff am rechten Knie liegt zwölf Monate zurück. Er hat die Rückkehr auf die Tour immer weiter hinausgeschoben. Nach dem ersten Comeback im März in Doha zog er sich erneut ins Training zurück.

Der Auftritt gegen Istomin war für ihn deshalb möglicherweise mehr wert



# 2050 will Neuseeland Opossum-frei sein

Der Inselstaat geht mit radikalen Massnahmen gegen eingeführte Tierarten vor

MATTHIAS STADLER, WANAKA

Endlose Landschaften, unberührte Strände, exotische Tiere: Neuseeland gilt als Sehnsuchtsdestination par excellence. Die exotischen Tiere wie etwa der Kiwi sind allerdings seit Ankunft des Menschen einer Gefahr ausgesetzt, die sie während Millionen von Jahren zuvor nicht kannten. Die ersten Siedler, die Maori, schleppten auf ihren Fahrten von Polynesien nach Neuseeland vor geschätzt 750 Jahren ungewollt Ratten ein. Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts taten es ihnen die Europäer gleich.

Die Siedler setzten aber auch absichtlich fremde Tierarten im Land aus. Mitte des 19. Jahrhunderts etwa wurden australische Opossums ihrer Felle wegen angesiedelt. Hermeline wiederum, eine Raubtierart aus der Marderfamilie, sollten eine Hasenplage – ebenfalls von Menschen verursacht – unter Kontrolle bringen.

## Fatale Taktik

Im Nachhinein ist klar: Gut gemeint ist das Gegenteil von gut. Die Tiere haben in Neuseeland keine natürlichen Feinde. Und die hiesige Tierwelt, die vor allem aus Vögeln besteht, hatte zuvor mit Ausnahme von wenigen Fledermausarten wegen der geografischen Abgeschiedenheit keinen Kontakt mit Säugtieren. Entsprechend wussten sie nicht, wie sie sich vor diesen neuen Gefährdern schützen sollen. Die Taktik vieler einheimischer Tiere war nicht etwa zu fliehen, sondern stillzustehen. Das funktioniert gut gegen andere einheimi-

Wer auf der Strasse ein Opossum entdeckt, hat fast schon eine gesellschaftliche Pflicht, es zu überfahren.

sche Arten. Gegen Opossums, Hermeline und auch Katzen allerdings war das eine fatale Idee.

Und ist es noch heute: 25 Millionen einheimische Vögel sterben jedes Jahr wegen eingeführter Tiere, die es auch auf deren Eier abgesehen haben. 4000 Tierarten und damit 80 Prozent der einheimischen Vogelarten gelten mittlerweile als gefährdet, darunter mit dem Kiwi auch Neuseelands Nationaltier. 1000 Arten sind vom Aussterben bedroht. Mindestens 60 Arten sind bereits ausgestorben. Deshalb gilt in Neuseeland seit Jahrzehnten, dass nur ein totes Opossum ein gutes Opossum ist. Wer auf der Strasse eines entdeckt, hat fast schon eine gesellschaftliche Pflicht, es zu überfahren.



Opossums wurden im 19. Jahrhundert in Neuseeland angesiedelt – nun bedrohen sie einheimische Tierarten. STEFFEN & ALEXANDRA SAILER / IMAGO

Vor fünf Jahren stellte die neuseeländische Naturschutzbehörde einen Aktionsplan vor, um bis ins Jahr 2050 sämtliche Opossums, Ratten und Hermeline im Land auszurotten. Brent Beaven ist beim Department of Conservation für das Programm verantwortlich. Heute sieht er Fortschritte: «Wir sollten die meisten Zwischenziele bis 2025 erreichen», sagt er. Die Behörde verzeichnet einige Erfolgsgeschichten. So wächst die Population zweier einheimischer Fledermausarten in kontrollierten Gegenden wieder. Auch der Bestand des vom Aussterben bedrohten Kokako hat sich etwas erholt. Auf der Nordinsel leben derzeit 2000 Pärchen dieser Vogelart, vor zwanzig Jahren waren es gerade einmal 330.

## Naturschützer machen mit

Das Ziel des Unterfangens, bis 2050 die drei gefährlichsten Tierarten auszurotten, ist enorm, da alleine 30 bis 50 Millio-

## Auch Hasen und Igel richten Schäden an

mst. · Andere Tiere, die etwa in Europa gern gesehen sind, haben in Neuseeland ebenfalls einen zweifelhaften Ruf, da sie angesiedelt wurden und teilweise grossen Schaden anrichten. Das Problem ist immer das gleiche: Da sie in Neuseeland keine natürlichen Feinde haben, können sie sich ungehindert vermehren, wobei sie die Pflanzen- und Tierwelt stark in Mitleidenschaft ziehen. So etwa Hirsche und Igel. Letztere ernähren sich unter anderem von einheimischen Vogeleiern.

nen Opossums im Land leben. Das Vorhaben wird auch als «die Mondlandung für Neuseeland» bezeichnet, denn es ist radikal und beschreitet neue Wege. Der Plan ist in der Bevölkerung breit abgestützt, es gibt nur wenig Kritik daran. Selbst private Naturschutzorganisationen unterstützen das Anliegen und helfen aktiv mit – so etwa der WWF Neuseeland, der auch schon Preise für innovative Ideen zur Bekämpfung der Tiere verliehen hat. Maori-Gruppen bringen ebenfalls ihre Erfahrungen ein. Die Regierung unterstützt den Plan laut Brent Beaven mit etwa 50 Millionen Franken pro Jahr.

Heute würden nach wie vor altbekannte Methoden genutzt, um den Opossums, Ratten und Hermelinen den Garaus zu machen: «Sie werden gejagt und erschossen. Am meisten verwendet werden Fallen und Giftköder», sagt Beaven. Die Köder werden auch aus der Luft abgeworfen. Das dabei verwendete

Gift Natriumfluoracetat führt allerdings immer wieder zu Kritik. Es könne auch bei Haustieren zu Problemen führen.

Das Department of Conservation will künftig auch auf neue Technologien setzen, wie Brent Beaven erklärt: «Es gibt Fallen, die mit künstlicher Intelligenz verbunden sind.» Diese erkenne, wenn ein Opossum in der Nähe sei. Zudem gebe es auch Fortschritte in Sachen Wärmebildkameras. Diese könnten in Echtzeit Daten liefern.

## Streitpunkt Gentechnik

Ein anderes Thema ist Gentechnik. So wird daran geforscht, das Erbgut der Tiere zu verändern, damit nur noch unfruchtbare Männchen auf die Welt kommen. Das Problem wäre danach rasch gelöst. Allerdings ist dieser Ansatz nicht unumstritten, weswegen er momentan nicht prioritär verfolgt wird.

Forscher bezweifeln, dass Neuseeland bis 2050 von den Vogelräubern befreit sein wird. Zumindest nicht, wenn das Programm so weiterlaufe wie bisher. Es brauche noch mehr Arbeit. Auch Beaven ist sich nicht sicher: «Dreissig Jahre sind eine lange Zeit. Ob wir unseren Fokus so lange aufrechterhalten können und ob die Regierung genug Geld investiert, wird entscheidend sein.» Doch ist er davon überzeugt, dass Neuseeland diese Tierarten irgendwann ausrotten kann, denn das Programm sei «absturz-sicher». Selbst wenn die Ausrottung der eingeschleppten Raubtiere nicht komplett gelinge, werde die Natur massiv profitieren. «Das Schlimmste wäre, es nicht einmal zu versuchen.»

## Sicherheitskräfte fassen Bewaffneten

Grosse Suchaktion in Frankreich

(dpa) · Nach gut anderthalb Tagen haben Einsatzkräfte im Südwesten Frankreichs einen gesuchten bewaffneten Mann in Gewahrsam genommen. Dieser sei bei einem Schusswechsel verletzt worden und werde medizinisch behandelt, sagte der Präfekt der Dordogne, Frédéric Périssat, am Montagmittag.

Mit einem Aufgebot von gut 300 Sicherheitskräften war zuvor nach dem 29-Jährigen gesucht worden. Die Gendarmerie hatte auch einen Zeugenauftrag mit Foto veröffentlicht. Der ehemalige Soldat soll am frühen Sonntagmorgen den neuen Freund seiner ehemaligen Partnerin angegriffen und dann auf Sicherheitskräfte geschossen haben. Anschliessend sei er in ein Waldgebiet in der Nähe des Dorfes Le Lardin-Saint-Lazare geflohen.

Laut General André Pétillot wurde der Mann am Montag geortet und eröffnete das Feuer auf die Gendarmen. Diese schossen zurück und verletzten den Mann. Unter den Gendarmen gibt es demnach keine Verletzten. Bereits zuvor hatten die Einsatzkräfte versucht, Kontakt zu dem Mann aufzunehmen. Dieser soll als Antwort stets auf sie geschossen haben. Pétillot sprach von einer suizidalen Logik. Der Mann könnte das Profil eines Menschen haben, der von der Polizei getötet werden wolle, hatte er im Radiosender France Info gesagt. Gemäss Medienberichten war der Mann wiederholt wegen häuslicher Gewalt verurteilt worden und trug bei seiner Flucht ein elektronisches Armband.

Das Dorf, in dessen Nähe der Mann aufgegriffen wurde, war für die Suche abgeriegelt worden. Schulen und Firmen blieben dort am Montag teilweise geschlossen oder in eingeschränktem Betrieb. Laut Périssat soll es nun eine schrittweise Rückkehr zur Normalität geben.

## Seilbahn-Mitarbeiter verteidigt sich

(dpa) · Im Fall des Gondel-Absturzes in Italien hat einer der freigelassenen Mitarbeiter der Betreiberfirma beteuert, nichts von den Klammern an der Kabine gewusst zu haben. Mit diesen wurde nach ersten Erkenntnissen das Notbremssystem der Gondel ausser Kraft gesetzt, weil es zuvor wohl Störungen im laufenden Betrieb gegeben hatte. «Wenn ich davon gewusst hätte, hätte ich diese Entscheidung nicht unterstützt», sagte der technische Leiter der Betreiberfirma, Enrico Perocchio, im Interview der Tageszeitung «La Stampa». Die Justiz hatte ihn und den Firmenchef aus der Haft entlassen. Ein Dienstleiter steht weiterhin unter Hausarrest.

Am Sonntag vor einer Woche hatten 14 Menschen ihr Leben verloren, als am Monte Mottarone westlich des Lago Maggiore das Zugseil der Seilbahn riss und die Gondel abstürzte. Der Fünfjährige, der als Einziger überlebte, könne am Dienstag von der Intensivstation auf eine andere Station verlegt werden, teilte das Kinderkrankenhaus in Turin am Montag mit.

## Berichte über Bombendrohung in Berlin

Nach einer ausserplanmässigen Landung erleben Ryanair-Passagiere bange Stunden

(dpa) · Ein Flugzeug mit 165 Passagieren ist wegen einer möglichen Sicherheitsbedrohung an Bord am Sonntagabend ausserplanmässig auf dem Flughafen Berlin Brandenburg in Schönefeld gelandet. Die Polizei untersuchte Passagiere und Gepäck des Ryanair-Flugs. Die Durchsuchung wurde ohne Feststellung beendet, wie die Bundespolizei mitteilte. Von der Maschine gehe keine Gefahr aus. Mit acht Stunden Verspätung konnten die Passagiere aus dem irischen Dublin ihre Reise ins polnische Krakau mit einer Ersatzmaschine fortsetzen.

Ryanair bat die Fluggäste um Entschuldigung. Die Crew sei von der deut-

schen Luftsicherheitskontrolle über eine mögliche Sicherheitsbedrohung an Bord der Boeing 737-800 informiert worden.

### «Ernstzunehmender Hinweis»

«B. Z.» und «Bild» berichteten, es habe eine Bombendrohung gegeben. Die Bundespolizei sprach lediglich von einem telefonischen Hinweis bei Ryanair, aufgrund dessen eine Gefahr nicht habe ausgeschlossen werden können. Weitere Details wurden aus ermittlungstaktischen Gründen nicht genannt. Der Sprecher des Innenministeriums, Steve Alter, sagte am Montag, «dass es be-

zogen auf diesen Flug einen polizeilichen Sachverhalt gab, der uns eine Gefährdung dieses Flugzeuges zumindest nicht ausschliessen liess». Die Vor-sichtsmassnahme sei in Absprache mit der Crew «aufgrund eines ernstzunehmenden Hinweises» getroffen worden.

### Gepäck durchsucht

Für die ausserplanmässige Landung hatte die Luftfahrtbehörde eine Ausnahme vom Nachtflugverbot am Flughafen Berlin Brandenburg erteilt. An der abgelegenen Parkposition des Flugzeugs standen zahlreiche Polizeiautos mit Blaulicht,

Spürhunde durchsuchten das auf dem Vorfeld ausgelegte Gepäck der Passagiere. Erst am frühen Montagmorgen kurz vor 4 Uhr konnten die Passagiere ihre Reise fortsetzen. Die Bundespolizei hatte die Situation zuvor als unbedenklich eingestuft. Die Brandenburger Polizei ermittelte in dem Fall nun weiter.

Schon im vergangenen Sommer musste eine Ryanair-Maschine auf dem Weg von Dublin nach Krakau wegen einer anonymen Bombendrohung eine Sicherheitslandung einschalten. Bei der Durchsuchung in Stansted in Grossbritannien sei nichts gefunden worden, berichteten irische Medien.



# Beide Pestizid-Initiativen muss man ablehnen – aber ...

Ein kompletter Verzicht auf Pestizide ist das falsche Ziel. Darum sollte man Nein sagen zu den Pestizid-Initiativen. Doch man sollte ein Aber anfügen können. Von Angelika Hardegger



Es gibt ein Demokratiespiel für den Staatskundeunterricht, das geht so: Eine Volksabstimmung steht an. Die Schülerinnen und Schüler erhalten eine Rolle zugeteilt. Sie spielen Befürworterinnen, Gegner oder Unentschlossene in Bezug auf eine Vorlage. Sie tragen Argumente vor, debattieren, dann stimmen sie ab. Das Spiel endet mit der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses, und gäbe es ein Level zwei davon, es würde nun beginnen.

Das Level zwei wäre direkte Demokratie für Fortgeschrittene. Es führte neue Figuren ein: Parlamentarier, Lobbyisten, den Bundesrat. Sie würden das Thema nach der Abstimmung weiter beraten, so wie in der Realität. Sie würden immer wieder Bezug nehmen auf Level eins, auf das Resultat der Abstimmung, sie würden es deuten und interpretieren.

Erst das Level zwei würde die ganze Komplexität von Volksabstimmungen erfassen. Es markierte den Übergang von der Ideal- zur Realpolitik: Die Pestizid-Initiativen sind das perfekte Lehrbeispiel. Man muss die Initiativen in der Sache, in Level eins, ablehnen. Aber im Hinblick auf das Level zwei, wenn das Parlament weiterspielt, wenn die Landwirtschaft der Zukunft beraten wird, sollte man es der Agrarlobby so schwer machen wie möglich.

## Man nennt es Populismus

Es gibt viele schlechte Argumente gegen die Initiativen und ein sehr gutes. Zu den schlechten gehört die Behauptung, die Umweltprobleme der Landwirtschaft würden dramatisiert.

Ein Blick auf die empirische Lage der Dinge zeigt: Das Grundwasser ist mit Pestiziden verschmutzt, Böden sind mit Stickstoff überdüngt. Die Stoffe schädigen Insekten, Vögel und andere Arten. Forscher des Instituts Agroscope haben kürzlich den Zustand der Biodiversität in der Landwirtschaft untersucht. Sie kamen zum Schluss, dass die «grossen Biodiversitätsverluste» im Agrargebiet schon «weit fortgeschritten» seien. Das ist ein Problem, und die Schweiz darf es weder leugnen noch aussitzen. Eine andere Frage ist, ob die einfachste Antwort darauf auch die beste ist.

Die Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» will Chemie in Landwirtschaft und Garten verbieten. Den Verarbeitern von Lebensmitteln würden Desinfektionsmittel verboten, auch Gift für die Lagerung, etwa gegen Vorratsschädlinge. Obst und Gemüse aus dem Ausland müsste pestizidfrei produziert sein. Die Schweiz würde beim Pflanzenschutz zum reinen Bioland. Diese Initiative bietet die radikal einfachste Antwort auf ein sehr komplexes Problem, den Pflanzenschutz. Man nennt das auch Populismus.

Wenn die Landwirtschaft der Zukunft beraten wird, sollte man es der Agrarlobby so schwer machen wie möglich.

Die Initiative ist dirigistisch, protektionistisch, und sie unterschlägt viele Fragen: Wie garantieren wir Hygiene in der Verarbeitung ganz ohne Chemie? Wo liegt überhaupt das Problem, wenn ein Fleischverarbeiter Desinfektionsmittel benutzt? Geht es in Apfelkulturen wirklich ganz ohne Chemie? Und ist der Bio-Standard mit seiner althergebrachten Kupferbrühe wirklich die beste Option zum Pflanzenschutz? Viele Befürworter der Pestizidfrei-Initiative wissen um diese Fragen. Aber sie wollen ein Zeichen setzen. Sie wollen weg von der industriellen Landwirtschaft mit ihrer Chemie, einem System, dem es immerhin gelungen ist, die Generation der Babyboomer zu ernähren.

Nun ist die industrielle Landwirtschaft 70 Jahre alt. Es ist gestrig, zu glauben, sie sei noch immer die beste verfügbare. Doch ähnlich fortschrittsfeindlich ist die Idee, dass das noch ältere System, der Biolandbau, die einzige Alternative sei.

Seit der letzten Agrarrevolution hat die Menschheit den Computer, das Internet und künstliche Intelligenz erfunden. Sie hat das Erbgut der wichtigsten Kulturpflanzen der Welt entschlüsselt. Würde die konventionelle Landwirtschaft diese Fortschritte nutzen – sie könnte viel ökologischer werden, vielleicht sogar ökologischer als Bio.

Darum kann Bio allein nicht das Ziel unserer Agrarpolitik sein. Was wir anstreben sollten, ist eine Landwirtschaft, die grün ist, nicht obwohl – sondern weil sie Technik nutzt. Das darf Chemie im Pflanzenschutz einschliessen, sofern das Gift ganz gezielt und sparsam zur Anwendung kommt. Immer dann, wenn alle anderen Massnahmen versagen.

Der Agronom Urs Niggli ist einer der Grünsten und zugleich Fortschrittsbegeisterten seines Fachs. Er sagte kürzlich in einem Interview, dass eine «völlige Abkehr vom chemischen Pflanzenschutz innerhalb von acht Jahren unmöglich» sei. Niggli rechnet damit, dass der Obst-, der Wein- und der Gemüsebau auch später Pflanzenschutzmittel benötigen werden. Diese Kulturen verbrauchen die Hälfte aller Pestizide in der Schweiz. Das Ziel kann hier nicht lauten: null Pestizide. Es muss lauten: so wenig wie möglich.

Die zweite Pestizid-Initiative, die Trinkwasser-Initiative, hat einen grossen Vorteil: Sie setzt auf einen Anreiz statt auf ein Verbot. Landwirte dürften weiterhin Pflanzenschutzmittel einsetzen. Aber sie müssten auf Direktzahlungen verzichten. Diese Idee hat sehr viel Reiz. Heute wer-

den Bauern extra entschädigt, wenn sie die Umwelt weniger belasten. Zum Beispiel, wenn sie weniger Herbizide einsetzen. Die Trinkwasser-Initiative kehrt das Prinzip um: Sie bestraft umweltschädliches Verhalten. Sie gibt den gesellschaftlichen Kosten einen Preis.

## Nach den Regeln der Lobby

Das Problem ist, dass auch die Trinkwasser-Initiative nur zwei Varianten vorsieht: mit Chemie oder ohne. Dabei ginge es auch mit wenig Chemie. In einer vernetzten, digitalen Landwirtschaft können Drohnen ganz gezielt und punktuell Schädlinge bekämpfen. Jätroboter ersetzen Herbizide. Der Agronom Niggli wagt die Prognose, dass mit Präzisionslandwirtschaft 50 bis 90 Prozent der Pflanzenschutzmittel eingespart werden könnten. Stimmt die Zahl, birgt der technische Fortschritt mehr Sparpotenzial als die Initiative. Viele Winzer oder Obstbauern erwirtschaften das Haupteinkommen am Markt. Sie werden bei einem Ja lieber auf Direktzahlungen verzichten als auf Chemie.

Smart Farming ist in der Schweiz allerdings noch wenig verbreitet. Ein Grund ist, dass die Alternative, das grossflächige Spritzen, zu billig ist. Das Parlament hätte das längst korrigieren müssen. In Dänemark ist es allein mit einer Verteuerung von Pestiziden gelungen, die Menge um 30 Prozent zu senken.

In der Schweiz haben Mitte, FDP und SVP diese Massnahme verhindert. Sie spielen in der helvetischen Demokratie nach den Regeln der Bauernlobby, und die Bauernlobby spielt weder Demokratie für Anfänger noch Demokratie für Fortgeschrittene. Sie spielt Demokratie für Profis, mit sämtlichen parlamentarischen Kniffen, die dieses Level bietet. Das muss man bedenken beim Entscheid zu den Pestizid-Initiativen. Der Bauernverband hat es bis heute vermieden, allzu konkrete Konzessionen zu machen. Das wird sich nach einem deutlichen Nein kaum ändern.

Positive Umfrageergebnisse sind vielen Initiativen enge Gefährten im Abstimmungskampf. Am Tag der Entscheidung sind sie nurmehr flüchtige Bekannte. Bei den Pestizid-Initiativen ist das knappe Ja schon in ein knappes Nein gekippt. Selbst wenn eine Mehrheit im Volk zustande käme: Eine Annahme erfordert die Mehrheit der Kantone. Das ist für eine landwirtschaftskritische Vorlage eine sehr hohe Hürde.

Der Agrarallianz im Parlament war das von Beginn weg klar. Darum hat sie nie Hand geboten zu einem echten Kompromiss. Das Parlament hätte den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern ganz offiziell eine Alternative unterbreiten können, in Form eines direkten oder indirekten Gegenvorschlags. Es hat darauf verzichtet, es hat sogar die Beratung der Agrarpolitik 22+ verweigert. Die Reform hätte ökologische Korrekturen enthalten.

Was das Parlament nun bietet, sind Verschärfungen bei der Zulassung von Pestiziden und ein Ziel: Die Risiken von Pflanzenschutzmitteln sollen bis 2027 um 50 Prozent gesenkt werden. Das Ziel ist gut, denn es ist ambitioniert. Aber es ist eben auch nur ein Ziel. Die Agrarpolitik pflegt einen ziemlich laxen Umgang mit Zielen.

Im Prinzip soll das neue Pestizid-Ziel helfen, die vielen Umweltziele der Landwirtschaft zu erreichen, die auch einst formuliert wurden in der Absicht, dass sie einmal erreicht werden. Der Landwirtschaftsminister Guy Parmelin hat einen Plan vorgestellt, wie das neue Ziel erreicht werden soll. Er hat den ganzen Spielraum ausgenutzt, den er hatte. Der Plan ist gut, er hat nur einen Makel: Er ist noch nicht endgültig beschlossen.

Parmelins Plan liegt bis nach der Abstimmung bei Parteien und Verbänden in der Vernehmlassung. Fällt die Kritik harsch aus, muss der Bundesrat das berücksichtigen. Der Bauernverband hat sich bis heute nicht zu dem Plan bekannt. Man werde das Papier erst noch im Detail anschauen, heisst es seit Wochen. Der Verband spielt auf Zeit, und er spielt taktisch geschickt. Das ist das Zermürbende am Demokratiespiel mit dem Bauernverband: Er gewinnt fast immer.

Darum wäre ein Kompromiss, ein offizieller Gegenvorschlag zu den Initiativen, so wichtig gewesen. Das Parlament und der Bundesrat hätten dem Volk ein «Nein, aber» unterbreiten müssen. Sie haben darauf verzichtet. Sie haben entschieden, das direktdemokratische Spiel mit Risiko zu spielen. Insofern hätten sie es verdient, am Tag der Abstimmung mindestens ein bisschen zu zittern.

Das Level eins im Demokratiespiel mag nur drei Optionen auf dem Stimmzettel kennen: Ja, Nein, Enthaltung. Das Level zwei hingegen kennt Nuancen. Fällt ein Resultat knapp aus, wird aus einem Nein ein kritisches Nein, ein «Nein, aber». Das wäre das Beste, was den Pestizid-Initiativen passieren könnte.





Im Scheitelpunkt der eigenen Schenkel: Wladimir Putin.

MIKHAEIL KLIMENTYEV / EPA

## «Sofagate» – Sitzen im Scheitelpunkt der Macht

*Sitzen, ob auf Thronen, in Parlamenten oder Gerichten, ist keineswegs trivial. Weder Gott noch ein König sitzen auf einem Sofa. Die Sitzordnungen der Eliten bilden stets symbolische Körper nach.*  
**Gastkommentar von Manfred Schneider**



Dem Beobachter des politischen Theaters steht die Komödie des Sitzens beim sogenannten Sofagate im Präsidentenpalast zu Ankara noch vor Augen. Die beiden Präsidenten der Türkei und des Europäischen Rates nahmen ihre Stühle ein, während sich die Kommissionschefin Ursula von der Leyen mit einem Platz abseits auf einem Sofa begnügen musste. Die Szene hatte etwas Endzeitliches. Denn die beiden Präsidenten wollten auf archaische Weise Fotografen, Diplomaten und der politischen Welt etwas vorsitzen, denn ebendies heisst lateinisch «praesedere».

Die Sprache der politischen Repräsentation ist voller Überraschungen, Abgründe und leider auch Rückfälle. Dies gilt zumal für das politische Sitzen. Daran erinnert das unsterbliche Wort des Dichters Gottfried Benn: «Eigentlich ist alles im männlichen Sitzen produziert, was das Abendland sein Höheres nennt . . .»

Keineswegs ist das Sitzen, ob auf Thronen, in Parlamenten oder Gerichten, trivial. Weder Gott noch ein König, ein Papst oder ein General sitzen auf einem Sofa. Sie besetzen Stühle aus edelstem symbolischem Holz. Aber nicht nur diese Solisten der Macht, sondern auch die vielköpfigen Räte und Parlamente wollen mit ihrem Sitzen etwas sagen. Die Sitzordnungen der Eliten, die im Abendland entscheiden, bilden immer schon symbolische Körper nach.

Das besagt das Allerweltswort «Körperschaft». Die Körperschaft ist eine sitzende Gruppe, die Höheres anstrebt: Gerechtigkeit, Profit oder etwas Gottgefälliges. Wie Ernst Kantorowicz in seinem Buch über die zwei Körper des Königs gezeigt hat, lebt in den religiösen, politischen und kapitalistischen «Korporationen» sprachlich noch die mystische Vorstellung vom Körper des christlichen Erlösers und seiner Kirche fort. Daher war das Sofagate in Ankara zugleich ein Ausschluss der Frau aus der politischen Körperschaft der beiden Präsidenten.

Es kommt ein weiterer, tief im Gedächtnis der Geschichte liegender Sitzplatz hinzu: Das Sofa, das in Erdogans Präsidentenpalast am Rande stand, erinnert seiner politischen Form nach an einen Stuhl, der in der französischen Geschichte des machtausübenden Sitzens das «lit de justice» war, das Bett der Gerechtigkeit.

Bis zur Revolution 1789 hiess das «Bett der Gerechtigkeit» eine rituelle Inszenierung der richterlichen Autorität des französischen Königs. Der Sitz des Richters und Königs stand erhöht im Scheitelpunkt eines Winkels, den zwei auseinanderstrebende Sitzreihen von Parlamentariern bildeten. Dort sass der König nicht auf einem Bett, sondern, von Kissen gestützt, auf einem Thron. Rechts von ihm gingen die Bankreihen weltlicher Würdenträger ab, Prinzen, Herzöge, Heerführer, und links die der hohen geistlichen Herren, der Kirchenfürsten und Bischöfe. Es war ein Sitzen in höchster Potenz und geometrischer Ordnung: das Bild des politischen Körpers im Ancien Régime. Der französische König, der Recht sprach, sass im Winkel zweier Halbgeraden, die geometrisch und körpersprachlich «Schenkel» heissen.

Blättern wir in unseren politischen Bilderbüchern aus dem französischen Mittelalter voran in

**Das obszöne Sitzen der Autokraten unserer Tage belästigt uns mit Bildern endzeitlicher Scheusslichkeit.**

unser Jahrhundert, so finden wir zwar noch immer parlamentarische Sitzordnungen, die einen politischen Körper, geteilt nach Parteien oder Regionen, nachbilden, aber es fehlt der König. An seine Stelle sind Präsidenten gerückt, die auf keinem «lit de justice» mehr sitzen, denn sie haben die rechtssprechende Gewalt abgegeben. Aber nicht überall.

Doch auch ein Präsident männlichen Geschlechts kann seiner Macht körperlich Ausdruck verleihen. Mit einem Zeichen nicht des politischen Körpers, sondern des Autokratenkörpers. In welcher Stellung sitzen Herr Erdogan, Herr Lukaschenko, Herr Trump seligen Angedenkens oder Herr Putin in unseliger Gegenwart, wenn sie sich zeigen? Und wie sitzen sie, wenn sie im Unsichtbaren über Leben und Tod entscheiden? Aufrecht, aber nicht im Winkel von zwei Schenkeln des politischen Körpers, sondern im Scheitelpunkt ihrer eigenen Schenkel. Erinnert man sich an die «lits de justice» mit dem König im Scheitelpunkt zweier Würdenträgerreihen, dann zeigen die Winkel, welche die Präsidenten Putin, Erdogan oder Lukaschenko gerne mit ihren Schenkeln bilden, unmittelbar körperlich auch die Verwahrlosung des Rechts an.

Bei einem «lit de justice» im Jahre 1527 verurteilte der französische König François I. den bereits toten Charles de Bourbon postum wegen Rebellion und Majestätsverbrechen. Das tat er sichtbar inmitten des politischen Körpers des Parlaments von Paris. Mit welchem Recht indessen verurteilt Präsident Putin politische Gegner, die er der Rebellion gegen seine «Majestät» beschuldigt?

Putins Körperhaltung stösst nicht nur darum ab, weil er sein Sitzen als Machtkörper aufstellt; er zwingt uns, daran zu denken, dass er in solch obszöner Haltung wohl auch die Vergiftung von Staatsfeinden in London oder im Berliner Kleinen Tiergarten befiehlt.

Niemand sehnt sich nach dem französischen «lit de justice» zurück. Aber immerhin sass die Macht in erhabener Haltung. Das obszöne Sitzen der Autokraten unserer Tage belästigt uns mit Bildern endzeitlicher Scheusslichkeit.

Manfred Schneider ist emeritierter Professor für deutsche Literaturwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.

Die explosionsartige Zersiedelung in den 1960er Jahren führte 1969 zum Raumplanungsartikel der Verfassung und 1980 zum Raumplanungsgesetz (RPG). Baugebiet und Nichtbaugebiet wurden klar voneinander getrennt. Doch Ende der 1990er Jahre begann der Gesetzgeber, im RPG die Schleusen zu öffnen, zunächst zur Abfederung des Strukturwandels in der Landwirtschaft. Später schuf er weitere Ausnahmen für diverse Einzelbedürfnisse, bis hin zur «Einladung», Bauernhäuser durch neue, nichtlandwirtschaftliche Wohnbauten zu ersetzen.

Unter dem Druck der Landschaftsinitiative von 2008 beschloss der Bundesrat, das RPG in zwei Etappen zu revidieren. Die erste Etappe wurde 2013 von den Stimmberechtigten deutlich angenommen; Kantone und Gemeinden setzen sie derzeit um. Die zweite Etappe betrifft das Bauen ausserhalb der Bauzonen. Die Vorarbeiten gehen bis ins Jahr 2009 zurück; doch in der Vorlage ist der Wurm drin. Stichwörter: drei Vernehmlassungen, Nichteintreten durch den Nationalrat, weitere Volksinitiative (wiederum «Landschaftsinitiative»), eingereicht im letzten Herbst.

Die jetzige Vorlage der Ständeratskommission (Urek) soll ein indirekter Gegenvorschlag zur zweiten Landschaftsinitiative sein. In ihr steckt ein richtiger Kern: Im Baugebiet sorgt die Nutzungsplanung mit zahlreichen Bauzonentypen und spezifischen Bauordnungsvorschriften für eine massgeschneiderte Regelung der Bodennutzung. Demgegenüber gelten die bundesrechtlichen Ausnahmeregelungen ausserhalb der Bauzonen automatisch und undifferenziert überall. Der Gesetzesentwurf will deshalb richtigerweise auch für das Nichtbaugebiet einen Paradigmenwechsel vornehmen: weg vom Giesskannenansatz, hin zu einem planerischen Ansatz.

Der Entwurf krankt jedoch an zwei Systemfehlern, die schon in der Vorlage des Bundesrates enthalten waren. Zunächst einmal müsste der Bundesgesetzgeber im RPG festlegen, welche Nutzungs-

## Das Bauen ausserhalb der Bauzonen nicht ankurbeln

*Die Revision des Raumplanungsgesetzes dümpelt vor sich hin. Jetzt geht ein dritter Entwurf in die Vernehmlassung. Mit diesem wird die Bautätigkeit ausserhalb der Bauzonen weiter zunehmen. Gastkommentar von Alain Griffel*

ausserhalb der Bauzonen im Grundsätzlichen überhaupt zulässig sein können. Hernach wäre es Sache des kantonalen Gesetzgebers, innerhalb des bundesrechtlichen Rahmens zu bestimmen, welche Nutzungsweisen im betreffenden Kanton zulässig sind. Schliesslich wären die gesetzlichen Vorgaben im Richtplan und in den Nutzungsplänen gebietsspezifisch umzusetzen.

Nichts von alledem jedoch im jüngsten RPG-Entwurf: Dieser enthält eine Blanko-Delegation direkt an den kantonalen Richtplan. Zudem strotzt er nur so vor Schwammigkeit: «Die Kantone können im Richtplan in bestimmten Gebieten auf-

grund einer räumlichen Gesamtkonzeption spezielle Zonen ausserhalb der Bauzonen vorsehen, in denen nicht standortgebundene Nutzungen zulässig sind.»

Präzisiert – es ist kein Scherz – wird dies wie folgt: Die Ausscheidung solcher Zonen muss «im Lichte der Ziele und Grundsätze der Raumplanung zu einer Verbesserung der Gesamtsituation im betreffenden Gebiet» führen, und der Richtplan muss «Aufträge für die Nutzungsplanung» erteilen, «die erforderlichen Kompensations- und Aufwertungsmaßnahmen vorzusehen». Als Sahnehäubchen gab die ständerätliche Kommission noch Folgendes obendrauf: «Unter Berücksichtigung der glei-

chen Grundsätze können die Kantone besondere Gebiete bestimmen, in welchen sie die Umnutzung nicht mehr benötigter landwirtschaftlicher Bauten zur Wohnnutzung gestützt auf kantonale Richtlinien vorsehen.»

Abgesehen davon, dass dies alles an Unbestimmtheit nicht mehr zu übertreffen ist: Der Richtplan ist keine gesetzliche Grundlage und auch kein Ersatz für eine solche. Er wird in manchen Kantonen (z. B. Graubünden, Bern, Tessin, St. Gallen) denn auch nicht vom Parlament, sondern von der Regierung festgesetzt. Stünde das einmal so im RPG, gäbe es kein Halten mehr. Troja lässt grüssen.

Der zweite Fehler besteht darin, dass der neue, wenn auch gänzlich verunglückte Planungsansatz den heutigen Regelungswirrwarr mit seinen zahlreichen Ausnahmetatbeständen nicht ersetzen, sondern ergänzen soll. Auf ein komplexes System soll also ein zweites komplexes System aufgefropft werden. Dass dies nicht funktionieren kann, liegt auf der Hand. Die bisherigen Regelungen sollen zwar nicht automatisch weiter gelten; die Kantone müssen sie vielmehr für anwendbar erklären. Soweit sie dies aber tun, gilt beides nebeneinander.

Der «verkachelte» Gesetzgebungsprozess wurde schon vor zwölf Jahren falsch aufgegleist, ähnlich wie beim Zweitwohnungsgesetz, welches wahrlich kein Glanzstück helvetischer Gesetzgebung ist. Statt Experten hatten von Anfang an die Interessenvertreter das Sagen. Ein schlechter, unausgereifter Gesetzesentwurf wird in der parlamentarischen Phase erfahrungsgemäss nicht besser. Die ständerätliche Kommission hat nun die Gelegenheit ergriffen, unter dem Label «indirekter Gegenvorschlag» ihre Felle ins Trockene zu bringen. Sollte das, was sie nun vorlegt, Gesetz werden, so dürften wir bald wieder dort sein, wo wir 1969 waren.

Alain Griffel ist Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Zürich.

Was kommt nach Netanyahu?

## Der Nachfolger wird es schwer haben

ANDREA SPALINGER

Israels neue Regierungskoalition ist noch nicht besiegt. Alles deutet aber darauf hin, dass Benjamin Netanyahu nach zwölf Jahren als Regierungschef bald abtreten muss. Das Schreckgespenst eines fünften Urnengangs nach vier Parlamentswahlen ohne ein klares Ergebnis hat den bunten Haufen von Bibi-Gegnern am Ende unter der Führung von Yair Lapid zusammengebracht – trotz grossen ideologischen Differenzen. Das Zünglein an der Waage spielt Netanyahus langjähriger Berater und Verbündeter Naftali Bennett. Dessen ultranationalistische Siedlerpartei Yamina steht Netanyahus rechtem Likud politisch zwar sehr viel näher als Lapidis säkularer Mitte-Partei Yesh Atid. Nachdem er von seinem Ziehvater aber wiederholt verraten und verspottet worden ist, scheint auch Bennett eine neue Ara herbeizusehnen.

Netanyahu hat sich mit seiner skrupellosen Machtpolitik viele Weggefährten zum Feind gemacht. In seinem Dunstkreis geblieben sind unkritische Höflinge, eigenständigere Denker haben sich zunehmend von ihm distanzieren und teilweise eigene Parteien gegründet. Kommt die Anti-Netanyahu-Koalition bis Mittwoch tatsächlich zustande, werden zahlreiche desillusionierte ehemalige Berater, Partei- oder Kabinettskollegen des abtretenden

Regierungschefs dazugehören. Die Koalition soll sieben Parteien umfassen. Jene des früheren Schauspielers, Journalisten und Talkmasters Lapid ist klar die stärkste. Da die Mehrheit der Partner rechts der Mitte angesiedelt ist, will der 57-Jährige aber erst einmal Bennett das Ministerpräsidentenamt überlassen. Die Koalition ist auch auf die Stimmen der Linksparteien Labor und Meretz angewiesen. Sie umfasst also Parteien von links bis rechts aussen, kommt aber damit immer noch nicht auf eine absolute Mehrheit in der Knesset und ist bei Abstimmungen auf die Enthaltung oder gar die Unterstützung von arabischen Parteien angewiesen. Im Vorfeld hat niemand einer solch unnatürlichen Koalition eine Chance beigemessen. Der Wunsch, Netanyahu loszuwerden und ein neues Kapitel in der israelischen Politik aufzuschlagen, scheint mittlerweile aber so gross, dass die Parteichefs zu ungewöhnlichen Kompromissen bereit sind.

Das Regieren wird unter diesen Umständen allerdings schwierig werden. Bei einer so prekären Mehrheit und so vielen Beteiligten kann jeder einzelne Abtrünnige das Projekt zu Fall bringen. Erste Äusserungen der Parteiführer deuten darauf hin, dass sie den politisch heiklen Fragen erst einmal aus dem Weg gehen und sich auf die Ankurbelung der Wirtschaft und den Ausbau der Infrastruktur konzentrieren wollen. Früher oder später werden

sie um harte politische Entscheidungen aber nicht herumkommen. Die jüngsten religiösen Unruhen in Israel und die militärische Auseinandersetzung mit der Hamas haben einmal mehr vor Augen geführt, dass sich der Konflikt mit den Palästinensern nicht löst, indem man ihn ignoriert.

Netanyahu ist ausserdem nicht der Typ, der sich taktvoll zurückzieht. Er beschimpft die ehemaligen Weggefährten nun als Verräter und wirft ihnen vor, mit «linken Extremisten» und «Terroristen» gemeinsame Sache zu machen. Und er vergleicht die amerikanische Regierung unter Joe Biden mit Iran und der Hamas, nur weil sie ihm gegenüber kritischer auftritt als einst Donald Trump. Klar ist: Netanyahu wird alles daran setzen, seinem Nachfolger das Leben schwerzumachen.

Während der Pandemie und der jüngsten Gewalteskalation wurde deutlich, dass er nicht mehr der souveräne Manager von einst ist, weil er zu sehr mit dem eigenen Machterhalt absorbiert ist. Die Bibi-Müdigkeit wird auch unter den Likud-Wählern grösser; die Partei hat einen Führungswechsel dringend nötig. Doch Netanyahu wird nicht abtreten, und er kann weiterhin auf glühende Anhänger zählen, die seine Konkurrenten verleumden und bedrohen oder auch einmal mit Schlägertrupps einschüchtern. Die Polarisierung Israels dürfte deshalb kaum abnehmen – im Gegenteil.



ZUGESPITZT

## Der wahre Stolz der Stadt Zürich

URS BÜHLER

Kaum eine andere Stadt in Europa hat ein innigeres Verhältnis zur Sauberkeit als Zürich. Und keine ist stolzer auf ihre öffentlichen Örtchen, in denen der Abfall des menschlichen Organismus möglichst reibungslos entsorgt wird.

So tragen ihre Toilettenanlagen als prägender Teil der städtischen Corporate Identity stolz den Namen Züri-WC und sind ein zentrales Ziel des behördlichen Gestaltungswillens. Diese rund hundert Stätten der inneren Reinigung ziehen laut offizieller Statistik 3,5 Millionen Besucher im Jahr an – fast zehnmal so viele wie Schauspiel- und Opernhaus zusammen.

Eine der bestfrequentierten Züri-WC-Anlagen, jene vor dem Landesmuseum, verzeichnet seit rund elf Jahren Tag für Tag 280 Nutzungen. Von der Stadt als «Multifunktions-toilette» angepriesen, dient sie womöglich auch als Verrichtungsbox, Tattoostudio oder Coiffeursalon. Allein ihrer Funktion als Klo aber verdankt sie den Umstand, dass jüngst ihr millionster Gast «begrüsst» werde konnte. «Darauf sind wir stolz», lässt sich in einem ausführlichen Communiqué der zuständige Stadtrat Andreas Hauri zitieren, der die «millionste Besucherin» gebührend gewürdigt hat: Keine WC-Ente mit floralen Noten, sondern einen veritaublen Blumenstrauß durfte diese aus seiner Hand empfangen (ob noch mit voller oder erst mit frisch entleerter Blase, lässt die Mitteilung offen).

Ja, die Stadtoberen haben Grund, mit geschwellter Brust auf ihre Erfolge im Dienst geblähter Blasen und Bäuche zu verweisen. Hauri adelt die Züri-WC mit dem Attribut «publikumsfreundlich», hebt ihren Beitrag zur hohen Lebensqualität der Stadt hervor und konstatiert: «Die Zahlen zeigen, dass sie bei der Bevölkerung und den Gästen gut ankommen.» Vielleicht hat er ja recht, und das Volk treibt tatsächlich kein quälender Harndrang in diese stillen Örtchen, sondern die Aussicht, sich in einer vollständig verchromten Oase zu entspannen. Und die meisten Touristen besuchen unsere schöne Stadt in erster Linie, um sich einmal im Leben ganz auf der Höhe des technischen Fortschritts erleichtern zu können.

Eines Tages wird Tripadvisor die Züri-WC unter den Top-5-Sehenswürdigkeiten des Landes aufführen, und die Schüsseln werden vergoldet sein, nicht nur an der Bahnhofstrasse. Denn «WC» steht für World Class, die Zürich einst in einem touristischen Slogan für sich reklamierte – die weltweit einzige Stadt, die ihre Popularität an den Besucherzahlen ihrer Toiletten misst.

Dänen und Amerikaner spionierten Politiker aus

## Wer sich darüber aufregt, ist naiv

HANSJÖRG FRIEDRICH MÜLLER, BERLIN

Der Grossmachtrolle, in der manche Deutschland seit dem Ende des Kalten Krieges gerne sähen, kommt Berlin zumindest in einer Hinsicht nach: Geht es darum, moralische Ansprüche an sich selbst und an andere zu formulieren, stehen die Deutschen unter den grossen Nationen des Westens unbestritten an der Spitze. Diese Führungsrolle geht allerdings nicht nur mit einem gewissen Hochmut einher, sondern auch mit einiger Naivität. Besonders deutlich zeigt sich dies im Umgang mit den Nachrichtendiensten.

Derzeit skandalisieren deutsche Medien die Tatsache, dass der dänische Auslandsgeheimdienst FE dem amerikanischen NSA zwischen 2012 und 2014 die Nutzung einer Abhörstation in der Nähe von Kopenhagen erlaubt hat, wodurch die Amerikaner führende Politiker aus Frankreich, den Niederlanden, Norwegen und Deutschland ausspähen konnten. Unter den Zielpersonen befanden sich auch der damalige deutsche Aussenminister und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Kanzlerin Angela Merkel sowie Peer Steinbrück, der 2013 Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten war.

Steinbrück, der es als John-le-Carré-Leser eigentlich besser wissen müsste, erklärte nach

dem Bekanntwerden der dänisch-amerikanischen Kooperation, er halte diese für «einen politischen Skandal». Es sei grotesk, dass befreundete Geheimdienste «Spitzenvertreter anderer Länder abhören und ausspionieren». Tatsächlich ist ebendies von jeher üblich. Wie bereits letztes Jahr bekannt wurde, spähte der dänische Nachrichtendienst sogar Ziele im eigenen Aussen- und Finanzministerium aus.

Dass die Dänen die Zusammenarbeit mit den Amerikanern offenbar einer engeren Kooperation mit ihren europäischen Nachbarn vorzogen, empfinden manche in Deutschland als Kränkung. Überrascht sein sollte allerdings auch davon niemand: Dänemark lehnt sich seit je stärker an Amerika und auch an Grossbritannien an, als seine skandinavischen Nachbarn dies tun.

Während Schweden aufgrund seiner Grösse und seiner geografischen Lage neutral bleiben konnte, brauchte das kleine Dänemark nicht selten in seiner Geschichte die Angelsachsen als Garanten seiner Unabhängigkeit, gerade auch gegen den übermächtigen Nachbarn im Süden. Das Bewusstsein für solche strategischen und geografischen Gegebenheiten ist in Deutschland mittlerweile unterentwickelt, doch anderswo in Europa ist es noch da. Das politische Berlin täte

gut daran, mehr Verständnis für derartige historisch gewachsene Sensibilitäten seiner Nachbarn zu entwickeln.

Die derzeitige Empörung über das Vorgehen der Amerikaner und der Dänen erscheint wie ein leises Echo auf das Getöse, das 2013 in Deutschland erscholl, nachdem der frühere NSA-Mitarbeiter Edward Snowden enthüllt hatte, dass sein ehemaliger Arbeitgeber unter anderem Angela Merkels Handy angezapft hatte. «Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht», sagte die Kanzlerin damals. «Staaten haben keine Freunde, nur Interessen», möchte man darauf mit einem Zitat antworten, das meist Charles de Gaulle zugeschrieben wird.

Wie alle Länder des Westens profitiert die Bundesrepublik von der Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten ihrer Verbündeten, auch wenn diese ihre Erkenntnisse nicht immer unter Beachtung deutscher Gesetze und Moralvorstellungen gewinnen. Experten sind der Ansicht, dass durch die Kooperation der Dienste auch in Deutschland islamistische Anschläge vereitelt werden konnten. Wer sich über das, was Dänen und Amerikaner getan haben, empört oder wundert, ist im besten Fall weltfremd und im schlimmsten Fall ein Heuchler.

Velofahrer legen Zürich lahm

## Critical Mass erreicht so gar nichts

MICHAEL VON LEDEBUR

Zürcher Velofahrer haben am Freitag ihre Macht gezeigt. Bis zu zehntausend Personen haben gemäss Schätzungen am unbewilligten Demonstrationszug teilgenommen, der den Verkehr während Stunden lahmlegte. Der pedalende Tatzelwurm reichte zeitweise vom Lochergut bis zur Rosengartenstrasse. Unter dem Motto «critical mass», kritische Masse, demonstrieren Velo-Aktivistinnen in Zürich und anderen Städten einmal im Monat. Die Forderung: mehr Platz für das Velo. Bisher folgten dem Aufruf mehrere hundert Leute. Dass es nun mehrere tausend waren, dürfte auch dem guten Wetter geschuldet sein. Es war ein Happening für Corona-müde Städter. Manch einer dürfte schlicht die Gelegenheit genutzt haben, wieder einmal draussen unterwegs zu sein und auf Strassen Velo zu fahren, die sonst den Automobilisten vorbehalten sind.

Das grundsätzliche Anliegen für bessere Velo-Infrastruktur ist zwar legitim. Störend ist die Attitüde der moralischen Überlegenheit, die manche Exponentin und mancher Exponent an den Tag legen. Das fängt damit an, dass es die im Hintergrund bleibenden Organisatoren nicht für nötig hielten, nach einer Demonstrationsbewilligung nachzuzufügen, obwohl man diese in der Stadt Zürich

relativ einfach erhält. Die Strasse wird vielmehr einfach mit nebeneinander fahrenden Velos blockiert, ohne Rücksicht auf Verluste. Das Velo steht über allem, alle anderen müssen warten – Autofahrer sowieso, aber auch jene, die den öffentlichen Verkehr benutzen. Doch am Freitagabend sind in Zürich beileibe nicht nur Auto-Poser mit dem Personewagen unterwegs, sondern in erster Linie Arbeitnehmer auf dem Heimweg und auch Leute, die auf ein Auto angewiesen sind. Dass sie Rettungsachsen blockierten, fiel den Demonstrierenden nicht weiter auf. Um die Corona-Vorgaben wie das Tragen einer Gesichtsmaske oder das Einhalten der Abstandsregeln scherte sich kaum jemand. All dies verleiht der Aktion unsympathische Züge. Sollte sich dies nun monatlich wiederholen, ist dies schlicht destruktiv.

Numerisch gesehen war der Anlass ein Erfolg. Aber politisch ist er ein Muster ohne Wert. Eine Demonstration ist ein Mittel der Machtlosen, das dazu dient, auf ein vernachlässigtes politisches oder gesellschaftliches Problem aufmerksam zu machen. In Zürich aber ist seit über drei Jahrzehnten Rot-Grün an der Macht. Diesen Widerspruch trug bereits die SP-Initiative vom Herbst in sich, die 50 Kilometer Velorouten innert zehn Jahren forderte. Doch auch dies genügte nicht. Man kann die offe-

nen Türen offenbar nicht oft und geräuschvoll genug einrennen.

Wenn nun SP-Exponentinnen wie die Stadtratskandidatin Simone Brander praktisch im Namen der Demonstrierenden sprechen, treibt das den Widerspruch auf die Spitze. Denn die städtische SP müsste sich von dem Protest in erster Linie angesprochen fühlen. Sie ist die mit Abstand mächtigste Partei und macht seit über einem Jahrzehnt einen grossen Bogen um das Tiefbaudepartement. Martin Waser war der letzte sozialdemokratische Stadtrat, der für den Verkehr zuständig war – es folgten 2008 Ruth Genner (gp.), Filippo Leutenegger (fdp.) und Richard Wolff (al.). Alle drei haben in den Augen der Velo-Lobby versagt.

Manche Kritik ist berechtigt. Aber es wird gerne übersehen, dass Verkehrspolitik Knochenarbeit ist. Sie besteht darin, Lösungen zu finden, die der jeweiligen Situation und allen Verkehrsteilnehmern gerecht werden. Sonst produziert man nur neue Widersprüche – oder man wird zurückgepfiffen, durch Gerichte oder den Kanton. Maximalforderungen sind deshalb selten mehr als billiger Populismus. Aber diese politische Realität ist anstrengend. Da ist es reizvoller, an einem lauen Sommerabend an den hupenden Autos vorbeizupedalen und ein wenig für die gute Sache zu klingeln.

# Strukturierte Produkte in Zeichnung



## 15% p.a. in CHF auf easyJet, TUI

### Barrier Reverse Convertible

Renditeoptimierungsprodukt, SVSP Kategorie 1230, **Indikative Konditionen<sup>1)</sup>**, **Zeichnungsfrist bis 7. Juni 2021, 15:00 Uhr MEZ**

Basiswerte	Indikativer Anfangskurs	Indikative Barriere
easyJet plc Namenaktie	GBP 10.1225	50% (GBP 5.0613)
TUI AG Namenaktie	EUR 5.0470	50% (EUR 2.5235)
<b>Emittent</b>	Credit Suisse AG, London Branch, London	<b>Coupon</b>
<b>Rating</b>	Aa3 (Moody's) / A+ (Standard & Poor's)	15.00% p.a., vierteljährlich ausbezahlt
<b>Emissionspreis</b>	100% (CHF 1'000)	<b>Anfangsfixierung</b>
<b>Valor / ISIN</b>	57 575 173 / CH0575751737	7. Juni 2021
		<b>Laufzeit</b>
		12 Monate
		<b>Kotierung</b>
		SIX Swiss Exchange

Barrier Reverse Convertibles sind strukturierte Produkte, die eine attraktive Renditechance in Form eines fixen Coupons ermöglichen. Die Höhe des Coupons ist u.a. abhängig von der Höhe der Barriere, der Produktlaufzeit, den aktuellen Marktkonditionen (z.B. Volatilität der Basiswerte, Zinsumfeld), sowie der Kreditwürdigkeit des Emittenten.

### Chancen

- Sie erhalten einen fixen Coupon, unabhängig davon, wie sich die Basiswerte entwickeln.
- Rückzahlung zu 100%, falls während der Laufzeit keine Barriere berührt oder unterschritten wird bzw. alle Basiswerte bei der Endfixierung auf oder über ihrem jeweiligen Anfangskurs schliessen.

### Risiken

- Die Rückzahlung in bar reduziert sich um die Negativperformance des Basiswerts mit der schlechtesten Wertentwicklung, falls während der Laufzeit mindestens eine Barriere berührt oder unterschritten wird und mindestens ein Basiswert bei der Endfixierung unter dem entsprechenden Anfangskurs schliesst. Im ungünstigsten Fall ist ein Totalverlust des von Ihnen investierten Kapitals möglich.
- Die maximale Rendite ist auf den Coupon begrenzt.

## Weitere Produkte in Zeichnung<sup>1)</sup>

### Barrier Reverse Convertibles

Coupon	Basiswerte	Barriere	Valor	Währung	Laufzeit	Ende der Zeichnungsfrist
4.75% p.a.	Nestlé, Roche, Novartis	75%	57 575 157	CHF	12 Monate	1. Juni 2021
7.00% p.a.	Novartis, Roche, Swiss Re, Zurich	69%	57 575 123	CHF	15 Monate	2. Juni 2021
3.25% p.a.	SMI®, EURO STOXX 50®, NASDAQ-100®	65%	57 575 169	CHF	18 Monate	10. Juni 2021

### Autocallable Barrier Reverse Convertibles

Coupon	Basiswerte	Barriere	Valor	Währung	Laufzeit	Ende der Zeichnungsfrist
11.00% p.a.	Booking Holdings, TripAdvisor	55%	57 575 158	CHF	12 Monate	1. Juni 2021
7.00% p.a.	Geberit, Holcim, Sika	67%	57 575 165	CHF	15 Monate	3. Juni 2021
7.50% p.a.	Swiss Re, AXA, Zurich	67%	57 575 163	CHF	15 Monate	3. Juni 2021
7.00% p.a.	Alphabet, Apple, Amazon	65%	57 575 147	CHF	15 Monate	4. Juni 2021
5.00% p.a.	Nestlé, Roche, Novartis, Swiss Re	60%	57 575 171	CHF	2 Jahre	7. Juni 2021
7.50% p.a.	Straumann, Lonza, Sonova	67%	57 575 172	CHF	15 Monate	7. Juni 2021
8.50% p.a.	Adidas, SAP, Siemens	65%	57 575 159	EUR	15 Monate	2. Juni 2021
8.50% p.a.	AXA, Münchener Rück, Aegon	60%	57 575 167	EUR	15 Monate	4. Juni 2021
11.00% p.a.	Shopify, Spotify	55%	57 575 155	USD	12 Monate	1. Juni 2021
10.25% p.a.	WTI Crude Oil, Brent Crude Oil	59%	57 575 156	USD	12 Monate	3. Juni 2021
9.00% p.a.	Netflix, Apple	65%	57 575 168	USD	15 Monate	4. Juni 2021

### Bonus-Zertifikate

Bonus Level	Basiswerte	Partizipation	Barriere	Valor	Währung	Laufzeit	Ende der Zeichnungsfrist
110%	Nestlé, Roche, Novartis	100%	66%	57 575 161	CHF	2.5 Jahre	4. Juni 2021
120%	Swiss Life, Swiss Re, Zurich	100%	67%	57 575 162	CHF	2.5 Jahre	4. Juni 2021
120%	Daimler, Volkswagen, BMW	100%	60%	57 575 160	EUR	2.5 Jahre	7. Juni 2021
117%	IBM, Intel, Apple	100%	65%	57 575 166	USD	2 Jahre	7. Juni 2021

### Drop-Back Zertifikat

Partizipation	Basiswert	Trigger Levels	Valor	Währung	Laufzeit	Ende der Zeichnungsfrist
100%	SMI®	95%, 90%, 85%	57 315 784	CHF	3 Jahre	11. Juni 2021

**Strukturierte Produkte sind keine kollektiven Kapitalanlagen im Sinne des Bundesgesetzes über kollektive Kapitalanlagen (KAG) und unterliegen nicht der Genehmigung durch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) und deren Aufsicht. Anleger sind deshalb nicht durch das KAG geschützt. Die Anleger tragen das Emittentenrisiko.** Ferner eignen sich diese strukturierten Produkte nur für Investoren, welche die Funktionsweise und insbesondere die damit verbundenen Risiken verstehen sowie deren Folgen tragen können.

<sup>1)</sup>Sämtliche Angaben sind **indikativ, die definitiven Konditionen werden bis zum Emissionstag bestätigt.** <sup>2)</sup>Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass Gespräche auf unseren Linien aufgezeichnet werden. Bei Ihrem Anruf gehen wir davon aus, dass Sie mit dieser Geschäftspraxis einverstanden sind.

Für weitere Informationen rufen Sie uns an: +41 (0)44 335 76 00<sup>2)</sup>

[credit-suisse.com/derivatives](https://credit-suisse.com/derivatives)

Die zugrunde liegenden Indizes sind eingetragene Marken und wurden zur Nutzung lizenziert (SIX Swiss Exchange ist Lizenzgeber für den Swiss Market Index (SMI)®; für den EURO STOXX 50® Index; The Nasdaq Stock Market Inc. für den Nasdaq-100® Index). Die Indizes werden ausschliesslich von den Lizenzgebern zusammengestellt und berechnet, und die Lizenzgeber übernehmen hierfür keinerlei Haftung. Die auf den Indizes basierenden Produkte werden von den Lizenzgebern in keiner Weise gesponsert, unterstützt, verkauft oder beworben. Gewisse Anlageprodukte implizieren ein Engagement in Rohstoffanlagen. Rohstoffanlagen unterliegen grösseren Wertschwankungen als herkömmliche Anlagen und können zu zusätzlichen Anlagerisiken führen. Wenn eine Anlage nicht auf Ihre Heimatwährung lautet, können sich Wechselkursänderungen negativ auf Wert, Preis oder Ertrag auswirken. Dieses Dokument stellt weder ein Angebot noch eine Aufforderung zum Abschluss einer Finanztransaktion dar; die rechtlich massgebenden Bedingungen sind allein im Prospekt enthalten, der im vereinfachten Prospekt nach KAG zusammengefasst ist. Bitte verlangen Sie vor einem Anlageentscheid die vollständigen Produktinformationen, insbesondere hinsichtlich produktspezifischer Risiken, Emissionspreis und allfälliger Gebühren. Diese können unter der entsprechenden Telefonnummer kostenlos bestellt werden. Die Werthaltigkeit von strukturierten Produkten ist nicht allein von der Entwicklung der Basiswerte, sondern auch von der Bonität des Emittenten abhängig, die sich während der Laufzeit des strukturierten Produkts verändern kann. Copyright © 2021 Credit Suisse Group AG und/oder mit ihr verbundene Unternehmen. Alle Rechte vorbehalten.

# Sind Sanktionen smart oder hilflos?

Die EU berät über schärfere Strafmassnahmen gegen Weissrussland – das Instrument ist beliebt, die Erfolgsaussichten aber umstritten

GERALD HOSP (TEXT),  
FLORIAN SELIGER (DATENANALYSE)

Die EU-Mitgliedsländer haben auf die erzwungene Notlandung eines Ryanair-Fluges und die Festnahme eines oppositionellen Journalisten mit einer Verschärfung von Sanktionen gegenüber Weissrussland geantwortet. Diese betreffen den Flugverkehr. Das soll aber noch nicht alles gewesen sein. Bis zum 21. Juni soll ein weiteres, schmerzhafteres Sanktionspaket der EU geschnürt werden, das vor allem auf Staatsunternehmen abzielt. Washington hat bereits breitere Wirtschaftssanktionen gegen Weissrussland beschlossen.

## Erhöhung der Dosis

Nach der manipulierten Präsidentschaftswahl im vergangenen Jahr und der brutalen Niederschlagung der Protestaktionen verhängte die EU Sanktionen gegen insgesamt 88 Personen, darunter auch gegen den weissrussischen Präsidenten Lukaschenko selbst, sowie gegen sieben Firmen und Organisationen. Die Vermögenswerte der sanktionierten Personen sind gesperrt, und deren Einreise in die EU ist verboten. Die Schweiz zog mit Verzögerung mit.

Diese Art von Massnahmen nennt man «smarte» oder zielgerichtete Sanktionen. Sie sind in den vergangenen Jahrzehnten in Washington und Brüssel populär geworden, weil sie in der Regel weniger unerwünschte Nebenwirkungen haben als breit angelegte Handelssanktionen.

Die bisherigen Nadelstiche gegen Teile der weissrussischen Elite haben innerhalb des Regimes offenbar nicht zu einem Einlenken geführt. Deshalb soll die Dosis erhöht werden: mit einer Erweiterung des Personenkreises unter Sanktionen und mit «gezielten» Sanktionen gegen Staatsunternehmen und wichtige Exportbranchen.

Hat die EU aber überhaupt einen Hebel gegen Weissrussland? Weissrusslands Wirtschaft ist erstaunlich offen



Alexander Lukaschenko und Wladimir Putin bei einem Ausflug auf dem Schwarzen Meer am 29. Mai 2021.

REUTERS

für ein autokratisch regiertes Land: Der Güterexport entspricht rund der Hälfte der Wirtschaftsleistung. Während der Handel der USA mit dem osteuropäischen Land gering ist, sind die EU-27 und das Vereinigte Königreich ein bedeutender Wirtschaftspartner. Die Handelsstruktur zeigt aber bereits ein Problem, das sich wie ein roter Faden durch die Anstrengungen ziehen wird: Russland ist noch viel wichtiger.

Die Hauptexportgüter, die in den Westen gehen, sind Erdölprodukte, Rohöl, Kalisalze, chemische Stoffe sowie Maschinen und landwirtschaftliche Produkte. Vor allem Belaruskali wird häufig als Zielscheibe für Sanktionen genannt.

Das Staatsunternehmen ist einer der grössten Produzenten von Kalisalz, das als Dünger verwendet wird. Die Exporte in den Westen, wenn die Ukraine dazugezählt wird, betragen rund 20%. Grodno Azot, ein Hersteller von Stickstoffdünger, wäre anfälliger: Die Exporte des Unternehmens gehen zu rund 90% in den Westen und in die Ukraine.

Besonders die Erdöllieferungen und die Düngemittel zeigen aber ein Dilemma auf: Die Sanktionen träfen auch EU-Unternehmen. So dürften EU-Abnehmer bei einem Handelsverbot mit Weissrussland noch höhere Kalisalz-Preise zahlen müssen. Zudem könnte davon ein russischer Konkur-

rent profitieren – was vielleicht nicht im Sinne des Erfinders ist.

Umfang und Art der EU-Sanktionen sind aber noch offen. Denkbar ist, dass Finanzierungsmöglichkeiten der weissrussischen Staatsunternehmen und Banken im Ausland eingeschränkt würden. Eine weitere radikalere Möglichkeit wäre, Weissrussland vom Bankeninformationsdienst Swift auszuschliessen, wie dies die USA mit Iran gemacht haben.

Vor breit gefassten Handelsembargos, wie dies die USA gegenüber Iran praktizieren, schreckt Brüssel aber noch zurück. Exportblockaden treffen die gesamte Bevölkerung eines sanktionierten Landes. Zudem kann der Effekt eintre-

ten, dass die Abschottung vom Ausland einem Regime hilft, die eigene Bevölkerung besser unter Kontrolle zu halten. Zudem kann eine dritte Macht dem Land unter Strafmassnahmen aus der Patsche helfen. Der russische Präsident Putin zeigte sich bereits in inniger Zweisamkeit mit Lukaschenko, der früher darauf bedacht war, von den russischen Umarmungen nicht erstickt zu werden. Die Bereitschaft Moskaus, Weissrussland zu subventionieren, dürfte jedoch limitiert sein.

## Weniger Nebenwirkungen

Um unerwünschte Nebenwirkungen zu reduzieren, schwenkten deshalb viele Regierungen auf «smarte» oder zielgerichtete Sanktionen um, wie Waffenembargos, das Blockieren von Vermögenswerten oder Einreiseverbote, um Personen aus der Machtelite zu treffen. Eine Auswertung einer Datenbank zu Sanktionen seit dem Jahr 1950 belegt diesen Wandel.

Besonders eifrig in den vergangenen zwanzig Jahren bei der Verhängung von «smarten» Sanktionen war die EU. Dies kann auch Ausdruck dafür sein, dass gerade im Vergleich mit den USA europäische Länder in der Regel exportorientierter sind. Handelsverbote dürften deshalb in vielen Fällen auf europäische Unternehmen eine grössere Auswirkung haben als auf amerikanische.

Und dennoch: In den vergangenen Jahren unter Präsident Trump hat Washington einen Zacken zugelegt bei der Bestrafung anderer Länder mit Wirtschaftssanktionen – auch als Ersatz für riskante militärische Interventionen. Dabei wurde vermehrt der Dollar als Waffe eingesetzt.

So beliebt Wirtschaftssanktionen sind, so umstritten ist deren Wirkung in der ökonomischen Forschung. In der meistzitierten Studie zu diesem Thema wird festgestellt, dass bloss rund ein Drittel der untersuchten Wirtschaftssanktionen zum Erreichen des Zieles geführt haben. In der Untersuchung des Peterson-Instituts werden rund 170 Fälle seit dem Ersten Weltkrieg berücksichtigt. Die Autoren der Global Sanctions Database, der neuen Datenbank für Sanktionen, kommen in ihrer Auswertung auf einen ähnlichen Wert.

## Realistischere Ziele

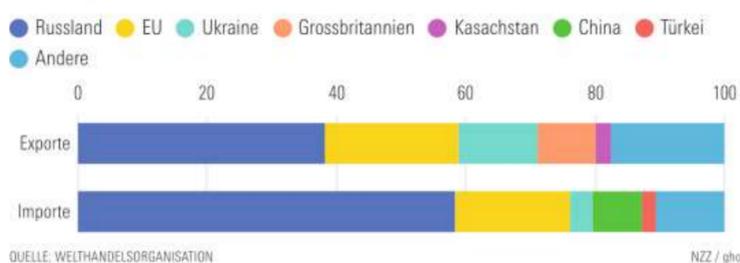
Was erklärt also die Popularität von Sanktionen angesichts der eher mässigen Erfolgsaussichten? Die Daten zeigen, dass Wirtschaftssanktionen in den vergangenen Jahren erfolgreicher wurden. Dabei werden aber Sanktionen ausser Acht gelassen, die noch nicht abgeschlossen sind, was zu einer Überbewertung der erfolgreichen Fällen führen kann.

Die höheren Erfolgsaussichten könnten aber darauf hindeuten, dass die Regierungen, die diese Instrumente einsetzen, gelernt haben, besser damit umzugehen. Zudem wird der Erfolg nach dem Ziel definiert, das mit den Sanktionen erreicht werden soll. Hierbei gab man sich auch weniger forsch: Während die USA weniger als früher das Ziel des Regimewechsels verfolgen, werden Strafmassnahmen vermehrt eingesetzt, um Terrorismus zu bekämpfen oder um bestimmte Politikänderungen durchzusetzen – was leichter ist als die Destabilisierung einer Regierung.

Der grösste Vorteil von Wirtschaftssanktionen ist aber: Sie sind häufig weniger einschneidend als militärische Aktionen. Sie können ein Signal zur Unterstützung der Opposition sein, zu relativ geringen Kosten. Zudem genügt es Politikern mit Blick auf das heimische Publikum oft, symbolisch zu handeln. Dies zeigt sich auch darin, dass Sanktionen verstärkt in Menschenrechts- und Demokratiefragen und weniger in klassischen Fragen der internationalen Diplomatie angewandt werden. Dies könnte heissen: Gerade weil der Anspruch an die Sanktionen «realistischer» wurde, werden sie vermehrt genutzt.

## Russland dominiert den Handel mit Weissrussland

Wertmässige Ein- und Ausfuhren für das Jahr 2018, in %

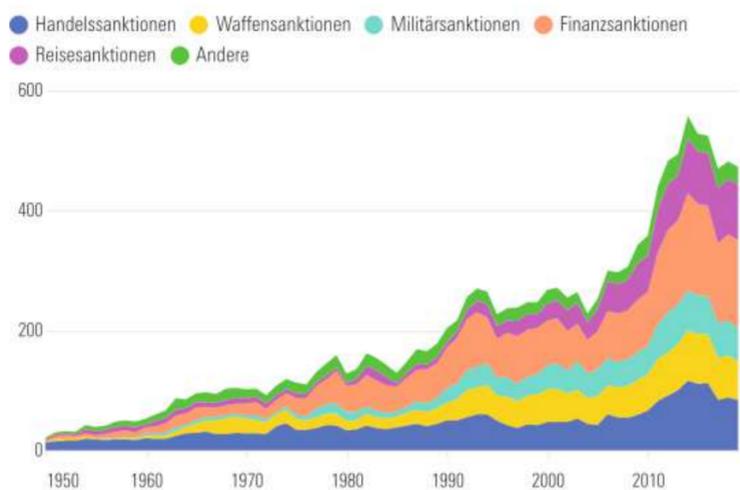


QUELLE: WELTHANDELSORGANISATION

NZZ / gho.

## «Smarte Sanktionen» machen einen immer grösseren Anteil der Sanktionen aus

Anzahl bilateraler Sanktionen nach Typ



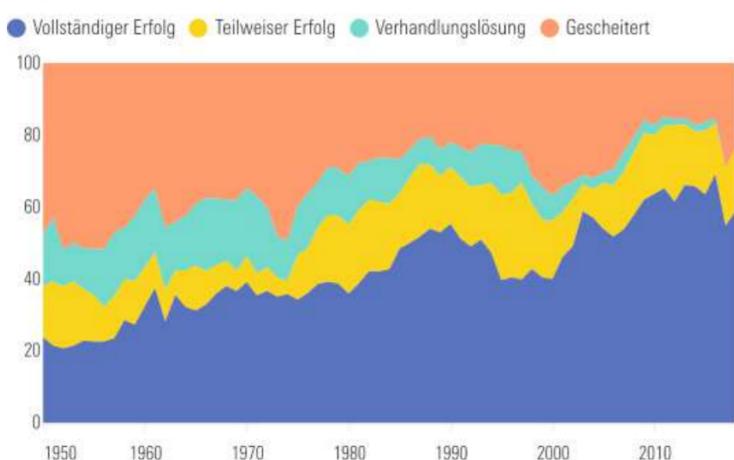
Es werden pro Jahr alle Sanktionen gezählt, die im jeweiligen Jahr in Kraft sind. Da Sanktionen mehreren Kategorien zugeordnet werden können, können einige Sanktionen mehrfach vorkommen.

QUELLE: DREXEL ECONOMICS

NZZ / fsf.

## Die erfolgreich abgeschlossenen Sanktionen haben zugenommen

Erfolgsrate von Sanktionen, in %



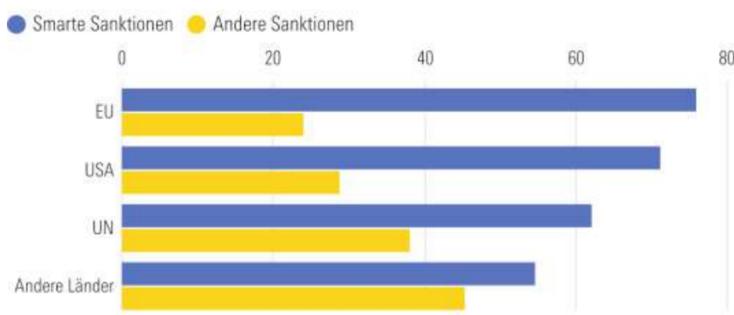
Nur bereits beendete Sanktionen.

QUELLE: DREXEL ECONOMICS

NZZ / fsf.

## Die Europäische Union setzt besonders auf «smarte Sanktionen»

Anteil von smarten Sanktionen an allen verhängten Sanktionen durch die Europäische Union, die USA, die Vereinten Nationen und andere Länder und Institutionen, in Prozent



Anteile basieren auf allen neu verhängten Sanktionen zwischen 1990 und 2019.

QUELLE: GLOBAL SANCTIONS DATABASE

NZZ / fsf.

# Pioniere entdecken das Unbekannte. Auch die Investitionsthemen der Zukunft.

Asset Management  
Wealth Management  
Asset Services  
Alternative Investments



Genf Lausanne Zürich Basel Luxemburg Brüssel London  
Amsterdam Paris Stuttgart Frankfurt München Madrid Barcelona  
Monaco Turin Mailand Verona Rom Tel Aviv Dubai Nassau New York  
Montreal Singapur Hongkong Shanghai Taipeh Osaka Tokio  
[gruppe.pictet](http://gruppe.pictet)

 **PICTET**

Building Responsible Partnerships

# Bei Steuerschulden droht der Konkurs

Bundes- und Ständerat wollen den Kampf gegen missbräuchliche Firmenpleiten verstärken



Im Fall einer Insolvenz sollen private und staatliche Gläubiger besser geschützt werden.

KARIN HOFER / NZZ

HANSUELI SCHÖCHLI

Das Sterben gehört zum Leben. Das gilt nicht nur für Menschen, sondern auch für Firmen. Der Konkurs ist als finale Sanktion ein bedeutendes Element für das Funktionieren einer Marktwirtschaft. Die Schweiz zählt laut den Bundesstatistikern rund 560 000 Unternehmen (2018). Pro Jahr gibt es etwa 15 000 Konkurse, wovon gut die Hälfte auf Unternehmen entfallen.

Das unternehmerische Scheitern soll keine Schande sein und die Betroffenen nicht an einer «zweiten Chance» hindern. Andererseits sind aus Sicht des Gläubigerschutzes Konkurse nicht auf die leichte Schulter zu nehmen.

Das Parlament tut sich mit der Suche nach einem «vernünftigen» Mittelweg in diesem Spannungsfeld schwer. Schon 2012 hatte das Parlament mit einer Motion vom Bundesrat gefordert, gegen missbräuchliche Konkurse vorzugehen. Die Rechtskommission des National-

rats sagte es damals so: «Praktiken wie Flucht vor vertraglichen Verpflichtungen, Missbrauch von Insolvenzscheidungen und Rückkauf der Überbleibsel der konkursiten Gesellschaft für einen Pappenstiel kommen bedauerlicherweise nur allzu häufig vor.»

## Heisse Eisen

Wie häufig, ist unklar. Ein Beobachter mutmasst, dass höchstens 1% der Konkurse Missbrauchscharakter haben. Ein Parlamentarier zitiert Schätzungen über Schäden solcher Konkurse von jährlich Hunderten von Millionen Franken. Der Bundesrat schlug 2015 eine Gesetzesrevision vor, die heisse Eisen anrührte. Laut dieser sollten auch öffentlichrechtliche Forderungen (wie etwa Steuern) Gegenstand von Konkursbetreibungen sein – weil private Gläubiger solche Betreibungen wegen der Kosten meist unterlassen. Zudem sollten die Verantwortlichen einer Pleitefirma persö-

lich und solidarisch für die ungedeckten Kosten eines Konkursverfahrens haften.

Beide Vorschläge ritzten Glaubenssätze («der Staat soll Firmen nicht in den Konkurs treiben» und «bei Kapitalgesellschaften soll die Haftung auf das Firmenkapital beschränkt sein»). 2019 präsentierte der Bundesrat angesichts breiter Kritik eine sanftere Vorlage. Als Kern bezeichnete er neu die verbesserte Durchsetzung des strafrechtlichen Tätigkeitsverbots. So sollen die Konkursämter konsequenter Strafanzeige erstatten. Und bei Verurteilungen sei ein Tätigkeitsverbot zu prüfen.

Zudem wollte der Bundesrat die Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Handel mit Mantelgesellschaften von faktisch liquidierten Firmen im Gesetz verankern. Das Bundesgericht betrachtete solchen «Mantelhandel» seit langem als nichtig, doch dies werde oft ignoriert; eine gesetzliche Verankerung könne dies verbessern. Im Übrigen wollte die Regierung die Möglich-

keit für kleine Aktiengesellschaften für den Verzicht auf eine externe Revision etwas einschränken. Zurzeit gilt ein solcher Verzicht unter Umständen auch für das schon abgelaufene Geschäftsjahr. Gemäss Bundesrat soll ein Verzicht erst für das folgende Geschäftsjahr gelten.

## Nur eine Zwischentappe

Der Ständerat nahm am Montag Retuschen vor. So soll der Verzicht auf eine externe Revision nur für zwei Jahre gelten und wäre danach zu erneuern. Zudem verzichtete der Ständerat auf das vom Bundesrat als «Kompromiss» vorgeschlagene Wahlrecht für öffentlichrechtliche Gläubiger (Betreibung auf Pfändung oder auf Konkurs). In der Version des Ständerats ist generell der Ausschluss für öffentlichrechtliche Forderungen wie Steuern und Abgaben von Konkursbetreibungen gestrichen. Laut Justizministerin Karin Keller-Sutter entspricht dies dem alten Vorschlag des Bundesrats, der in der Vernehmlassung stark kritisiert worden war.

Am Ende bejahte der Ständerat das Gesetzesprojekt mit nur einer Gegenstimme. Ob die Vorlage mit Ausnahme der gestärkten Rolle öffentlicher Gläubiger viel bewirkt, ist eine andere Frage. Konkursrechtsspezialist Franco Lorandi von der Zürcher Anwaltskanzlei Holenstein Brusa meldete Zweifel an. Lorandi hatte 2020 in einem Fachaufsatz deutlich weitergehende Empfehlungen für den Gläubigerschutz bei Kapitalgesellschaften gemacht. Genannte Stichworte waren etwa Offenlegungspflicht bezüglich Jahresrechnung, Erhöhung des Mindestkapitals für GmbH von 20 000 Fr. auf mindestens 50 000 Fr. und Streichung der Möglichkeit eines Verzichts auf externe Revision für Kleinfirmen. In kritischen Phasen gehe es meist zu lange, bis die Entscheidungsträger handelten, sagt Lorandi – und die letzten Monate im Leben einer Firma seien für die Gläubiger oft die teuersten.

Das Bundesamt für Justiz hatte jüngst für die Rechtskommission des Ständerats Vorschläge über strengere Regeln zur externen Revision gemacht. Am Montag sprach sich der Ständerat ohne Gegenstimme für eine Kommissionenmotion aus, die vom Bundesrat für eine nächste Etappe Änderungen im Revisionsrecht zur Verhinderung von Konkursmissbräuchen fordert.



SCHWARZ UND WIRZ

## Souveräne «Inseln»

GERHARD SCHWARZ

Oft werden Vergleiche zwischen dem nun beerdigten institutionellen Rahmenabkommen der Schweiz mit der EU (InstA) und dem Brexit angestellt. Der Brexit war indes ein Austritt aus der EU, während das InstA eine Annäherung an diese gebracht hätte – eine Annäherung, die im Urteil der Gegner irreversibel gewesen wäre.

Dennoch sind einige Parallelen verblüffend. Bei der Lektüre des neuen Buchs «This Sovereign Isle. Britain In and Out of Europe» von Robert Tombs habe ich mir zehn Punkte notiert, die an die Schweiz und das InstA erinnern. Der Autor, Professor emeritus für französische Geschichte, war für den Brexit und ist vielleicht gerade deswegen um Nüchternheit bemüht.

1. Wichtigstes Geschütz gegen den Brexit war das «project fear», düsterste wirtschaftliche Prognosen. Kurz vor dem Referendum sagte das Schatzamt im Falle eines Ja zum Brexit einen tiefen wirtschaftlichen Schock voraus, einen deutlichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts, 500 000 zusätzliche Arbeitslose und tiefere Reallöhne. Tatsächlich wuchs die britische Wirtschaft 2016 und 2017 stärker als die Euro-Zone, die Arbeitslosigkeit ging um 280 000 zurück, die Löhne stiegen.

2. Zentral war das Argument, Grossbritannien – «eine kleine Insel» – sei von der EU, dem weltgrössten Markt, abhängig. Dazu kam die Aussage von Guy Verhofstadt, Chefunterhändler des EU-Parlaments mit London, die Welt werde nicht auf Nationalstaaten basieren, sondern auf Imperien.

3. Grosse, multinationale Unternehmen waren gewichtige Gegner eines Brexit. Die Regulierungen und der Protektionismus der EU seien in deren Interesse, meint Tombs.

4. Der britische Entscheid wurde in der EU feindlich aufgenommen. Vielerorts verspürte man Enttäuschung darüber, dass das Königreich nicht massiven Schaden nahm.

5. Viele Remainer stellten sich die Frage, ob sie sich für ihre Landsleute schämen müssten, weil diese das Projekt Europa so klar gestört hatten.

6. Anhänger des Brexits wurden als hinterwäldlerisch, primitiv und unwisend charakterisiert. Tombs meint, die Leaver hätten die Remainer besser verstanden als umgekehrt.

7. Bei den Remainern ortet Tombs ein Gefühl nicht nur intellektueller, sondern auch moralischer Überlegenheit, da sie ihre Widersacher als xenophob diskreditierten.

8. Häufig wurden die Befürworter des Brexits als emotional, die Gegner als rational dargestellt.

9. Das Thema führte zu einer Spaltung der Gesellschaft. Interessant ist der Hinweis auf den Ökonomen Paul Collier, gemäss dem der Graben gar nicht so gross ist: Wäre das Vereinigte Königreich nicht Mitglied der EU gewesen und hätte man über einen Beitritt abgestimmt, hätte es gemäss ihm ein überwältigendes Anti-EU-Votum gegeben.

10. Das Ergebnis des Referendums wurde von einem beträchtlichen Teil der Remainer nicht akzeptiert und mit allen möglichen «unkonventionellen» Methoden zu bekämpfen versucht.

Die wichtigste Lehre daraus: Die Schweiz sollte sich so rasch wie möglich intern zusammenraufen, um gemeinsam gute Politik zu betreiben.

Gerhard Schwarz ist Präsident der Progress Foundation.

# Michael Pieper ist 75 und kein bisschen müde

Der Industrielle sieht die Schweiz auch ohne Rahmenabkommen im Vorteil

DOMINIK FELDGES

Für den Schweizer Industriellen Michael Pieper ist der Verzicht der Schweiz auf das Rahmenabkommen mit der EU kein Beinbruch. Pieper, der eben seinen 75. Geburtstag gefeiert hat, gehört dank seinen Beteiligungen im Industriesektor (unter anderem an Franke, Feintool und Autoneum) und seinem Immobilienportefeuille zu den vermögendsten Unternehmern hierzulande. Er weist im Gespräch darauf hin, dass sich die Schweiz schon immer dann am besten geschlagen habe, wenn sie unter Druck gestanden sei. «Wieso sollte es dieses Mal anders sein? Wir gehören technologisch zu den führenden Nationen und punkten auch mit einem günstigen Steuerklima.»

## Besorgt wegen Deutschland

Mit Schaudern blickt Pieper Richtung Deutschland. Er befürchtet dort nach den bevorstehenden Bundestagswahlen deutliche Steuererhöhungen.

Die Engagements des Milliardärs sind in der Artemis-Gruppe gebündelt. Die Holdingfirma, deren mit Abstand bedeutendster Vermögenswert der 100%-Anteil am Aarburger Küchenausstatter Franke darstellt, kämpfte



Michael Pieper  
Unternehmer

im vergangenen Jahr wie viele Industrieunternehmen mit starkem Gegenwind. So brach ihr Umsatz, in den auch die Verkäufe des konsolidierten Lysler Automobilzulieferers Feintool einfließen, um 13% auf 2,8 Mrd. Fr. ein. Die – im Gegensatz zu Feintool – nicht kotierte Tochtergesellschaft Franke war mit einem Rückgang von 10% (auf 2,18 Mrd. Fr.) konfrontiert.

Schwer auf der Profitabilität sowohl von Artemis als auch von Franke lasteten Wertberichtigungen sowie Restrukturierungsaufwendungen. Zwar gelang es, mit Investmentfonds aus dem Umkreis der Beratungsfirma Equistone Partners Europe einen Käufer für die Sparte Water-Systems zu finden, doch konnte keine Prämie zum Marktpreis ausgehandelt werden. Dies machte Abschreibungen von rund 37 Mio. Fr. auf dem Buchwert nötig. Franke hatte erst 2013 mit dem Kauf des traditionsreichen

Aargauer Armaturenherstellers KWC den Bereich Water-Systems massgeblich ausgebaut, der sich bis dahin auf die Ausstattung sanitärer Anlagen auf Autobahnrastplätzen und in anderen öffentlichen sowie gewerblichen Gebäuden konzentriert hatte.

## Verfehlte Akquisition

Die auf Spülen und Dampfzughauben spezialisierte Franke-Gruppe wollte ins Bad expandieren – ein Schritt, den Pieper nun als nicht vollständig gelungen taxiert. Um im Wettbewerb mit Branchenschwergewichten wie Hans Grohe eine weltweit führende Marktposition aufzubauen, hätte man allzu viel Ressourcen einsetzen müssen, gesteht der Patron ein. Restrukturierungskosten schlugen 2020 bei Artemis mit rund 25 Mio. Fr. zu Buche. Franke sah sich vorab in Russland, Ägypten und in den USA zu einem Personalabbau gezwungen.

Für das laufende Jahr hat sich die Holdingfirma ein Umsatzwachstum von 5 bis 10% vorgenommen. Das Management rechnet mit einer deutlichen Erholung im Geschäft mit der Ausstattung von Küchen für Schnellimbissets, das 2020 stark unter der Pandemie gelitten hatte. Im Haushaltbereich wird hingegen eine nachlassende Dynamik

erwartet, da Konsumenten weniger in ihre eigenen Küchen investieren dürften. Dank den Fortschritten beim Impfen wird wohl vermehrt wieder Auswärtsessen statt Kochen angesagt sein.

Trotz seinem fortgeschrittenen Alter sieht Pieper weiterhin keinen Anlass, beruflich kürzerzutreten. Dennoch scheinen die Weichen für eine spätere Nachfolge nun gestellt zu sein. Der 38-jährige Sohn Alexander Pieper kümmert sich hauptberuflich zwar weiter um das von ihm geführte Zürcher KMU Kraftwerk, das Werkzeuge für Handwerker herstellt. Zugleich amtiert er aber auch als stellvertretender Verwaltungsratspräsident von Franke und sitzt im Aufsichtsratsgremium von Artemis. Seine 39-jährige Schwester Nina Pieper ist die Vizepräsidentin des Artemis-Verwaltungsrats.

## Artemis Group in Zahlen

Geldwerte in Mio. Fr. (IFRS)

	2019	2020	±%
Umsatz	3 195,9	2 795,7	-13
davon Franke-Gruppe	2 423,1	2 177,6	-10
Betriebsergebnis (Ebit)	144,8	74,7	-48
Ebit-Marge (%)	4,5	2,7	-
Konzerngewinn	162,7	102,9	-37
Eigenkapitalquote (%)	58,1	59,0	-
Anzahl Mitarbeiter (Ende Jahr)	12 072	11 382	-6



# Cookie-Banner sind nervig – sind sie auch illegal?

Cookies annehmen? Das geht mit einem Klick. Cookies ablehnen? Dafür braucht es viel Geduld

RUTH FULTERER

Kann sein, dass Surfen für das Herumklicken im Internet einst eine geeignete Metapher war. Heute jedenfalls passt sie nicht mehr, und das, obwohl Daten schneller übertragen werden als je zuvor. Der Grund sind Cookie-Banner, jene Fenster, die beim Besuch einer Seite auftauchen und die Erlaubnis abfragen, auf dem Computer der Nutzer Dateien zu speichern, die Informationen über das Surfverhalten sammeln. Es fühlt sich an, als müsste man alle zwei Meter vom Surfboard absteigen und ein komplexes Dokument unterschreiben.

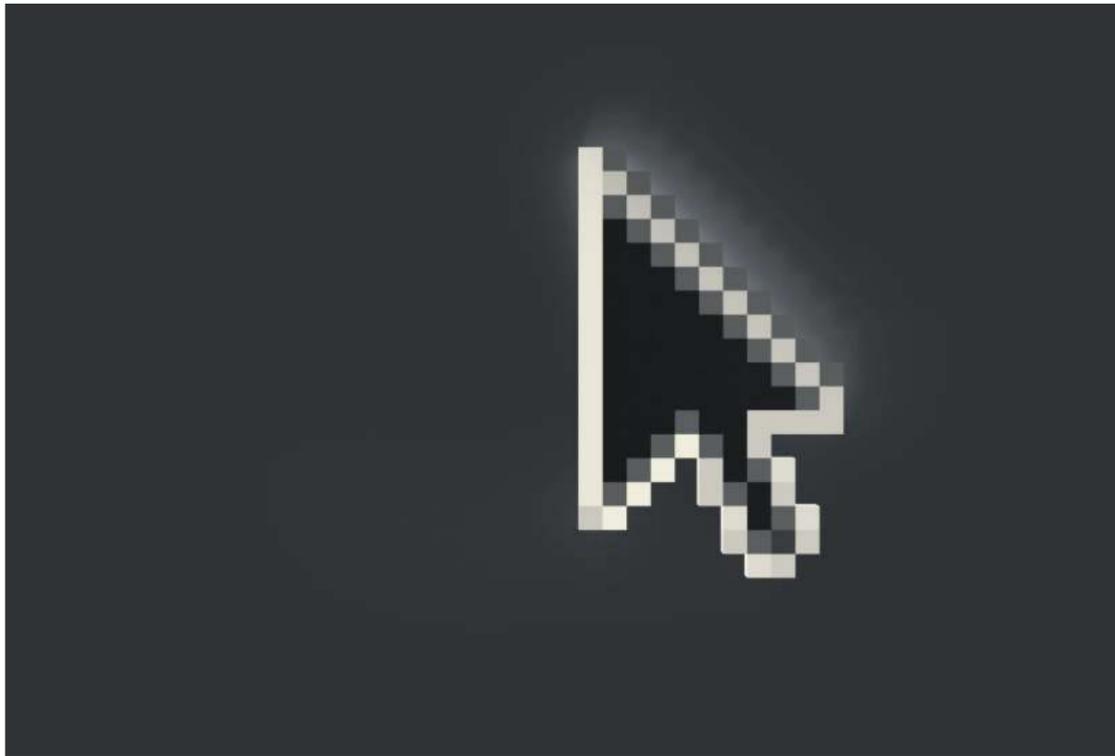
Viele Nutzer machen dafür die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verantwortlich. Schliesslich schreibt diese vor, dass diese kleinen Dateien, Cookies genannt, nicht mehr einfach so gesetzt werden dürfen. Die Surfenden sollen das Recht haben, eine informierte Entscheidung zu treffen.

## Problematisches Design

Das Resultat in der Praxis sind Pop-up-Banner wie diese: Eine violett hinterlegte Schaltfläche lädt zum «Akzeptieren» ein. Wer auf Tracking lieber verzichten möchte, der muss acht- statt einmal klicken: Unter «Cookie-Einstellungen» müssen in drei verschiedenen Untermenüs Regler verschoben werden.

Das Design ist üblich, doch nicht unproblematisch. Darauf macht die Datenschutzorganisation Noyb aufmerksam. Am Montag schickte sie Warnungen an 500 Seitenbetreiber, weil sie das Ablehnen von Cookies verkomplizierten. Sie hätten einen Monat Zeit, ihre Cookie-Banner «an die rechtlichen Anforderungen anzupassen», schreibt Noyb in einer Presseausendung. Sonst wollen die Aktivisten bei den Behörden formell Beschwerde einlegen. Den 500 Warn-Mails sollen bald viele weitere folgen. Die Organisation hat ein Programm entwickelt, das die Cookie-Banner von vielbesuchten Seiten automatisch prüft und eine passende Beschwerde generiert.

In der Schweiz wurden dreizehn Seiten geprüft: Etwa der Krankenversiche-



Der tägliche Hürdenlauf der Nutzer, um auf neue Websites zu gelangen, ist ermüdend.

ZELFIT/IMAGO



rer Helsana, das Automobilunternehmen Amag, das Gesundheitsportal Netdoktor.ch, das Ski-Informationenportal Skiinfo.ch und der Bürobedarfshändler Manutan.

Die Organisation beanstandete verschiedene Fälle von – ihrer Ansicht nach – irreführendem Design: dass die Option zur Ablehnung der Cookies in einem Untermenü versteckt ist, dass

dort eine Vorauswahl von Häkchen bereits gesetzt ist, dass Cookies als «essenziell» bezeichnet werden, die es nicht sind, oder dass «Annehmen»-Buttons in Farbgebung und Kontrast einladender gestaltet sind als «Ablehnen»-Buttons.

Von den in der Schweiz geprüften Websites erfüllt nur Manutan.ch alle Kriterien für ein faires Design: Auf der Seite gibt es zwei gleich gestaltete Buttons zum pauschalen Akzeptieren und Ablehnen von Cookies in einem Klick, daneben einen Link, der genauere Einstellungen ermöglicht.

## Die wenigsten Nutzer wollen das

Dass ein solches Design zu viel höheren Raten bei der Ablehnung von Cookies führt, hat in den vergangenen Wochen eine Neuerung des iPhone-Betriebssystems gezeigt. Die Anpassung versetzt Nutzer in die Lage, mit einem Klick allen Apps auf einmal zu verbieten, das Verhalten der Nutzer in anderen Apps zu tracken. So transparent vor die Entscheidung gestellt, liessen kaum Nutzer das Tracking zu. Laut einer Untersuchung des App-Analyse-Anbieters Flurry waren es in den ersten Wochen nur 15 Prozent der weltweiten Nutzer, in den USA gar nur 6 Prozent.

Wissenschaftliche Untersuchungen kommen auf ähnlich tiefe Raten. For-

schende der Ruhr-Universität Bochum untersuchten die Zustimmung zu Cookies in verschiedenen Banner-Designs in einem Experiment. Es zeigte vor allem, dass Surfende träge sind und den Weg des geringsten Widerstands gehen.

Mit verschiedenen Designs lässt sich eine grosse Spannweite von Zustimmungswerten erzeugen. Kaum jemand lehnt Cookies ab, wenn diese Option nicht mit einem Klick wählbar ist. Dagegen stimmen nur 0,1 Prozent der Surfenden Cookies aktiv zu, wenn dazu ein Klick nötig ist und die Grundeinstellung die Daten schützt.

Unternehmen wissen das und gestalten Cookie-Banner deshalb so, dass sie möglichst viel über ihre Besucher erfahren. Das ermöglicht ihnen, Angebot und Werbung passgenauer auszurichten oder mit den Daten Geschäfte zu machen.

Entgegen der Darstellung von Noyb sind diese Gestaltungsoptionen nicht eindeutig illegal. Die Datenschutzverordnung schreibt vor, dass Surfende informiert sein müssen, und zwar auf eine klar verständliche Weise. Was das in der Praxis bedeutet, ist in weiten Teilen eine

Frage der Auslegung. Die EU-Verordnung betrifft indirekt auch Schweizer Unternehmen, die auf dem EU-Markt tätig sind.

Der Rechtsanwalt Sebastian Günnewig von der «E-Commerce-Kanzlei» in Köln sagt: «Den Besuchern sollte schon auf der ersten Seite klarwerden, welchen Dingen sie zustimmen, und es sollte eine «Ja-Nein-Option» gegeben werden. Eine Voreinstellung, die automatisch Häkchen setzt, ist problematisch.»

Ganz eindeutig sei, dass es eine aktive Zustimmung brauche. Ohne Klick auf das Cookie-Banner dürfen also keine Daten gesammelt werden. Farbliche Hinterlegungen und andere Design-Optionen seien hingegen eine Frage der Auslegung. «In solchen Fällen betrachten Gerichte den Einzelfall. Eine klare Linie, was noch rechtens ist, gibt es noch nicht.»

Ähnlich sieht das Rosemarie Rodden vom Bundesverband der deutschen Verbraucherzentralen: Konsumenten und Konsumentinnen hätten oft keine echte Wahlmöglichkeit: «Viele der Gestaltungen zielen darauf ab, dass sie aus Versehen die Einwilligung erteilen oder den Versuch, keine Einwilligung zu erteilen, genervt aufgeben.» Die Informationen darüber, welche Cookies und Tracking-Technologien eingesetzt würden, seien oft zu dürftig, als dass von einer «informierten Einwilligung» gesprochen werden könne. «Die derzeitigen Gestaltungen halte ich daher überwiegend für rechtswidrig», schreibt Rodden auf Anfrage.

## Einfachere Lösungen in Sicht

Verkompliziert wird die Sache dadurch, dass nicht nur die DSGVO Vorgaben zur Verarbeitung von Daten macht, sondern auch die E-Privacy-Richtlinie der EU sowie verschiedene nationale Gesetze. In Deutschland wird etwa auch das Telemediengesetz herangezogen. Im Moment wird dieses überarbeitet, damit die Grauzone im Bereich Cookie-Banner schmaler wird.

Dabei steht auch die Möglichkeit zur Debatte, dass Konsumenten ein für alle Mal entscheiden, wer sie wie tracken darf, mit einer Einstellung etwa über den Browser oder via anerkannte Dienste zur Einwilligungsverwaltung. Das Gesetz könnte Seitenbetreiber dazu verpflichten, eine Schnittstelle in ihre Seite einzubauen, die solche Voreinstellungen automatisch übernehme.

Ungestört durch die Weiten des Internets surfen – vielleicht ist das bald einfacher möglich denn je.

## IN KÜRZE

### Ungleiche Erholung schafft Verlierer

(Bloomberg) · Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung prognostizierte am Montag, dass die Erholung der Welt von der Covid-19-Pandemie stärker als bisher erwartet ausfallen werde. Dies beruhe aber auch auf dem Risiko, dass viele Regionen abgehängt würden und sich Ungleichheiten – auch innerhalb von Landesgrenzen – verschärften. Die in Paris ansässige Gruppe revidierte ihre globale Wachstumsprognose für 2021 von 5,6 auf 5,8%. Gleichzeitig warnte sie vor eklatanten Unterschieden, welche zur Folge hätten, dass der Lebensstandard vieler Menschen über längere Zeit nicht auf das Vorkrisenniveau zurückkehren werde. In Argentinien und Spanien etwa werden nach den neuen Prognosen mehr als drei Jahre vergehen zwischen dem Ausbruch der Pandemie und der entsprechenden Erholung der Wirtschaftsleistung je Einwohner. Im Vergleich dazu seien es in den USA nur 18 Monate und in China weniger als ein Jahr. Inmitten des zurückkehrenden Vertrauens in den reichsten Ländern der Welt durch die Lockerung der

Pandemiebeschränkungen und zunehmende Impferfolge mahnt die OECD aber zu Vorsicht. Sie warnte davor, dass sich Ungleichheiten weiter verschärfen könnten, weil nicht genügend Impfstoffe und Unterstützung für Schwellenländer und Volkswirtschaften mit niedrigem Einkommen zur Verfügung stünden. Bereits jetzt seien diese weniger in der Lage, Schocks abzufedern, und könnten künftig auf Probleme bei der Staatsfinanzierung stossen.

### Inflation auf höchstem Stand seit fast zehn Jahren

(dpa) · Die Inflation in Deutschland ist im Mai auf den höchsten Stand seit fast zehn Jahren gestiegen. Angeheizt vor allem von höheren Energiepreisen, lag die Jahresteuersatzrate nach vorläufigen Berechnungen bei 2,5%, wie das Statistische Bundesamt am Montag mitteilte. Es war laut den Angaben der höchste Stand seit September 2011 mit damals ebenfalls 2,5%. Seit dem Auslaufen der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung Ende vergangenen Jahres sind die Verbraucherpreise damit den fünften Monat in Folge gestiegen. Besonders tief in die Tasche greifen mussten Verbraucher im Mai 2021 für Energie, die sich binnen eines Jahres deutlich, um 10%, verteuerte. Zu

Beginn der Corona-Krise im Frühjahr 2020 waren die Rohölpreise wegen geringer Nachfrage auf dem Weltmarkt zeitweise eingebrochen. Seitdem haben sie sich wieder erholt. Zudem lässt die zu Jahresbeginn eingeführte CO<sub>2</sub>-Abgabe von 25 € je Tonne ausgestossenes Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), das beim Verbrennen von Diesel, Benzin, Heizöl und Erdgas entsteht, die Preise fürs Heizen und Tanken klettern. Nahrungsmittel verteuerten sich im Mai gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,5%, Dienstleistungen um 2,2%. Laut Ökonomen könnte die Inflation im Laufe des Jahres auf deutlich über 3% steigen.

### Lufthansa verzeichnet steigende Buchungszahlen

(dpa) · Die Lufthansa will angesichts steigender Nachfrage in den kommenden Wochen bis zu 50 zusätzliche Flugzeuge reaktivieren. «Seit acht Wochen wachsen die Buchungszahlen stabil, in der vergangenen Woche mit einem deutlichen Sprung nach oben. Das waren die stärksten sieben Tage seit April 2020», sagte Vorstandsmitglied Harry Hohmeister den Zeitungen der Funke-Mediengruppe vom Dienstag. «Für Flüge im Juli und August ist die Nachfrage zehn- bis elfmal so hoch wie noch vor vier Wochen.» Auf manchen Strecken sei die Nachfrage

sogar höher als vor der Corona-Pandemie. «Wir sind sehr flexibel in unserer Planung und können schnell ausreichend Sitzplätze anbieten», sagte Hohmeister. Ausnahmsweise könne Lufthansa auch «mit einem Jumbo auf einer stark nachgefragten Strecke mit 370 Passagieren statt mit einer Kurzstreckenmaschine mit 180 Gästen» fliegen. Zugleich forderte Hohmeister die Politik auf, den digitalen Impfpass bis Ende Juni an den Start zu bringen. Die Zettelwirtschaft mit Nachweisen für Impfungen, Tests oder Genesung müsse so schnell wie möglich vorbei sein. Fast jedes Land mache eigene Vorgaben und fordere andere Dokumente.

### Millionen für getötete Nerze in den Niederlanden

(dpa) · Nach einer umstrittenen Massentötung von Nerzen in den Niederlanden hat die EU-Kommission Staatshilfen für die betroffenen Unternehmen in Höhe von rund 31 Mio. € genehmigt. Die Regelung erlaube es, von der Corona-Pandemie betroffene Betriebe zu unterstützen, teilte die Brüsseler Behörde am Montag mit. Nach dem Ausbruch von Corona bei Nerzen war beschlossen worden, alle Pelztiere auf den betroffenen Farmen in den Niederlanden zu töten. Tierschützer hatten versucht, dies mit einer

einstweiligen Verfügung zu verhindern. Die Niederlande – einst einer der grössten Nerzfellproduzenten in Europa – hatten zuvor schon die Einstellung der Pelztierzucht beschlossen. Die letzten Nerzfarmen hätten 2024 schliessen sollen. Wegen der Gefahr der Verbreitung des Coronavirus durch die Tiere wurde das Verbot auf Januar 2021 vorverlegt. Inzwischen sind sämtliche Nerzfarmen leer. In den Niederlanden gab es vergangenes Jahr noch rund 150 Pelztierfarmen.

### Behörde belastet Kapitän der «Ever Given»

(dpa) · Im Streit um die Blockierung des Suezkanals hat die Kanalbehörde den Kapitän des Frachters «Ever Given» direkt für die folgenschwere Havarie verantwortlich gemacht. «Laut Aufzeichnungen drehte das Schiff bei der Einfahrt in den Kanal nach rechts, und der Kapitän wollte es zurück zur Mitte lenken», sagte Sajid Schaischa, führender Ermittler der Kanalbehörde. «Er gab zu viele Befehle in sehr kurzer Zeit, etwa acht Befehle in zwölf Minuten, was dem Schiff nicht genug Zeit zur Ausführung lässt. Das Schiff ist sehr gross, und es reagiert langsam.» Technische Probleme habe es nicht gegeben. Schaischa hatte sich am Sonntag in Ismailia vor Journalisten geäussert.



# So können Immobilienbesitzer die Steuerlast reduzieren

Wer Eigentümer einer Liegenschaft ist, wird vom Fiskus auf vielfältige Weise zur Kasse gebeten

MICHAEL FERBER

Die Liste der Steuern, die in der Schweiz auf Immobilien erhoben werden, ist lang. Dies sollten Privatpersonen beim Kauf einer Liegenschaft berücksichtigen und entsprechend einrechnen. «Grundsätzlich werden Immobilien am <Ort der gelegenen Sache> besteuert, also im entsprechenden Kanton», sagt Thomas Frigo, Managing Partner bei Engel & Völkers Schweiz. «Es ist wichtig, sich vor dem Erwerb einer Immobilie zu informieren, welche Steuern anfallen.» Die Steuersätze seien je nach Kanton und zum Teil auch je nach Gemeinde sehr unterschiedlich.

Die verschiedenen Steuerarten lassen sich nach den Phasen Kauf, Halten und Verkauf einer Immobilie gliedern.

## Beim Kauf einer Immobilie

■ **Handänderungssteuer:** Beim Erwerb einer Liegenschaft werde in den meisten Kantonen eine kantonale Handänderungssteuer beziehungsweise Handänderungsgebühr fällig, sagt Markus Stoll, Leiter Steuern und Treuhand beim Finanzdienstleister VZ Vermögenszentrum. Mit Handwechsel ist der Übergang der Immobilie von einem Besitzer auf den anderen gemeint. Die Steuer beträgt laut Stoll im Allgemeinen zwischen 1 und 3% des Kaufpreises und wird entweder vom Käufer allein oder je zur Hälfte vom Käufer und vom Verkäufer getragen. Es gibt auch Kantone, die keine Handänderungssteuer haben oder diese über Grundbuchgebühren einfordern. Laut Frigo ist auf etwaige Steuerbefreiungen oder privilegierte Besteuerungen bei der Handänderung zu achten. Auch hier kennen Kantone spezielle Regelungen.

## Beim Besitz einer Immobilie

■ **Einkommenssteuer:** Die Einkommensteuer wird von Bund, Kantonen und Gemeinden erhoben. Sie ist zu bezahlen auf Einnahmen aus der Vermietung einer Immobilie, die sich im Privatbesitz befindet. Die Einkommensteuer wird auch dann fällig, wenn man die Liegenschaft selbst bewohnt. Dann wird der Eigenmietwert als fiktives Einkommen angerechnet, auch er muss versteuert werden. Laut Stoll wird er in den meisten Kantonen anhand der sogenannten Marktmiete errechnet – dies ist die Miete, die man bei einer Vermietung der Immobilie an Dritte erzielen könnte. Gemäss einem Entscheid des Bundesgerichts muss der Eigenmietwert mindestens 60% der Marktmiete betragen. Die genaue Berechnung des Eigenmietwerts ist indes je nach Kanton unterschiedlich, die Art der Berechnung oftmals kompliziert.

Der VZ-Vertreter weist darauf hin, dass man einen Abzug vom Eigenmietwert beantragen kann, wenn man einen Teil des Eigenheims nicht nutzt – beispielsweise wenn der Partner gestorben ist oder die Kinder ausgezogen sind. Allerdings dürfen die entsprechenden Räume dann wirklich nicht



Mit dem Erwerb eines Hauses wird das Ausfüllen der Steuererklärung wesentlich aufwendiger.

STEFFEN SCHMIDT / KEYSTONE

genutzt werden, auch nicht als Gästezimmer oder Bastelräume. Wer indes eine Immobilie kauft, die von Anfang an zu gross ist, kann einen solchen Abzug nicht geltend machen. Laut Stoll sind Abzüge vom Eigenmietwert bei der Bundessteuer und einigen Kantonssteuern (beispielsweise Zürich und Luzern) auch dann möglich, wenn zwischen dem Eigenmietwert und dem steuerbaren Einkommen beziehungsweise dem Vermögen des Steuerpflichtigen ein sehr grosses Missverhältnis besteht.

In der Steuererklärung können Steuerpflichtige ihre zu versteuernden Einkünfte durch verschiedene Abzüge verringern. Dabei ist entscheidend, ob die entsprechenden Aufwendungen werterhaltend oder wertvermehrend sind. Werterhaltende Aufwendungen kann man abziehen, wertvermehrende nur in Ausnahmefällen.

Zu den werterhaltenden Kosten zählen laut Frigo beispielsweise Renovations- und Unterhaltskosten, Service-Abos, Versicherungen wie Gebäudeversicherung, Nebenkostenabrechnungen bei Stockwerkeigentum ohne Heizkosten oder Einlagen in den Erneuerungsfonds. Die Steuergesetzgebung lässt auch eine Unterhaltspauschale zu, so dass der Steuerpflichtige sich entscheiden kann, ob er diese oder die tatsächlichen Unterhaltskosten in der Steuererklärung geltend macht. Laut Stoll beträgt der Pauschalabzug beim Bund und in den meisten Kantonen 10% für bis zu zehn Jahre alte Liegenschaften und 20% für ältere Liegenschaften.

Auch Finanzierungskosten wie Hypothekenzinsen oder die Ausstiegskosten, wenn eine Hypothek vorzeitig aufgelöst wird, können geltend gemacht werden. Hier gibt es allerdings eine Obergrenze. Insgesamt dürfen die abzugsfähigen Schuldzinsen nicht mehr als 50 000 Fr. zuzüglich der Vermögenserträge aus beweglichem und unbeweglichem Vermögen betragen, schreibt Frigo in seinem Ratgeber «Steuern im Zusammenhang mit Immobilien». Baukreditzinsen könnten laut dem Bundesgericht bei der Bundessteuer nicht als Abzug geltend gemacht werden.

Nicht abziehen kann man indes wertvermehrende Aufwendungen. Als Beispiel gelten der Bau eines neuen Wintergartens oder der Ausbau des Dachstocks. Es gibt jedoch auch wertvermehrende Investitionen, die man abziehen kann. Dazu zählen solche, die sich energiesparend auswirken und die dem Umweltschutz dienen. Als Beispiele nennt

Stoll den Einbau einer Wärmepumpe oder den Aufwand für Solarzellen. Seien die Aufwendungen zum Teil werterhaltend und zum Teil wertvermehrend, so sei dies aufzuteilen, sagt Frigo. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn eine alte, simple durch eine moderne, teure Küche ersetzt wird.

Stoll rät, kleinere Investitionen in den Unterhalt einer Immobilie im selben Jahr zu tätigen, um sie dann zusammen in der Steuererklärung geltend zu machen. Dann könne man in den Jahren, in denen man keine Investitionen tätige, den Pauschalabzug in Anspruch nehmen. Grössere Investitionen solle man derweil über mehrere Jahre staf-

**Zu den wertvermehrenden Investitionen, die man abziehen kann, gehören solche, die sich energiesparend auswirken und die dem Umweltschutz dienen.**

feln, um so bei der Steuer in eine tiefere Progressionsstufe zu kommen.

Dieses Steuersystem bevorzuge Immobilienbesitzer mit hohen Schulden, da sie diese in der Steuererklärung vom Einkommen abziehen dürften, sagt Stoll. Besitzer von Liegenschaften, bei denen Schulden und Unterhaltskosten zusammengerechnet niedriger ausfallen als der Eigenmietwert, zahlen hingegen höhere Einkommenssteuern, als wenn sie keine Immobilien besitzen. So kann es steuerlich sinnvoll sein, eine Liegenschaft mit nicht zu vielen Eigenmitteln zu erwerben. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, wie das nicht in die Liegenschaft investierte Kapital angelegt wird.

Der steuerliche Effekt ist auch bei der Amortisation der Hypothek zu berücksichtigen. Im Alter kann eine zu hohe Schuldenlast auf der Immobilie indes hinderlich sein, da Finanzhäuser bei der Vergabe von Hypotheken zurückhaltender werden. Stoll empfiehlt Hausbesitzern die indirekte Amortisation, bei der man den Amortisationsbetrag in die steuerlich geförderte Säule 3a einzahl. Nach einer gewissen Zeit kann man mit dem dort gesparten Gutha-

ben die Hypothek verringern. So bleibt der Schuldzinsabzug erhalten, und die Person kann zudem die Beiträge in die Säule 3a vom steuerbaren Einkommen abziehen.

■ **Vermögenssteuer:** Hält man eine Immobilie im Privatvermögen, muss man diese auch als Vermögen deklarieren. Die Vermögenssteuer werde auf Stufe des Kantons und der Gemeinde erhoben, nicht auf derjenigen des Bundes, sagt Frigo. Schulden, die auf der Immobilie lasten würden, könnten dabei in Abzug gebracht werden.

■ **Liegenschaftssteuer:** In manchen Kantonen und Gemeinden fällt auch eine Liegenschaftssteuer an. Wer also im Grundbuch als Eigentümer beziehungsweise Nutzniesser einer Immobilie eingetragen ist, muss diese bezahlen. Laut Frigo wird die Steuer in Abhängigkeit vom Verkehrswert erhoben und fällt jährlich an.

## Beim Verkauf einer Immobilie

■ **Grundstückgewinnsteuer:** Beim Verkauf einer Immobilie wird die kantonale Grundstückgewinnsteuer fällig. Besteuert wird dabei die Differenz zwischen dem Kauf- und dem Verkaufspreis. Zum Kaufpreis darf man laut Stoll wertvermehrende Investitionen, aber auch Handänderungssteuern, Maklerkosten oder Kosten für die Auflösung der Hypothek hinzurechnen. Die Höhe der Steuer hängt auch von der Besitzdauer ab. Die Grundstückgewinnsteuer wird laut Frigo auf Ebene des Kantons und teilweise auf derjenigen der Gemeinde erhoben, Bundessteuern fallen keine an. Bei einem Erbgang oder einer Schenkung wird die anfallende Grundstückgewinnsteuer aufgeschoben. Aus Sicht des neuen Besitzers der Immobilie sei dies eine latente Steuerschuld, sagt Frigo. Diese muss er bezahlen, wenn die Liegenschaft anschliessend ausserhalb der Familie verkauft wird. Ausserdem sind die kantonalen Erbschafts- beziehungsweise Schenkungssteuern im Auge zu behalten. Die grosse Mehrheit der Kantone besteuere den Übergang bei einer Vererbung an Nachkommen aber nicht, also auch nicht bei Immobilien.

■ **Handänderungssteuer:** Auch beim Verkauf einer Immobilie kann je nach Kanton die oben erwähnte Handänderungssteuer zum Einsatz kommen.

# Finanzbranche geht in die Klimaoffensive

ANDRÉ MÜLLER

Der Schweizer Finanzplatz zieht in den Kampf gegen den Klimawandel: Jede Woche verschärft eine Versicherung ihre Emissionsziele oder preist eine Bank grüne Anlageprodukte. Diesen Montag kommunizierte die Finanzmarktaufsicht Finma, dass grosse Finanzinstitute Klimarisiken künftig transparent ausweisen müssen. Sie rennt offene Türen ein. Die Grossen orientieren sich in ihren Berichten heute schon an den Empfehlungen der Task Force on Climate-Related Financial Disclosures, an die sich nun auch die Finma anlehnt. Gleichentags präsentierten der WWF und die Berater von PWC eine Studie darüber, wie klimafreundlich die 15 grössten Schweizer Retail-Banken sind.

Banken und Versicherer sind in einer guten Ausgangslage, um Teil der Lösung statt des Problems zu werden: Sie stossen selbst nur wenig CO<sub>2</sub> aus und verfügen über Hebel, um Geldströme in eine klimafreundliche Richtung zu lenken. Gleichwohl begegneten sie dem Klimawandel bis zum Höhepunkt der Klimastreiks 2019 meist defensiv. Seither haben die Finanzunternehmen vermehrt auf Offensive umgeschaltet. Sie setzen sich ambitioniertere Ziele und kommunizieren diese aktiv. Derzeit setzen sich die Branchenverbände der Banken und der Versicherer etwa klar für das CO<sub>2</sub>-Gesetz ein.

Der derzeitige Aktivismus ist auch kluges Marketing – die Kunden mögen «grüne» Firmen. Die Banken und Versicherer nehmen das Thema aber tatsächlich ernster und verzeichnen Fortschritte. Das ist ermutigend: Die Marktwirtschaft kann starke Anreize für klimaschonendes Handeln bieten, wenn der Rahmen richtig gesetzt wird.

# Die Benetton verlieren ihre Autobahnen

ANDRES WYSLING

Fast drei Jahre nach dem Einsturz der Brücke in Genua mit 43 Toten übergibt die Unternehmerfamilie Benetton ihr Autobahngeschäft an ein Konsortium unter Führung des italienischen Staates. Der Handel erfolgt unter grossem Druck aus Politik und Öffentlichkeit. Die Beteiligungsgesellschaft Atlantia, mit 30% von den Benetton kontrolliert, verkauft ihre 88% des Kapitals von Autostrade per l'Italia an die staatliche Cassa depositi e prestiti sowie an die internationalen Anlagefonds Blackstone und Macquarie. Der Gesamtwert von Autostrade wird mit 9,3 Mrd. € veranschlagt. Es ist eine Enteignung zu unvorteilhaften Bedingungen und zudem das Signal einer Trendwende. Das Versagen der Benetton beim Management der Autobahnen stellt die ganzen Privatisierungen in Italien infrage. Nationalistische, populistische, sozialistische Politiker rufen vereint nach einem starken Staat, gerade wenn es um strategische Infrastrukturen geht.

Die teilweise Rückverstaatlichung setzt die finanziellen Schlusspunkt unter die von Anfang an unglückliche Autobahn-Privatisierung. Untaugliche Verträge ermöglichten den Konzessionären hohe Gewinne ohne angemessenen Unterhalt. Die Betreiber vernachlässigten die Sicherheit. Die staatliche Aufsicht war mangelhaft. Warnungen wurden missachtet, Reparaturen verzögert. Das zeigen die bisherigen Untersuchungen. Der juristische Schlusspunkt wird folgen. Die in den Augen einer weiten Öffentlichkeit hauptverantwortlichen Benetton gehören jedoch nicht zu den Angeklagten im bevorstehenden Prozess um den Brückeneinsturz. Die strafrechtliche Verantwortung bleibt an den Managern hängen.





# ANLAGEFONDS

## Swiss Fund Data AG in Zusammenarbeit mit der SIX Financial Information AG sowie mit NZZONE

Reihenfolge Fondsinformationen: Fondsname, Rechnungswährung, Konditionen Ausgabe / Rücknahme, Kursbesonderheiten, Inventarwert, Ausgabepreis oder Börsenschlusskurs (Werte vom Montag, 31.05.2021, Abweichungen siehe Besonderheiten), Performance 2021 in %

## ANZEIGE

**3V Asset Management AG**  
Tel. +41 44 227 10 10  
www.3vam.ch

Vertreter für die Schweiz:  
**BNP Paribas Securities Services, Paris,**  
succursale de Zürich

**Aktienfonds**

3V Inv.Swiss Small&Mid A Cap A	CHF 1/1 e	330.76	14.8
3V Inv.Swiss Small&Mid A Cap B	CHF 1/1 e	129.06	15.0

**Aberdeen (Swiss) Funds**  
Aberdeen Standard Investments (Switzerland) AG  
Schweizerstrasse 14, 8001 Zürich  
Tel. +41 44 208 26 26

**Obligationenfonds**

Aberdeen(Swiss)Glb Dyn Bond Fd A	EUR 1/1 e	68.19	-2.5
Aberdeen(Swiss)Glb Dyn Bond Fd B	GBP 1/1 e	106.92	-2.3
Aberdeen(Swiss)Glb Dyn Bond Fd A	USD 2/1 e	179.14	-2.2

**Aktienfonds**

Aberdeen (Swiss) Europ. Opp. Eq.	EUR 2/1 e	452.92	5.5
Aberdeen (Swiss) GI Energy Eq.	USD 2/1 e	261.72	22.1
Aberdeen (Swiss) GI High Tech Eq.	USD 2/1 e	364.79	4.2
Aberdeen (Swiss) GI Opportunities	USD 2/1 e	198.54	10.1
Aberdeen (Swiss) GI Pharma Eq.	USD 2/1 e	2779.19	8.0
Aberdeen (Swiss) Tiger Eq.	USD 2/1 e	2452.92	6.3

**Ahead Wealth Solutions AG**  
Tel. +423 239 85 00  
Fax +423 239 85 01  
fundadm@ahead.li

**Aktienfonds**

Zeus Strategie Fund	EUR 3/2 e	78.37	3.0
---------------------	-----------	-------	-----

**AMG Fondsverwaltung AG**  
Tel. 041 726 71 71  
www.amg.ch

**Aktienfonds**

AMG Schweizer Perlen Fonds Klasse Po	CHF 2/1 e	181.79	13.2
AMG Substanzwerte Schweiz	CHF 1/1 e	1690.19	3.4
AMG Europa A	EUR 1/1 e	168.17	21.0
AMG Europa B	EUR 1/1 e	159.90	20.8
AMG Europa C (CHF hedged)	CHF 1/1 e	177.81	21.0
AMG Gold, Minen & Metalle A	CHF 1/1 e	139.03	9.1
AMG Gold, Minen & Metalle C	CHF 1/1 e	144.80	10.9
AMG Gold, Minen & Metalle H	CHF 1/1 e	142.78	6.0

**Andere Fonds**

Alpina Innov. EF CHF hedged	CHF 1/1 e	3105.72	12.6
Alpina Innov. EF EUR A	EUR 1/1 e	2868.42	12.6
Innovation World Large Caps by AMG	CHF 1/1 e	1184.81	4.8
Innovation World Large Caps by AMG	USD 1/1 e	1226.46	5.6

**Aquila AG**  
Tel. +41 58 680 60 00  
www.aquila.ch

**Aktienfonds**

Aquila Int.Fd-Corby Swiss Eq. (CHF)	CHF 1/1 e	2483.96	11.9
-------------------------------------	-----------	---------	------

**Bank CIC (Swiss) AG**  
T. +41 61 264 12 00  
cic.ch

**Obligationenfonds**

CIC CH - BOND CHF "PRIMUM" AKL B	CHF 3/2 e	102.65	0.1
CIC CH - CONVERT BOND AKL B	CHF 3/2 e	1413.24	0.9
CIC CH - CONVERT BOND AKL C	CHF 3/2 e	120.63	0.7
CIC CH - CORP Bd EUR - SWIF AKL B	CHF 3/2 e	884.14	-1.1

**Aktienfonds**

CIC CH - EQUITY CHF "PRIMUM" AKL B	CHF 3/2 e	233.70	11.6
CIC CH - STRATEGY (CHF) AKL B	CHF 3/2 e	1094.51	4.2

**BONHÖTE**  
Tel. +41 32 72 10 00  
info@bonhote.ch  
www.bonhote.ch

**Obligationenfonds**

Bonhôte Asym.-Üblig.(CHF) B (CHF)	CHF 3/1 e	95.43	-2.0
Bonhôte Sel.-Üblig.(HR Multi-Fds) (CHF)	CHF 4/2 e	95.58	13.3

**Aktienfonds**

Bonhôte Sel. Glob Emerg MF (CHF)	CHF 4/2 e	171.73	8.3
----------------------------------	-----------	--------	-----

**Alternative Investments**

B. Alter. Multi-Performance CI. (CHF)	CHF 4/2 e	14867.00	5.3
B. Alter. Multi-Performance CI. (EUR)	EUR 4/2 e	10697.00	5.3
B. Alter. Multi-Performance CI. (USD)	USD 4/2 e	13248.00	5.7

**Banque Cantonale de Genève**  
SYN|CH|IR|OIN|Y Funds  
made in Geneva  
Tel. 058 211 21 11  
bcge.ch/funds

**Obligationenfonds**

Synchrony Swiss Government Bonds	CHF 4/1 e	106.45	-5.3
----------------------------------	-----------	--------	------

**Aktienfonds**

Synchrony All Caps CH A	CHF 4/1 e	137.65	12.8
Synchrony Emerging Equity A	USD 4/2 e	139.01	4.6
Synchrony Europe Equity A	EUR 4/2 e	98.29	12.8
Synchrony High Div. Swiss Stocks A	CHF 4/1 e	129.77	7.4
Synchrony Small & Mid Caps CH A	CHF 4/1 e	145.23	14.5
Synchrony Swiss Equity	CHF 4/2 e	108.52	11.0
Synchrony US Equity A	USD 4/2 e	162.74	11.6

**Strategiefonds**

Synchrony (CH) World Equity (CHF)	CHF 1/1 e	152.75	11.6
-----------------------------------	-----------	--------	------

**Immobilienfonds**

Synchrony Global RE Eco. Sec. Fd A	CHF 1/1 e	149.71	16.7
Synchrony Swiss Real Est Fd A	CHF 1/1 e	126.40	2.0

**BBGI GROUP S.A.**  
Tel. +41 22 595 96 11  
www.bbgi.ch

**Andere Fonds**

BBGI - Equit. Sw. Behavior. Value	CHF 1/1 e	159.00	7.9
BBGI - Swiss Phys. Gold CI CHF	CHF 1/1 e	102.40	1.8
BBGI - Swiss Phys. Gold CI CHF Hdg.	CHF 1/1 e	80.70	0.9
BBGI - Swiss Phys. Gold CI EUR	EUR 1/1 e	119.50	0.9
BBGI - Swiss Phys. Gold CI EUR Hdg.	EUR 1/1 e	86.70	-0.8
BBGI - Swiss Phys. Gold CI USD	USD 1/1 e	108.30	-0.1
BBGI Commodities (USD) A	USD 1/1 e	89.10	19.1
BBGI Natural Resources (USD)	USD 1/1 e	171.10	15.2
BBGI Share Clean Energy (USD)	USD 1/1 e	112.70	-0.8
BBGI Share Gold (USD)	USD 1/1 e	75.30	-2.1
BBGI Tactical Switzerland A	CHF 2/1 e	138.20	-2.5
BBGI Tactical World A	USD 2/1 e	109.90	-0.9

**Bellevue Asset Management AG**  
Tel. +41 44 267 67 00  
Fax +41 44 267 67 01  
www.bellevue.ch

**Vertreter für die Schweiz:**  
**Acolin Fund Services AG**  
Afoltenstrasse 56, 8050 Zürich

**Aktienfonds**

BB ADA. ASIA PAC HEALTH. B Cap	USD 4/4 e	270.93	5.3
BB ADA. EM MKT HEALTH. B Cap	USD 4/4 e	236.65	6.6
BB ADAMANT BIOTECH B Cap	USD 3/1 e	611.14	0.8
BB ADAMANT DIG. H. B Cap	USD 4/4 e	282.08	-0.2
BB ADAMANT HEALTH. STRAT. B Cap	USD 4/4 e	267.01	7.2
BB ADAMANT MEDTECH B Cap	EUR 3/1 e	614.18	6.7
BB AFRICAN OPP B Cap	EUR 3/1 e	166.63	2.3
BB ENTREPRENEUR EUR. SM B Cap	EUR 4/4 e	394.54	15.7
BB ENTREPRENEUR EUROPE B Cap	EUR 4/4 e	414.74	14.1

**Strategiefonds**

BB GLOBAL MACRO B Cap	EUR 4/4 e	176.69	0.3
-----------------------	-----------	--------	-----

**BERNINVEST AG**  
www.berninvest.ch

**Immobilienfonds**

Good Buildings SREF	CHF 5/5 e	134.40	4.2
Immo Helvetic	CHF 5/5 e	227.00	1.0

**BlackRock Asset Management Schweiz AG**  
Tel. +41 800 88 80 20  
www.blackrock.com/ch

**Obligationenfonds**

BGF China Bond DZ USD	USD 1/1 e	16.66	-
-----------------------	-----------	-------	---

**Aktienfonds**

BGF FinTech DZ USD	USD 1/1 e	19.77	-
BGF Global Impact D Acc USD	USD 1/1 e	180.32	-

**Andere Fonds**

BSF Global Event Driven D2 USD	USD 1/1 e	135.68	3.4
--------------------------------	-----------	--------	-----

**Bordier & Cie**  
1204 Gen  
t +41 58 258 00 00  
bordier.com

**Obligationenfonds**

BO Fd IV-Bordier Eur.ShiTerm Bd EUR	EUR 4/4 e	108.48	-1.0
BO Fd IV-Bordier USD ShiTerm Bd USD	USD 4/4 e	115.93	-1.0

**Aktienfonds**

BO Fd IV-Bordier Core Hold Eur - EUR	EUR 4/4 e	148.65	12.6
BO Fd IV-Bordier Gbl EmMkt USD	USD 4/4 e	262.03	8.7
BO Fd IV-Bordier Sat Eq Eur - EUR	EUR 4/4 e	111.51	14.0
BO Fd IV-Bordier US Sel Eq I USD	USD 4/4 e	1819.01	12.2
BO Fd IV-Bordier US Sel Eq L USD	USD 4/4 e	180.58	11.9

**BWM AG**  
Tel. +41 44 206 40 80  
www.bwm.ch

**Vertreter in der Schweiz:**  
**LLB Swiss Investment AG**

**Aktienfonds**

Classic Global Equity Fund	CHF 3/2 e	660.00	24.0
Classic Value Equity Fund	CHF 3/2 e	208.40	31.7

**BZ Bank Aktiengesellschaft**  
Eggliinstr. 15, CH-8832 Wilen  
Tel: +41 44 786 66 00  
www.bzbank.ch

**Vertreter für die Schweiz**

**Aktienfonds**

BZ Fine Agro	CHF 1/1 e	211.54	25.1
BZ Fine Europe	CHF 1/1 e	215.53	10.9
BZ Fine Infra	CHF 1/1 e	210.05	14.3
BZ Fine Pharma	CHF 1/1 e	265.41	-3.7

**CACEIS (Switzerland) SA**  
Tel. +41 58 261 94 00  
www.caceis.ch

**Aktienfonds**

Screeners Tactical Equity Fund	EUR 2/4 e	1405.60	11.7
--------------------------------	-----------	---------	------

**Credit Suisse Funds AG**  
www.credit-suisse.com/amfunds

**Geldmarktfonds**

CS Money Market Fund CHF B	CHF 2/1 e	958.71	-0.3
CS Money Market Fund EUR B	EUR 2/1 e	1016.70	-0.4
CS Money Market Fund USD B	USD 2/1 e	1081.26	-0.1

**Obligationenfonds**

CS (CH) Corporate CHF BF A	CHF 2/1 e	116.13	-0.3
CS (Lux) Asia Corporate Bond Fund B	USD 2/1 e	138.52	1.2
CS (Lux) Asia Local Cyf BF B	USD 2/1 e	124.46	-0.6
CS (Lux) Corp ST Duration CHF BF B	CHF 2/1 e	114.30	-0.2
CS (Lux) Corp ST Duration USD BF B	USD 2/1 e	154.30	-0.2
CS (Lux) Emerging Mkt Corp Bd Fd B	USD 2/2 e	165.13	-1.1
CS (Lux) EMMA Corp IG Bd Fd B	USD 2/2 e	156.37	-2.0
CS (Lux) Gl. Bal Convertible B	USD 2/1 e	190.61	0.8
CS (Lux) Global Val BF B	USD 1/1 e	147.97	0.6
CS (Lux) Inflation Linked CHF BF B	CHF 2/1 e	110.48	-2.1
CS (Lux) Swiss Franc Bond Fund B	CHF 2/1 e	530.06	-0.7
CS (Lux) Corp ST Duration EUR BF B	EUR 2/1 e	131.13	-0.2
CS (Lux) Corp ST Duration EUR BF B	EUR 2/1 e	153.69	-3.5

**Aktienfonds**

CS (CH) 130/30 Swiss Equity Fd A	CHF 2/1 e	37.93	9.2
CS (CH) Small Cap Switzerland Fd A	CHF 2/1 e	494.31	15.5
CS (CH) Sustainability Bal CHF UB	CHF 1/1 e	113.60	-
CS (CH) Swiss Div Plus Eq Fd B	CHF 3/1 e	15.22	9.6
CS (CH) Swiss Div Plus Eq Fd B	CHF 3/1 e	21.56	9.7
CS (CH) Swiss Div Plus Eq Fd B	CHF 3/1 e	52.94	9.6
CS (Lux) Dig. Health Eq Fd B USD	USD 2/2 e	1089.52	-5.3
CS (Lux) Europ Div Plus Eq B	EUR 2/1 e	20.23	9.1
CS (Lux) European Entrepreneur Equity Fund B EUR	EUR 2/1 e	4181.22	11.1

**Strategiefonds**

CS (Lux) EQ Qual. Erth Eq Fd B	EUR 2/1 e	20.13	15.6
CS (Lux) EQ Qual. Erth Eq Fd B	EUR 2/1 e	15.56	16.0
CS (Lux) Gl. Div Plus Eq B	EUR 2/1 e	21.77	9.8
CS (Lux) Global Value FF B EUR	EUR 2/1 e	13.74	25.1
CS (Lux) Infrastructure Eq Fd B	USD 2/2 e	222.30	5.1
CS (Lux) Japan Value Equity B	JPY 2/1 e	2298.00	8.0
CS (Lux) Robot. Eq. Fd B USD	USD 1/1 e	25.28	0.8
CS (Lux) Robot. Eq. Fd UA USD	USD 1/1 e	187.38	1.1
CS (Lux) S&M Cap Germany EF B EUR	EUR 2/1 e	3738.28	10.9
CS (Lux) Security Equity Fd B	USD 2/1 e	40.92	4.5
CS (Lux) S&M Cap Switz Eq Fd B	CHF 2/1 e	1699.04	13.5
River&Merc: EmrgMktOpplCQ Fd B USD	USD 2/2 e	178.78	5.2

**Strategiefonds**

CS (CH) Int & Dvd Focus Bal CHF UB	CHF 2/1 e	119.27	7.3
CS (CH) Int & Dvd Focus Yield CHF UB	CHF 2/1 e	107.60	3.8
CS (CH) Int&DvdfocusGrowth CHF UB	CHF 2/1 e	130.36	9.1
CS (CH) Privilege 20 CHF IA	CHF 1/1 e	1013.99	0.7
CS (CH) Privilege 20 CHF UB	CHF 1/1 e	1071.59	0.9
CS (CH) Privilege 35 CHF UB	CHF 1/1 e	110.78	3.5
CS (CH) Privilege 45 CHF UB	CHF 1/1 e	126.90	4.8
CS (Lux) Global High Income USD UB	USD 1/1 e	187.83	7.3
CS (Lux) Portf. Fd Bal USD UB	USD 1/1 e	141.42	5.3
CS (Lux) Portfolio Fonds Bal CHF UB	CHF 2/1 e	124.87	5.3
CS (Lux) Portfolio Fonds Bal EUR UB	EUR 2/1 e	122.08	5.5
CS (Lux) Portfolio Fund Grwth CHF UB	CHF 2/1 e	138.52	7.6
CS (Lux) Portfolio Fund Grwth EUR UB	EUR 2/1 e	130.84	8.3
CS (Lux) Portfolio Fund Grwth USD UB	USD 2/1 e	154.51	7.5
CS (Lux) Portfolio Fund Yld CHF UB	CHF 2/1 e	113.96	3.2
CS (Lux) Portfolio Fund Yld EUR UB	EUR 2/1 e	114.41	3.2
CS (Lux) Portfolio Fund Yld USD UB	USD 2/1 e	128.35	2.7
CS (Lux) Sys Index Fd Growth CHF UB	CHF 2/1 e	134.70	9.0
CS (Lux) Sys Index Fd Yield CHF UB	CHF 2/1 e	112.23	3.9
CS (Lux) Syst Index Fd Bal CHF UB	CHF 2/1 e	122.26	6.2

**Immobilienfonds**

Credit Suisse Ia Immo PK	CHF 5/5 e	1310.00	-3.3
CS Real Estate Fund International	CHF 5/5 e	1110.07	6.7
CS Real Estate Fund LogisticsPlus	CHF 5/5 e	143.40	-4.4
CS REF Green Property	CHF 5/5 e	170.00	0.6
CS REF Hospitality	CHF 5/5 e	73.85	0.9
CS REF Interswiss	CHF 5/5 e	208.50	-2.6
CS REF LivingPlus	CHF 5/5 e	168.40	-1.3
CS REF Start	CHF 5/5 e	238.20	2.2

**Alternative Investments**

CS (Lux) Capital Allocation UB EUR	USD 1/1 e	124.09	5.9
CS (Lux) Prima Multi-Strat. B EUR	EUR 2/1 e	104.17	0.7
CS (Lux) S&M Cap Alpha L/S B	EUR 2/1 e	175.29	0.5
CS Comm. Fd Plus (CH) USD BH CHF	CHF 2/1 e	111.66	17.7

**Andere Fonds**

CS (CH) Swiss Real Estate Sec Fd A	CHF 2/1 e	19.54	2.6
CS (Lux) Com Idx PI USD Fd B	USD 2/1 e	60.21	18.2
CS (Lux) CommodityAllocation B	USD 2/1 e	64.23	18.6
CS (Lux) Conv.Int. Bd Fd A CHF	CHF 2/1 e	295.35	4.0

**de Pury Pictet Turrettini & Cie S.A.**  
Tel. +41 43 466 77 30, www.ppt.ch

**Aktienfonds**

EIC Energy Infras. Fund A CHF	CHF 2/1 e	114.35	5.4
EIC Energy Infras. Fund A EUR	EUR 2/1 e	102.12	4.1
EIC Energy Infras. Fund I CHF	CHF 2/1 e	1563.86	6.2
EIC Energy Infras. Fund I EUR			



SCHWEIZ: SWISS-MARKET-INDEX (SMI)

Table with columns: 52 Wochen, Schluss, Vol. in Stück, Schluss, %, % 2021, % 1 Jahr, % 3 Jahre, % 5 Jahre, letzte gez. Div., GV, erwartete Div., KGV, KVB, MarktKap. in Mio. Lists various companies like ABB, Alcon, Credit Suisse, etc.

SMI: -0.55%

SCHWEIZ: SPI

Table with columns: 52 Wochen, Schluss, %, % 2021, % 1 Jahr, % 3 Jahre, % 5 Jahre, letzte gez. Div., GV, erwartete Div., KGV, KVB, MarktKap. in Mio. Lists various companies like Achiko Ltd, Adex Therapeutics, etc.

SPI: -0.42%

Table with columns: 52 Wochen, Schluss, %, % 2021, % 1 Jahr, % 3 Jahre, % 5 Jahre, letzte gez. Div., GV, erwartete Div., KGV, KVB, MarktKap. in Mio. Lists various companies like Kühne + Nagel, Kuros Biosci, etc.

ROHWAREN

Table with columns: 52 Wochen, Schluss, %, % 2021, % 1 Jahr, % 3 Jahre, % 5 Jahre, letzte gez. Div., GV, erwartete Div., KGV, KVB, MarktKap. in Mio. Lists commodities like TRJ CRB, GSCI Total R, LME.

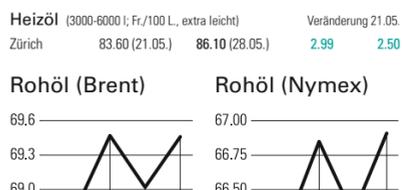


Table for Edelmetalle Zürich listing prices for Gold, Silber, Platin, Palladium, and other metals.

Table for Rohwaren listing prices for Baumwolle, Kaffee, Kakao, Mais, etc.

GELD- & KAPITALMARKTDATEN

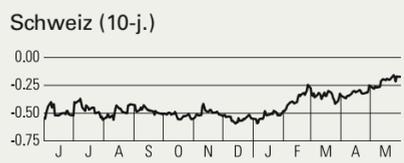


Table for Zürcher Devisen und Noten listing exchange rates for various currencies like Euro, Dollar, Yen, etc.

Table for Benchmark-Anleihen (10 Jahre) listing interest rates for various countries like Deutschland, Frankreich, etc.

Table for Swiss-Bond-Index showing index values over time.

Table for Swiss Reference Rates listing rates for Swiss Average Rate ON, SN, TN.

SCHWEIZER OBLIGATIONEN IN FRANKEN

Table listing Swiss bonds in Francs with columns for 52 Wochen, Fällig-keit, Schluss, Rend., etc.

Table listing Swiss bonds in Francs with columns for 52 Wochen, Fällig-keit, Schluss, Rend., etc.

INDIZES

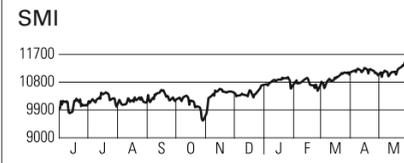


Table for Europa, Amerika, Asien und Afrika listing various market indices and their values.

EURO STOXX 600 (Auswahl)

Table listing selected Euro Stoxx 600 companies and their performance metrics.

Table listing selected Euro Stoxx 600 companies and their performance metrics.

ANLAGEFONDS

Table listing various investment funds like Pensionsfonds, Immobilienfonds, etc.

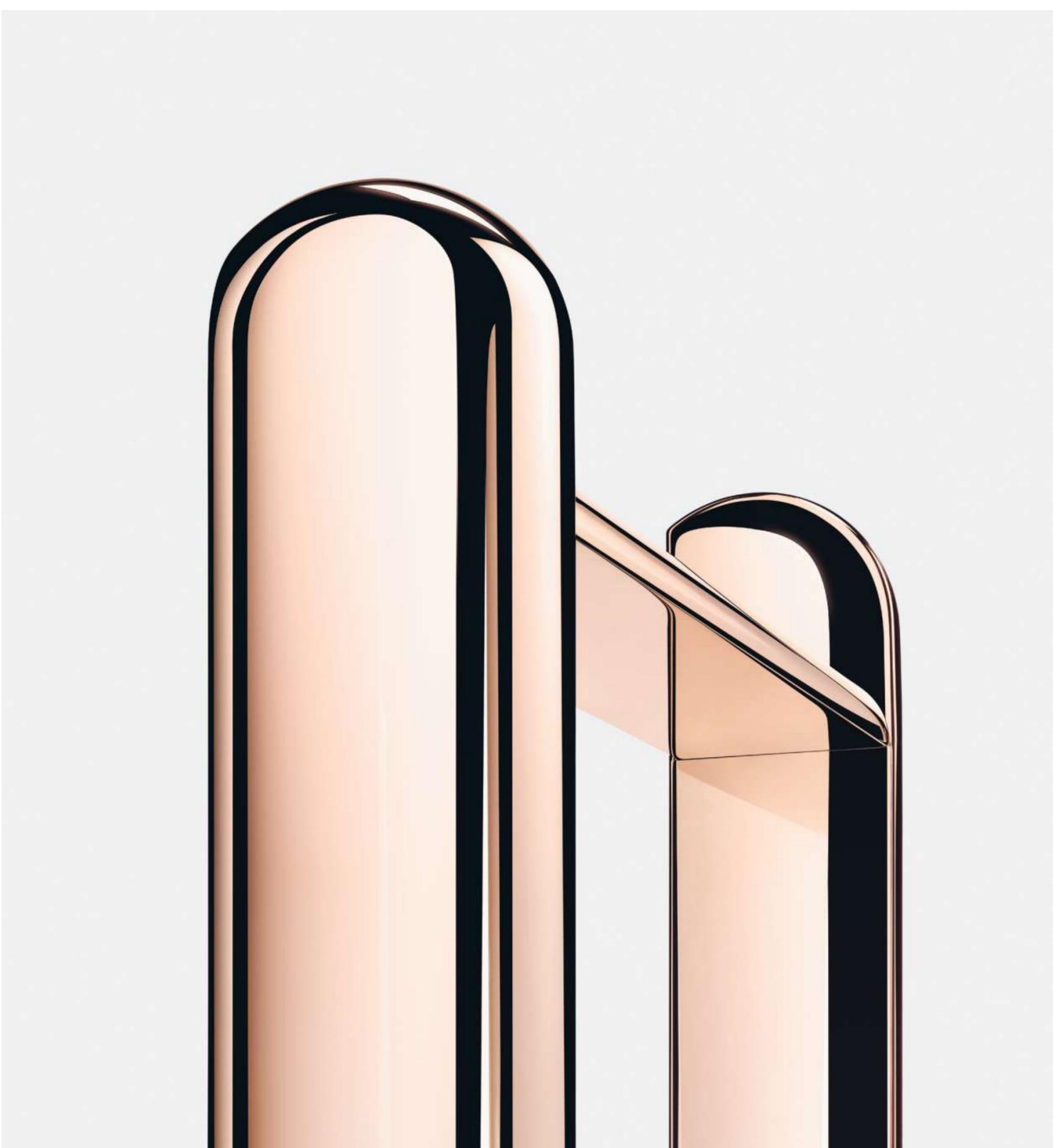
Table listing various investment funds like Aktienfonds, Anlagensonderfonds, etc.

Swiss Fund Data AG in Zusammenarbeit mit der SIX Financial Information AG sowie mit NZZZO

Table listing Swiss funds with columns for Fondsname, Rechnungswährung, etc.

ANZEIGE

Advertisement for Zurich Invest AG and Wyss & Partner AG, listing various financial services and contact information.





**TANK**  
*Cartier*

# «Ich bin aktuell vielleicht erfolgreich, aber habe ich es deshalb geschafft?»

*Einst war er Türsteher im Kaufleuten in Zürich, heute zählt er zu den erfolgreichsten Schweizer Künstlern auf dem internationalen Parkett: Urs Fischer liebt und lebt den amerikanischen Traum. Zugleich hat er sich eine gesunde Skepsis bewahrt. Ein Gespräch mit René Scheu und Michael Gotthelf über Krypto-Kunst, Woke-Sein – und die NZZ*



In Urs Fischers Augen hat es geschafft, wer glücklich ist – und der kleinste Erfolg kann da bereits genügen.

CHAD MOORE

*Urs, wie geht es dir?*

Gut. Die Welt wird wieder offener, dann macht das Leben wieder mehr Spass.

*Du hast mit der Unterzeichnung des Vertrags bis zum letzten Moment zugewartet. Hier an der Falkenstrasse herrschte derweil der Ausnahmezustand. Das wunderbare Kunst-Zeitungs-Projekt stand auf der Kippe...*

... Schaut, eigentlich brauche ich keinen Vertrag. Wenn ich sage, dass ich es mache, dann mache ich es.

*Nun ist zum Glück alles unter Dach und Fach. Die Lage hier hat sich merklich entspannt.*

Schön. Freut mich. Leider kann ich aber nicht physisch nach Zürich kommen. Auf einem Trip nach Hawaii hat sich eine ganze Flasche Handdesinfektionsmittel in meinen Pass ergossen. Die Stempel sind verschwommen, der Pass ist nicht mehr zu gebrauchen.

*Hast du dich von New York zugeschaltet?*  
Jawohl. Und nächste Woche fliege ich wieder nach Los Angeles.

*Du bist ein West- und Ostküsten-Künstler. Warum eigentlich?*

Ach, das hat familiäre Gründe. Eine Tochter wohnt in New York, eine in Los Angeles. Mein Studio ist in New York. In Los Angeles arbeite ich für mich alleine. Das ist auch einmal schön.

*Der Kunsttheoretiker Boris Groys hat gesagt: Kunst ist, was im Museum steht.*

*Und die Wirklichkeit, das ist, was noch nicht Kunst geworden ist. Bist du einverstanden?*

So kann man es sehen. Aber man muss es nicht so sehen – es gibt immer verschiedene Möglichkeiten, so etwas zu sehen.

*Ist die Groyssche Definition von Kunst überzeugend oder nicht?*

Ich würde es so sagen: Wenn das die einzige Definition wäre, dann würde die Welt kleiner, zu klein. Ich überlege mir bis heute, was das eigentlich ist, Kunst, Künstler-Sein. Damit wirst du nicht fertig. Einiges lässt sich verstehen, anderes nicht. Einiges ergibt Sinn, anderes ergibt plötzlich keinen Sinn mehr. Versteht ihr?

*Natürlich. Aber wenn du es nicht weisst, wer weiss es dann?*

Kunst ist ein Rahmen, ein Kontext. Und Kunst ist älter als das Museum – es gab Kunst, bevor es Museen gab. Museen sind auch entstanden, um Kunst zu kategorisieren, einzuordnen. Die Kategorisierung, die wir heute verwenden, stammt grösstenteils aus dem Ende des 19. Jahrhunderts. Aber das ist nicht mein Ding.

*Du passt nicht in Kategorien?*

Nichts passt in Kategorien. Im chinesisch-koreanischen Kontext ist Schreiben, Malen und Dichten eins. Wir hingegen unterscheiden und sagen: Das ist Malerei, das ist Skulptur, das ist dieses, und dieses ist jenes. Diese Einteilungen sind willkürlich und fix. Mir behagt das Flü-

«Wer sagt denn, dass alles, was im Museum steht, Kunst ist? Ich bin ein grosser Fan von Volkskunst, und die wird nicht ausgestellt.»



sige. Wer sagt denn, dass alles, was im Museum steht, Kunst ist? Ich bin ein grosser Fan von Volkskunst, und die wird nicht ausgestellt.

*Hm. Wir wissen also nicht, was Kunst ist. Dennoch bist du ein Künstler. Das ist es, was alle über dich sagen. Also könnten wir folgern: Kunst ist, was ein Künstler macht. Besser so?*

Aus persönlicher Sicht würde ich sagen: Ich kenne Leute, die Kunst machen, und zu diesen Leuten zähle ich mich selbst. Aber das ist nicht objektiv, also richtig oder falsch. Das ist meine Sicht. Und dann gibt's die Meister. Das sind Leute, die exemplarisch für das stehen, was sie ein ganzes Leben lang gemacht haben, die das personifizieren. Die leisten einen Beitrag für das Kollektiv, indem sie den Blick des Publikums für immer verändern.

*Wen hast du hier genau im Kopf?*

Zum Beispiel Turrell. Seine Kunst wird immer genauer, gefasster. Oder David Hockney. Er hat unseren Blick verändert. Und er hat 80 Jahre Leben gebraucht, um seine Kunst zu formen. Da geht's eben nicht nur um eine Haltung, da geht's um ein ganzes Leben.

*Sind wir nun unversehens bei der Genieästhetik gelandet – es ist zuletzt das genialische Künstler-Subjekt, das durch sein Tun definiert, was Kunst ist?*

Ja und nein. Natürlich haben wir es irgendwie immer mit diesem Fetischismus zu tun. Es gibt ein Label, eine

Signatur. Aber es gibt auch das Kollektivbild, an dem viele unbekannte Künstler mitwirken. Zum Beispiel Street-Art, die du bis zur Höhlenmalerei zurückverfolgen kannst. Hier ist etwas Kunst, weil es zu diesem Kollektivbild gehört. So funktioniert Instagram. Das ist ein geiles Kollektivbild, eine Art kollektives Unterbewusstsein, das ähnliche Formen ganz unterschiedlicher Leute reproduziert.

*Wo siehst du dich selbst im Kontext der Gegenwartskunst?*

Hey, keine Ahnung. Ich habe mir das nie überlegt. Das ist irrelevant.

*Dann andersherum: Wann hast du angefangen mit Kunst?*

Das haben wir ja alle gemacht, als wir klein waren, Kunst. Du interagierst mit der Welt, indem du zu zeichnen, aufzuzeichnen beginnst. Und einige Menschen hören im Gegensatz zu anderen damit nie mehr auf. So geht's immer weiter. Wenn du zu denen gehörst, die nicht mehr aufhören können, dann willst du alles immer noch genauer und richtiger ausführen. So war ich.

*Woran erinnerst du dich genau?*

An die Zeichnung eines Bienchens, die ich wahrscheinlich so mit neun Jahren angefertigt habe. Die Zeichnung ist wahnsinnig verkrampt. Ich war aber so stolz darauf, dass die Biene wie echt aussah.

*Der Fotorealismus als Ursprung deines Schaffens?*

Das hat sich einfach so ergeben. Und ich habe mich mit elf, zwölf auch tatsächlich für Fotografie interessiert. Aber dann kam wieder eine andere Phase. Und so ging das weiter.

*Kunst beginnt mit der Hand, mit dem Händischen.*

Der menschliche Fokus geschieht über die Korrelation von Kopf und Hand. Die ganze Menschheitsgeschichte liegt in diesem kleinen Ausschnitt. Deshalb ist das Denken manchmal auch so eng und schmal. Aber ja, ich sehe, was ihr meint. Der Künstler gestaltet, und er hat so die Möglichkeit, seine Welt ein wenig zu kontrollieren. Also seine eigene Welt, die er schafft.

*Sind Künstler Kontrollfreaks?*

Ich weiss es nicht. Je länger, je mehr versuche ich, mich von solchen Antworten fernzuhalten. Ich lasse das lieber einmal so stehen.

*Ab wann konntest du von der Kunst leben?*

Hm, lasst mich nachdenken. So als ich 24 Jahre alt war.

*Wie hast du zuvor deine Brötchen verdient?*

Ich war in Ausbildung. Jeder Job hat ja etwas mit einer Waage zu tun: Nervt er irgendwann mehr, als er Freude bringt, ist es höchste Zeit, etwas Neues zu probieren. Ich habe alles Mögliche gemacht, von Gartenbau bis Bühnenbau. Dann habe ich irgendwann auch Filmsets gebaut. Ich war Studio-Manager von Tele Zürich – das Chaos, die Egos, die da herumschwirrten, da hab ich viel gelernt. Ich habe Partys veranstaltet, das Nacht-leben organisiert . . .

*. . . Du warst auch Türsteher, haben wir erfahren.*

Ja, stimmt. Zuerst beim Kaulfleuten, das war intensiv. Ich habe in all diesen Jahren viel Handwerk gelernt und viel über den Menschen. Manche mit einem kleinen Job haben das grosse Glück, manche mit einem grossen Job sind unglücklich.

*Warum bist du in die USA ausgewandert?*

Als Teenager in Zürich hatte ich zusammen mit einem Freund, der auch Türsteher war, immer diese Phantasie: Ich muss weggehen, weg vom Mittelalterlich-Monokulturell-Europäischen, weg von den Wurzeln, ans Ende der Zivilisation, dahin, wo alles neu ist. Ich war damals fasziniert von der Populärkultur, von den amerikanischen Filmen, von dem Freiheitsgefühl, das sie vermittelten.

*Zum Beispiel von «Wild at Heart»?*

Auch davon – das ist ein künstlerischer Film. David Lynch ist anspruchsvoll, wie Martin Scorsese. Noch mehr angeht er mich jedoch von einfachen, rauen Actionfilmen mit Sylvester Stallone oder Arnold Schwarzenegger. Stallone, noch mehr als Schwarzenegger, hat eine neue Figur kreiert: den Working-Class-Hero. Nimm «First Blood», den ersten «Rambo»-Film, «low budget», der Typ kommt von unten. Oder Steven Spielberg. Es gibt in seinen Filmen die Suburbs, die Vororte, die Agglo, wie die Leute – und die Kinder – da leben. Da wurde ein neuer Raum geschaffen, frei, rau, noch zu bauen, und dieser Raum hat Eindruck gemacht auf mich. In einem solchen Raum wollte ich leben.

*Haben sich deine Träume in den USA erfüllt?*

Träume sollen sich nie erfüllen. Sonst sind es keine Träume mehr. Ich denke, ich war 1993 das erste Mal in den USA. Und irgendwann habe ich zwischen Los Angeles und New York zu switchen begonnen. Die jungen Überambitionierten gingen alle nach New York. Das hat mich genervt. Aber ich habe mich auf meine Kunst fokussiert, dann war es für mich okay. Es ist immer noch die Stadt, in der am meisten läuft, in der es den besten Austausch gibt, in der du eine Tiefe von Leuten jeder Generation hast, in der du die höchste Dichte hast. In Kalifornien ist der kulturelle Humus hingegen dünn, das muss man schon sagen.

*Und der Weg zurück in die Schweiz ist für dich keine Option?*

Ich überlege mir das nie. Ich bin kein Helvetozentriker. Meine Kinder sind Amerikaner, ich habe ein amerikanisches Leben. Also, natürlich, ich bin immer der Europäer in Amerika, aber ich bin jetzt hier.

*In der Kunst tut sich gerade einiges, nicht nur in den USA. Das Stichwort lautet: Non-Fungible-Token, NFT, also Krypto-Kunst. Wie stehst du dazu?*

Ist das alles so neu? Ich bin mir nicht sicher. NFT-Kunst funktioniert am Ende des Tages nach den gleichen Prinzipien wie analoge Kunst. Du hast das Kollektivbild, also, was weiss ich, sexy Roboter oder Sonnenuntergänge. Und dann hast du die einzelnen Figuren wie Bepple. Die sind sehr vernetzt, die sind schon lange dran. Dann kennt man sie irgendwann oder glaubt, sie zu kennen. So funktioniert dieser Markt für Krypto-Kunst. Und so funktioniert auch der gute alte Kunstmarkt.

*Machst du da mit?*

Klar, wir sind voll dabei. Du hast in dieser Welt keine Körperschaft, aber ein mathematisches Gefäss. Du kannst ein File definieren durch die Blockchain. Du kannst die Kunst erst einmal nicht materialisieren, aber fassen.

*Aber diese Art der digitalen Kunst verändert doch die Kunstproduktion.*

Nein, nicht unbedingt. Das ist einfach ein neues Medium, aber die Kunst, die Kunst ist dieselbe.

*Marshall McLuhan meinte einst: «The medium is the message.»*

Das stimmt schon nicht mehr. Heute gilt: The context is the message.

*Was meinst du damit?*

Zum Beispiel: Wir sitzen hier, drei mittelalterliche Männer, und quatschen, erklären die Welt.

*Wieso auch nicht?*

Das ist eine bestimmte Situation, eine bestimmte Konstellation.

*Klar. Lass uns hier einhaken und weiterdenken, denn das ist ja ein Thema, das die Medien noch so gerne vor- und rückwärts buchstabieren. Bist du «woke»?*

Nein, ich bin weder noch, ich interessiere mich für alles, für alle. Was im Moment geschieht, ist sehr faszinierend.

*Ja, was geschieht denn?*

Ich kann das nur persönlich schildern, aus amerikanischer Warte. Es gibt den amerikanischen Traum, das ist der grosse Traum der westlichen Welt. Was ich jetzt sehe, ist, dass dieser Traum weiterhin am Leben ist, sogar mehr denn je. Aber es sind nicht mehr nur jene, die ihn leben, die senden. Es schallt zurück aus allen möglichen Peripherien. Wir haben eine Kakophonie. Und ich finde das eigentlich ganz gut.

*Natürlich – heute sind alle Absender. Dagegen ist auch nichts einzuwenden. Zugleich gibt es eine Häufung militanter Stimmen, die schreien, anklagen, diffamieren.*

Klar. Es gibt Irritanz und Militanz. Das gibt es immer, rechts, links, oben, unten, hinten, vorne. Das ist immer so, aber das inspiriert mich nicht. Die Gedanken über Chancengleichheit hingegen finde ich richtig. Und auch die Überlegungen zur Gender-Gerechtigkeit. Viel vom alten Mief ist weg . . .

*. . . Stattdessen kommt ein neuer Mief, ein neuer moralischer Puritanismus. Soll der wirklich besser sein?*

Mal schauen. Vieles löst sich auf. Ich finde das cool, ich habe Freude daran. Echt. Wenn sich Gedanken öffnen, wenn Kategorien aufgebrochen werden, dann ist das am Ende etwas Gutes. Als mittelalterliche Männer haben wir ja immer das Gefühl, dass wir etwas darstellen, dass wir etwas sein müssen. Aber das ist nicht der interessanteste Teil des Lebens. Oft stehen wir uns selbst im Weg. Wenn kommende Generationen nicht mehr das Gefühl haben, irgendeinem Idealbild entsprechen zu müssen, dann unterstütze ich das.

*Der Fortschritt kann jederzeit sofort in Rückschritt umschlagen, wenn die Puritaner aller Couleur das Kommando übernehmen – dann geht's nicht mehr um die Vielfalt der Lebensstile, sondern um Konformismus.*

Ich bleibe Optimist. Wenn ich schaue, was sich seit meinen Grosseltern verändert, das heisst: verbessert hat, nun, dann sage ich mir: Von mir zu meinen Kindern verbessert sich auch gerade sehr viel, ich muss es nur akzeptieren. Das menschliche Verhalten wandelt sich ständig,

«Ich gebe allem Raum, alles hat Platz, ich schliesse nichts aus. Ich meine damit, dass ich Rechenschaft darüber ablege, was meine Erfahrung auf diesem Planeten ist.»

besser, dann kam wieder viel Senf, dann die Pandemie. Dein Leben geht drunter und drüber, da ist kein additives Wachstum, keine Verlässlichkeit, keine geplanten Biografien.

*Das Leben ist eine Achterbahn.*

Das Leben ist realistisch geworden.

*Verstehst du denn diese neue Welt?*

Nicht wirklich. Aber ich weiss, dass es sie gibt. Ich nehme sie an. Und ich reflektiere konstant auf das, was ich tue. Ich gebe allem Raum, alles hat Platz, ich schliesse nichts aus. Ich meine damit nicht, dass ich narzisstisch auf mich selbst fixiert bin. Ich meine eher, dass ich Rechenschaft darüber ablege, was meine Erfahrung auf diesem Planeten ist.

*Woher beziehst du deine Einflüsse – aus dem Fernsehen, den Zeitungen, den sozialen Netzwerken?*

Nie aus dem Fernsehen. Niemand schaut hier mehr fern, alle streamen. Klassische Medien: manchmal. Es gibt zu viele Meinungen und zu wenig verlässliche Facts. Das gilt sogar für den «Economist», den ich eigentlich mag. Die Medien vermitteln kein Bild mehr, man weiss nicht mehr, was läuft. Ausser man liest fünf, sechs Titel gleichzeitig – aber dafür fehlt mir die Zeit.

*Woher beziehst du deine Fakten?*

Schwierig. Von den Leuten, mit denen ich rede.

*Kennst du die NZZ aus den frühen Schweizer Tagen?*

Klar. Mein Grossvater hat jeweils die «NZZ mit» gekauft, also die NZZ, und darin versteckt: den «Blick». Den «Blick» hat er beim Kaffee zuerst gelesen. Die NZZ war mehr das Dessert.

*War dir die NZZ für dein Verständnis damals zu sehr Establishment?*

Sie hatte früher ein anderes Image als heute, sie war sehr akademisch. Die Leser waren akademisch oder Möchtegern-Akademiker, Kulturbürger. Was wir ja hier gerade machen, ist ziemlich frisch. Früher war sie eher verstaubt. Der «Tagi» war viel mehr eine Zeitung. Heute hat der «Tagi» viel an Gravität verloren. Dafür ist die NZZ eine echte Zeitung geworden.

*Du meinst: ein lebendiges journalistisches Produkt?*

Genau. So verstehe ich das von aussen. Wenn ich heute eine NZZ in die Hand nehme, finde ich – wow! Das ist nicht mehr bürgerlich im alten Stil. Die neue Bourgeoisie sind die Hipster. Die haben heute dieselben Bedenken bezüglich Werterhaltung wie die Bourgeois damals, finanziell, moralisch. Aber sie leben heute halt in der Stadt, und sie leben vielleicht etwas gesünder.

*Die NZZ als Hipster-Zeitung – nicht schlecht! Gehörst du selbst nicht längst zum kulturellen Establishment der amerikanischen Westküste? Gibs zu, du hast es geschafft.*

Was geschafft? Was heisst geschafft?

*Du bist ein etablierter, angesehener Künstler, jedenfalls in der Aussenwahrnehmung. Deine Werke verkaufen sich für hohe Beträge, du hast Einzelausstellungen an den besten Adressen.*

Ja, gut, okay, das lässt sich kaum bestreiten. Aber habe ich es deshalb geschafft? Erfolg ist eine dynamische Position. Das heisst: Es ist eine Folge von etwas, nicht das Ziel. Und es ist ein temporärer Zustand. Ich bin derzeit vielleicht erfolgreich, aber ich habe es deshalb nicht geschafft. Geschafft hast du es, wenn du rundum glücklich bist.

*Bist du wenigstens halbwegs glücklich?*

Immer glücklicher. Mein Leben ist okay, ich habe damit kein Problem. Ich lebe gerne in einem Land, in dem Erfolg nicht als Bedrohung für die eigene Integrität wahrgenommen wird. Und Normalität ist hier kein Wert an sich, anders als in der Schweiz.

*Wie meinst du das – kommt nun das Schweiz-Bashing?*

Nein, das nicht. Aber ich bin in der Schweiz mit diesem Bild aufgewachsen: Wir in der Deutschschweiz, wir sind normal. Wir sind die Norm. Das ist falsch, denn natürlich ist alles normal, auch das Abnormale. Würde man die Deutschschweizer Kultur personifizieren, ich

denke, sie wäre ein bisschen exzentrisch, ein bisschen rechthaberisch, ein bisschen intolerant, sie würde oszillieren. Insofern wäre sie schon auch okay. Aber sie hat ein Problem mit allem, was auf einer anderen Frequenz oszilliert. Versteht ihr?

*Wir verstehen: Herr und Frau Deutschschweizer sind eingemittelt. Sie meiden alles Extreme, sie lassen die Kirche im Dorf, wie wir ja gerne sagen.*

Genau. Und das ist hier eben anders. Dieses Andere ist angenehm. Das bietet gute Arbeitsbedingungen.

*Du sprichst fast wie ein Liberaler. Du liebst Freiheit und Erfolg, und du magst keinen Neid.*

Nennt es, wie ihr wollt. Neid ist schlecht. Ärger ist okay, aber Neid ist schlecht.

*Du hast ja eine Skulptur für die NZZ angefertigt: ein Huhn mit dem goldenen Ei auf dem Kopf. Wir tun jetzt einmal, was man nicht tun dürfte. Wir fragen dich, den Schöpfer – was war die Idee hinter dem Kunstwerk?*

Ach, das Vögelchen? Ich zeichne seit vielen Jahren immer so ein Vöglein, das geht mir nach. Aber Idee? Das ist keine Idee, das ist ein Bild. Bilder sind mehr als Ideen oder Worte.

*Wir haben es gewusst!*

Ja, gut, was ist das für ein Bild? Es ist ein Balanceakt: ein Ei auf dem Kopf. Du kannst hineininterpretieren, was immer du willst.

*Und du würdest sagen: Du malst gerne diese Tierchen, du hast eins gemalt, du hast es dir angeschaut und gefunden: Doch, das passt.*

Genau so.

*Deine Zeichnungen für die Zeitungen sind stark.*

Danke. Da sind zwei, drei Motive über Zürich drin. Ja, ich denke, das hat was.

*Du machst die Zeitung zum Wunderwerk, als das sie einmal empfunden wurde.*

Schön, wenn es gelingt.

*Eine Zeitung in Dunkelblau – das ist ein Novum in der 240-jährigen Geschichte der NZZ.*

Es ist gar nicht so radikal. Du gewöhnst dich schnell daran, du kannst es gut lesen.

*Du hast dir also gesagt: Warum immer Schwarz-Weiss?*

Ja. In Italien gab es doch immer diese Zeitungen mit den schrägsten Farben.

*Die «Gazzetta dello Sport» zum Beispiel. Rosa.*

Das sind superschöne Zeitungen. Diese Pastelltöne – plötzlich wirken Zeitungen freundlicher.

*Du liebst die Zeitung.*

Sie ist ein wunderbares Objekt. Und es ist ja unglaublich, wie viele solcher Objekte jeden Tag an so viele tausend Leute geschickt werden. Und sie kommen an. Vielleicht ist dies das Businessmodell für die Printzeitungen der Zukunft: ein Zustellservice für Amazon.

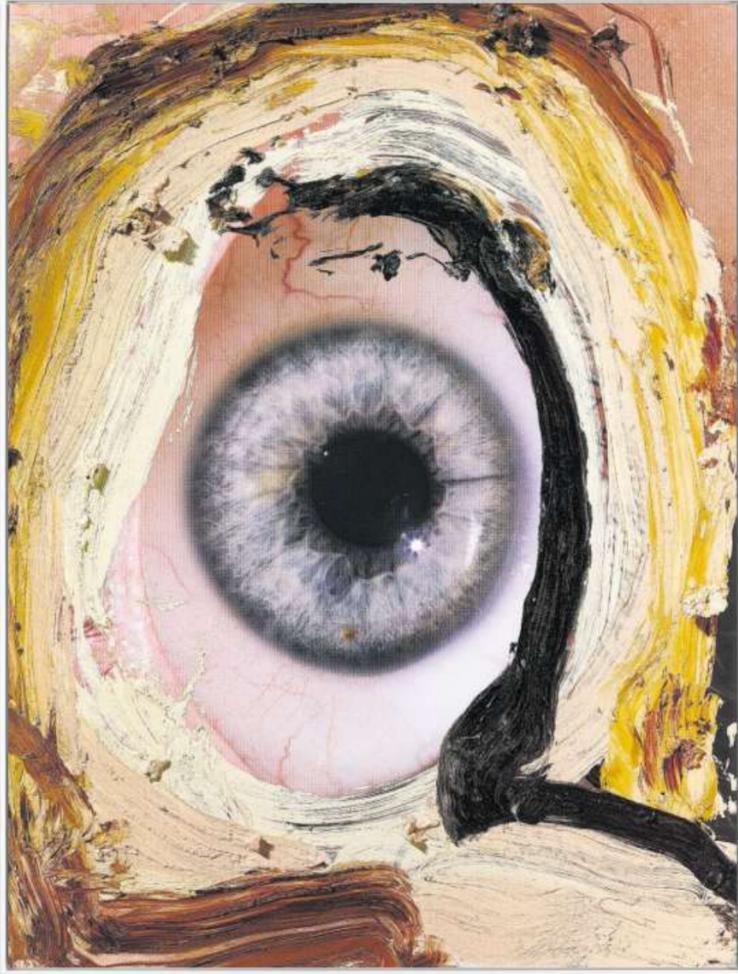
ANZEIGE

A\*



12.6.–26.9.2021  
Schweizer Skulptur seit 1945

\*Aargauer Kunsthaus  
Aargauerplatz, CH-5001 Aarau  
Di–So 10–17 Uhr Do 10–20 Uhr  
www.aargauerkunsthaus.ch



«Flying Moon», 2019.

ULRICH GHEZZI / URS FISCHER, GAGOSIAN



«Roll-Play», 2019 (Edition 1 of 2 &amp; 1 AP).

STEFAN ALTENBURGER PHOTOGRAPHY Z / URS FISCHER, GAGOSIAN

## «Es ist mein Multi-alles-New-York»

Urs Fischer lebt am Hudson River – manchmal auch am Pazifik. Wie riecht die neue Welt für den gebürtigen Zürcher?

SARAH PINES, NEW YORK

Stadt ohne müdes Gähnen, Stadt der Lichter, mehr Lichter, als es Menschen gibt. Urs Fischer schaut gerade aus der Ferne auf New York, wo er seit 2003 lebt. Er hat die Stadt wieder einmal in einer Anwendung von Fernweh verlasen. Hierher nach Los Angeles komme er oft, ja, sagt er. Er brauche diese Abstände, den Ausgleich zwischen den Welten. Seine Kinder liebten es in Kalifornien auch, sagt Fischer über Zoom und fährt sich durchs kurze Haar.

In L. A. ist es jetzt früh am Morgen. Dickblättrige Pflanzen, Agaven vielleicht, wachsen an den Gartentisch heran, an dem Fischer sitzt. In der Nähe rührt seine Tochter Nutella in ihre Cornflakes. In L. A. lebt Urs Fischer nahe der Downtown. In New York ist er vor kurzem nach Brooklyn gezogen. «Ja, das ist schon etwas anderes», sagt der Zürcher Künstler lachend, «nach all den Jahren im East Village, im Südosten Manhattans. Ruhig, nachbarschaftlich. Gut für die Kinder.»

Jetzt gerade ist in New York Frühling, die Zeit, in der die Luft beginnt, anders zu riechen, milder und nach Blättern. Vom Hudson River und vom East River wehen Brisen herüber; die ersten Klimaanlagen werden eingeschaltet, und kalte Luft sprüht aus Türen auf den warmen Asphalt. Wo er am allermeisten zu Hause sei? «Na, im East Village», sagt Fischer. Da sei New York noch, wie es sein sollte: voll, laut, prekär und reich zugleich.

«Es ist mein Multi-alles-New-York.» Das East Village ist für Fischer seit dem Umzug zwar ein Stück vergangene Welt, nicht aber vergessene Zeit: verdreckte Strassen, saubere Kirchenvorplätze, puerto-ricanische Gemüseläden, koschere Lebensmittelläden, chinesische Imbisse, Cafés, Buchgeschäfte. Das ukrainische Restaurant Veselka gibt in kleinen Schüsseln roten Borschtsch aus, dazu Blini, das ganze Jahr über.

An einer Strassenecke nahe Astor Place steht ein Bettler, an einem Fuss trägt er einen schwarzen, auf Hochglanz polierten Lackschuh, der andere Fuss ist nackt, dunkelrot und geschwollen. Huld-

voll hält er Passanten einen Pappbecher entgegen. Der Unrat in den Strassen kümmert hier, wie insgesamt in Manhattan, niemanden. Eisengitter umschliessen die Fenster unterer Stockwerke, dazwischen immer wieder Fragmente von Slums mit zu Vorhängen umfunktionierten Blusen in den Fenstern. Eine Hutverkäuferin hat schwedische Vorfahren. Davon will sie nicht reden, sie will lieber ihre Hüte herzeigen.

«Mein Alltag? Ruhig»

In Manhattan ist die alte Welt eine Ewigkeit her, kaum mehr der Rede wert. Auch für Urs Fischer. Nach Europa, nach Amsterdam, London, Berlin, ist er in Brooklyn oder eben in Kalifornien gelandet. Sein Leben ist gelassen und losgelöst vom Getöse der Rushhour, nimmt seinen Gang. «Mein Alltag? Ruhig. Ich gehe zum Studio», sagt Fischer. «Und ich gehe nach Hause. Ich gehe spazieren und beschaue die Stadt.»

Boote, Piers, Schiffe umgeben Manhattan, das Tor zur Welt verläuft über das Wasser. L. A. hingegen öffnet sich gen Wüste. In Fischers Studio in Brooklyn ist es, als träfen sich die lichte Sommerwelt von L. A. und die gröbere Backstein-Atmosphäre von New York. Pflanzen stehen da in Kübeln, auf den Böden liegen grosse Teppiche, Farben und Materialien lagern auf schmalen Tischen, die ineinander übergehenden Raumabschnitte sind bestückt mit gut geformten Designermöbeln, Kunstwerken, fertig und unfertig. Draussen im Innenhof – auch hier Sofas und Sitzgelegenheiten – schwappt glitzernd das Wasser in einem Pool; drinnen fällt Licht, viel Licht, aus Dachfenstern herein.

Da kommt einem Aldous Huxley in den Sinn, der in «Die Pforten der Wahrnehmung» (1954) einen Meskalin-Trip beschrieb. Er hatte ihn unter Aufsicht eines befreundeten Arztes an einem Sommernachmittag in West Hollywood erlebt: Huxley nahm die ihn umgebenden Objekte plötzlich fein und detailliert wahr – die kleinsten Verzweigungen von Fusseln und Fasern seiner Hosen, Rostflo-



«Die Gesellschaft mit ihren politischen oder sozialen Spaltungen liegt nun, da Trubel und Touristen ausbleiben, blank da.»

cken, abblätternde Farbsplitter an einem Gartenstuhl aus Metall, Melierungen alter Wasserflecken auf einer Glasvase.

Ja, er sehe die Welt, die ihn umgibt, immer ganz genau, sagt Urs Fischer: all die Menschen, nachts andere als frühmorgens, als mittags oder am Nachmittag; er könne gar nicht anders. In Brooklyn wie auch in Manhattan ist Fischer Flaneur, als Künstler weitgehend losgelöst von Alltag und Trott, er fährt viel Fahrrad – gerne auch schnell zwischen den Autos hindurch. Musik tönt nach, wenn er einen Block verlässt, in ein anderes Quartier einfährt, afrikanische Trommeln, Salsa, dann wieder die Radiostimmen von CNBC. Lieblingsorte? Habe er nicht wirklich in New York. Alles sei schön – auf seine Weise.

In New York sei nichts verboten und nichts ohne Regel, sagt Fischer. Vor allem nicht in der Kunst. Denn die Kunst, das ist das grosse Schauspiel der Stadt. Nirgendwo ist die Ambition so hoch, der Druck so gross, das Geld so sehr vorhanden. Damit die Kunstwelt funktioniert, so sieht es Fischer, braucht es die für New York so typische «obere Erdschicht» von Kunstinteressierten.

Sie ist eine Sedimentierung der letzten hundert Jahre. Und sie generiert in New York diese Fruchtbarkeit der Kunstwelt. Ferner braucht es auch Sammler. Und in New York ist Geld die gegebene Sache. Daher hält Fischer nur wenig von wohlfahrtsstaatlichen Kunstszenen wie etwa derjenigen in Berlin: Dort gebe es viele junge Leute in billigen Wohnungen und coolen Cafés, alle gestützt von Regierungsgeldern.

Die Pandemie schärft den Blick

New York liegt nun seit der Pandemie ziemlich ermattet da. Urs Fischer bleibt gelassen. Es ist nicht das erste Mal, man denke an 9/11 oder die Rezession von 2009. «Da sind auch alle erschreckt aus der Stadt geflohen. Und dann wiedergekommen.» New Yorks Probleme seien nicht nur pandemiebedingt, Geschäfte seien schon vorher pleite gewesen. Mieten schon lange viel zu hoch, gibt er zu

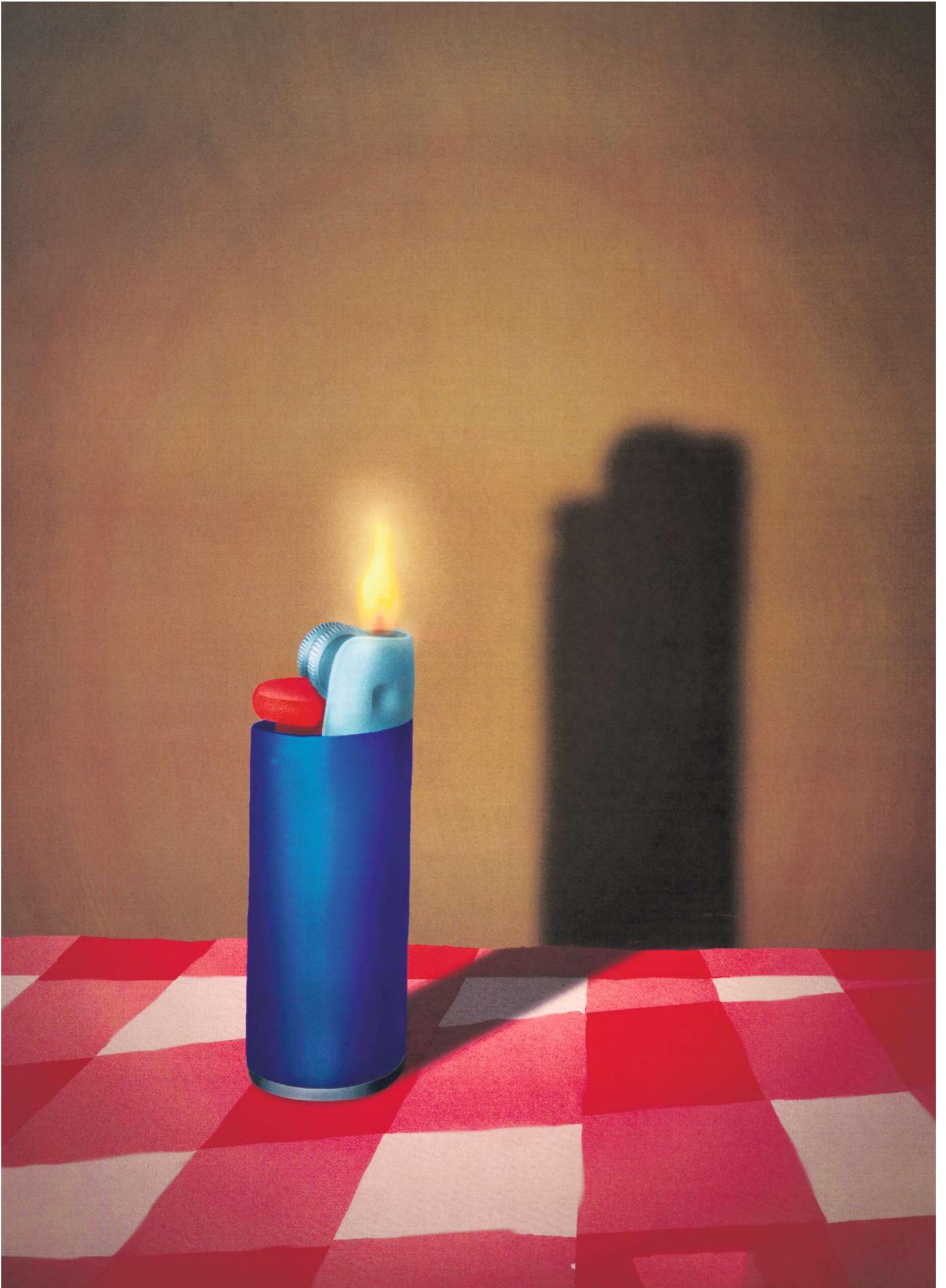
bedenken. Trotzdem hat die durch die Pandemie entleerte Stadt seinen Blick geschärft.

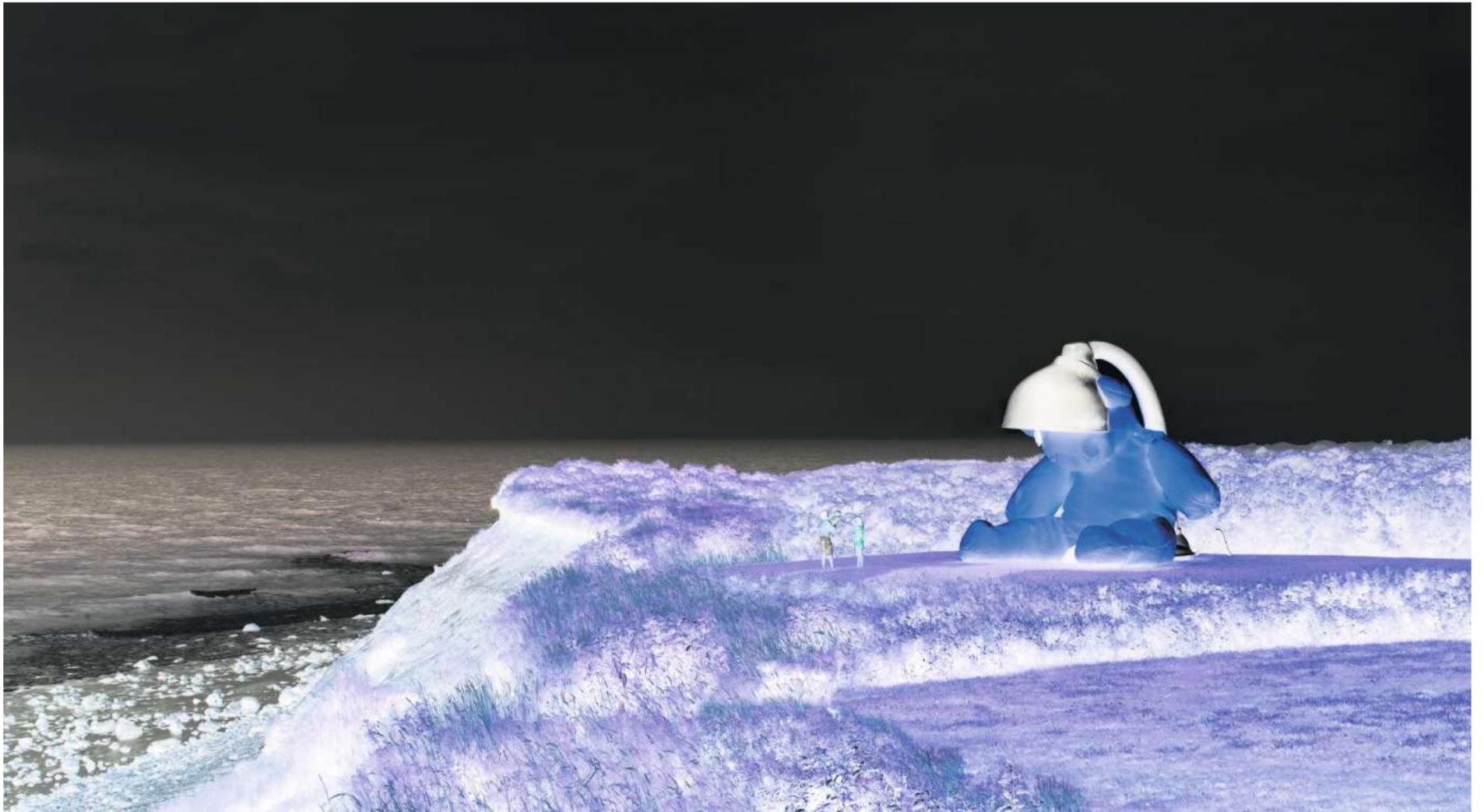
«Vorher war New York für mich so etwas wie ein Spielplatz mit Gummibumpnern, damit man sich nicht anschlägt. Das ist vorbei, die Gesellschaft mit ihren politischen oder sozialen Spaltungen liegt nun, da Trubel und Touristen ausbleiben, blank da.» Jetzt, da der Lärm des eigenen Lebens ihn nicht mehr betäube, erzählt Fischer, sehe er nicht nur den Puls der Stadt besser, die hervorstechenden Fassaden. Leere Ladenzeilen und leere Billboards konfrontierten ihn nun auch stärker mit Ungerechtigkeiten. Fischer ist nachdenklicher geworden, selbstreflektierter.

Alles hat seine Schönheit

Gerne steht Urs Fischer auf der Brooklyn Bridge und schaut hinüber nach Manhattan. Seine Augen folgen der Höhe der Gebäude, der Skyline. «Ah, hier ist ein Neues, dort auch, manchmal, nach vielen Jahren, fehlt eines, wurde abgerissen.» In der Mitte Manhattans ist der Central Park eine rettende Insel für die, die auf das Schwimmen nicht angewiesen sind. An der Südkante des Parks stehen hohe, neue Wohntürme, von Möwen umkreist. «Bedrückende Perversion» nennt Fischer solche Bauprojekte wie etwa auch die Hudson Yards im Westen Manhattans – ein Hybrid aus Einkaufszentrum, Museum und Wohnkomplex. Für Fischer sind das alles Elfenbeintürme.

Was Manhattan für ihn sei? Existenzieller Ort der Stromschnellen. L. A. dagegen sei undefiniert, porös, langsam, wachse organisch wie eine Pflanze: «Die Zeit kann in L. A. an dir vorbeigehen, du kannst dich eingraben, losgelöst, weg-dümpeln. In New York nicht.» New York wuchere im Inneren, verändere sich nie sanft. «Die Zeit kommentiert hier jeden Schritt, ist immer im Rushhour-Modus.» Fischer dreht sich um. «Wissen Sie, alles in New York hat seine Schönheit, auch das Neue, das noch abweisend erscheint. Städte machen, was sie wollen. Sie spucken aus, was sie nicht mehr brauchen.»





Riesig, teuer und oft auch witzig sind Urs Fischers Skulpturen: «Untitled (Lamp/Bear)» von 2005/2006 erzielte 2011 bei Christie's in New York 6,8 Millionen Dollar.

DEAN KAUFMAN / URS FISCHER, GALERIE EVA PRESENHUBER

# «Think big and kick ass» – oder: Raus aus der Komfortzone

Die Schweizer Kunstszene entfaltet sich zwischen Weltgeltung und Bescheidenheit – und mittendrin steht Urs Fischer

CHRISTIAN SAEHRENDT

Im neuen Jahrtausend war Kunst plötzlich cool geworden. Unternehmer, Oligarchen, Banken, Metropolen und Staaten schmückten sich mit Kunstsammlungen, Museen und Biennalen. Mit zeitgenössischer Kunst liess sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts in idealer Weise symbolisches Kapital anhäufen, oftmals im Verbund mit Luxusgütern, Immobilienwirtschaft und hochpreisigem Tourismus. Als Paradebeispiel dafür dürften die Golfmonarchien gelten, die ganze Museumslandschaften zusammen mit Luxushotels und Shoppingmalls aus dem Wüstenboden stampften. Auf diskretere und leisere Art verfolgt die Schweiz die gleiche Strategie – und zwar schon sehr lange. In einem andauernden, organischen Prozess ist auch die Eidgenossenschaft zu einer Grossmacht auf dem Planeten Kunst geworden.

## Die Swissness der Kunst

Die Schweiz hat heute in allen Bereichen des globalen Kunstbetriebs bedeutende Player, unter Sammlern und Kuratoren ebenso wie unter Galeristen und Künstlern. Wenngleich einige von ihnen dauerhaft im Ausland leben und von den internationalen Kunstmultipolen aus operieren. Wie etwa Urs Fischer, der seine Zelte schon lange in New York und Los Angeles aufgeschlagen hat.

Diese globale Relevanz zeigt sich derzeit auch in den Schweizer Platzierungen im Ranking der Londoner Zeitschrift «Art Review», die jährlich die einflussreichsten Persönlichkeiten des internationalen Kunstbetriebs auflistet. Dort rangiert auf Platz 19 der Schweizer Kurator Hans-Ulrich Obrist, Leiter der Londoner Serpentine Gallery. Auf Platz 31 sind die Kunsthändler Iwan und Manuela Wirth zu finden. Die Sammlerin, Mäzenin und Dokumentarfilmproduzentin Maja Hoffmann belegt den 56. Platz, während der Art-Basel-Chef Marc Spiegel auf Rang 79 zu finden ist.

Auch bei dem von einer deutschen Redaktion erstellten «Kunstkompass», einer jährlichen Rangliste der weltweit fragtesten Gegenwartskünstler, sind Schweizer Positionen gut vertreten. 2020, wie auch schon in den Jahren zuvor, belegt Pipilotti Rist hier den eindrucksvollen 10. Platz. Weitere Schweizer Vertreter rangierten in den vergangenen Jahren stabil im Bereich 25 (Fischli/Weiss), an der 40er-Marke (Thomas Hirschhorn) und im Bereich 75 (Ugo Rondinone).

Für das Schweizer Kunstgeschehen gilt traditionell: solide, breit aufgestellt und viel «old money» im Spiel. Man gibt sich zurückhaltend, Sammler, Händler und Künstler fliegen am liebsten unter dem Glamour-Radar. Swissness in der Kunst – gibt es so etwas überhaupt?

«In einer kulturell globalisierten Welt tritt der Schweiz-Bezug in den Hintergrund – ohne ganz zu verschwinden», erklärt Madeleine Schuppli, Abteilungsleiterin Visuelle Künste bei Pro Helvetia.

Schuppli erkennt aber eine unter anderem von Fischli und Weiss geprägte künstlerische Haltung, die man als schweizerisch identifizieren könnte: «Mit einer ernsthaften Verspieltheit rücken die Kunstschaffenden der Absurdität des Alltäglichen zu Leibe.» Ein Paradebeispiel hierfür ist auch Urs Fischer.

Und gerade auch für Fischer gilt: Die zeitgenössische Kunst ist ein durch und durch internationales Phänomen, ihre Protagonisten agieren rund um den Erdball. Wo Fischer in der ersten Liga mitspielt, sind Künstlerlisten, Curatorial Boards, Jurys und VIP-Lounges bunt gemischt. Allenfalls die künstlerische Ausbildung an Akademien ist noch national grundiert. Das ist auch bei Fischer so, er besuchte die Fotoklasse an der Schule für Gestaltung in Zürich. Allerdings wird es immer fragwürdiger, ob man überhaupt noch Kunst studieren sollte, um am Markt Erfolg zu haben. Siehe Urs Fischer. Er absolvierte gerade einmal den Vorkurs, das darauf folgende Fotografie-Studium brach er ab.

Bei der Biennale von Venedig spielen nationale und volkstümliche Kunsttraditionen allenfalls bei Schwellenländern eine tragende Rolle, in den Pavillons der meisten westlichen Länder ist das

## Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780  
Der Zürcher Zeitung 242. Jahrgang

### REDAKTION

**Chefredaktor:** Eric Gujer (eg.).

**Stellvertreter:** Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Christian Steiner (cts.), Yannick Nock (yno.).

**Tagesleitung:** Christoph Fisch (cf.), Benno Mattli (bem.), Christian Steiner (cts.), Yannick Nock (yno.).

**International:** Peter Rásonyi (pra.), Andreas Rüesch (A. R.), Werner J. Marti (wjm.), Andrea Spalinger (spl.), Andreas Ernst (ahn.), Beat Bumbacher (bbu.), Meret Baumann (bam.), Patrick Zöll (paz.), Elena Panagiotidis (ela.), Dominique Burckhardt (dbu.), Fabian Urech (urf.), Judith Kormann (jkr.), Ulrich von Schwerin (uvs.), Julia Monn (jum.), Katrin Büchenbacher (k.b.).

**Meinung & Debatte:** Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.).

**Schweiz:** Christina Neuhaus (cn.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Frank Sieber (fsr.), Marc Tribelhorn (tri.), Michele Coviello (cov.), Simon Hehli (hhs.), Angelika Hardegger (haa.), Tobias Gafar (gaf.), David Vonplon (dvp.), Gian Andrea Marti (gam.), Andri Rostetter (art.).

**Bundeshaus:** Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.), Larissa Rhyv (ryv.), Georg Häsel Sansano (geo.).

**Bundsgesicht:** Kathrin Alder (ald.).

**Westschweiz:** Antonio Fumagalli (fum.).

**Zürich:** Daniel Fritzsche (dfr.), Fabian Baumgartner (fbi.), Dorothee Vögeli (vö.), Stefan Hotz (sho.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigiger (bai.), Jan Hudec (jhu.), Florian Schoop (sct.), Claudia Rey (clr.), Raffaella Angstmann (ran.), Reto Flury (flu.), Michael von Ledebur (mvl.), Lena Schenkel (len.), Nils Pfändler (nil.), Linda Koponen (lcp.).

**Wirtschaft:** Chanchal Biswas (bis.), Peter A. Fischer (pfi.), Dieter Bachmann (dba.), Ernes Gallarotti (ti.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Nicole Rützi Ruzicic (nrü.), Andrea Martel Fus (am.), Thomas Schürpf (tsf.), Christoph Eisenring (cei.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Giorgio V. Müller (gvm.), Zoé Inés Baches Kunz (Z. B.), Hansueli Schöchli (hus.), Martin Lanz (mla.), Natalie Gratwohl (ng.), Dominik Feldges (df.), André Müller (amü.), Stefan Häberli (hat.), Jann Lienhart (jal.), Lorenz Honegger (lho.).

**Börse:** Michael Ferber (feb.), Andreas Uhlig (Ug.), Werner Grundlöhner (gru.), Michael Schäfer (msf.), Patrick Herger (phr.), Asien: Matthias Kamp (mka.).

**Wissenschaft, Technologie und Mobilität:** Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Stephanie Kusma (kus.), Lena Stallmach (lsl.), Helga Rietz (rtz.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Jenni Thier (thj.), Ruth Futterer (ful.), Gioia da Silva (gds.).

**Feuilleton:** René Scheu (rs.), Roman Bucheli (rb.), Thomas Ribli (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Urs Bühler (urs.), Claudia Mäder (cmd.), Lucien Scherrer (lsc.), Christian Wildhagen (wdh.), Manuel Müller (mml.), Sabine von Fischer (svf.).

**Sport:** Elmar Wagner (wag.), Philipp Bärtsch (pbh.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Ulrich Pickel (pic.), Christof Krapp (krap).

**Wochenende/Gesellschaft/Reisen:** Daniel Wechlin (daw.), Birgit Schmid (bgs.), Michael Schilliger (msl.), Susanna Müller (sm.).

**Reporter:** Marcel Gyr (yr.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.).

**Nachrichten:** Janique Weder (wej.), Kathrin Klette (kkl.), Tobias Sedlmaier (tsm.), Esther Rüdiger (eru.), Esther Widmann (wde.), Nadine Brügger (nad.), Franco Arnold (fra.).

**Social Media:** Reto Stauffacher (rst.), Gabriela Dettwiler (gad.), Philipp Gollmer (pgh.).

**Podcast:** Benedikt Hofer (bho.), Nadine Landert (lna.), Olga Scheer (ola.), David Vogel (dv.).

**Audience Management:** Dominik Batz (btz.), Rafael Schwab (raf.), Jonas Holenstein (jho.).

**Visuals & Editorial Tech:** Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Manz (keo.), Sharon Funke (sfu.), Alexandra Kohler (ako.), Christian Kleeb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Eugen Fleckenstein (efl.), Joana Kelen (jok.), Manuel Roth (mrt.), Philip Küng (phk.), Nikolai Theitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.).

**Video/TV:** Markus Stein (sma.), Andrea Hauner (hwa.), Jörg Walch (jwa.), Karin Moser (mok.), Conradin Zellweger (czw.), David Hess (dhe.), Jasmine Rüegg (jmr.), Laurence Kaufmann (lkm.), Jill Antener (jil.).

**Produktionsredaktion:** Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Manuela Kessler (mak.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hufschmid (phh.), Yvonne Eckert (yve.), Benno Brunner (bbr.), Ilda Özalp (ilö.), Claudia Baer (cb.).

**Art Director:** Reto Althaus (ral.).

**Bildredaktion:** Gilles Steinmann (gst.), Christian Güntlisberger (cgü.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Walch (jwa.), Karin Moser (mok.), Conradin Zellweger (czw.), David Hess (dhe.), Jasmine Rüegg (jmr.), Laurence Kaufmann (lkm.), Jill Antener (jil.).

**Fotografen:** Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Annick Ramo (ara.), Simon Tanner (tan.).

**Produktion/Layout:** Hansruedi Frei.

**Korrektorat:** Natascha Fischer.

## KORRESPONDENTEN

**Paris:** Nina Belz (nbe.). **London:** Benjamin Triebe (bet.), Niklaus Nussli (nn.). **Berlin:** Marc Felix Serrao (fmx.), René Höltschi (Ht.), Jonas Hermann (jsh.), Hansjörg Friedrich Müller (hmd.), Anja Stehle (ast.), Anna Schneider (ars.), Christoph Prantner (cpr.), Alexander Kissler (kis.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.). **München:** Stephanie Lahutz (slz.). **Rom:** Andres Wysling (awy.). **Madrid:** Ute Müller (utm.). **Wien:** Ivo Mijnsen (mij.), Daniel Imwinkelried (imr.). **Stockholm:** Rudolf Hermann (ruh.). **Brüssel:** Christoph G. Schmutz (sco.), Daniel Steinworth (DSt.). **Moskau:** Markus Ackeret (mac.). **Dakar:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Volker Pabst (pab.). **Beirut:** Christian Schmid (cs.). **Jerusalem:** Inga Rogg (iro.). **Tel Aviv:** Ulrich Schmid (U. Sd.). **Delhi:** Andreas Babst (abb.). **Singapur:** Manfred Rist (rt.). **Peking:** Matthias Müller (Mue.). **Taipeh:** Matthias Sander (msa.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Esther Blank (esb.). **Washington:** Peter Winkler (win.). **Chicago:** David Signer (dai.). **New York:** Christof Leisinger (cri.). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (ma.). **Vancouver:** Karl R. Felder (Fdr.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

## WEITERE REDAKTIONEN

**NZZ am Sonntag:** Chefredaktorin a.i.: Nicole Althaus (na.). **NZZ Foto:** Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clalüna (cl.), Barbara Klingensbacher (bak.). **NZZ Geschichte:** Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

## DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Berlin; The Market Media AG, Zürich.

## ADRESSEN

**Redaktion:** Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch  
**Zuschriften:** Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch

**Verlag:** Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

**Leserservice:** Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, leaserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice.

**Inserate:** NZZzone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, inserate@nzz.ch, www.nzzzone.ch.

**Druck:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich.

## PREISE ABONNEMENTE (inkl. MwSt)

**NZZ Print & Digital:** 814 Fr. (12 Monate), 74 Fr. (1 Monat).

**NZZ Digital Plus:** 579 Fr. (12 Monate), 54 Fr. (1 Monat).

**NZZ Wochenende Print:** 363 Fr. (12 Monate), 33 Fr. (1 Monat).

**NZZ International Print & Digital:** 572 € (12 Monate), 52 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage.

**NZZ Kombi Print & Digital:** 924 Fr. (12 Monate), 84 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

**NZZ für Studierende:** 5 Fr. (1 Monat).

**Alle Preise gültig ab 1. 1. 2021.**

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung beauftragten Logistikunternehmen übermittelt.

**Anzeigen:** gemäss Preisliste vom 1. 1. 2021.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Mapitler

Nationale oft nur noch Beiwerk, Anspielung, ironische Referenz. Wobei es die meisten Künstler und Künstlerinnen dennoch als Ehre betrachten dürften, ihr Land in Venedig zu vertreten.

2007 zählte auch der Studienabbrecher und Auslandschweizer Urs Fischer zu den offiziellen Schweizer Kunstbotschaftern in der Lagunenstadt. Früher galt die Biennale als eine Art Kunst-Olympiade der Nationen. Ein Rest dieses Wettbewerbscharakters ist noch immer spürbar, wenngleich die Pavillons heute nationalistischen Protz vermeiden.

Auch Pro Helvetia tritt bei der weltweiten Vermarktung von Schweizer Kunst eher diskret auf. Es gehe laut Madeleine Schuppli dabei auch gar nicht um eine Vermarktung mit Blick auf den Kunsthandel: «Es geht vielmehr darum, die internationale Präsenz zu unterstützen.» Der Austausch sei auch für die eigene Horizonterweiterung bedeutsam: «Nicht zuletzt durch die Kleinheit unseres Landes ist es für Kunstschaffende wichtig, dass sie die eigene Komfortzone verlassen und sich unterschiedlichen Realitäten stellen.»

Die Schweiz als Komfortzone – manch einer mag argwöhnen, dass die Schweizer Verhältnisse allzu geordnet seien, dass die vielen Fördermöglichkeiten die Kunst satt, bieder und konformistisch machten. Andererseits: Ermöglicht nicht gerade der enorme Wohlstand im Land, fördern nicht gerade die vielen lokalen, kantonalen und privaten Stipendien eine breite und vielfältige Kunstproduktion?

Man könnte also auch meinen: Es kann in einem Land gar nicht genug Kunstschaffende geben. Eine möglichst breite Basis erhöht die Chance, Talente und Stars hervorzubringen. Manche kritisieren allerdings, dass Schweizer Künstler und Künstlerinnen nach anfänglicher guter Förderung zu wenig Rückenwind für eine weitergehende internationale Karriere erhalten und dann als bemitleidenswerte Mid-Career-Artists in der Luft hängen.

### Stars, Stars, Stars

Kunst zu studieren und einen künstlerischen Beruf anzustreben, ist in den beiden vergangenen Jahrzehnten in der Schweiz und anderen europäischen Ländern fast schon ein mittelständisches Massenphänomen geworden. Ab der Jahrtausendwende machte sich in der bildenden Kunst eine Celebrity-Culture breit, angefeuert von einer breiten medialen Berichterstattung über Starkünstler, Starcuratoren oder Starsammler.

Der frühere Werber und Sammler Charles Saatchi gab mit seinem Engagement für die Young British Artists den Takt vor. Er setzte bei der Vermarktung seiner Protégés bewusst auf eine nationale Markenbildung und zugleich auf das Sensationelle. Man erinnert sich: halbierte Kadaver und ungemachte Lotterbetten – mit derartigen Installationen schockierten Damien Hirst, Tracey Emin und Kollegen damals das Publikum, und erstmals nahmen grössere Teile der Öffentlichkeit die Gegenwartskunst wahr.

Gerade für Mittelschichtskinder wurde ein Künstlerleben attraktiv. Dies nicht zuletzt durch die Verknüpfung der Gegenwartskunst mit einer glamourösen Modebranche und einem offen zur Schau gestellten Luxuslebensstil. Und diese Allianz verkörpern geradezu in Reinform die Firmen- und Kunstimperien François Pinaults und Bernard Arnaults.

Letztere, die Luxusgüter-Gruppe LVMH, vereint unter ihrem Dach unter anderem die Champagner-Marke Moët & Chandon, den Cognac-Produzenten Hennessy und den Taschenhersteller Louis Vuitton, der bereits mehrere Künstler zur Aufwertung seiner Kollektionen engagierte. Auch andere Edelmarken wie Prada, Trussardi oder Gucci legten sich Sammlungen zu und kooperierten mit Künstlern.

Den neuen Bling-Bling-Status der Kunst dokumentierte das Genre der Grossskulptur: Riesig, teuer, protzig, manchmal auch witzig, dienten diese gigantischen Kunst-Gartenzwerge der Dekoration von Hochhäusern, Stadtplätzen und privaten Parkanlagen. Zudem bildeten sie den idealen Hintergrund für Werbeaufnahmen, Selfies und Social-Media-Postings. Dazu passte die Figur des Grosskünstlers: kompromisslos, im Umgang schwierig, die Grenzen der Genres kühn überschreitend. Anstelle traditioneller Malerfürsten regier-

Einen künstlerischen Beruf anzustreben, ist fast schon ein mittelständisches Massenphänomen geworden.

ten nun Mixed-Media-Installateure mit hohen Produktionsbudgets, willigen Assistenten und offensiven PR-Agenturen. Nicht nur in Grossbritannien, sondern vielerorts tauchten nun derartige Figuren auf, in Deutschland war es beispielsweise Jonathan Meese. Bescheidenheit war gestern – Vorhang auf für freche Grosskünstler mit Riesenskulpturen und Riesenege!

Urs Fischer war die Schweizer Antwort auf dieses internationale Phänomen – wenngleich in einer moderaten und sympathischen Variante. Er wühlte buchstäblich den Galerieboden auf, formte Leonardo DiCaprio samt Eltern aus Wachs und liess sie abbrennen, riss die Wände im Kunsthaus Zürich ein, zog ins coole Berlin und bald darauf ins noch coolere New York. Journalisten betitelten den tätowierten Zürcher als *Enfant terrible* oder *Bowery Bad Boy*, erschien er doch wie ein jovialer Berserker, der nonchalant aus ungeschlachten Tonklumpen Riesenskulpturen macht, aber ebenso gut Louis-Vuitton-Täschchen mit niedlichen Plastikfrüchten zu behängen versteht.

Die nuller und zehner Jahre waren eine Zeit, in der viel Geld in die Kunstmärkte strömte und neue Sammler aus der Finanzbranche und aus Übersee das Parkett betraten. «Think big and kick ass» – Donald Trumps Leitmotiv galt auch für diese Epoche des Kunstgeschehens. Sie endete mit der Ausrufung einer Pandemie im Frühjahr 2020. Seitdem steht hinter der Zukunft ein grosses Fragezeichen. Ist die grosse Kunstparty vorbei?



### Blue-Chip-Künstler im Vorteil

Fatal: Ein wesentlicher Aspekt der Gegenwartskunst waren ja gerade die sozialen Ereignisse gewesen, der Event-Charakter all der Openings, Dinners, Previews, Auktionen, die zugleich der gesellschaftlichen Distinktion dienten: Wer durfte mit wem in der VIP-Lounge sitzen,

wer neben Urs Fischers Galeristen Larry Gagosian dinieren? Da die Gegenwartskunst auf werkimmanenter Ebene oftmals wenig überzeugte, war das soziale Drumherum für viele Kunstfreunde die eigentliche Hauptsache.

Zudem könnten Flurbereinigungen auf dem Kunstmarkt anstehen. Künst-

ler, Galeristen, Kulturveranstalter, die nur ein begrenztes Vermögen haben, werden aufgeben müssen. Frauen und Berufsanfänger sind dabei besonders gefährdet – das haben Statistiken bereits für vergleichsweise normale Zeiten eruiert. Kann Kunst nur nach Ansicht auf einem Display gekauft werden, sind Blue-Chip-Künstler im Vorteil, denn Werke unbekannter Kunstschaffender müssen in natura in Augenschein genommen werden. Eine umfassende Digitalisierung des Kunstmarkts würde also die Konzentration auf bekannte Institutionen, Händler und Künstler enorm verstärken.

Der Kunsthandelsexperte Dirk Boll, Präsident von Christie's Europa, sieht eine Entkoppelung von Hochpreissegment und Mittelmarkt voraus. Er ist aber überzeugt, dass weiterhin viel Geld in den Kunstmarkt strömen wird: Die Corona-Krise-Gewinner aus der Digitalwirtschaft seien durchaus Gegenwartskunst-affin. Zudem werden Inflationserwartung und Euro-Schwäche die Flucht in Sachwerte antreiben – Kunst, vor allem Blue-Chip-Kunstwerke, gehört dann in jedes Portfolio. In diesem Sinn hat die Schweiz gute Perspektiven für schlechte Zeiten. Noch gibt es hier viel Kunst zu kaufen und zu handeln.

Bei aller Unsicherheit der Zukunft – der Schweizer Kunstbetrieb ist gut aufgestellt. Für Anleger, Art-Dealer und Art-Consultants allemal. Für den künstlerischen Nachwuchs, für Menschen aus den Mittel- und Unterschichten, könnte der Traum vom coolen Künstlerleben allerdings bald ausgeträumt sein, denn im Szenario eines sich verstetigenden Pandemie-Ausnahmestands würden nur noch vermögende und etablierte Player mit Marktmacht und Reichweite übrig bleiben. Urs Fischer, Iwan Wirt, Maja Hoffmann, Pipilotti Rist – sie werden sich wohl keine Sorgen machen müssen.

ANZEIGE

# germann

## AUKTIONSHAUS

### KUNSTAUKTIONEN 7. – 9. JUNI 2021

Gemälde, Aquarelle, Skulpturen,  
Zeichnungen, Portfolios,  
Internationale Druckgrafik und Fotografie

**Max Ernst Piero Dorazio Fernand Léger  
Fernando Botero Jaume Plensa Pablo Picasso  
Ben Nicholson David Reed Dadamaino Pierre Roy  
Stephan Balkenhol Fang Lijun Kimber Smith  
Mark Tobey Le Corbusier Angel Duarte Sol LeWitt  
Christian Rohlf Bernar Venet Josef Staub  
Hans Krüsi Anna B. Aemisegger-Giezendanner  
Julio González Martin Disler Niele Toroni  
Miquel Barceló Maria Lassnig Not Vital  
Miriam Cahn Andy Warhol Matias Spescha  
Gerhard Richter Eduardo Chillida Roy Lichtenstein**

### AUKTIONSAUSSTELLUNG BIS MITTWOCH 2. JUNI 10 – 18 UHR

Weitere Besichtigungstermine nach telefonischer Vereinbarung

**Stockerstrasse 38, 8002 Zürich  
Tel. 044 251 83 58  
www.germannauktionen.ch**

Jede Lotnummer ist abgebildet

# Kunst aus dem Schüttelbecher

*Urs Fischer weigert sich, ein schön brav produktiver Künstler zu sein. Denn er weiss, dass seine besten Werke beim Abhängen entstehen*

PHILIPP MEIER

Er war schon früher eine Art Zauberlehrling. Stand er vor einer Kellertür, wusste man, dass man hier richtig war. Seine roten Backen waren wie eine Verheissung. Dann liess er einen ein. Und – schwups – drinnen war man. Eingeladen sozusagen von Urs Fischer an eine dieser klandestinen, illegalen Partys. Das ist lange her. Es war die Pionierzeit der Zürcher Klubszene. Urs Fischer jobbte damals als Türsteher. Und niemand wusste eigentlich, was er sonst noch so tat.

Bis dann, wieder in einer Art Keller, seine rot ausgeleuchteten Regale voller Trinkgläser und Flaschen überraschten. Das war 1996 bei Eva Presenhuber, als sie noch beim städtischen Kunstraum Galerie Walcheturm war, bevor sie ihre eigene kommerzielle Galerie gründete. Urs Fischer war ihre Entdeckung. Und damals auch für uns eine solche: Da hatte sich einer wohl seinen ganz eigenen Begriff von der Kunst gemacht.

Presenhuber half Fischer, gross zu werden. Aber auch der Nährboden von Amsterdam, Berlin und dann Los Angeles sowie New York trugen zum Gedeihen dieses Schweizer Künstlers bei. Denn ins Ausland muss einer gehen, damit er zu Hause reüssiert. Das ist so in der Schweiz. Und das war auch bei Urs Fischer so. Und so gelang ihm, was noch keinem Schweizer Künstler vor ihm gelungen war. 2004 richtete ihm das Kunsthaus eine grosse Schau aus. Fischer bespielte damals, erst gerade 32 Jahre alt, den ganzen Bühle-Saal.

Die Ausstellung «Kir Royal» löste ein, was der Titel versprach. Prickelnd wie Champagner und etwas klebrig süss wie Sirup war das, was man da zu sehen bekam. Die One-Man-Show gab eine heute noch gültige Vorstellung von dem, was dieser Künstler macht. Nämlich unpassende Dinge kombinieren, amalgamieren und zusammenschichten, so dass es einem gerne aufstösst.

Fischer hat jedenfalls auch damals im Kunsthaus wieder Türsteher gespielt. Man erinnert sich an die eingezogenen Wände im Bühle-Saal, in die er behelfsmässig unregelmässige Löcher als Durchgänge gesägt hat. Gleichwohl liess der Schwellen-Magier einen im Regen stehen: Seine faustgrossen Regentropfen aus Gips, die mitten in der Schau tausendfach in Schräglage an unsichtbaren Fäden von der Decke hingen, als ob eine Windböhe durch sie hindurchgezogen wäre, sind einer seiner beschwingtesten Einfälle, was die zeitgenössische Plastik betrifft.

Ein Sinnspruch wie der vom «im Regen stehen» schien damals auch einer anderen Plastik zugrunde zu liegen: jener an Claes Oldenburg erinnernder, bis unter die Decke reichender Riesenstuhl, der merkwürdigerweise mit einer ebenso grossen Zigarettenschmuckverpackung verwechselt war. «Eine Zigarette am Morgen fördert den Stuhlgang», schoss es einem damals gleich durch den Kopf.

## Schüttelreime eines Faulenzers

Es sind solche Bilder und Vorstellungen, also: Zu- und Einfälle, die Urs Fischer immer wieder wie einen Taschenspielertrick aus dem Ärmel schüttelt. Und dies mit dem Anspruch auf vollen künstlerischen Ernst. Denn gross, riesig, ja gigantisch sind seine zu Kunst werdenden Ideen bisweilen. Zum Beispiel dieser mit einer schwarzen Nachttischlampe verwachsene gelbe Teddybär: ein über sieben Meter hohes und gut 17 Tonnen wiegendes Ensemble in Bronze, das als monumentales Kondensat einer ganzen Kinderzimmer-Gutnachtgeschichte-Erinnerung funktioniert.

Das Kunst-Werk erzielte 2011 bei Christie's in New York 6,8 Millionen Dollar. Urs Fischer hatte es geschafft. Auf einen Schlag galt er damals als der erfolgreichste Künstler seiner Generation. Heute wird er vom Stargaleristen Larry Gagosian vertreten und spielt auf Kunstmessen und Biennalen rund um den Globus in der ersten Liga mit. In dem soeben eröffneten Privatmuseum von François Pinault in der alten Pariser Börse zeigt



Urs Fischer: «16 Handles», 2017.

MATS NORDMAN / URS FISCHER, GAGOSIAN AND JEFFREY DEITCH

er seine Installation «Untitled» aus dem Jahr 2011, bestehend aus einer Kopie der Marmorskulptur «Raub der Sabinerinnen» von Giambologna, einer lebensgrossen Figur von Fischers Künstlerfreund Rudolf Stingel sowie aus sieben unterschiedlichen Sitzobjekten – alles aus Wachs, langsam abbrennend, so dass bald nichts mehr davon zu sehen sein wird.

Einen Urs Fischer erkennt man meist daran, dass uns etwas doppeldeutig vorkommt. Fischer zieht einem gerne den Boden unter den Füßen weg oder besser: den Stuhl unter dem Hintern. Diese Geste passt zu seiner Kunst-Gestik, die oft wie ein Bubenstreich daherkommt. Die Fallhöhe kommt dann meistens einem Schluckauf gleich, einer Laune des Körpers sozusagen, die wir als unpassend empfinden. Denn so fühlen sich Bubenstrieche an, irgendwie daneben – aber genau deshalb gelungen. Wie Urs Fischers Bild mit Pastellkreide mit dem Titel «Formenscheisser» (1998), das einen After zeigt, dem eine kleine weisse Kutsche entfährt.

Ja, Bubenstrieche: Sie entspringen Launen. Und Launen gedeihen beim Herumlungern. Da gib es auch diese Skulptur – einmal mehr eine Kombination aus zwei Dingen, die eigentlich nicht zusammengehören: eine Tischkante, darauf zwei überkreuzte nackte Füße («September Song», 2002). Ein Nylonfaden hält sie in der Balance. Man sieht den sich seiner Launenhaftigkeit überlassenen Künstler förmlich, wie er zurückgelehnt in einem Stuhl hängt, die Füße auf dem Tisch – bis ihm eben wieder so ein Einfall kommt.

Denn Urs Fischers Kunstwerke fallen ihm buchstäblich ein. Wobei er



Fischer zieht einem gerne den Boden unter den Füßen weg oder besser: den Stuhl unter dem Hintern.

gerne einen Schüttelbecher verwendet, um Dinge durcheinanderzubringen: Solcherweise entstehen seine skulpturalen Schüttelreime, und nichts bleibt so, wie es angeblich gesetzt ist. Die Würfel fallen bei Fischer immer wieder neu.

## Unpassendes passend machen

Wenn auf einem seiner Bilder ein Zweifrankenstein mit einem Einfrankenstein kopuliert, geht das ja noch einigermaßen an. Wenn es aber in einer kleinen Plastik aus Wachs eine Teekanne mit einer nackten Dame tut – oder kunstgeschichtlich gesprochen: ein Stillleben mit einem liegenden Akt –, dann wird es etwas grotesk. «Mood Swing» heisst das Stückchen, das dem Stimmungsumschwung einer nachmittäglichen Teepause geschuldet sein könnte.

Bei Urs Fischer wird gerne pausiert und gefaulenzt. Dafür stehen seine Weinbergsschnecken, die gemächlich eine Banane hochkriechen oder ihre Schleimspur über einen silbernen Hochglanz-Motorradhelm ziehen ebenso wie seine Stühle, auf denen man sich fläzen kann. Sie sind bei ihm omnipräsent. Da hat ein Stuhl einen anderen Stuhl nur so wimmelnden Kunstgeschichte? («Stühle» 2002). Oder haben sie Sex? Ein Stuhlbein des oberen geht mitten durch die Sitzfläche des unteren.

Auf anderen Stühlen räkeln sich weibliche Akte aus Wachs, die in ihrer Langeweile förmlich dahinschmelzen. Ein Kommentar Fischers zur von Akten nur so wimmelnden Kunstgeschichte? «Todlangweilig», lautet dann auch sein Fazit zum kunsthistorischen Motiv des Memento mori, wenn er Gerippe auf

Parkbänken abhängen lässt. Oder aber zur Gattung des Selbstporträts: So hat er einmal eine lebensgrosse und hyperrealistische Plastik angefertigt, die ihn selber darstellt, und zwar in Form einer Wachskerze: Da wird dem Künstler vor lauter Schläfrigkeit der allmählich schwer gewordene Kopf, dem kein Licht mehr aufgehen will ausser einer kleinen Flamme, nicht nur auf die Brust sinken, sondern durch den Prozess des Abschmelzens bald auch regelrecht auf die Tischplatte stürzen.

## Kunst für die Katz

Nichts tun, sondern einfach so herumsitzen und sich in den Tag hinein ergiessen: Fischers Kunstwerke fordern geradezu das Recht darauf ein. Denn aus diesem Geist entstehen sie überhaupt erst. Am liebsten rührt Fischer keinen Finger. Da hilft auch schwarzer Kaffee nicht. So jedenfalls vermutet man beim Anblick seiner Kleinplastik «The Way We Move» (2003): eines aus der schwarzen Brühe einer Kaffeetasse hervorlugenden Fingers. Insofern ist Fischers Kunst eine typisch schweizerische oder gar zürcherisch-zwinglianische. Und zwar in umgekehrter Weise: indem sie sich nämlich einem dafür charakteristischen Arbeitsethos verweigert.

Seine Werke sind allesamt geprägt von einer gewissen «Widerspenstigkeit gegenüber dem Gebot reibungslosen Funktionierens», wie der Kunstkritiker Jörg Heiser im Ausstellungskatalog des Kunsthauses 2004 treffend konstatiert. Das Kreative ist bei Fischer ein Gegenspieler des Produktiven. Denn er weiss, dass der Verweigerung des Letzteren die besten künstlerischen Einfälle entspringen. Fischer zielt dabei präzise auf das Wesen von Kunst in ihrer heutigen Form, das gerade auch in ihrer Nutzlosigkeit besteht.

Und er hat auch ein Maskottchen für diese künstlerische Haltung. Denn nichts zerdehnt einen ewig langen Nachmittag so sehr ins Zeitlose wie eine Katze. Sie taucht immer wieder auf in seinem Schaffen. Und woran sie vorbeistreich, wo sie sich hin hockt, worauf sie sich zusammenrollt, entsteht augenblicklich eine neue fischersche Kombinations-Plastik. Da gibt es: schwarze Katze auf weissem Klavierflügel, weisse Katze an weisser Waschmaschine, schwarze Katze auf schwarzem Bugholzstuhl – Kunst für die Katz, sozusagen.

Auch ein Lehmklumpen wird da schon einmal geknetet – aus purem Zeitvertreib. Oder denkt Urs Fischer bei solchen Fingerübungen tatsächlich darüber nach, was denn heute Skulptur sein könnte? Das unförmige Stück hat er jedenfalls nicht etwa in eine Atelierecke geworfen, sondern in einem Akt künstlerischer Selbstermächtigung zur zehn Meter hohen Aluminium-Plastik aufgeblasen: so geschehen in «Untitled (Big Clay)», 2008–2011. Nimmt Urs Fischer die Kunst überhaupt ernst? Wohl schon, wenn er sich für vermeintlich so Unbedeutendes wie ein deformiertes Stück Ton zu solcher Monumentalität durchringt. Was aber Kunst ist, das hat Fischer auch schon zugegeben, weiss er eigentlich gar nicht so genau zu sagen.

Na ja, solange er sie nur umsetzt, werden seine Einfälle jedenfalls regelmässig zu Kunst, da besteht kein Zweifel. Denn was Kunst wirklich ist, besteht doch letztlich allein in dem, was man als solche deklariert. Das kann ein aus Ton geformter Aschenbecher sein, aus dem eine ebenfalls tönerne Schildkröte herauszukrabbeln versucht, weil da ein paar stinkende, echte Kippen gleich neben ihr liegen. Dieses Werk entstand während der Aktion «Yes» von 2011, bei der Urs Fischer verschiedene Leute aufforderte, Dinge aus Ton zu modellieren.

Sein «Yes» jedenfalls reichte aus, diese Kreationen zu Kunst zu erklären, auch wenn sie gar nicht von ihm selber stammten. Denn, ja, seit Joseph Beuys kann eben jeder ein Künstler sein: nicht zuletzt auch Urs Fischer. Ob ihm wohl dieser Einfall bei einem jener nächtlichen Einsätze als Türsteher vor irgendeiner illegalen Zürcher Party gekommen sein mag?